

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Maidan: Die unerwartete Revolution

Timothy Snyder	Europa und die Ukraine
Kateryna Mishchenko	Zwischen Traum und Wirklichkeit
Oksana Forostyna	Land der Kinder
Mykhailo Minakov	Moses und Prometheus
Mykola Riabchuk	Hat der Maidan das Land gespalten?
Tatiana Zhurzhenko	Im Osten nichts Neues?
Serhii Leshchenko	Typologie der ukrainischen Oligarchen
Anton Shekhovtsov	Swoboda: Aufstieg und Fall
Nikolay Mitrokhin	Orthodoxe Kirche und Politik
Cyril Hovorun	Die Kirche auf dem Maidan
Tanya Richardson	Odessa – traumatisierte Stadt
Emine Ziyatdinova	Es gibt kein anderes Zuhause. Photoessay

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Herausgeberin: Shalini Randeria

Gründungsherausgeber: Krzysztof Michalski †

Redaktion: Klaus Nellen

Gastherausgeberin dieses Heftes: Tatiana Zhurzhenko

Redaktionskomitee: Cornelia Klinger (Hamburg), János M. Kovács (Budapest/Wien), Ivan Krastev (Sofia/Wien), Timothy Snyder (Yale/Wien)

Beirat: Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Elemer Hankiss †, Claus Leggewie (Essen), Petr Pithart (Prag), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Fritz Stern † (New York)

Redaktionsanschrift: *Transit*, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, www.iwm.at

Website von *Transit*: *Europäische Revue* und *Tr@nsit_online*: www.iwm.at/transit

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, E-mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0515-8

Transit ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet. *Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

© 2014 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

Transit 45 (Sommer 2014)

Maidan: Die unerwartete Revolution (Gastherausgeberin: Tatiana Zhurzhenko)

<i>Editorial</i>	3
Timothy Snyder <i>Europa und die Ukraine: Vergangenheit und Zukunft</i>	6
Kateryna Mishchenko »Es gab keine Grenze mehr zwischen Traum und Wirklichkeit.« Interview, geführt von Timothy Snyder und Tatiana Zhurzhenko	21
Oksana Forostyna <i>Land der Kinder</i>	40
Mykhailo Minakov <i>Moses and Prometheus</i> Die Ukraine zwischen Befreiung und Freiheit	55
Mykola Riabchuk <i>Hat der Maidan das Land gespalten?</i>	71
<i>Es gibt kein anderes Zuhause</i> Photoessay von Emine Ziyatdinova	nach Seite 79
Tatiana Zhurzhenko <i>Im Osten nichts Neues?</i>	81
Serhii Leshchenko <i>Hinter den Kulissen</i> Eine Typologie der ukrainischen Oligarchen	102

Anton Shekhovtsov <i>Swoboda: Aufstieg und Fall einer Partei</i>	118
Nikolay Mitrokhin <i>Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats</i> Zwischen Maidan und pro-russischem Separatismus	137
Cyril Hovorun <i>Die Kirche auf dem Maidan</i>	153
Tanya Richardson <i>Zwei große Unterschiede und paar kleine</i> Das Leben in Odessa nach dem Maidan und dem 2. Mai	164
<i>Zu den Autorinnen und Autoren</i>	178

Editorial

Nach dem Scheitern der Orangen Revolution von 2004 schien die Ukraine abgeschrieben – bei den eigenen Bürgern und in der Welt. Doch von Ende 2013 bis ins Frühjahr 2014 protestierten Hunderttausende Ukrainer auf dem Maidan in Kiew und anderswo im Land für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Es gelang ihnen, das korrupte Regime zu stürzen, doch nur, um sich mit einem weitaus mächtigeren Gegner konfrontiert zu sehen, der sie mit allen Mitteln daran zu hindern sucht, die gewonnene Freiheit zu nutzen und das Land zu einen.

Ihre Unabhängigkeit war der Ukraine 1991 zugefallen, sie war nicht erkämpft. Das geschah erst auf dem Maidan – er markiert die späte Geburt einer Nation. Im Moment der tiefsten Krise der Europäischen Union wurden wir hier, im Westen, Zeugen einer Bewegung an der Peripherie, die Werte einfordert, die wir selbst mehr und mehr aus den Augen verlieren.

*

Die Idee zu diesem Heft geht auf den Herbst 2013 zurück. Damals planten wir für die Frühjahrsausgabe 2014 einen Schwerpunkt »Zehn Jahre Orange Revolution«. Dieses Jubiläum einer vergessenen Revolution sollte zum Anlass genommen werden, eine schmerzhafteste Frage zu stellen: Warum bewegt sich seit Jahren nichts mehr in der Ukraine? Haben wir vielleicht etwas übersehen? Ende November, als die ersten Artikel schon bestellt waren, begannen die Proteste in Kiew und wurden rasch zu einer Massenbewegung. Unser Schwerpunkt verschob sich nun auf das Phänomen des Euromaidan, wo neue Protestformen entstanden, die an andere Bewegungen wie Occupy, den Arabischen Frühling oder Gezi Park¹ denken ließen.

Nach den ersten Zusammenstößen mit der Polizei Ende November gewannen die Proteste rapide an Zulauf und eskalierten schließlich zu einem gewaltsamen Konflikt, der sich nach dem Versuch des Regimes, die Lage durch eine drakonische Gesetzgebung unter Kontrolle zu bringen, weiter

zuspitzte, bis zu dem Blutbad vom 18. Februar 2014 – eine Entwicklung, die in der jungen Geschichte der unabhängigen Ukraine unvorstellbar schien.

Es war schwer, zu diesem dramatischen Geschehen Distanz zu halten, zumal zur selben Zeit einige ukrainische Fellows am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, an dem diese Zeitschrift herausgegeben wird, zu Gast waren und die Ereignisse täglich mit den übrigen Fellows diskutierten. Viele Überlegungen und Ideen aus dieser Zeit sind in das vorliegende Heft eingegangen und haben den Fokus abermals verschoben.

Nachdem Wiktor Janukowytsch geflohen war, beschleunigte sich die Geschichte ein weiteres Mal: Russland annektierte die Krim, im Osten der Ukraine entstand ein pro-russischer Separatismus, der in einen bewaffneten Konflikt umschlug und den Westen in eine Konfrontation mit Russland brachte.

Wir haben weiterhin versucht, mit der Entwicklung Schritt zu halten und thematisieren im vorliegenden Heft einige der mit dem Krieg im Osten entstandenen Probleme. Doch besonders wichtig erscheint es uns, die Erinnerung an den Maidan wachzuhalten – bevor die Energie und Faszination dieses revolutionären Moments ganz von den Schrecken des Krieges überschrieben sein wird (was im Übrigen eines seiner Ziele ist). So liefert eine Reihe von Beiträgen Momentaufnahmen der postrevolutionären Situation mit ihrem Potential für einen neuen Anlauf, die Ukraine zu europäisieren – zehn Jahre nach der Orangen Revolution.

Zu den Inspirationsquellen dieses Heftes gehört auch die Konferenz *Ukraine: Thinking Together*, die von Timothy Snyder und Leon Wieseltier initiiert wurde und vom 15. bis 19. Mai in Kiew stattfand – eine Woche vor den Präsidentschaftswahlen.² Dieses Treffen brachte führende Intellektuelle aus dem Westen mit ihren ukrainischen Kollegen am »interessantesten Ort der Welt« (*Der Spiegel*) zusammen. Es steht in der langen Tradition des IWM, Europa als Idee zu begreifen, die politische Teilungen und Grenzen zu überwinden vermag, und Solidarität mit all jenen zu beweisen, die unter persönlichem Einsatz für diese Idee eintreten.

Wir können auf den folgenden Seiten nur einige Zeugnisse und erste Reflexionen anbieten – viel wird noch geforscht und geschrieben werden über diese wenigen Monate, mit denen eine Epoche zu Ende geht, die uns vielleicht bald als glückliches Intermezzo zwischen zwei Kalten Kriegen erscheinen wird. Die Beiträge bewegen sich auf verschiedenen Ebenen:

persönliche Beobachtungen zu den Formen und der Entwicklung der Proteste auf dem Maidan und zur Polarisierung des gesellschaftlichen Klimas in Odessa; Aspekte der Übergangsprozesse nach 1991, wie die Appropriation des politischen Systems durch die Oligarchen oder die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche; die Ost-West-Teilung des Landes, die Chancen zu ihrer Überwindung und zur Bildung einer politischen Nation; das Verhältnis zwischen der Ukraine und Europa.

Besonders hinweisen möchten wir auf den Photoessay von Emine Ziyatdinova. In den 1990er Jahren, nach einem halben Jahrhundert der Deportation, durften die Krimtataren, darunter auch ihre Familie, auf die Krim zurückkehren. Nach der Annexion der Halbinsel durch Russland ist die Kultur der Krimtataren einer neuerlichen Bedrohung ausgesetzt. Die Bilder zeigen Geschichten aus dem Alltag von Verwandten und Freunden, die versuchen, sich auf die neue Situation einzustellen.

Eine Reihe von Fragestellungen in diesem Heft korrespondiert mit Forschungsschwerpunkten am IWM bzw. mit Themen der letzten Hefte: die globale Krise der Demokratie und neue Protestbewegungen; Aufstieg von Populismus und Autoritarismus (insbesondere in Russland); Religion und Politik. Wie immer sind ergänzende Beiträge zur Thematik dieses Heftes in *Tr@nsit_online* (www.iwm.at/transit-online) nachzulesen. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Kommentare zur Ukraine-Krise in *Ukraine in Focus* (www.iwm.at/ukraine-in-focus) sowie, unter demselben Titel, in *Eurozine* (www.eurozine.com/comp/focalpoints/ukraine.html).

Wien, im August 2014

Gastherausgeberin und Redaktion

- 1 Vgl. Nilüfer Göle, »Gezi Park und die Politik des öffentlichen Raums«, in: *Transit* 44 (2013), S. 161-178.
- 2 Das Programm der Konferenz und weitere Informationen finden sich unter www.iwm.at/ukraine-thinking-together/.

Timothy Snyder
 EUROPA UND DIE UKRAINE: VERGANGENHEIT
 UND ZUKUNFT*

Die Geschichte der Staatlichkeit auf dem Gebiet der Ukraine beginnt mit zwei archetypisch europäischen Begegnungen. Im Mittelalter fand, wie in Frankreich und England, eine Begegnung mit den Wikingern statt. Die Männer aus dem Norden wollten eine Handelsroute zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer schaffen und benutzten das am Dnjepr gelegene Kiew als Handelsstation. Ihre Ankunft fiel mit dem Zusammenbruch des Chasarenreichs zusammen, und ihre Führer heirateten Frauen aus der einheimischen slawischsprachigen Bevölkerung. So entstand das Gebilde, das als Kiewer Rus bekannt ist. Wie alle Staaten im mittelalterlichen Osteuropa war die Rus heidnisch. Sie schwankte zwischen Rom und Byzanz, bis ihre Herrscher sich für Letzteres entschieden und zum orthodoxen Glauben übertraten. Die Rus wurde durch Nachfolgestreitigkeiten geschwächt, bevor sie in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts durch die Ankunft der Mongolen zerstört wurde.

An diesem Punkt teilt sich die Geschichte der Rus. Die meisten Gebiete übernahm das Großfürstentum Litauen, ein riesiger Kriegerstaat mit der Hauptstadt Vilnius. Die litauischen Großfürsten stilisierten sich zu Erben der Rus und übernahmen zahlreiche kulturelle Errungenschaften, zum Beispiel Rechtstraditionen und das Slawische als Hofsprache. Die Großfürsten waren zwar heidnische Litauer, ihre Untertanen jedoch in der Mehrzahl Ostchristen. Als die Großfürsten von Litauen in Personalunion auch Könige von Polen wurden, gehörten die meisten Teile der Ukraine dem damals größten europäischen Staat an. Durch die Verfassungsreform von 1569 konstituierte sich dieser Staat zu einer Adelsrepublik, dem Doppelstaat Polen-Litauen. In dieser »Republik beider Völker« gehörten die ukrainischen Lande zur polnischen Krone, die weißrussischen zum

* Dieser Beitrag geht auf einen Essay in der *FAZ* vom 14. April 2014 und auf eine am 11. Mai 2014 erschienene modifizierte Fassung in *The New Republic* zurück. Der hier abgedruckten Version liegt die Übersetzung von Michael Bischoff zugrunde.

Großfürstentum Litauen. So wurde innerhalb der alten Rus eine neue Trennungslinie geschaffen.

Das war die erste Epoche eines oligarchischen Pluralismus in der Ukraine. Ukrainische Adlige hatten Sitz und Stimme in den Vertretungsorganen der Republik, doch die große Mehrheit des Volkes war in riesigen Landgütern kolonisiert, die Getreide für den Export produzierten. Zu den örtlichen Kriegsherren gesellten sich polnische Adlige wie auch Juden, die halfen, eine Feudalordnung im Lande zu errichten. In dieser Zeit beteiligten sich Juden an der Schaffung von Kleinstädten, die als Shtetl in die Geschichte eingehen sollten.

Die politische Konstellation führte zum Kosakenaufstand von 1648, in dem Freie, die sich dem System entzogen hatten, dessen Ordnung in Frage stellten. Sie schlossen ein schicksalhaftes Bündnis mit einem rivalisierenden Staat, der gleichfalls seine Wurzeln in der alten Rus hatte, dem Großfürstentum Moskau. Die Stadt Moskau hatte an der Ostgrenze der Rus gelegen und anders als die meisten Teile der Rus blieb sie unter direkter mongolischer Herrschaft. Während die Gebiete des heutigen Weißrussland und der Ukraine über Vilnius und Warschau mit der Renaissance und der Reformation in Berührung kamen, erreichte keine dieser Entwicklungen Moskau. Die Loslösung Moskaus von der mongolischen Herrschaft wird herkömmlich auf das Jahr 1480 datiert. Ebenso wie die Großfürsten von Litauen stilisierten sich auch die Großfürsten von Moskau zu Erben der Kiewer Rus. Aber nach der Zerstörung dieses mittelalterlichen Staates übten sie fast ein halbes Jahrtausend lang keine Herrschaft über das Gebiet aus. Die meiste Zeit wurde Kiew von Vilnius und Warschau aus regiert.

Mit den Kosakenaufständen begann der Niedergang des Doppelstaates Polen-Litauen; sie schufen die Voraussetzungen dafür, dass die Herrschaft über Kiew von Polen auf das Moskauer Großfürstentum überging. 1667 wurde das Territorium der heutigen Ukraine zwischen Polen-Litauen und Moskau aufgeteilt, wobei Kiew an Moskau ging. Dadurch kam das Großfürstentum Moskau mit Europa in Berührung. Die gebildete Elite der Universität Kiew ging nach Norden, um als Beamte und Fachleute in dem wachsenden Reich zu arbeiten. Dasselbe Muster wiederholte sich, als Polen-Litauen Ende des 18. Jahrhunderts vollständig zwischen dem Großfürstentum Moskau (mittlerweile das Russische Reich), Preußen und der Habsburger Monarchie aufgeteilt wurde. Das Russische Reich,

das auf dem Gebiet der höheren Bildung keine Tradition besaß, setzte die in Vilnius und Kiew Ausgebildeten für seine Zwecke ein.

Im 19. Jahrhundert folgte die ukrainische Nationalbewegung typisch europäischen Mustern. Einige Gebildete, Laien und Geistliche, begannen gegen ihre eigenen Biographien zu rebellieren und erklärten, nicht die Eliten, sondern die Massen seien das Subjekt der Geschichte. Diese Entwicklung begann in Charkiw und breitete sich von dort nach Kiew und über die russisch-habsburgische Grenze nach Lviv (Lemberg) aus. Ukrainische Historiker des 19. Jahrhunderts gehörten zu den führenden Vertretern der europaweiten Bewegung der Volkstümler, die das einfache Volk romantisierte. Sie ermöglichte die Vorstellung einer gemeinsamen ukrainischen Nation über die Grenze zwischen dem Russischen Reich und der Habsburger Monarchie hinweg (wo in einem kleinen, Ostgalizien genannten Gebiet Menschen lebten, die, wie wir heute sagen würden, ukrainisch sprachen).

Der Erste Weltkrieg brachte das Ende der großen Reiche und zugleich Bestrebungen, auf der Grundlage des Wilsonschen Prinzips der Selbstbestimmung Nationalstaaten zu schaffen. Was die Ukraine betrifft, so kam es gleich zu zwei Versuchen dieser Art, einem auf dem Gebiet der Habsburger Monarchie und einem auf dem des Russischen Reiches. Der erste Versuch wurde von den Polen vereitelt, denen es gelang, Ostgalizien ihrem neuen Staat einzuverleiben. Der zweite hatte sowohl die Rote als auch die Weiße Armee gegen sich, die sich zwar bekämpften, aber darin übereinstimmten, dass die Ukraine Teil einer größeren politischen Einheit bleiben sollte. Obwohl die ukrainische Nationalbewegung mit denen in anderen osteuropäischen Regionen vergleichbar war und obwohl mehr Menschen für die Ukraine kämpften und starben als für die meisten anderen nach 1918 entstehenden Nationalstaaten, scheiterte der Versuch auf der ganzen Linie. Nach einer komplizierten Serie von Ereignissen, in deren Verlauf Kiew ein Dutzend Mal besetzt wurde, trug die Rote Armee den Sieg davon. 1922 entstand die sowjetische Ukraine als Teil der neuen Sowjetunion.

Gerade weil die ukrainische Nationalbewegung so schwer zu unterdrücken war und weil die sowjetische Ukraine die westliche Grenzregion der Sowjetunion bildete, war die Frage ihrer europäischen Identität von Anfang an von zentraler Bedeutung für die sowjetische Geschichte. Die sowjetische Politik zeichnete sich durch eine ambivalente Einstellung gegenüber Europa aus: Die sowjetische Modernisierung sollte die

kapitalistische Moderne Europas nachahmen – allerdings nur, um sie zu überflügeln. Dabei wurde Europa je nach Zeit, Perspektive und Stimmung der Führung als fortschrittlich oder als dekadent dargestellt. In den 1920er Jahren förderte die sowjetische Politik die Entwicklung einer intellektuellen und politischen Klasse in der Ukraine, weil man glaubte, dass aufgeklärte Ukrainer sich für die sowjetische Zukunft entscheiden würden. In den 1930er Jahren versuchte die sowjetische Politik, die ländlichen Regionen der Ukraine zu modernisieren, indem man den Boden in Kollektiveigentum überführte und die Bauern zu Angestellten des Staates machte. Das führte zu massivem Widerstand in der Bauernschaft, die an das Privateigentum glaubte, und zu sinkenden Ernteerträgen.

Josef Stalin verwandelte diese gescheiterten Bemühungen in einen Sieg, indem er die ukrainischen Nationalisten und ihre ausländischen Unterstützer für den Misserfolg verantwortlich machte. Er requirierte weiterhin Nahrungsmittel in der Ukraine, obwohl er genau wusste, dass er damit Millionen Menschen dem Hungertod auslieferte, und er vernichtete die ukrainische Intelligenz. Mehr als drei Millionen Menschen verhungerten in der sowjetischen Ukraine. Die Folge war ein neues Regime der Einschüchterung, in dem Europa nur noch als Bedrohung dargestellt wurde. Stalin stellte die absurde, aber wirkungsvolle Behauptung auf, die Ukrainer hungerten sich auf Befehl aus Warschau willentlich zu Tode. Später verkündete die sowjetische Propaganda, wer die Hungersnot erwähne, müsse ein Agent Nazideutschlands sein. So begann die Politik des Faschismus und Antifaschismus, in der Moskau der Verteidiger alles Guten war und seine Kritiker Faschisten sein mussten. Diese wirkungsvolle Rhetorik schloss das sowjetische Bündnis mit den Nazis 1939 keineswegs aus. Angesichts des aktuellen Rückgriffs der russischen Propaganda auf den Antifaschismus ist dies ein wichtiger Punkt, an den man sich erinnern sollte: Die Rhetorik des moralischen Manichäismus diente allein dem Staat und setzte ihm daher keine Grenzen. Der Einsatz des Antifaschismus als Strategie ist etwas ganz anderes als der Kampf gegen wirkliche Faschisten.

Die Ukraine stand im Zentrum der Politik, die Stalin als »innere Kolonisierung« bezeichnete; und sie stand im Zentrum der Hitler'schen Pläne für eine äußere Kolonisierung. Sein »Lebensraum« war in erster Linie die Ukraine, deren fruchtbare Böden von sowjetischer Macht gesäubert und für Deutschland ausgebeutet werden sollten. Man plante, Stalins kollektivierte Landwirtschaft beizubehalten, die landwirtschaftlichen Erzeug-

nisse aber von Ost nach West umzuleiten. Deutsche Planer erwarteten, dass dabei etwa dreißig Millionen Einwohner der Sowjetunion verhungern würden. Nach dieser Denkweise waren die Ukrainer Untermenschen, unfähig zu einem normalen politischen Leben und einzig für die Kolonisierung einsetzbar. Kein europäisches Land wurde einer so intensiven Kolonisierung unterworfen wie die Ukraine, und kein europäisches Land musste derart leiden. Zwischen 1933 und 1945 war die Ukraine der tödlichste Ort der Erde.

Im heutigen Deutschland bleibt der Aspekt der Kolonisierung weitgehend unbeachtet. Die Deutschen denken an die Verbrechen gegen die Juden und gegen die (fälschlich mit Russland gleichgesetzte) Sowjetunion, aber fast niemand in Deutschland erkennt an, dass der Hauptgegenstand des kolonialen Denkens und Tuns Deutschlands die Ukraine war. So prominente deutsche Politiker wie Helmut Schmidt zögern selbst heute nicht, die Ukrainer von den geltenden Regeln des Völkerrechts auszuschließen. Der Gedanke, wonach die Ukrainer mindere Menschen sind, besteht fort, jetzt mit der böswilligen Wendung, dass die Ukrainer für Verbrechen in der Ukraine verantwortlich gemacht werden, die in Wirklichkeit deutsche Politik waren und zu denen es ohne einen deutschen Krieg und ohne eine deutsche Kolonisierungspolitik niemals gekommen wäre.

Obwohl Hitlers Hauptziel die Vernichtung der Sowjetunion war, ging er von der Notwendigkeit eines Bündnisses mit der Sowjetunion aus, um den bewaffneten Konflikt beginnen zu können. Als klar war, dass Polen kämpfen würde, gewann Hitler Stalin 1939 für eine doppelte Invasion. Stalin hatte seit Jahren auf solch eine Einladung gehofft, denn die sowjetische Politik zielte schon lange auf eine Zerschlagung Polens. Außerdem sah Stalin in einem Bündnis mit Hitler, also einer Kooperation mit der extremen europäischen Rechten, den Schlüssel zur Zerstörung Europas. Ein deutsch-sowjetisches Bündnis, so hoffte er, werde Deutschland gegen seine europäischen Nachbarn stellen und zu einer Schwächung oder gar zur Vernichtung des europäischen Kapitalismus führen. Diese Vorstellung unterscheidet sich, wie wir noch sehen werden, gar nicht so sehr von Berechnungen, die Wladimir Putin heute anstellt.

Die Folgen der deutsch-sowjetischen Invasion waren die Niederlage Polens und die Zerschlagung des polnischen Staates, aber es kam auch zu einer wichtigen Entwicklung innerhalb des ukrainischen Nationalismus. In den 1930er Jahren hatte es in der Sowjetunion keine ukrainische

Nationalbewegung gegeben; das wäre ganz unmöglich gewesen. In Polen gab es jedoch eine terroristische Untergrundbewegung namens Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). In friedlichen Zeiten war sie kaum mehr als ein Ärgernis, aber mit dem Krieg wuchs ihre Bedeutung. Die OUN wehrte sich gleichermaßen gegen die polnische und die sowjetische Herrschaft über die in ihren Augen ukrainischen Gebiete und sah daher in einer deutschen Besetzung des Ostens die einzige Möglichkeit, die Bildung eines ukrainischen Staates zu betreiben. So unterstützte die OUN Deutschland 1939 bei der Invasion Polens und dann erneut 1941, als Deutschland seinen Verbündeten verriet und die UdSSR angriff.

Auch die sowjetische Besetzung Ostpolens von 1939 bis 1941 begünstigte den ukrainischen Nationalismus. Die herrschende Klasse Polens und die Führer der ukrainischen politischen Parteien wurden deportiert oder ermordet. Die ukrainischen Nationalisten, die es gewohnt waren, im Untergrund zu leben, kamen besser weg. Viele linksgerichtete ukrainische Revolutionäre, die vor dem Krieg recht zahlreich waren, gingen nach den Erfahrungen mit der sowjetischen Herrschaft zur radikalen Rechten über. Außerdem ermordeten die Sowjets den Führer der OUN, was wiederum zu einem Machtkampf zwischen zwei jüngeren Männern, Stepan Bandera und Andrij Melnyk, führte.

1941 erprobten ukrainische Nationalisten eine politische Kollaboration mit Deutschland und scheiterten. Hunderte von ihnen beteiligten sich als Kundschafter und Dolmetscher am deutschen Angriff auf die Sowjetunion, und einige von ihnen halfen den Deutschen bei der Organisation von Pogromen. Ukrainisch-nationalistische Politiker versuchten, den Lohn für diese Kollaboration einzustreichen, indem sie im Juni 1941 eine unabhängige Ukraine ausriefen. Hitler war an einem solchen Gebilde überhaupt nicht interessiert. Viele Nationalistenführer wurden getötet oder inhaftiert, Stepan Bandera verbrachte den Rest des Krieges in Sachsenhausen. Manche Ukrainer kollaborierten weiterhin mit den Deutschen, um militärische Erfahrung zu sammeln, oder in der Hoffnung auf eine politische Wende und den Fall, dass die Deutschen sie doch einmal brauchen sollten. Aber wie überall in Europa hatte auch hier die praktische Kollaboration kaum etwas mit Politik zu tun.

Im Laufe des Krieges bereiteten sich viele ukrainische Nationalisten auf einen Aufstand vor für den Zeitpunkt, da die deutsche durch die sowjetische Macht ersetzt würde. Sie sahen in der UdSSR ihren Hauptgegner,

teilweise aus ideologischen Gründen, aber vor allem, weil sie im Begriff war, den Krieg zu gewinnen. In Wolhynien schufen ukrainische Nationalisten die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), deren Aufgabe es war, die Sowjets zu besiegen, nachdem diese die Deutschen besiegt hatten. 1943 unternahm die UPA eine massive ethnische Säuberung unter den Polen und tötete zugleich Juden, die sich bei Polen versteckt hielten. Dabei handelte es sich keineswegs um eine Kollaboration mit den Deutschen, sondern um den mörderischen Teil einer, wie ihre Führer es verstanden, nationalen Revolution. Danach bekämpften die ukrainischen Nationalisten die Sowjets in einem Partisanenkrieg, in dem beide Seiten die grausamsten Mittel einsetzten. Es war Chruschtschow, der den Befehl gab, die Sowjets sollten die Nationalisten noch an Brutalität übertreffen, um die einheimische Bevölkerung einzuschüchtern.

Die politische Kollaboration und der Aufstand der ukrainischen Nationalisten stellten in der Geschichte der deutschen Okkupation letztlich nur Faktoren von untergeordneter Bedeutung dar. Infolge des Krieges wurden auf dem Gebiet der heutigen Ukraine etwa sechs Millionen Menschen getötet, darunter etwa 1,5 Millionen Juden. Die Deutschen erprobten ihre Techniken der Massenvernichtung in Kamenez-Podolsk und Babyn Jar, wo mehr als 20 000 bzw. 30 000 Juden in Massenerschießungen ermordet wurden. In der gesamten besetzten sowjetischen Ukraine kollaborierten Einheimische mit den Deutschen, wie sie es auch in der besetzten Sowjetunion und im ganzen besetzten Europa taten.

Aber in der Ukraine wurden sehr viel mehr Menschen von den Deutschen ermordet, als mit ihnen kollaborierten, und das gilt für kein anderes besetztes Land in Westeuropa. Deshalb kämpften weit mehr Menschen aus der Ukraine gegen die Deutschen als auf ihrer Seite, und auch das gilt für kein anderes besetztes westeuropäisches Land. Die große Mehrheit der Ukrainer, die im Krieg kämpften, tat dies in der Uniform der Roten Armee. Im Kampf gegen die Wehrmacht kamen mehr Ukrainer ums Leben als amerikanische, britische und französische Soldaten zusammengekommen. In Deutschland ist man bis heute für diese Tatsachen blind, weil die Rote Armee fälschlich als russische Armee angesehen wird – eine Gleichsetzung, die auch von der Propaganda im heutigen Russland praktiziert wird. Wenn die Rote Armee eine russische Armee ist, müssen die Ukrainer Feinde gewesen sein. Diese Denkweise erfand Stalin selbst am Ende des Krieges. Die Idee des Großen Vaterländischen Krieges diente

drei Zielen: Sie ließ die Handlung 1941 statt 1939 beginnen, so dass das deutsch-sowjetische Bündnis in Vergessenheit geriet; sie stellte Russland in den Mittelpunkt des Geschehens, obwohl die Ukraine in viel höherem Maße im Zentrum des Krieges stand; und sie ignorierte vollkommen das Leid der Juden.

Die heutige Gedächtnispolitik wird weitaus stärker von der Nachkriegspropaganda geprägt als von der Erfahrung des Krieges. Keiner der heutigen Machthaber erinnert sich noch an den Zweiten Weltkrieg, auch wenn manche führenden russischen Politiker die Geschichtsversion zu glauben scheinen, die man sie in der Schule gelehrt hat. Die gegenwärtigen politischen Führer Russlands sind Kinder der 1970er Jahre und damit von Breschnews Kriegskult. Der Große Vaterländische Krieg wurde zu einer Sache der Russen, die Ukrainer und Juden kommen darin nicht vor. Die Juden litten mehr als jede andere sowjetische Bevölkerungsgruppe, aber der Holocaust als solcher hatte keinen Platz in der sowjetischen Geschichte. Er erschien allenfalls in der antiwestlichen Propaganda, in der man das Leid der Juden gänzlich ukrainischen und anderen Nationalisten in die Schuhe schob – Menschen, die in Gebieten lebten, die Stalin im Krieg als Hitlers Verbündeter erobert hatte, und Menschen, die Widerstand gegen die Sowjetmacht geleistet hatten, als sie 1945 zurückkehrte. An diese Tradition knüpfen die russischen Propagandisten in der gegenwärtigen Ukraine-Krise an: vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem Holocaust, soweit sie ihn nicht als politisches Instrument zur Manipulation der Menschen im Westen benutzen können.

In den 1970er Jahren wurde die Sowjetunion russifiziert, und zwar auf eine ganz besondere Weise. Man gelangte zu dem ideologischen Schluss, dass nur innerhalb der Sowjetunion selbst, nicht aber innerhalb der einzelnen Nationen Klassen existierten. So brauchte die Sowjetunion nur eine einzige denkende Klasse und nicht mehrere nationale Klassen dieser Art. In der Folge wurde die ukrainische Sprache aus den Schulen und insbesondere aus der höheren Bildung verbannt. Sie behielt ihre Bedeutung als eine Sprache niederer und paradoxerweise zugleich hoher Kultur, denn damals bestritt in der Sowjetunion niemand die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Tradition in der Kunst und in den Geisteswissenschaften. In dieser Atmosphäre entwickelten ukrainische Patrioten und selbst ukrainische Nationalisten ein zivilgesellschaftliches Verständnis der ukrainischen Identität. Unterstützt wurden sie darin von emigrierten

polnischen Intellektuellen, die in den 1970er und 1980er Jahren eine Außenpolitik für die Zeit nach dem Kommunismus konzipierten.

Diese um Jerzy Giedroyc und die Zeitschrift *Kultura* in Paris versammelten Intellektuellen erklärten, die Ukraine sei im selben Sinne eine Nation wie Polen, und ein zukünftiges unabhängiges Polen solle eine zukünftige unabhängige Ukraine anerkennen – ohne die Grenzen in Frage zu stellen. Das war damals umstritten, weil Polen im Gefolge des Krieges die heute als Westukraine bezeichneten Gebiete verloren hatte. Im Rückblick war dies der erste Schritt der Ukraine wie auch Polens in die Richtung der rechtlichen und institutionellen Normen Nachkriegseuropas. Die vorweggenommene Anerkennung der Ukraine innerhalb der bestehenden Grenzen wurde 1989 zur Grundlage einer polnischen Außenpolitik nach »europäischen Standards«. In der entscheidenden Phase zwischen 1989 und 1991 und zum ersten Mal in der Geschichte hatten die ukrainischen Aktivisten nur einen Gegner: die Sowjetunion. Im Dezember 1991 stimmten mehr als 90% der Einwohner der sowjetischen Ukraine (mit Mehrheit in allen Regionen) für die Unabhängigkeit.

*

Danach gingen Russland und die Ukraine getrennte Wege. Privatisierung und Gesetzlosigkeit führten in beiden Ländern zu einer Oligarchie. In Russland wurden die Oligarchen durch einen zentralisierten Staat kontrolliert, während sie in der Ukraine eine eigene, merkwürdige Form von Pluralismus schufen. Bis in die allerjüngste Zeit pendelten alle ukrainischen Präsidenten in der Außenpolitik zwischen Ost und West und in der Innenpolitik zwischen verschiedenen Oligarchen-Clans.

Ungewöhnlich an Viktor Janukowytch war, dass er jeglichem Pluralismus ein Ende zu setzen versuchte. In der Innenpolitik schuf er eine Scheindemokratie, in der sein Lieblingsgegner die weit rechts stehende Swoboda-Partei war. In dieser Konstellation konnte er Wahlen gewinnen und ausländischen Beobachtern erklären, er sei immerhin besser als die nationalistische Alternative. In der Außenpolitik sah er sich nolens volens zu Wladimir Putins Russland hingedrängt. Janukowytch war so korrupt, dass eine ernsthafte Zusammenarbeit mit der Europäischen Union – und das impliziert die Anerkennung bestimmter rechtlicher Normen – seine wirtschaftliche Macht untergraben hätte. Er scheint so viel aus der Staats-

kasse gestohlen zu haben, dass der Staat 2013 kurz vor dem Bankrott stand, was Janukowytsch gefügig für russischen Druck machte. Moskau war bereit, seine Praktiken zu ignorieren und ihm einen Kredit für die Bedienung der dringenden Schulden zu gewähren, allerdings zu einem politischen Preis.

Auch aus einem weiteren Grund war es ab 2013 nicht länger möglich, zwischen Russland und dem Westen zu pendeln. Denn Moskau steht seit Kurzem nicht mehr für einen russischen Staat mit mehr oder weniger berechenbaren Interessen, sondern für das weitaus grandiose Projekt einer eurasischen Integration. Das eurasische Projekt besteht aus zwei Teilen: der Schaffung einer Freihandelszone zwischen Russland, der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan und der Zerstörung der Europäischen Union durch die Unterstützung der extremen Rechten in Europa. Putins Ziel war und ist höchst einfach. Sein Regime ist abhängig vom Verkauf von Erdöl und Erdgas an Westeuropa. Ein einiges Europa könnte unter dem Druck der Unberechenbarkeit Russlands oder der globalen Erwärmung oder beider Faktoren zu einer gemeinsamen Energiepolitik finden, die es von Russland unabhängig machen würde. Ein uneiniges Europa bliebe dagegen auf die russischen Energielieferungen angewiesen.

Doch kaum formuliert, zerschellte Putins stolzer Plan an der Realität der ukrainischen Gesellschaft. Der Versuch, die Ukraine in den eurasischen Machtbereich hereinzuholen, führte zum genau entgegengesetzten Ergebnis: Im November 2013 brachte Russland Janukowytsch mit politischen Mitteln davon ab, das über Jahre vorbereitete Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Das führte zu Protesten in der Ukraine, für deren Zerschlagung Russland einen großen Kredit und günstige Gaspreise anbot. Im Januar 2014 machten nach russischem Vorbild eingeführte drakonische Gesetze den Protest zu einer Massenbewegung. Millionen von Menschen, die sich zu friedlichen Demonstrationen versammelt hatten, sollten plötzlich zu Kriminellen gestempelt werden. Ein Teil der Protestierenden begann, sich gegen die Polizeigewalt zu wehren. Schließlich machte Russland deutlich, dass Janukowytsch Kiew von Demonstranten säubern müsse, wenn er das Geld erhalten wolle. Im Februar folgte dann das Scharfschützenmassaker, das einen eindeutigen moralischen und politischen Sieg für die Revolutionäre brachte und Janukowytsch zur Flucht nach Russland zwang. Der Versuch, in der Ukraine eine Diktatur zu errichten, bewirkte genau das Gegenteil: die Rückkehr

zu parlamentarischer Herrschaft, die Ankündigung von Präsidentschaftswahlen und eine auf Europa ausgerichtete Außenpolitik.

Dieser Erfolg machte die Revolution in der Ukraine nicht nur zu einem Desaster für die russische Außenpolitik, sondern auch zu einer Gefahr für das russische Regime zu Hause. Die Schwäche der Putin'schen Politik liegt darin, dass sie mit dem Handeln freier Menschen, die sich als Reaktion auf unvorhersehbare historische Ereignisse selbst organisieren, nichts anzufangen weiß. Die russische Propaganda stellte die ukrainische Revolution als Nazi-Putsch dar und warf den Westeuropäern vor, diese angeblichen Nazis zu unterstützen. Diese Version war zwar lächerlich, aber in Putins mentaler Welt weitaus komfortabler, weil sie das Debakel der russischen Außenpolitik aus dem Blickfeld rückte und die spontane Aktion der Ukrainer durch eine ausländische Verschwörung ersetzte.

In der Folge kam es zur Annexion der Krim und einer schleichenden Invasion von Donezk und Luhansk. Dies stellt eine enorme Herausforderung der europäischen Sicherheitsordnung und des ukrainischen Staates dar. Was hier geschehen ist und noch geschieht, hat nichts mit dem Volkswillen oder dem Schutz von Minderheitenrechten zu tun: Meinungsumfragen auf der Krim haben niemals eine Mehrheit für den Anschluss an Russland ausgewiesen, und russophone Ukrainer genießen im ganzen Land weit mehr Freiheiten als Russen in Russland. Bei der Annexion der Krim bediente Putin sich bezeichnenderweise der Hilfe seiner extremistischen Verbündeten in ganz Europa. Keine angesehenen Organisation durfte die Wahlfarce beobachten, bei der angeblich 97 % der Krim-Einwohner für die Annexion stimmten. Aber eine bunt zusammengewürfelte Delegation aus rechtsgerichteten Populisten, Neonazis und Mitgliedern der deutschen Partei Die Linke war gerne bereit zu kommen und die Ergebnisse zu bestätigen. Die deutsche Vertretung auf der Krim bestand aus vier Mitgliedern der Linken und einem Mitglied der Neuen Rechten – eine aufschlussreiche Kombination.

Die Partei Die Linke agiert im Rahmen einer von der russischen Propaganda geschaffenen virtuellen Realität, die der europäischen Linken aus Moskauer Sicht die Aufgabe zuweist, die ukrainische, nicht aber die europäische und ganz gewiss nicht die russische Rechte zu kritisieren. Nun entbehrt solch eine Kritik keineswegs jeglicher Grundlage. Die Ukraine besitzt eine extreme Rechte. Swoboda, Janukowytschs hauseigene Opposition, stellt drei von zwanzig Ministern in der Regierung Jazenjuk. An-

gesichts einer Wählerunterstützung von 3% ist sie damit überrepräsentiert. Von denen, die während der Revolution gegen die Polizei kämpften, gehörten einige – wenn auch keineswegs die Mehrheit – einer neuen Gruppe namens Rechter Sektor an, die laut einer Umfrage vom April 2014 bei einer Parlamentswahl lediglich 1,8% der Stimmen bekommen würde. Die Präsidentschaftswahlen im Mai haben schließlich bestätigt, wie wenig populär und wie schwach die extreme Rechte in der Ukraine ist – deshalb war Moskau gegen diese Wahlen. Wenn also die extreme Rechte eine gewisse Unterstützung in der Ukraine findet, so doch weit weniger als in den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Revolutionäre Situationen begünstigen stets Extremisten, und gewiss ist hier Wachsamkeit geboten. Es ist erstaunlich, dass Kiew und die Ukraine unmittelbar nach der Revolution zur Ordnung zurückkehrten und dass die neue Regierung angesichts der russischen Invasion eine nahezu unglaubliche Ruhe bewahrt hat. Es gibt tiefe Meinungsverschiedenheiten im Lande, aber zu Gewalt kommt es nur in den Gebieten, die von pro-russischen Separatisten kontrolliert werden.

Beobachter, die die ukrainische Rechte kritisieren, übersehen häufig zwei wesentliche Dinge. Erstens ging die ukrainische Revolution von der Linken aus. Sie war eine Massenbewegung, wie sie Europäer und Amerikaner nur noch aus Geschichtsbüchern kennen. Ihr Gegner war ein autoritärer Kleptokrat, und ihre zentralen Forderungen waren soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Initiiert wurde sie von einem Journalisten afghanischer Herkunft, ihre ersten beiden Todesopfer waren ein Armenier und ein Weißrusse, und sie wurde sowohl von muslimischen Krimtataren als auch von zahlreichen ukrainischen Juden unterstützt. Ein jüdischer Veteran der Roten Armee gehörte zu den von Scharfschützen Getöteten, und zahlreiche Veteranen der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte kämpften für die Freiheit in der Ukraine.

Der Maidan war zweisprachig, ukrainisch und russisch, denn Kiew ist eine zweisprachige Stadt, die Ukraine ist ein zweisprachiges Land und die Ukrainer sind ein zweisprachiges Volk. Der Motor der Revolution war die russischsprachige Kiewer Mittelklasse. Die gegenwärtige Regierung ist ganz selbstverständlich multiethnisch und multilingual. Die Ukraine ist ein kosmopolitisches Land, in dem Sprache und ethnische Zugehörigkeit weniger Bedeutung haben, als viele glauben. Tatsächlich beherbergt die Ukraine heute die größten und wichtigsten freien Medien in russischer Sprache, da

diese auch auf Russisch erscheinen und Meinungsfreiheit herrscht. Putins Behauptung, er wolle die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine schützen, ist in mehrfacher Hinsicht absurd, und in einer Hinsicht ganz besonders: In der Ukraine können die Menschen auf Russisch sagen, was sie wollen – in Russland können sie das nicht. Die Separatisten im Osten des Landes, die nach Umfragen nur eine Minderheit der Bevölkerung repräsentieren, protestieren für das Recht, sich einem Land anzuschließen, in dem Proteste unterdrückt werden. Sie haben Wahlen blockiert, in denen sich die legitimen Interessen der im Osten lebenden Ukrainer artikulieren sollten. Wenn sich diese Regionen Russland anschließen, werden ihre Bewohner in der Zukunft keine Chancen mehr auf freie Wahlen haben.

Der zweite Punkt, der gerne übersehen wird, ist, dass die autoritäre extreme Rechte in Russland unendlich gefährlicher ist als die in der Ukraine. Zum einen, weil sie an der Macht ist, zum anderen, weil sie keine ernstzunehmenden Rivalen hat. Darüber hinaus braucht sie sich keinen Wahlen zu stellen und keine Rücksicht auf internationale Erwartungen zu nehmen. Und sie verfolgt heute eine Außenpolitik, die offen auf eine Ethnisierung der Welt setzt: Es spielt keine Rolle, was ein Bürger in rechtlicher Hinsicht oder nach seinen eigenen Präferenzen ist. Die Tatsache, dass er russisch spricht, macht ihn zu einem »Volksgenossen«, der den Schutz Russlands braucht und eine Invasion legitimiert.

Das russische Parlament hat Putin autorisiert, die gesamte Ukraine zu besetzen und deren soziale und politische Strukturen zu verändern: ein extrem radikales Ziel. Es hat auch ein Schreiben an den polnischen Außenminister geschickt mit dem Vorschlag, die Ukraine zwischen Polen und Russland aufzuteilen. Im populären russischen Fernsehen werden Juden für den Holocaust verantwortlich gemacht; in der großen Tageszeitung *Iswestija* wird Hitler als vernünftiger Staatsmann rehabilitiert, der auf westlichen Druck reagierte. Am Jahrestag des Kriegsendes marschieren russische Neonazis durch die Straßen.

All das steht im Einklang mit den grundlegenden ideologischen Prämissen der eurasischen Idee. Während die europäische Integration von der Prämisse ausgeht, dass Nationalsozialismus und Stalinismus negative Beispiele waren, geht die eurasische Integration von der postmodernen Prämisse aus, die Geschichte sei ein Wühltisch nützlicher Ideen. Während die europäische Integration freiheitliche Demokratie voraussetzt, lehnt die eurasische Ideologie diese ausdrücklich ab. Der wichtigste Eurasien-

Ideologe Alexander Dugin, der einmal einen Faschismus »so rot wie unser Blut« forderte, erhält heute mehr Aufmerksamkeit als je zuvor. Seine drei politischen Grundideen – die Notwendigkeit, die Ukraine zu kolonisieren; die Dekadenz der Europäischen Union; und der Wunsch nach einem alternativen eurasischen Projekt, das von Lissabon bis Wladiwostok reicht – werden heute offiziell als russische Außenpolitik formuliert, wenn auch nicht in so wilder Form wie bei ihm. Inzwischen berät Dugin die separatistischen Führer im Osten der Ukraine.

Präsident Putin stellt sich heute als Pate der extremen Rechten in Europa dar, und deren Führer leisten ihm willig Gefolgschaft. Der Widerspruch ist offensichtlich: Die russische Propaganda gegenüber dem Westen behauptet, das Problem der Ukraine bestehe darin, dass ihre Regierung zu weit rechts sei, während Russland gleichzeitig eine Koalition mit der europäischen radikalen Rechten schmiedet. Mitglieder westlicher Parteien vom rechten Rand des politischen Spektrums pilgerten auf die Krim und priesen die Volksabstimmung als Modell für Europa. Anton Shekhovtsov, ein Experte für die europäische Rechte, erinnert daran, dass der Führer der bulgarischen extremen Rechten seine Wahlkampagne für das europäische Parlament in Moskau gestartet hat; die italienische Fronte Nazionale preist Putin für sein »mutiges Auftreten gegen die mächtige Schwulen-Lobby«; die Neonazis von der Goldenen Morgenröte sehen in Russland den Verteidiger der Ukraine gegen das »internationale Wuchertum«; Heinz-Christian Strache, der Chef der österreichischen FPÖ, echot, Putin sei ein »lupenreiner Demokrat« und sogar Nigel Farage, der Vorsitzende der United Kingdom Independence Party, meinte kürzlich in einer Fernsehdebatte, die Europäische Union habe in der Ukraine »Blut an den Händen«.

Was die russische Führung und die extreme europäische Rechte verbindet, ist eine elementare Unaufrichtigkeit, eine auf Selbsttäuschung basierende Lüge, die das Potential besitzt, die bestehende Friedensordnung zu zerstören. Die russische Führung gießt Hohn und Spott über ein Europa aus, das sie als schwules Amüsierlokal darstellt, doch zugleich ist die Elite Russlands auf allen erdenklichen Ebenen von der Europäischen Union abhängig. Sie profitiert von der Berechenbarkeit, Rechtsstaatlichkeit und Kultur Europas, wo sie ihr Geld wäscht, ihre Vorzeigeunternehmen gründet, ihre Kinder auf Schulen schickt oder ihre Ferien verbringt. Europa ist sowohl die Basis des russischen Systems als auch dessen Sicherheitsventil.

Ganz ähnlich nimmt der durchschnittliche Strache- oder Le-Pen-Wähler zahllose Elemente des Friedens und des Wohlstands, die das Ergebnis der europäischen Integration sind, als selbstverständlich hin. Das Paradebeispiel dafür ist die Möglichkeit, in freien und fairen demokratischen Wahlen das Europaparlament zu bestimmen – auch für Menschen, die gegen die Europäische Union sind.

Wie Putin, so verfangen sich auch Strache und Le Pen in einem offenkundigen Widerspruch: Alle Vorzüge des Friedens und Wohlstands sollen erhalten bleiben, auch wenn aus Europa wieder ein Konglomerat von Nationalstaaten wird. Dass die ukrainischen Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014 mit den Wahlen zum Europäischen Parlament zusammenfielen, ist durchaus kein Zufall. Eine Stimme für Strache oder Le Pen oder auch für Farage war unter diesen Umständen eine Stimme für Putin – und eine Niederlage für Europa ein Sieg für Eurasien.

Die Realität aber ist, dass nur ein vereintes Europa angemessen auf einen aggressiven russischen Petrostaat reagieren kann, nicht aber eine Ansammlung zerstrittener Nationalstaaten. Natürlich ist die Rückkehr zum Nationalstaat unmöglich. Die Integration wird weitergehen, nur die Form steht zur Wahl. Politiker und Intellektuelle sagten früher gern, es gebe keine Alternative zum europäischen Projekt, aber jetzt gibt es eine: Eurasien.

Die Ukraine hat keine Geschichte ohne Europa, aber Europa hat auch keine Geschichte ohne die Ukraine. Die Ukraine hat keine Zukunft ohne Europa, aber Europa hat auch keine Zukunft ohne die Ukraine. Über die Jahrhunderte haben sich in der Ukraine die Wendepunkte der europäischen Geschichte gezeigt. Das scheint auch heute noch zu gelten. Wie die Dinge sich wenden werden, hängt von den Europäern ab.

»ES GAB KEINE GRENZE MEHR ZWISCHEN TRAUM
UND WIRKLICHKEIT«

Interview mit Kateryna Mishchenko

Tatiana Zhurzhenko: Wie hast du die Proteste auf dem Maidan selbst erlebt? Die verschiedenen Phasen? Wie ist es, in einer Stadt zu leben, die sich im Ausnahmezustand befindet? Wie hast du das als Bürgerin von Kiew, als politisch engagierte Person, als Frau erlebt?

Timothy Snyder: Erzähl von Anfang an.

Kateryna Mishchenko: Der Maidan hat sich immer wieder verändert, und so haben sich auch meine Gefühle und politischen Ansichten verändert und entwickelt. Ich war dort von Ende November 2013 bis Anfang Februar 2014. Am Beginn war ich überrascht, dass die Menschen wegen des Assoziierungsabkommens mit der EU auf die Straße gingen. Wie viele war auch ich enttäuscht und konnte nicht wirklich glauben, dass Janukowytch nicht unterschreiben würde, schien es doch seine einzige Chance zu sein, wiedergewählt zu werden. Natürlich habe ich nicht erwartet, dass das Abkommen die Ukraine rettet. Es hätte aber ein wenig Hoffnung gegeben, dass wir nicht weiter absterben, sondern aus der Stagnation der Janukowytch-Ära herauskommen und etwas Neues beginnen. Ich bin dann auf den Maidan gegangen, um zu sehen, wer dort ist und wie die Stimmung ist. Unter den Menschen habe ich einen Studenten getroffen, einen linken Aktivist, der genauso wie ich dort spazieren ging, und ich fragte ihn: »Bohdan, was machst du hier? Suchst du auch nach bekannten Gesichtern, um etwas zu tun?« Er sagte: »Ja, ich spüre diese Energie. Man muss etwas damit machen, aber ich sehe niemanden von unseren Bekannten. Ich weiß nicht, was wir tun sollen.« Ich glaube, das war der Moment, in dem ich zum ersten Mal spürte, dass etwas passiert, dass etwas passieren muss, und wo mein Platz ist. Viele meiner Freunde waren skeptisch. Für sie war es nicht wichtig, für die EU zu demonstrieren. Ich habe gedacht, es geht nicht um die EU, es geht um diese kleine Hoffnung, die so wichtig scheint für die Menschen.

Z: Wie friedlich waren die Proteste? Wann kam Gewalt ins Spiel?

M: Gleich am Beginn der Proteste auf dem Maidan, noch vor dem ersten Polizeiübergriff¹ am 30. November 2013, haben wir als linke Aktivist:innen die Gewalt der Swoboda-Anhänger² zu spüren bekommen. Wir haben auch gemerkt, dass sie radikaler waren als sonst. Sie griffen die Aktionen der Linken aggressiver an als früher. Zur gleichen Zeit konnte ich die Geburt des Rechten Sektors³ beobachten. Er hat sich vor allem aus jungen Menschen rekrutiert, darunter viele Studenten. Von Anfang an waren auf dem Maidan nationalistische Organisationen unterschiedlicher Art präsent. Ich habe damals die Enttäuschung der Linken gespürt. Denn Strukturen, die schon da sind, profitieren von der Mobilisierung der Gesellschaft. Die Linke aber hatte es versäumt, Strukturen aufzubauen. Die Konfrontation von Links und Rechts war jedenfalls sofort da. Das hat sich nach dem 1. Dezember 2013 radikal geändert, als, provoziert durch die Gewaltexzesse der Polizei, plötzlich sehr viel mehr Menschen auf den Straßen waren. Das war schon ein ganz anderes Gefühl, man spürte, dass so viele etwas bewegen können. Vielleicht habe ich mich damals schon von meiner linken Identität verabschiedet und versucht, die Situation mit anderen Augen zu betrachten.

Die Linke und der Maidan

S: Kannst du etwas über deine linke Identität sagen? Was bedeutet es, wenn du sagst, du habest dich von ihr verabschiedet?

M: Ich meinte natürlich eine spezifische linke Identität, nicht die linke Idee im Allgemeinen. Ich teilte damals einen gewissen Dogmatismus oder Idealismus, eher eine reflexartige Reaktion auf die Rechten, auf ihre Parolen.

Z: Die Linken in der unabhängigen Ukraine sind etwas Neues. Es gibt diese Gruppen doch erst seit ein paar Jahren?

M: So, wie sie jetzt aussehen, ja. Das Wichtigste an der heutigen Linken ist ihre obsessive Beschäftigung mit der Rechten. Die Beziehung zwischen uns und ihnen war manchmal auch ganz persönlich. Es gibt nicht so viele Linke in Kiew, und die meisten Rechten kennen uns. Wenn ich einen Rechten auf der Straße treffe, ist das etwas Persönliches, und die-

ses Persönliche hat am Anfang auch dominiert. Zugleich sind die Linken marginalisiert. Über Gewalt und Übergriffe gegen Linke berichten nur wenige Medien und linke Websites, und es gibt kaum Reaktionen darauf. Wir Linken hatten immer das Gefühl, dass wir wenige sind und dass sich niemand für die Gewalt gegen uns interessiert, sie bleibt unsichtbar. Die Ressentiments waren sehr stark. Das war schon so bei der Schließung des Zentrums für visuelle Kultur.⁴ Niemand in der Ukraine hat das Zentrum unterstützt. Viele Intellektuelle aus dem Ausland schon, aber zu Hause niemand. Dahinter steckte natürlich die Rechte. Politisch, da der damalige Rektor der Mohyla-Akademie mit Swoboda sympathisierte, aber auch ideologisch. Es ist immer ein Akt der Gewalt, etwas einfach zu verbieten, eine unliebsame Ausstellung zu schließen.

Z: Eine moralische Zensur eigentlich.

M: Ja, es war ein Akt der Willkür, und niemand reagierte. Und es ging so weiter, auch während der Proteste. Nur die Linken haben über Gewalt von rechts auf dem Maidan informiert, alle anderen Medien wollten nichts über diese internen Konflikte wissen und schwiegen. Diese Isolation ist noch immer da. Aber ich sehe sie heute etwas anders – nämlich, dass sie von den Linken bewusst in Kauf genommen wird. Sie erlaubt es ihnen, sich weiter auf die Rechten zu konzentrieren und sich mit sich selbst statt mit drängenden sozialen Fragen zu beschäftigen. Das Resultat ist, dass die ukrainische Linke bis heute marginalisiert ist.

S: Willst du damit sagen, wenn ich ein bisschen vereinfachen darf, dass es für dich und auch für andere Linke sozusagen ein glücklicher Zufall war, dass Janukowytsch Gewalt eingesetzt hat? Denn das hat eine große Zahl von Leuten mobilisiert und den Charakter der Proteste geändert.

M: Ja. Natürlich war der Gewalteinsatz nicht gut, aber er hat vieles bewegt und eine revolutionäre Situation geschaffen – oder zumindest eine große Spannung in der Gesellschaft. Das betraf mich auch unmittelbar selbst. Ich habe begonnen, vieles in Frage zu stellen. Ein Grund, warum ich gegenüber der Linken und mir gegenüber so kritisch geworden bin, sind all die Privilegien, die wir haben. Ich habe eine Wohnung, ich habe keinen festen Job, aber irgendwie habe ich immer Geld zum Leben; ich bin oft im Ausland und in Kontakt mit Intellektuellen oder Journalisten in vielen Ländern. Ich kann frei entscheiden, was ich machen will, und das

ist etwas, das in der Ukraine nur wenige Menschen können. Das gilt mehr oder weniger für alle Linken, die ich kenne, sehr viele haben Schengen-Visa. Hingegen sind 70 % der ukrainischen Bevölkerung nie im Ausland gewesen, manche sind nur innerhalb ihrer Region ein bisschen gereist. Viele haben gar kein Geld, Urlaub zu machen.

Z: Liegt nicht auch eine gewisse Heuchelei darin, dass die Linken gegenüber der EU und dem EU-Abkommen extrem kritisch sind, zugleich aber gerne von den Vorzügen, die der Westen bietet, Gebrauch machen?

M: Ja, die Linken, die jetzt im Ausland auf ihren Stipendien sitzen, warnen am lautesten vor der Gefahr, dass die ukrainische Rechte die ukrainische Linke vernichtet. Ich frage mich, wie das gehen soll, wenn die meisten Linken ständig verweist sind. Das zeigt ganz gut, dass unsere Linke in einer Welt existiert, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Und ich glaube, dass es paradoxerweise gerade bei den Linken keine internationale Solidarität gibt. Sie sind sehr national geprägt und haben Schwierigkeiten, die Realität eines anderen Landes zu verstehen. Man muss die Wirklichkeit immer wieder neu analysieren und kann sich nicht einfach auf das verlassen, was in den Büchern steht.

Natürlich war diese Einsicht erst einmal ein Schock für mich. Parallel dazu habe ich auf dem Maidan die Erfahrung gemacht, dass sich eine Chance eröffnet, etwas ganz Neues zu schaffen. Die wichtigste Frage für mich war: Wie kann ich ein Teil dieses Neuen werden?

Die Rechte in der Ukraine

S: Sprechen wir über die Rechte in der Ukraine. Als ich im Dezember die Situation von hier aus verfolgte, hatte ich den Eindruck, dass Swoboda nicht mehr die Hauptopposition ist. Ich möchte fragen, ob du und andere früher das Gefühl hattet, dass Swoboda eigentlich ein Teil des Systems ist. Und wenn ja, ob sich dieses Gefühl inzwischen geändert hat.

M: Wir haben Swoboda als rechtsradikale Opposition erlebt, die in Wahrheit eine Stütze von Janukowytschs Regime war. Jeder weiß, dass Swoboda von Janukowytschs Partei der Regionen und von Oligarchen unterstützt wurde. Diese Situation schien ausweglos, und das war vielleicht der Hauptgrund, weshalb so viele Bürger der Politik den Rücken gekehrt hatten.

S: Wie hat sich das mit dem Maidan geändert?

M: Dort zeigte Swoboda eine starke Präsenz, gab sich laut und populistisch und schien die Proteste anfangs zu dominieren. Natürlich waren da auch Batkiwtschyna und UDAR⁵, die auch viele Aktivisten hatten; wie sie rekrutiert wurden, weiß ich nicht. Bei Swoboda gab es, glaube ich, viele Aktivisten aus den Regionen.

Swoboda ist immer sehr konfrontativ, man sollte sie also lieber in Ruhe lassen. Es gab einen Konsens auf dem Maidan, dass wir nicht miteinander streiten, solange Janukowytch nicht besiegt ist. Gespannt habe ich Oleh Tjahnybok, den Führer von Swoboda, beobachtet. Wie wird er agieren? Es wurde erwartet, dass er zum radikalsten Revolutionär wird, dass er die Menschen auf die Barrikaden führt. Aber das hat er nicht getan. Er hat immer gebremst, sogar mehr als Klitschko oder Jazenjuk. Alle wurden nun Zeugen, dass diese Partei eine Revolution nicht wirklich wollte. Tjahnybok hatte immer von der Revolution geschwärmt, plötzlich war die revolutionäre Situation da, und es war offensichtlich, dass er sie nicht ergreift. Es war alles nur Rhetorik. Der einzige Grund, warum Swoboda vor dem Maidan, bei der Parlamentswahl 2012, so große Unterstützung bekommen hat – auch von vielen Menschen aus Kiew –, war der Radikalismus der Partei und ihre revolutionäre Rhetorik. Daher glaube ich, dass sie jetzt viel an Unterstützung verloren hat.

Z: Damals hat man gehofft, dass wenigstens Swoboda im Parlament ein bisschen die Ruhe stören und am Monopol von Janukowytch kratzen würde.

M: Ja, die revolutionäre Erwartung wurde auf sie projiziert, aber selbst damals wurde die Partei nur von einem relativ kleinen Teil der Gesellschaft unterstützt, knapp 11 % – im Gegensatz zu Österreich zum Beispiel, wo die FPÖ in Umfragen bei 20 % liegt. Natürlich habe ich mich gefreut, dass Swoboda auf dem Maidan ihre Maske verloren hat und wir sehen konnten, wer das in Wahrheit ist: nationalistische Provokateure, aber nicht wirklich Revolutionäre.

Z: Du meinst also, man sollte unterscheiden zwischen der Parteiführung – also Tjahnybok – und den Aktivisten?

M: Ja. Ich bin überzeugt, die Aktivisten, insbesondere diejenigen, die

jetzt gestorben sind⁶ – und wir wissen, dass es Menschen unterschiedlichen Alters sind, aus unterschiedlichen Regionen –, haben wirklich an die Sache geglaubt. Sie haben gekämpft, um etwas zu verändern, darunter zahlreiche engagierte Swoboda-Mitglieder.



»Versteht uns – es reicht!«, 21. Dezember 2013

Zwischen Traum und Wirklichkeit

Z: Hast du als Wissenschaftlerin oder als Intellektuelle den Maidan auch als Forschungsfeld betrachtet?

M: Ich bin hier mit einem Paul-Celan-Stipendium am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), um die Schriften von Adorno und Benjamin über den Traum zu übersetzen. Dieses Thema hat sich dann mit dem Maidan verbunden. Ich habe gemerkt, wie mein Bewusstsein anders zu funktionieren begann. Die Stimmung in der Stadt hatte etwas Traumhaftes. Ich habe nur sehr wenig geschlafen, und in meinen Träumen setzte sich fort, was ich auf der Straße oder im Fernsehen gesehen hatte. Ich erlebte eine revolutionäre Situation: Es gab keine Grenze mehr zwischen Traum und Wirklichkeit. Sie bildeten ein Kontinuum, eine Geschichte, die unendlich ist, ohne Pausen. Ich dachte, dass es den anderen

ähnlich ergehen müsse und habe angefangen, meine Bekannten zu fragen: »Wovon habt ihr geträumt? Was habt ihr gesehen?« Ich habe versucht, ihre Berichte zu sammeln.

Z: Was genau meinst Du mit »träumen«?

M: Nicht »Träume« als Zukunftsvisionen, sondern als das, was wir verarbeiten. Es waren ganz spannende Geschichten dabei, wie Blockbuster. Wir bewegten uns zu dieser Zeit auf dem Maidan wie in Hollywood-Filmen unterschiedlicher Genres: Horror, Krimi, Kriegsfilm. Die Situation hatte etwas Irreales, Surrealistisches. Aber dann, nach den ersten Toten, habe ich verstanden, dass ich nicht mehr die notwendige Distanz aufrechterhalten konnte. Die Gedanken, Träume, Erlebnisse der Menschen um mich herum konnte ich nicht mehr als Material für meine Analyse benutzen. Es waren kollektive Schmerzen und Traumata. Ich hatte das Gefühl, dass ich das erst einmal selber verarbeiten musste. Zugleich konnte ich mich nicht mehr distanzieren, ich war Teil einer kollektiven Erfahrung. Es war nicht mehr so wie früher, dass mir meine Freunde oder Verwandten am nächsten stehen. Menschen, die ich nicht kannte, waren mir plötzlich ebenso nah. Ich identifizierte mich mit diesem kollektiven Körper. Wenn ich jetzt darüber schreibe, habe ich das Gefühl, es nicht in meinem Namen zu tun. Es muss wohl noch etwas Zeit vergehen, damit ich mich berechtigt fühle, auch für die anderen zu sprechen, auch in meiner eigenen Geschichte.

Z: Hat sich die Stadt mit dem Maidan verändert?

M: Ja, die Stadt selbst, aber es ist auch eine Stadt in der Stadt entstanden – auf dem Maidan. Das Leben ging weiter, aber die Proteste begannen, das Bewusstsein der Bürger von Kiew zu beherrschen, vor allem die Gewalt. Die Stunde der Stadtguerilla kam, als plötzlich überall in der Stadt Tituschki, also angeheuerte Schläger, die an der Seite der Polizei gegen Demonstranten kämpfen, auftauchten und zuschlugen, als nachts Organisatoren des Automaidan⁷ entführt wurden. Die Luft war plötzlich elektrisiert. Du siehst die Stadtlandschaft, sie sieht normal aus, aber wenn du dann ein demoliertes Auto siehst, weißt du, dass hier vor Kurzem ein Bus mit Berkut-Leuten⁸ war, die die Insassen entführt haben, und niemand weiß, wo sie jetzt sind. Es gab plötzlich eine Alltäglichkeit des Bösen, das Böse wurde Teil unseres Lebens. Die Grenze war kaum sichtbar, aber der Schrecken herrschte überall.

Z: Ich glaube, das ist eine wichtige Beobachtung. Die Nachricht hatte sich schnell verbreitet, dass die Polizei Menschen verhaftet und brutal foltert. Aber dass das mitten in der Stadt passiert, das war wohl eine ganz neue Situation.

M: Ja. Was bisher irgendwo in einem Keller oder einer Zelle der Polizei geschehen war – dort, wo die Journalisten keinen Zutritt hatten –, passierte plötzlich an der Oberfläche. Die ganze Stadt war zu einem Ort geworden, wo etwas Schreckliches passieren konnte. Und gleichzeitig siehst du das nicht sofort. Du kannst dir vormachen, dass du ein normaler Kiewer Bürger bist, du wohnst irgendwo weit weg vom Maidan, du gehst einkaufen, du gehst zur Arbeit, aber doch weißt du, dass die Stadt anders geworden ist. Und das, was wir lange verdrängt haben, ist plötzlich da, ganz nah.

Sphäre Maidan

Z: Wie sollen wir den Maidan verstehen? Als sozialen Organismus, als Polis, als einen anarchischen Ort; oder umgekehrt als ein strukturiertes, militärisch organisiertes Phänomen?

M: Ich glaube, der Maidan ist all das in einem. Während der Proteste habe ich mir einen Film angeschaut, einen Hollywood-Film aus den 1990er Jahren: *Sphere*. Eine Gruppe von drei Wissenschaftlern wird von der US Navy mit der Untersuchung eines im Ozean versunkenen Objekts beauftragt. Es stellt sich heraus, dass es das Wrack eines amerikanischen Raumschiffs ist, das vor Jahrhunderten aus der Zukunft zurückgekehrt ist. Von dort hat es eine perfekt geformte goldene Kugel mitgebracht. Nachdem es einem der Wissenschaftler gelungen ist, in die lebendig erscheinende Sphäre zu gelangen, beginnt eine Kette von Unfällen, die die Mannschaft der auf dem Meeresgrund installierten Untersuchungsstation dezimieren. Nur die drei Wissenschaftler überleben. Sie finden bald heraus, dass die Kugel ihnen die Fähigkeit verliehen hat, ihre Gedanken und Phantasien Wirklichkeit werden zu lassen, auch die furchtbarsten. Erst am Ende, als die Kugel in den Weltraum zurückfliegt, verstehen sie, dass sie kraft ihrer alles manifestieren könnten, nicht nur Alpträume, sondern auch Zukunftsvisionen – aber sie benutzen ihre Macht, um das Erlebte zu vergessen.

Ähnlich ist der Maidan eine Energie, etwas Lebendiges, und je nachdem, was du in ihn investierst, bekommst du plötzlich etwas ganz Reales

heraus. Was da herauskommt, wie das funktioniert, ist nicht ganz klar. Aber klar ist, dass der Maidan mir das Gefühl gegeben hat, dass jede Vision Wirklichkeit werden kann. Natürlich gibt es – wie im Film – viele Ängste, auch im politischen Kontext, und diese Ängste haben sich zuerst manifestiert. Sie dominieren, weil wir schon so lange in einer Situation leben, wo Angst für die Macht das wichtigste Instrument ist, uns ruhigzustellen, uns zu sedieren. Der Maidan gleicht für mich jener Sphäre, er nimmt unsere Gedanken auf und macht aus ihnen etwas, das uns erschreckt – oder weiterbringt. Er hat ganz unterschiedliche Schattierungen, er ist eine ideologische und soziale Mischung – so wie es eigentlich auch das Leben und jeder Mensch ist. Wir hatten eine freiwillige kleine Armee, die Samoobrona (Selbstverteidigung). Sie war militärisch organisiert und sorgte z.B. für den Schutz des Privateigentums – kein Geschäft auf dem Chreschtschatyk wurde geplündert oder zerstört. Auch bei den Hausbesetzungen sorgte sie für Disziplin und Ordnung. Die Männer, die seit Monaten (und auch jetzt noch) auf dem Maidan wohnen, waren alle frisch rasiert und gepflegt, soweit es die bescheidene Infrastruktur zuließ. Bemerkenswert ist auch die Art, wie die Demonstranten miteinander umgingen. Es gab viele Freiwillige, die z.B. Essen zubereiteten und verteilten oder Tee ausschenkten. Wir haben gescherzt, dass dies eine satte Revolution ist – nicht so wie in den 1990er Jahren, als die Studenten gehungert haben, um zu protestieren. Hier gab es im Überfluss zu essen, und das hat sicher geholfen, den Protest durchzuhalten. [*Lacht.*] Und ich erinnere mich auch an diese Berge von warmer Kleidung. Die Demonstranten, die in den Zelten auf dem Maidan und in den besetzten Gebäuden wohnten, konnten sich auf diese Weise gegen die Kälte schützen. Und wann immer du im Internet schreibst, auf dem Maidan braucht man dieses oder jenes, kommen Kiewer Bürger und bringen es. Es ist ein wahrhaft kommunistisches Projekt: Jede/r gibt nach ihren/seinen Fähigkeiten, jede/r bekommt, was sie/er benötigt.

Z: Ja, viele Journalisten haben berichtet, dass man niemanden sieht, der Befehle gibt, aber dennoch wissen alle, was sie zu tun haben.

M: Es gab auch viel Kritik an der sozialen Struktur des Maidan. Leute sagten: »Es sind so viele Obdachlose hier! Sie kommen und demonstrieren nicht, sie tun nichts, sie essen nur und bleiben da.« In Kiew gab es noch nie so viele Obdachlose wie jetzt. Es gibt Vermutungen, dass dahinter eine

Provokation steckt, dass Obdachlose aus anderen Städten gebracht wurden, um Konflikte zu provozieren. Die Kritiker waren dieselben, die den Maidan wegen Swoboda und dem Rechtsradikalismus verurteilten. Ich dachte: Zum ersten Mal sind die Obdachlosen im Stadtzentrum willkommen, zum ersten Mal sind sie inkludiert! Man muss dazu wissen, dass die Ukraine keine Infrastruktur für sie hat, während ihre Zahl immer weiter steigt. Sie saßen meistens in der Unterführung, wo es warm war; sie bekamen etwas zu essen und konnten sich bei den Kleiderhaufen neu ausstatten. Dass sie auf dem Maidan akzeptiert und versorgt wurden, war, glaube ich, wichtig. Es hat gezeigt, dass die kommunistische Idee funktioniert. Und diese Idee entsprach auch tatsächlich dem Wunsch der Menschen: Die Ärzte haben z.B. gesagt, dass sie alle versorgen werden, ob Helden oder Fußvolk. Hier hat sich der Wunsch nach Solidarität erfüllt, nach Zusammenhalt, etwas, das viele ersehnen, das sie aber bis dahin nicht erfahren haben. Der Maidan-Winter hat gezeigt, dass eine andere soziale und politische Ordnung möglich ist. Alle, die dort waren, haben das gespürt und gesehen, und es hat ihnen Hoffnung gegeben.

Was die Organisation angeht, so war es einerseits so, dass die Parteien und ihre Politiker ihre eigene Vorstellung vom Maidan hatten. Sie haben in Hierarchien gedacht und versuchten z.B., die Spenden zu kontrollieren, die hereinkamen. Aber sie wurden rasch vom Leben, vom Tempo der Ereignisse überholt. Es gab so viele Initiativen, die sich unabhängig voneinander entwickelten – es war wie Jazz, eine spannungsvolle Harmonie. Es war also so, wie du sagst: Es gab niemanden, der von oben dirigierte.

Z: Oder koordinierte.

M: Ja. So war das auch mit dem Automaidan, der sich spontan entwickelt hat, mit der Hotline »Euromaidan SOS«, mit der Facebook-Gruppe »Euromaidan« oder auch mit der Initiative, an der ich mich beteiligt habe, nämlich Wachen in den Krankenhäusern zu organisieren, um die Opfer von Polizeiübergriffen vor weiterer Willkür zu schützen. Wir haben miteinander kommuniziert, abhängig von der aktuellen Situation, es gab keine Zeit für den Aufbau einer Struktur, sie hat sich von selbst entwickelt, je nach den Bedürfnissen und je nach den laufenden Ereignissen. Es war sehr spannend, wie ein Organismus zu funktionieren.

In diesen kritischen Situationen handelte der Maidan wie ein Bienenvolk. Du schickst ein Signal, und es kommen alle, die in der Nähe sind.

Es wäre gar nicht möglich gewesen, alle so zu organisieren und zu koordinieren, dass in jedem Krankenhaus eine Gruppe bereitsteht und auf die Gefahr wartet. So war es nicht. Die Gefahr kam, und dann eilten alle, die davon hörten, zu Hilfe. Das machte diese Struktur so lebendig, denn sie musste sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Man konnte nichts vorhersehen.

Die Rolle der Medien

Z: Welche Rolle spielten dabei die Medien?

M: Der Maidan war ein sehr medialisierter Protest. Jeder und jede, der ein Handy mit Internetanschluss besaß, hat gestreamt und gepostet und damit eine entscheidende Alternative zu den meisten großen TV-Sendern geschaffen, die sich zumindest anfangs nicht mit dem Maidan solidarisieren wollten. Irgendwo zwischen diesem Einsatz sozialer Medien und den großen Sendern fand sich der neue öffentliche Fernsehkanal Hromadske.tv. Die Journalisten dort waren natürlich unvorbereitet auf die Dramatik der Ereignisse und mussten viel improvisieren. Das machte ihr Programm gerade so spannend und lebendig. Ich glaube, sie haben mit ihrem Ansatz, direkt mit den Aktivisten zu arbeiten, und nicht nur auf Politiker oder »Medienpersonen« aus zu sein, Demokratie in die Medien gebracht. Sie waren immer da, wo etwas passierte, und sie haben mit denjenigen geredet, die in der Situation wichtig waren. So haben sie die Idee der gesellschaftlichen Politisierung in die Medien gebracht.

Ende 2013 hat Hromadske.tv ein Interview mit Savik Schuster geführt, der seit Jahren eine beliebte Politiker-Talkshow moderiert. Sie hat auch Tjahnybok populär gemacht und in die Politik gebracht. »Schuster live« macht Politik zur Komödie und arbeitet zugleich als Propagandamaschine. Die Bürger werden reduziert auf Zuschauer einer Show, sie selbst haben keine Rolle auf der politischen Bühne. Das Abschiedsinterview mit Schuster, der gerade von seinem Sender gefeuert worden war, markierte das Ende dieser politischen Kultur.⁹

Nicht zuletzt durch die Medien erhielt der Maidan im Alltag aller Ukrainer eine enorme Präsenz, und die Macht der durch die Medien geschaffenen und verbreiteten Bilder hat viel zu seinem Erfolg beigetragen.

Neue Formen der Gemeinschaft

S: Kommen wir zurück auf den Maidan als Sphäre, in der das unmöglich Erscheinende vorstellbar wird. Was heißt das konkret in Bezug auf den Umgang mit anderen Leuten? Haben sich neue Formen der Gemeinschaft gebildet? Sagt man »Du« zu Menschen, die man nicht kennt? Wird man freundlicher? Hast du neue Leute kennengelernt, neue Freunde gewonnen?

M: Es ist unterschiedlich. In den Krankenhäusern konnte ich mit den anderen Aktivisten und mit den Opfern offen sprechen, und das gleiche galt auch für sie. Anfangs passt man natürlich auf – es gab so viele Provokationen auf dem Maidan, dass die Demonstranten sehr vorsichtig wurden, besonders die militanten. Sie besprechen, wie Komplizen, was zu tun ist, aber Namen werden nicht genannt. Doch in einer schwierigen Situation lernst du, dein Gegenüber rasch einzuschätzen, und dann vertraut man einander. Es gibt ja etwas Gemeinsames, das uns verbindet, und auch ganz praktische Probleme, die zu lösen sind. Dann bilden sich rasch Teams.

Z: Und sie bilden sich von alleine?

M: Ja, und es entstehen dadurch auch persönliche Beziehungen, je nach der Situation. So kennen sich diejenigen gut, die in den Krankenhäusern Wache hielten und mit den Verletzten sprachen oder mit deren Verwandten.

Z: Und war es so, dass es eine Kerngruppe gab, die Tag für Tag da war? Oder sind die meisten nur einmal gekommen und dann nicht mehr? Wenn du zum Beispiel am nächsten Tag wiederkommst, erkennst du dann schon mehrere Gesichter wieder, oder waren das immer neue Leute?

M: Es hängt davon ab, welche Aufgabe man übernimmt. Die »Maidan-Leute«, die dort gewohnt haben, in besetzten Häusern oder in Zelten, nannten diejenigen, die ab und zu gekommen sind, um zu schauen, »Touristen«. Als die Situation kritischer wurde, gab es Zuständige, die sich um diese Besucher kümmerten – sie an sichere Orte brachten oder ihnen sagten, dass sie verschwinden müssen, sobald gekämpft wurde. Aber nicht immer war die Trennung so klar. Du kommst einfach in eine Zeltküche oder in ein besetztes Haus, und man engagiert dich sofort für diesen oder jenen Job. Als die Barrikaden gebaut wurden, half man, Schnee in Säcke zu stopfen; oder man wird eingeteilt, Müll zu sammeln. Für all diese Auf-

gaben gibt es keine organisierten Teams. Du kommst einfach, und jemand sagt dir, was gerade zu tun ist. So halten zum Beispiel die Studenten den Maidan und den Chreschtschatyk sauber – es sind die gepflegtesten Orte der Stadt, ganz ohne Müllabfuhr und Straßenkehrer.

Geschlechterrollen

Z: Ein paar westliche Journalisten haben sich lustig gemacht über Gender-Stereotypen, derer man sich vor Ort überhaupt nicht bewusst war. Zum Beispiel gab es eine Ankündigung: »Frauen, wenn ihr den Revolutionären helfen wollt, könnt ihr im Ukrainischen Haus den Boden wischen!«

M: Auf dem Maidan gab es keine programmatische Genderpolitik. Statistisch gesehen lebten auf dem Maidan angeblich 70 % Männer und 30 % Frauen. Darin drückt sich schon eine Dominanz aus, und in der Tat ist die verbreitete Vorstellung von den Frauen eher nicht die, dass sie kämpfen, sondern dass sie für die Kämpfer sorgen; und umgekehrt gilt, dass die Frauen von den Kämpfern geschützt werden. Aber natürlich gab es viele Frauen, die von Anfang an ganz vorne mitgekämpft haben. Zum anderen waren die Frauen zum Beispiel bei unserer Krankenhaus-Wache sehr präsent. Da ging es nicht nur um Pflege, sondern auch um die Idee, die Koordination. Frauen haben viele Aufgaben übernommen auf dem Maidan, Dinge, die weniger sichtbar waren. Es gab z.B. eine Frau, die dort eine kleine Redaktion eingerichtet hat und eine Art Tagesblatt mit dem Titel *Die Ereignisse auf dem Maidan* herausbrachte. Neulich hatten wir eine Nacht der Frauensolidarität, und in den letzten Wochen organisierten sich Frauen-Hundertschaften, die ihre eigene Agenda haben.

Der Maidan hat Moden hervorgebracht, auch solche, die von der Militärästhetik inspiriert sind. Mode nicht einfach in Bezug auf Kleidung, sondern auf Kultur allgemein. Dazu gehören auch die Hundertschaften¹⁰, die plötzlich cool geworden sind. Es sind Künstler-Hundertschaften entstanden und eine Cyber-Hundertschaft, die für den Informationskrieg im Internet zuständig ist. Die Maidan-Aktivistinnen haben diese Organisationsform übernommen, verstanden ihre Aufgabe aber anders als die übrigen Hundertschaften, deren Zweck die Selbstverteidigung war. Sie haben sich z.B. mit Selbstschutz für Frauen oder mit juristischen Fragen beschäftigt.

Z: Kann man sagen, dass der Maidan den Zustand der ukrainischen Gesellschaft reflektiert, was Geschlechterrollen betrifft?

M: Vielleicht, aber interessant ist, dass er diese Rollen nicht einfach reflektiert, sondern Raum für die Entstehung neuer Geschlechterverhältnisse bietet. Und das ist wiederum eine Herausforderung für die Linken oder die Feministinnen. Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, die gegebene Situation zu kritisieren, wir müssen sie auch verändern. Und der Maidan hat gezeigt, dass das möglich ist. Man muss bloß handeln.

Die Masken fallen

Z: In manchen Reportagen, auch von Fotografen, wird der Maidan als etwas Exotisches dargestellt. Ein Ort, wo Kosaken mit ihren merkwürdigen Frisuren herumlaufen und man Borschtsch in riesigen Töpfen kocht. Andere stellen den Maidan als Ort dar, wo die Moderne verloren geht, wo z.B. die Kirche eine Rolle spielt, wie nie zuvor in der Ukraine. Der Staat verschwindet und die klassischen Institutionen der modernen Gesellschaft werden durch traditionelle Strukturen ersetzt. Was ist wahr daran?

M: Was du beschreibst, haben einige Beobachter auch als Karnevalisierung wahrgenommen: nicht nur die Kosaken und Kirchenmänner, auch die Kampfkleidung der Aktivisten ...

Z: ... diese Kombination von Skianzug und Motorradhelm.

M: Ja. Aber meine These wäre, dass auf dem Maidan etwas Authentisches sichtbar geworden ist, dass der Maidan nicht ein großer Karneval war, sondern dass er im Gegenteil dazu geführt hat, dass die Masken fielen. Die Vorstellung, dass die Moderne plötzlich durch etwas Archaisches von der Bühne verdrängt wurde, teile ich nicht. Die bunte Maidan-Gemeinschaft mit ihren Kosaken und mit dem ständigen archaischen Vorsingen der nationalen Hymne erwies sich auf der praktischen Ebene des Protests als viel progressiver als die abendländischen, emanzipierten, aufgeklärten Demonstranten des letzten Jahrzehnts wie Occupy oder Blockupy. Außerdem ist es nicht so, dass wir in *einer* Epoche, in *einem* Zeichensystem existieren, und der Maidan hat diese Ungleichzeitigkeiten sichtbar gemacht. Der ukrainische Staat, er hat plötzlich sein wahres Gesicht gezeigt. Genauso wie die Kirche, die zu ihrer primären Bestimmung zurückge-

kehrt ist und sich auf die Seite der Protestierenden gestellt hat. Sie hat den Verletzten Zuflucht gewährt, mit dem Läuten der Glocken während der heftigsten Schlachten hat sie den Kämpfenden auf dem Maidan Mut gemacht. Und gleichzeitig haben sich Priester der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats vor die Berkut-Kordons gestellt und versucht, die Protestierenden zu überzeugen, im Namen des Friedens keine Cocktails mehr zu werfen, doch ihr Frieden hätte die Niederlage des Maidan bedeutet.

Der Maidan bezeichnet auch eine Rückkehr der Religion und des Glaubens in das öffentliche Leben, und ich meine nicht nur die improvisierte Kapelle auf dem Maidan. Das könnte eine große Bedeutung haben, denn ich glaube, dass die Religiosität der Ukrainer eher mit Werten verbunden ist und nicht mit Ritualen. Im Sommer 2013 feierten wir das 1025. Jubiläum der Kiewer Rus. Putin reiste an und erzählte uns Ukrainern lang und breit, wie schön und wunderbar die gemeinsame Geschichte von Russland und der Ukraine ist. Das ganze Stadtzentrum war verstopft von den Autokonvois von Putin und Janukowytsh. Auch das Moskauer Patriarchat war an den Feierlichkeiten beteiligt, doch der gemeinsame Auftritt mit den Mächtigen hatte eigentlich nichts mehr mit Glauben zu tun.

Der Maidan hat diese Ordnung durcheinandergebracht. Putins Vision von einer gemeinsamen Kultur unter den Fittichen des Moskauer Patriarchats ist zerstoßen. Wir hatten ganz andere Bilder. Als der Mann von Nadeschda Tolokonnikowa von Pussy Riot letzten Dezember nach Kiew kam, war er überrascht, als er die Verletzten im St. Michael-Kloster liegen sah, wo sie sich vor der Polizei in Sicherheit bringen konnten – ein starker Gegensatz zu dem kirchlichen Raum in Russland, der so toxisch ist.

Lenins Sturz

Z: Springen wir von der Kirche zu Lenin. Am 8. Dezember 2013 wurde das Lenin-Denkmal in Kiew gestürzt. Was hast du damals empfunden? Was war deine erste Reaktion darauf, auch als Linke?

M: Viele Linke fühlen sich mit solchen Denkmälern physisch verbunden. Dass diese Granitfiguren mit dem modernen linken Körper von lebendigen Menschen eine Symbiose bilden, finde ich problematisch. Das erste Gefühl bei vielen war, dass ein lebendiger Körper zertrümmert wird. In

der Tat war das ja auch in gewissem Sinne die blutrünstige Intention derjenigen, die das Denkmal gestürzt und dann Trümmer als Trophäen mitgenommen haben. Es wurde klar, dass Lenins Körper nicht nur für die Linke so lebendig erscheint, sondern auch für andere Gruppen, nur dass die Vorstellungen von diesem Körper unterschiedlich sind. Gleich nach Lenins Fall war ein Graffito auf dem leeren Postament zu lesen: »Janukowytsch, du bist der Nächste.« Das Unwahrscheinliche stand also schon vor der Tür.

Z: War der Denkmalsturz auch für die Linken eine Befreiung?

M: Das weiß ich nicht. Manche sind noch immer sehr kritisch. Es gibt natürlich auch die Stalinisten, die Geld sammeln, um die gestürzten Denkmäler wieder aufzubauen. Es gibt andere, die sagen, Lenin war nur der Erste, und jetzt werden sie mit allen Kommunisten kurzen Prozess machen, erst mit den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, aber dann sind wir, die neuen Linken, auch dran. Ich sehe das eher so, dass wir jetzt eine Chance haben, uns ganz neu zu erfinden.

Z: Ich war auch überrascht, als das Kiewer Lenin-Denkmal gestürzt wurde. Ich habe die unmittelbaren Reaktionen gelesen. Auch die Liberalen waren schockiert. Sie haben gesagt: »Das ist doch barbarisch. Wir haben einen friedlichen Protest. Was wird man jetzt über uns im Westen denken?« Aber als ich am nächsten Tag die Fotos vom Denkmalsturz überall in den westlichen Medien gesehen habe, wurde mir klar, dass man im Westen sofort das Bild von 1989 darauf projiziert hat. Ich hatte das Gefühl, dass die Europäer endlich verstanden haben, was in Kiew passiert: Mit dem Sturz Lenins haben wir in der Ukraine endlich unsere eigene 89er-Revolution gemacht, mit zwanzig Jahren Verspätung. Da habe ich gedacht, dass dieser Akt vielleicht doch nicht so barbarisch war.

M: Ja, aus westlicher Sicht war das etwas anderes als für uns. Aber wie gesagt: Ich glaube, jeder hier hat das Ereignis anders interpretiert: Es gibt eine Gruppe, die einfach gegen Vandalismus und Barbarei ist. Es gibt diejenigen, die jetzt ihr 1989 erleben. Für die Nationalisten und die Rechten, die das Denkmal gestürzt haben, war das ein Akt nationaler Befreiung. Und für die Linken? Vielleicht muss man manchmal Denkmäler stürzen, um sich von bestimmten Illusionen zu befreien. Lenin ist nicht mehr da. Es gibt Platz für etwas Neues.

Z: Es ist interessant, dass wir diese Debatten jetzt auch in Charkiw haben. Dort steht ja ein gewaltiges Lenin-Denkmal. Der Euromaidan-Charkiw hat hier zwei Lager, die einen sind für die Erhaltung des Denkmals, die anderen wollen es stürzen. Für mich ist es unglaublich, dass dieses Monument, das eigentlich längst nichts mehr bedeutet, immer noch spaltet, und dass Leute bereit sind, für sein Weiterleben oder für seinen Sturz zu sterben.

M: Jedenfalls ist es gut, dass die Revolution auch nach Charkiw gekommen ist. Sie wurde nicht exportiert, sie wurde nicht von oben oder vom Zentrum inszeniert, sondern sie ist aus der Gesellschaft gekommen. Das sollte in jeder Stadt so sein, und jede Stadt, jede Region sollte sich nun neu erfinden, in ihrem eigenen historischen Kontext.

*

S: Denkst du, dass du die Ukraine jetzt besser verstehst?

M: Ich habe bis vor Kurzem in einer Art innerer Emigration gelebt, hatte das Gefühl, ich bin geographisch in der Ukraine, doch ich bin nicht da. Das war ein sehr schmerzhaftes Gefühl, auch ein Gefühl der Entfremdung von der Politik, aber jetzt ist es vergangen. Das ist eine große Herausforderung: Was mache ich nun damit?



Maidan, 29. März 2014

Postskriptum Anfang August 2014: Die Flucht von Wiktor Janukowytsch und seiner »Familie« markierte den Sieg der ukrainischen Revolution. Doch versucht Russland seitdem mit allen Mitteln, die Revolution zunichtezumachen – angefangen mit der Annexion der Krim bis zur Unterstützung der Konterrevolution im Osten des Landes. Die Maidan-Bewegung ist heute besonders aktiv in zwei Richtungen – zum einen Stärkung der Zivilgesellschaft und der Reformen auf staatlicher Ebene, zum anderen Teilnahme an den freiwilligen Einsatzgruppen im Donbas und Hilfe bei der Versorgung der ukrainischen Armee.

Das Interview wurde am 26. Februar 2014 geführt.

Anmerkungen der Redaktion

- 1 Frühmorgens am 30. November 2013 zerstreuten Berkut-Kräfte unter Einsatz brutaler Gewalt die ausharrenden Demonstranten auf dem Maidan, offiziell um die Dekoration des Platzes für die Feiertage sicherzustellen. Das brachte Tausende von Kiewer Bürgern auf die Straße, um Solidarität mit den Demonstranten zu zeigen.
- 2 Zur rechtspopulistischen Partei Swoboda vgl. den Artikel von Anton Shekhovtsov in diesem Heft.
- 3 Der Rechte Sektor ist ein Zusammenschluss von rechtsextremen und nationalistischen Splittergruppen.
- 4 Am 10. Februar 2012 schloss der Rektor der Kiew-Mohyla-Akademie, Serhij Kwit, die Ausstellung *Ukrainischer Körper*, die von dem dortigen Zentrum für visuelle Kultur organisiert worden war. Im selben Monat wurde das Zentrum aufgefordert, seine Arbeit einzustellen.
- 5 Die Allukrainische Vereinigung »Vaterland« (Batkiwtschyna) wurde von Julija Tymoschenko gegründet, die auch die Vorsitzende ist. Die Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR, ukrainisch / russisch für Schlag) ist eine liberale und EU-freundliche Partei. Sie wurde 2010 von dem Profiboxer Vitali Klitschko gegründet, der auch das Amt des Parteivorsitzenden innehat.
- 6 Am 20. Februar 2014 wurden zahlreiche Demonstranten von Scharfschützen getötet.
- 7 Eine Gruppe meist junger Leute mit eigenen Autos, die sich zu einer treibenden Kraft hinter den Protesten entwickelten. Sie fuhren durch die Stadt und versuchten, Polizeibusse zu blockieren, transportierten Material für den Bau von Barrikaden etc.
- 8 Berkut war eine dem Innenministerium unterstellte Einheit für Sondereinsätze. Sie wurde am 25. Februar 2014 aufgelöst.
- 9 Inzwischen wurde Schusters Show wiederbelebt.
- 10 Die Hundertschaften waren Selbstverteidigungseinheiten, die nach dem Vorbild der Kosaken gebildet wurden.

Europe's leading cultural magazines at your fingertips

EUROZINE.COM

ESSAYS, ARTICLES AND INTERVIEWS
FROM ALL OVER EUROPE

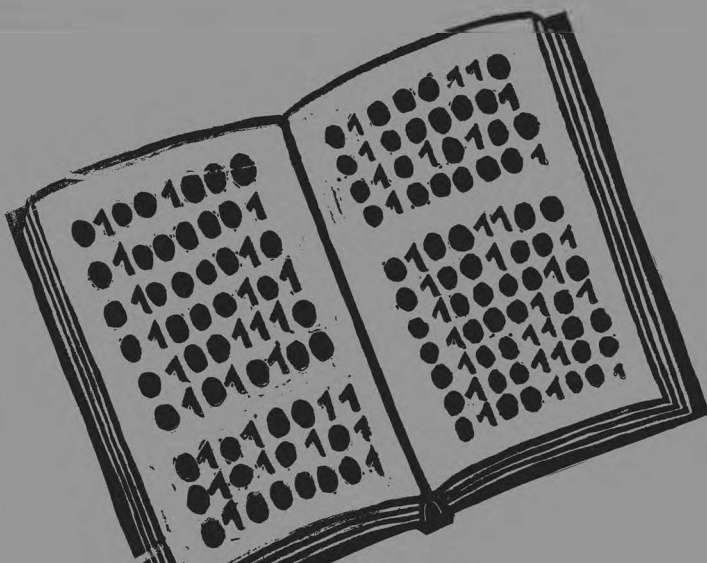
Focal Points 2014:

Ukraine in focus

Volodymyr Yermolenko on dreams of Europe, **Sergii Leshchenko** on Ukraine's puppet masters and **Timothy Snyder** on Europe and Ukraine, past and future.

Russia in global dialogue

Vladislav Inozemtsev on how to win Cold War II, **Peter Pomerantsev** on the cracks in the Kremlin matrix and **Oleg Riabov** and **Tatiana Riabova** on Gayropa's decline.



Oksana Forostyna
LAND DER KINDER

Es war im längst vergangenen Jahr 2001, in einer anderen Epoche, als Papst Johannes Paul II. die Ukraine besuchte, in seinem Schlepptau ein Pool von Journalisten. Der Hotelbus, der sie abholen sollte, war nicht rechtzeitig da. Die Zeit verging, die Journalisten warteten, und plötzlich kam es einem von ihnen gereizt über die Lippen: »Gibt es hier denn keinen einzigen Erwachsenen?«

Diese Frage passt in den Rahmen, in dem wir in der Ukraine uns in den letzten zwanzig Jahren selbst zu sehen gewöhnt haben und in dem auch die Außenwelt uns sieht: Aus der Welt des sowjetischen Paternalismus wurden wir in die globalisierte Welt der »Erwachsenen« gestoßen, wo es gilt, Verantwortung für das eigene Leben und Wohlergehen zu übernehmen. Allerdings hatten es die ehemaligen kommunistischen Eliten nicht eilig mit grundlegenden Wirtschaftsreformen, stattdessen gewährten sie ein Minimum an sozialen Garantien und zahlreiche Einzelvergünstigungen und perpetuierten damit in weiten Bevölkerungsschichten den Paternalismus. Im Gegenzug ordneten die Bürger sich unter, in stillschweigendem Einverständnis mit dem sich etablierenden neofeudalen System, der allgemeinen Rückständigkeit, endemischer Korruption und dem Fehlen sozialer Aufstiegsmöglichkeiten. Wer vor Veränderungen und Verantwortung nicht nur keine Angst hatte, sondern sie auch aktiv anstrebte, musste mit Schikanen rechnen. Für die Mehrheit aber wurde eine Illusion von Ruhe und eine der sowjetischen möglichst ähnliche Komfortzone geschaffen. In der Zwischenzeit gewöhnte sich die Welt daran, in uns sehr durchschnittliche Schüler zu sehen, nicht unbedingt Lausebengel, aber faule und schwache Schüler, die nicht vernünftig und groß werden wollen, um ins »erwachsene« Leben zu treten, in dem westliche Demokratie und Marktwirtschaft herrschten. Die Anforderungen wurden nach und nach gesenkt, damit die Mehrheit ohne allzu große Anstrengungen halbwegs gute Zensuren bekam; in der Zwischenzeit wuchs bei den Vernünftigen und Fleißigen die Wut angesichts der Unmöglichkeit weiterzukommen:

Statt sie aufsteigen zu lassen, ließ man sie Jahr für Jahr sitzenbleiben. Und wie es in der Schule so ist, mussten sich die Vorzugsschüler vor den körperlich überlegenen Nieten in Acht nehmen und die Schularbeiten für sie schreiben. Dieses Modell bekam in der Ukraine den Namen »Stabilität«.

#Euromaidan

Der Erste Maidan war der #Euromaidan, und zwar mit Hashtag, weil er seine Entstehung den sozialen Netzwerken verdankt; später nannte man ihn bezeichnenderweise »Studentenmaidan«, obwohl die Zahl der Studenten in den ersten Tagen nicht allzu groß war. Die ersten, die auf den Maidan kamen – es war der 21. November 2013, nur wenige Stunden nach der Ankündigung der Regierung, dass die Ukraine den Assoziierungsvertrag mit der EU in Vilnius nicht unterzeichnen und den Annäherungsprozess stoppen werde –, waren Aktivisten aus der Zivilgesellschaft oder engagierte Kiewer aus dem Angestelltenmilieu.

Der häufigste Vorwurf, den man den Teilnehmern des Euromaidan damals machte, lautete etwa so: Ihr habt dieses Abkommen nicht einmal gelesen, habt keine Ahnung, was euch die europäische Integration bringt, ihr hängt einem Traum nach, einer abstrakten Idee. In Wahrheit war es aber so, dass die Protestierenden von rationalen und konkreten Motiven angetrieben wurden, vor allem von der Hoffnung, dass das herrschende System durch das Abkommen Regeln unterworfen würde, die es langfristig untergraben würden. Gleichzeitig hatten wir uns schon damit abgefunden, dass der Weg aus dem langen Winter des Regimes weit sein würde, schmerzhaft und voller kleiner Schritte, dass Janukowytsch in Vilnius sehr wohl unterschreiben, sich so das Image des europafreundlichen Politikers zulegen und die Wahlen 2015 ohne große Schwierigkeiten wieder gewinnen würde. Dass nun selbst unsere vage langfristige Perspektive zunichtegemacht würde, drohte uns nicht nur die Hoffnung zu nehmen, sondern unser Gespür für Zeit überhaupt. Sitzenbleiben müssten wir dann für immer.

Jener erste, »unpolitische« Maidan der Studenten, Hipster und Angestellten, jener überschaubare, fast häusliche Maidan, wo man die meisten Gesichter kannte, ähnelte in seiner Anfangsphase eher dem traditionellen Meeting am Jahrestag der Orangen Revolution (zufälligerweise fällt dieser Jahrestag genau auf den 21. November). Zelte gab es dieses Mal nicht,

der Veteran der beiden vorangegangenen ukrainischen Revolutionen und ehemalige Innenminister Jurij Luzenko, der gerade erst aus dem Gefängnis entlassen worden war, verkündete noch am ersten Abend seinen Plan: diesmal keine Zelte, der Maidan solle mobil sein, im Fall des Falles könne man in kürzester Zeit auseinandergehen. Diese knappe Anweisung zeigt selbst für diese, im Rückblick fast idyllisch und unbeschwert anmutenden Abende eine neue Realität: ruhig genug, um sich mit Gleichgesinnten zu versammeln, und zugleich unsicher, denn Zelte hätten der Regierung den Vorwand für eine gewaltsame Auflösung der Versammlung geliefert.



Kiew, Demonstration am 24. November 2013
Wikimedia Commons / Ivan Bandura

Jener Maidan aber, bei dem die Polizei, trotz erster Zusammenstöße, noch nicht in brutaler Weise auftrat, selbst in der Nacht zum 25. November nicht, als der Maidan »zur Verteidigung des Weihnachtsbaums« erstmals angegriffen wurde (die Stadt begründete die Attacken auf die Demonstranten mit der Notwendigkeit, den Baum für die bevorstehenden Feiertage aufzustellen) – jener Maidan war ein Waisenkind. An guten Rednern herrschte Mangel (schließlich konnten die Aktivisten nicht pausenlos reden), dafür zog das frei zugängliche Mikrophon allerlei Randfiguren an. Manchmal, schrieb einer der damals Anwesenden, stieg einem die Schamesröte ob des öffentlich Ausgesprochenen ins Gesicht. »Mora-

lische Autoritäten« (oder Führungspersönlichkeiten) standen nicht gerade Schlange, um auf den ersten improvisierten Bühnen – hierfür diente zunächst ein Wagen der Klitschkos (ohne Parteisymbole), später die Unabhängigkeitssäule – aufzutreten. Die meisten »Autoritäten« erschienen erst später, nachdem man sie eingeladen hatte, auf der großen Bühne, die sich durch eine gute Lautsprecheranlage, ein Eingangsdrehkreuz, Bewachung und Regeln für den Zugang auszeichnete, die nicht einmal für die Dauergäste auf dem Maidan durchschaubar waren.

Der studentische Maidan legte die Regeln fest, die die weitere Entwicklung der Ereignisse bestimmen sollten. Hier wurden subversive Losungen geprägt oder Parodien auf nationalistische Parolen. Hier bildete sich der Kern des zivilgesellschaftlichen Sektors. Hier zeigten sich die Schwachstellen der im weitesten Sinne oppositionellen Öffentlichkeit, der Maidan wurde zum Test für das Erwachsenwerden von linken und rechten Aktivisten. Erstere bewiesen ihre Unfähigkeit, sich mit anderen Milieus zu einigen, Letztere ihre gewohnte Aggressivität. Der Erste Maidan machte den Politikern der parlamentarischen Opposition klar, dass die Zivilgesellschaft nicht länger bereit war, nur eine Statistenrolle zu spielen, sondern selbst Träger von Entscheidungen sein wollte. Die Politiker waren ratlos, als sie begriffen, dass diese »Studenten« Leute waren, die nicht unbedingt auf sie hören wollten, und zwar nicht aus schierer Sturheit, sondern aus ganz eigenen Gründen.

Zweiter Maidan

In der Nacht zum 30. November verwandelte sich das Regime Wiktor Janukowytschs, das bis dahin im Hintergrund geblieben war, in eine unmittelbare und spürbare Bedrohung. In die ukrainische Geschichte wird diese Nacht als die »Nacht, in der man die Kinder schlug« eingehen. Es war Zeit, erwachsen zu werden und Verantwortung zu übernehmen.

Hier ist eine kurze, aber wichtige Abschweifung unumgänglich: Über viele Jahre hinweg zeigen soziologische Untersuchungen, dass für alle Ukra-iner, unabhängig von Region, Alter, Sprache und Glaubensbekenntnis, der wichtigste Wert die Sicherheit ist. Die Ukrainer haben kein Verständnis für Gewalt, und gewaltloser Widerstand ist allen ein Begriff. In einer Situation, in der man in London Autos in Brand steckt und Schau-fenster einschlägt, stellen die Ukrainer Zelte auf und streichen Brote. Der

Anfang vom Ende Leonid Kutschmas, der zwischen 1994 und 2004 Präsident war, wurde im Jahr 2000 eingeläutet, als er eine Zeltstadt gewaltsam auflösen ließ. Der Griff zur Gewalt ist das sicherste Mittel, die Unterstützung selbst der halbwegs loyalen Bevölkerungsschichten zu verlieren. Mehrere Generationen von aktiven Menschen sahen sich herausgefordert, sich zum eigenen und zum Schutz Schwächerer zu erheben. Es gingen Menschen auf die Straße, die am Vortag nicht einmal daran gedacht hätten, sich zu wehren. Manchmal wird man auf diese Weise erwachsen, durch Blut und eingeschlagene Köpfe. Aber nicht nur der Maidan wurde erwachsen: erwachsen wurde das ganze Land.



Der von den Demonstranten okkupierte traditionelle Weihnachtsbaum auf dem Maidan
(5. Dezember 2013)

Wikimedia Commons / Mstyslav Chernov/Unframe

Der Zweite Maidan drängte die Truppen des Innenministeriums vom Platz zurück, expandierte, besetzte das Rathaus auf dem Chreschtschatyk, der Kiewer Hauptstraße, sowie das Haus der Gewerkschaften (das,

der Tradition der Orangen Revolution folgend, zum Hauptquartier des Maidan wurde), baute Barrikaden und Zelte, sorgte für eine Infrastruktur, für Bewachung und Nachschub. Trotz explodierender Kreativität – von den Graffiti bis zu den Plakaten am »Weihnachtsbaum«, der zum Symbol des Zweiten Maidan wurde – handelte es sich um keine fröhliche Party Gleichgesinnter mehr. Eher schon um eine Pflicht. Der Maidan verwandelte sich in ein Lager, einen Raum, der verteidigt werden musste. Im Vergleich zum Euromaidan war die Lage nun viel angespannter. Es tauchten Menschen auf, die eine militärische Ausbildung hatten, mit Spezialkenntnissen, manche davon mit Kampferfahrung, viele harte Männer über dreißig.

In der Nacht des Polizeiangriffs hatten sich einige Verletzte in die Kathedrale des nahegelegenen St. Michael-Klosters, eine der zahlreichen orthodoxen Kirchen Kiews, retten können, und von diesem Moment an halfen die Priester den Protestierenden. Auch die evangelisch-lutherische Kirche St. Katharina in der Ljuteranska-Straße und die römisch-katholische Kirche des Hl. Alexander in der Kostjolna öffneten ihre Tore. Auf dem Maidan selbst wurde ein Religionszelt errichtet und für eine ständige Präsenz von Geistlichen gesorgt (vor allem von orthodoxen des Kiewer Patriarchats und griechisch-katholischen). Am 9. Dezember, als der Maidan von Regierungskräften umstellt wurde und die umliegenden Straßen in der Erwartung eines Angriffs erstarrten, trug der eiskalte Wind die Gebete des Priesters von der Bühne zu den Ausharrenden. Es war vermutlich dieser Tag, an dem Frauen und Kinder zum ersten Mal aufgerufen wurden, den Maidan zu verlassen. Die Barrikaden wurden mit selbstbewusst wirkenden Wachleuten verstärkt. Anderthalb Tage später, in der Nacht auf den 11. Dezember, wurde der Maidan angegriffen. In dieser Nacht läuteten stundenlang die Kirchenglocken. Diese Nacht hat uns die ikonenhaften Bilder vom Zusammenprall zweier Massen in Rauch und Finsternis hinterlassen – die schwarzen Helme der Sonderpolizei »Berkut« stießen auf die orangen Maurerhelme der Verteidiger des Maidan und über all dem Hände mit einem Kreuz. Auf einer anderen bekannten Aufnahme sieht man einen Priester in Ornat und Maurerhelm vor den Reihen der »Berkut«-Leute. So folgte der Maidan einem vertrauten Vorbild, dem »väterlichen«, patriarchalischen, also vormodernen Modell der Übernahme von Verantwortung für andere.



Maidan, 11. Dezember 2013

Das Gewicht des religiösen Faktors wurde auch dadurch verstärkt, dass auf dem Zweiten Maidan das Bedürfnis nach einer klaren Abgrenzung von Gut und Böse wuchs. Der erste, »studentische« Maidan hatte die Forderung nach der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrags gestellt – und im Nachhinein lässt sich wohl nicht mehr sagen, was dabei überwog: die erwachsene, auch ein wenig zynische Hoffnung auf eine evolutionäre Entwicklung der Ereignisse und allmähliche Zivilisierung des Usurpators Janukowytsh, oder die kindliche Erwartung eines Wunders, eines Happy Ends, der Verwandlung des Froschs in einen Märchenprinzen.

Valeria Narizhna hat in der Zeitschrift *Krytyka* den Sturz des Lenin-Denkmal in Kiew am 8. Dezember 2013 als »symbolische Tötung« bezeichnet. Es wäre nicht richtig, darin nur einen unreifen Ausbruch von Aggressionen bei einem Teil der Demonstranten zu sehen. Weder davor noch danach haben die Demonstranten auch nur ein Schaufenster, ein Auto oder einen Kiosk beschädigt (mit Ausnahme der Mitte Januar 2014 auf der Hruschewskij-Straße angezündeten Milizautobusse, aber auch da vergriff sich selbst im Zentrum der Auseinandersetzung niemand an einem Geschäft oder Restaurant). Lenin wurde gestürzt, weil er als oberste Gottheit der »feindlichen Seite« betrachtet wurde. Obwohl sich viele Kiewer, auch Sympathisanten des Maidan, über Vandalismus und Chaos beschwerten, hatte die »Hinrichtung« des Denkmals ihren Sinn: Erstens werden wir nie erfahren, was geschehen wäre, wenn sich die Aggression auf andere Art manifestiert hätte, und zweitens erfüllte die »symbolische

Tötung« die Rolle einer Initiation, indem sie einen radikalen Bruch in der Zeit markiert, der zu einer latenten Beschleunigung führte, unmerklich wie eine unterirdische Strömung. Diese Beschleunigung war weder vor noch nach dem emotionalen Höhepunkt des Dezembers zu spüren, dem Konzert der populären Lemberger Rockgruppe Okean Elzy und einer Reihe von Besuchen durch EU- und US-Politiker, als sich Erschöpfung breitzumachen begann, und auch nicht später, während der beiden von halb schläfriger, halb gereizter Stimmung gekennzeichneten Wochen nach dem Jahreswechsel.

Der Maidan hatte viele Stimmen, mit denen er sich an die Welt richtete. Die Welt aber wollte einen einzigen Sprecher hören. Der zivilgesellschaftliche Maidan wollte oder konnte aber keine einzelne Person delegieren, seinen Protagonisten mangelte es an gegenseitigem Vertrauen und an Führungskraft. Man gewann den Eindruck, dass die zahlreichen Aktivist:innen, die die operativen Aufgaben so effizient gelöst und dabei bewundernswerten Mut und Geduld gezeigt hatten, den letzten Schritt nicht tun konnten oder wollten, nämlich die Spielregeln der »erwachsenen« Welt zu akzeptieren, in der, im Guten wie im Bösen, die Bereitschaft, persönliche Verantwortung zu übernehmen und im Namen der Gemeinschaft zu sprechen, höher geschätzt wird als Bescheidenheit und der Geist der Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit. Es gelang den führenden Vertretern des zivilgesellschaftlichen Maidan nicht, sich zu einem politischen Subjekt zu formieren. Zwar wurde die »Zivilgesellschaftliche Vereinigung Maidan« gegründet, doch in ihr waren die parteiungebundenen Aktivist:innen zahlenmäßig in der Minderheit und bekamen den Druck der »Autoritäten« aus den diversen oberen Parteirängen zu spüren.

Die Versuche, sich auseinanderzusetzen und zu einem Einvernehmen zu gelangen, hätten sich möglicherweise über Monate hingezogen, wäre das alles im üblichen Ablauf der Zeit geschehen, und nicht in einer heroischen, abrupt verlaufenden und von diversen Ereignissen und Brüchen fragmentierten Zeit. Das scheint auch der Unterschied zwischen dem Maidan und den »samtenen« und »farbigen« Revolutionen der jüngeren Vergangenheit zu sein. Er ist mehr als eine Revolution, etwas, das nicht in den Rahmen einer vorhersehbaren revolutionären »Dramaturgie« passt. Der nicht unbedingt augenfällige Motor der Ereignisse um den Maidan ist der stürmisch verlaufende Prozess des Erwachsenwerdens der Gesellschaft.

Und wie steht es mit der Gegenseite? All denen, die verhafteten, schla-

gen, entführen und foltern? Und denen, die dieses Foltern mit Begeisterung unterwürfig gutheißen? Sind sie mehr oder weniger erwachsen? Oder nur grausame Kinder?

Der prinzipielle Unterschied zwischen den beiden Seiten liegt in ihrer Haltung zum Verständnis von Reife und Erwachsensein. Der Maidan hielt die Demonstranten des Antimaidan im »Marijinsky-Park«, in den man, ob sie es wollten oder nicht, Staatsbedienstete zur Unterstützung des Regimes brachte (wenn man von den »Tituschki« absieht, also bezahlten und von der Miliz bewusst eingesetzten kleinen Banditen), zwar für gekauft und schlecht informiert, erkannte sie aber doch als Gegner an, die man mit rationalen Argumenten zu erreichen versuchte. Darin zeigten die Maidan-Demonstranten eine gewisse Reife. Und als diese Versuche, Kommunikation herzustellen, größtenteils scheiterten, waren sie ehrlich erstaunt. Jene dagegen, die das Regime Janukowytsch tatsächlich oder rhetorisch verteidigten, sprachen den »Maidan-Besessenen« ebendiese Reife ständig ab. Ihre Argumentation und ihr Glaubenssystem beruhen darauf, dass sie die »Besessenen« nicht als selbständige Subjekte betrachten, sondern als Gegner, hinter denen in Wahrheit das State Department, die Nato, die Juden und die sonstigen üblichen Verdächtigen stehen. Das heißt, es handelt sich zwar um eine feindliche, aber nicht vollwertige, nicht »erwachsene« Kraft. Mit dem Vorwurf »Ihr werdet nur manipuliert« zeigen das Regime und seine Anhänger ihre Überlegenheit und versuchen, die Position des »vernünftigen Erwachsenen« für sich zu monopolisieren. Die besonders gewieften Propagandisten des Regimes schlagen dabei einen gespielt scherzhaften und leicht zynischen Ton an, nach dem Motto »Das Leben, wie es wirklich ist, kennen halt nur wir«. Ihrem Einsatz liegt aber ein tieferes Motiv zugrunde, ein innerer Impuls zu Dominanz und Herrschaft. Für den »Antimaidan« – sofern es sich um überzeugte Anhänger des Regimes handelt – ist es sehr wichtig, die eigene, wenn auch nur symbolische Macht zu markieren. Jeder, der das Regime unterstützt – von der Lehrerin mit dem Hungerlohn bis zum Regierungsbeamten, der sich von dem bei der Versteigerung von Staatseigentum Abgezweigten nicht nur einen Luxuswagen, sondern einen ganzen Fuhrpark leisten kann –, steht auf einer genau festgelegten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie, und selbst der auf der untersten Sprosse befindet sich noch über der höchsten Stufe der »Besessenen«, denn diese sind von Natur aus weder Subjekt noch erwachsen. Dabei ist es völlig egal, ob das von Innenminister

Sachartschenko oder Tante Emma im Marijinsky-Park festgestellt wird. So wird jeder, der dem System gegenüber loyal ist, mit einem Gefühl der Überlegenheit belohnt.

Dritter Maidan: Hruschewskyj-Straße

Trotz der trügerischen Ruhe nach dem Jahreswechsel waren die Voraussetzungen für eine Radikalisierung sowohl der Demonstranten als auch der Regierung bereits vor dem Beschluss vom 16. Januar 2014 über die Gesetze gegeben, die jeglichen Protest kriminalisieren sollten. Die Verhaftung von Geiseln am 30. November und 1. Dezember 2013, der brutale Überfall auf die Aktivistin und Verfasserin aufsehenerregender Reportagen Tetjana Tschornowol und die Terrorisierung des Automaidan (Aktivisten, die in den Straßen von Kiew patrouillierten, um die Bewohner vor angeheuertem Schlägern zu schützen) waren nicht vergessen. Die Unfähigkeit der parlamentarischen Opposition, auf die Herausforderung des 16. Januar adäquat zu antworten, führte nach der sonntäglichen Versammlung am 19. Januar zu den Zusammenstößen auf der Hruschewskyj-Straße, die sich dann zu mehrtägigen Straßenkämpfen auswachsen sollten.

Die Ukraine trat in eine Konfliktsituation ein, die in der Nachkriegsgeschichte einmalig ist: Morde, Übergriffe, Explosionen und Schüsse im Zentrum von Kiew, Verhaftungen, Schläge und Attacken auch auf unbeteiligte Passanten, Entführungen und Folter von Aktivisten. Gleichzeitig stellten die Ukrainer in diesen Tagen nicht nur, wie schon in den vorangegangenen anderthalb Monaten, ihre Solidarität, Konzentration und Ausdauer unter Beweis, sondern auch echten Mut. Wie bei den ersten beiden Versuchen einer Auflösung des Maidan schreckte die Zuspitzung des Konflikts die Demonstranten nicht ab, sondern animierte ihren Kampfgeist nur noch mehr. An der Frontlinie, in schwarzem Rauch und Feuer, zu martialischen Rhythmen, die von Kiewer Rentnerinnen auf Metallfässern geklopft wurden, zum Aufschlag der Pflastersteine, die man schon in der ersten Nacht des Konflikts aus den Straßen herausgebrochen hatte, wurden Helden geboren – nicht nur unter den Kämpfern, sondern auch unter Journalisten und Ärzten, die keinerlei Immunität genossen, sondern im Gegenteil zu bevorzugten Zielscheiben wurden. Auf dem Maidan und in der Hruschewskyj-Straße brannten Kerzen für den gefolterten Jurij Werbytskyj und die von Kugeln getöteten Serhij Nigojan, Michail Schy-

snewskyj und Roman Senyk. In den Krankenhäusern bewachte man die Verwundeten und schützte sie vor der Miliz, manche Verwundeten rettete man aus der Untersuchungshaft, und manche konnten einfach verschnauften, bevor sie wieder auf die Barrikaden stiegen.



Barrikaden auf der Hruschewskij-Straße, 18. Februar 2014

Wikimedia Commons / Аймаина хикари

Plötzlich standen die Ukrainer Aug in Aug mit dem absoluten, irrationalen und bodenlosen Bösen. Auch das von Hannah Arendt und Philip Zimbardo beschriebene banale Böse, wo Sadismus aus der Alltäglichkeit von Gewalt, Straflosigkeit und Identitätsverlust erwächst, war präsent, doch für die Berkut-Männer wurden nicht nur die Demonstranten und Aktivisten, sondern alle, die diese unterstützten oder mit ihnen sympathisierten, zu Objekten des blanken Hasses. Dieser zeigte sich in Form von Granaten und Gewehrkugeln, Wasserwerfern bei eisigen Temperaturen und Tränengasangriffen, Verhaftungen und Entführungen, aber auch in der schreienden, absichtlich ins Absurde gesteigerten Ungerechtigkeit sogenannter Gerichte, die die Opfer brutaler Übergriffe, Menschen mit gebrochenen Knochen, zu Gefängnisstrafen verurteilten; in den Lügen, die die regierungstreue Presse unbeeindruckt weiterverbreitete, denen zu-

folge die schwer bewaffneten und straffrei agierenden Berkut-Leute unschuldige Opfer waren; und in einer Miliz, die zur Jagd auf all jene blies, die die Kiewer vor dem staatlichen Terror schützen wollten. Es zeigte sich, dass Hass die einzige Ideologie der ukrainischen staatlichen Gewaltorgane war und ist.

Noch vor der Zeit, als die Hruschewskij-Straße an eine Landschaft aus einem dystopischen Hollywood-Blockbuster erinnerte, beschlich mich, wenn ich abends oder nachts nach Hause ging, beim Blick auf die Seite der Regierungsgebäude Unruhe. Es war kein Zufall, dass die Protestierenden hierher kamen, sich beim Parlament, der Verchovna Rada, versammelten und die Grenzen austesteten. Die Bürger der Ukraine waren schon seit Jahren dazu gezwungen, sich zu verbarrikadieren – vor der allgegenwärtigen Korruption, vor der Ausbeutung und Schröpfung durch ein Willkürregime und seine Günstlinge. Im Januar 2014 haben sich die vielen tausend individuellen Barrikaden in der brennenden Barrikade der Hruschewskij-Straße materialisiert.

Eine Herausforderung für Intellektuelle

Die Intellektuellen, und zwar nicht nur der (zahlenmäßig nicht sehr große) Teil von ihnen, der von vornherein die beleidigte Pose des »Nicht-meine-Revolution« einnahm, sondern auch jene Mehrheit, die Suppe zum Maidan brachte und dort Tee ausschenkte, in den Stäben half und Wache schob, glaubten fast einhellig an den friedlichen Protest als einzig mögliche Form des Widerstands. Die Geiselnahmen, Entführungen und Kämpfe auf der Hruschewskij-Straße stellten sie vor eine Herausforderung. Dabei ging es nicht allein um den ideologischen Aspekt. Denn die überwältigende Mehrheit begegnete dem neu entstandenen »Rechten Sektor«, den Fußball-Ultras und überhaupt dem radikalen Teil des Maidan mit Argwohn. Und auch der Kiewer Mittelklasse, die den Kern des Automaidan stellte, brachte sie kaum Verständnis und Akzeptanz entgegen. Es kam aber so, dass es genau diese Leute waren, die den Intellektuellen Deckung und Schutz boten und dies wohl auch über den gegebenen Anlass hinaus getan hätten. Denn es kann kaum bezweifelt werden, dass das Regime eine großangelegte Repressionswelle plante, deren Opfer vor allem kritische Journalisten und Schriftsteller, Aktivisten der Zivilgesellschaft und unbotmäßige Wissenschaftler geworden wären. Zu ihrer Ehrenrettung sei

gesagt, dass die Mehrheit von ihnen wenigstens für die Dauer der brutalen Auseinandersetzungen die ideologischen Vorbehalte hintanstellte.

Die viel ernstere intellektuelle Herausforderung ist allerdings die gedankliche Verarbeitung der Revolution bzw. ihrer Mythologisierung. Ihre Bilder in den Medien und Köpfen erinnern an Gestalten und Szenen aus Literatur oder Film. Oft findet man Analogien zu Science-Fiction und Fantasy. Die sozialen Netzwerke sind voll von Zitaten und Posts, in denen Vergleiche zu Star Wars oder Herr der Ringe gezogen werden. Auf dem Maidan selbst hängen Plakate mit entsprechenden Anspielungen: »Komm auf die helle Seite der Macht – bei uns gibt es heißen Tee und Kekse!« Wenn jemand »Mordor« sagt, verstehen alle, dass das vom Berkut umstellte Regierungsviertel oder Janukowytchs Residenz Meschyhirja gemeint ist, und die »Orks« in diesem Fall Berkut-Leute oder Tituschki sind. Der Maidan wurde zu einem phantastischen, mythischen Universum.

In einem Facebook-Eintrag des ukrainischen Journalisten Jewhen Kusmenko vom 31. Januar lesen wir:

Nein, wo diese Rowling doch überall unterwegs ist! Auch die Ukraine ist keine Ausnahme: Slytherin mit seinem Kult dunkler Kräfte; Torturen in Wäldern und geheimen Verstecken; propagandistische Medien; Magie-Aktivisten, die verschwinden, und Muggel, die mitleiden; eine Auswahl von Flüchen (besonders der Cruciatus-Fluch für [den gefolterten Aktivisten] Bulatow, die Bezeichnung »mudblood« als Analogie zum Spitznamen »Maidown« [pejorativ für Maidan-Protestierer], Dementoren wie Berkut und schließlich Lord Voldemort als Sammelbezeichnung für Putin, Kljuschew und Medwedtschuk. [...]

Über dem Maidan erhebt sich ein weiterer frostkalter Morgen. Huh! Schon schleppt Hagrid eine Fuhre Reisig auf die Barrikaden.

Und in der Hruschewskyj-Straße gibt ein junger Kerl mit einer Narbe auf der Stirn den Ton an. An seinen Namen kann ich mich nicht erinnern, aber man sagt, er sei einer von uns!

Diese mythische Zeit, die Zeit der Schlichtheit, der deutlichen Grenze zwischen Gut und Böse, diese Konzentration von Edelmut, Hingabe und Verwegenheit auf der einen und von Bosheit und Ignoranz auf der anderen Seite wird früher oder später zu Ende sein. Bleiben werden neue Sinngehalte, in Formen, die für viele bislang weit abgelegen waren: eine Hymne, deren Worte nun Hunderttausende kennen, konkrete Gesichter und Namen, die man meint, wenn »Herojam slawa!« oder »Gerojam sla-

wa!« [ukrainisch bzw. russisch »Ruhm den Helden!«] gerufen wird, eine Fahne, die nicht mehr bloß offizielles Zeichen der Macht, sondern auch die Fahne der Hipster und Ärzte, der Manager und Studenten ist. Und selbst wenn wir das düsterste Szenario für die weitere Entwicklung annehmen, haben auch die, die ohne Narben und Verstümmelungen davongekommen sind, Jahre an Erfahrung dazugewonnen.

Nun, viele Jahre später, können wir, an der rußgeschwärzten Grenze dieser Welt stehend, jenem etwas arroganten und ungehaltenen Journalisten auf dem Lemberger Flughafen in Gedanken antworten: »Ja, mein Lieber, hier gibt es Erwachsene.«

Nachwort: Vierter Maidan, Sturm, Krieg

Am 18. Februar 2014 begann der tragische Höhepunkt der ukrainischen Revolution. An jenem sonnigen Morgen verließen Tausende das Gelände des Maidan, überstiegen die Barrikaden und zogen friedlich zur Verchovna Rada. Die umliegenden Straßen wurden von Truppen des Innenministeriums und von Berkut-Kräften abgesperrt, dahinter befanden sich Tituschki. Man benötigte sie zu Beginn, um die ersten Zusammenstöße zu provozieren, und später, als sie vor den Augen der Miliz die Demonstranten schlugen und, wie Augenzeugen berichteten, mit der Axt auch Köpfe abschlugen (es gibt mindestens ein Video mit einer Leiche ohne Kopf). Plötzlich wurden friedliche Menschen von Scharfschützen auf Dächern unter Beschuss genommen, innerhalb weniger Stunden gab es Hunderte Verletzte und mehrere Tote. In der Nacht gingen die Gewaltorgane zum direkten Angriff auf den Maidan über, rückten so nah zur Bühne vor wie noch nie und steckten das Gewerkschaftshaus, insbesondere das Stockwerk mit den dort liegenden Verwundeten, in Brand. Wie viele Menschen dort bei lebendigem Leib verbrannt sind, weiß man bis heute nicht, doch wird in Kiew noch immer nach Vermissten gesucht.

Die Auseinandersetzungen dauerten bis zum 20. Februar, als die Gewaltorgane am Morgen plötzlich den Anschein erweckten, sich zurückziehen zu wollen. Scharfschützen töteten mehrere Dutzend Menschen. Die Schüsse auf der Institutska-Straße, die den Maidan mit den Regierungsvierteln verbindet, hielten den ganzen Tag an. Einer von jenen, die die Toten aus dem Schussfeld der Scharfschützen zogen, war der sechzehnjährige Musikschüler Dmytro Holubnytschyj. Das von seinem Va-

ter aufgenommene Video machte Dmytro zu einem Symbol der ukrainischen Revolution.



Unsere Zukunft, auf dem Maidan, unter Beschuss. Institutka-Straße, 20.02.2014
<https://www.youtube.com/watch?v=4oTl7iUCZRE>

Es ist schwer zu sagen, was Wiktor Janukowytsch am 21. Februar zur Flucht aus Kiew bewogen hat, doch dürften es kaum die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Opposition und den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens gewesen sein. Die Opposition kehrte auf den empörten Maidan mit einem Ultimatum des Präsidenten und der Aussicht auf vorgezogene Wahlen im Dezember zurück. Der Anführer einer der Selbstverteidigungshundertschaften Wolodymyr Parasyuk drängte auf die Bühne. Manchmal überschlug sich seine Stimme. Seine Ansprache muss den neben ihm stehenden Oppositionspolitikern unangenehm gewesen sein. Er versprach für den nächsten Morgen einen bewaffneten Sturm, sofern die Politiker Janukowytsch nicht zum Rücktritt aufforderten.

In der Nacht darauf flüchtete der Präsident. Den 26-jährigen Wolodymyr Parasyuk sollte man als den Mann, der den Lauf der Geschichte geändert hat, in Erinnerung behalten. Er steht für jene, denen der Maidan die Geschichte anzuvertrauen bereit ist: den Jungen, Arglosen, denen, die dem Tod ins Auge geblickt und die Freunde beerdigt haben.

1. Februar - 5. März 2014

Aus dem Ukrainischen von Harald Fleischmann

Mykhailo Minakov
MOSES UND PROMETHEUS
Die Ukraine zwischen Befreiung und Freiheit

Der Zusammenbruch der Sowjetunion eröffnete ihren Republiken die historische Chance, sich politisch neu zu erfinden. Auch für die Ukraine, die aus diesem Zusammenbruch als unabhängiges Land hervorgegangen ist, war dies ein revolutionärer Moment. Er begann mit der Unabhängigkeit und dem Versprechen auf Demokratie und freie Marktwirtschaft, doch was folgte, war nicht die Einlösung dieses Versprechens, sondern eine Entwicklung, die zu zwei weiteren revolutionären Momenten führte: zum ersten Maidan, der Orangen Revolution von 2004, und zum Euromaidan von 2013/14 – Ereignisse, die die gebrochenen Versprechen eingeklagt und eine neue Form von Politik hervorgebracht haben. Jede postsowjetische Nation hat die Revolution auf ihre Weise verraten und war jeweils auf ihre Weise enttäuscht von ihr, ohne freilich die damit verbundenen Ziele aufzugeben. In der Ukraine haben die ursprünglich angestrebten und auf dem ersten und zweiten Maidan erneuerten Ziele nichts von ihrer Bedeutung verloren. Sie könnten die Grundlage für eine neue, nunmehr Dritte Ukrainische Republik legen.

Im zeitgenössischen politischen Diskurs der Ukraine, der stark von antisowjetischen, nationalistischen Sichtweisen geprägt ist, wird die jüngere ukrainische Geschichte als eine unterbrochene Kette von Republiken dargestellt. Die Erste Republik steht für eine Serie von Anläufen zur Unabhängigkeit, die mit der Gründung der Volksrepublik 1917 begann und 1922 mit der Errichtung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik endete. Die Zweite Republik ist ein Resultat der Auflösung der Sowjetunion, und ihre Gründung 1991 verband sich mit der Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand. Es folgte eine lange und schwierige Zeit des Übergangs. Viele ukrainische Intellektuelle und Politiker sehen im Sturz des Janukowytsch-Regimes das Ende dieser Periode und fordern einen Neuanfang – eine Dritte Republik, die endlich die aus der Sowjetzeit überkommenen institutionellen und mentalen Fesseln abstreift.

Die Anstrengungen zur Gründung der genannten Republiken sind jeweils revolutionären Momenten in der ukrainischen Geschichte entsprungen. Jeder dieser Momente barg bzw. birgt ein Potential zur Umsetzung von Strategien, für die hier zwei Schlüsselfiguren symbolisch stehen: Prometheus und Moses. Die prometheische Strategie verbinde ich mit Hannah Arendts Begriff der Revolution als radikalem Neubeginn. Prometheus verkörpert den *Homo Faber*, der sich gegen die vorgegebene Ordnung empört und sich selbst ermächtigt, die Erde zu gestalten. In diesem Sinne eröffnet die Revolution dem Volk einen politischen Raum, in dem es seine Ideen frei verwirklichen kann.

Als Gegenspieler zu Prometheus als Inbild der positiven Freiheit habe ich die Figur des Moses gewählt. Er verkörpert die negative Freiheit als Prinzip eines anderen Typus von Revolution: Moses steht für einen Akt der Befreiung, der das Volk dem verheißenen Ziel der Freiheit näherbringt. Hier ist Revolution im Kontext einer kollektiven Geschichte zu verstehen, die den Übergang von einer unfreien Ordnung in eine neue Ordnung vollzieht, mit künftiger Freiheit als Ziel. In den 1990er Jahren haben sich die ukrainischen Eliten gerne der Moses-Metapher bedient, um Zeit für ihre Anstrengungen zur Staats- und Nationsbildung zu gewinnen: Die Revolution, sprich Unabhängigkeit, führe nicht sofort zum idealen Zustand der Freiheit, sondern nur auf den Weg dorthin; sie sei kein einmaliger Akt, sondern ein Prozess, dessen Resultat vielleicht erst künftige Generationen genießen können.

Idealtypisch unterscheiden sich die »prometheische« und die »mosaische« Revolution hinsichtlich ihrer Ergebnisse: Während die eine ein freies Gemeinwesen schafft, führt die andere zu einer Ordnung, die zwar das Joch des Ancien Régime abschüttelt, in der Freiheit aber erst verwirklicht werden muss. Beide Typen von Freiheit waren in den revolutionären Momenten der ukrainischen Geschichte der letzten hundert Jahre präsent.

Die Agenda der Revolutionen, die zum Sturz des Sowjetimperiums geführt hat, enthielt von 1989 bis 1991 Elemente beider Typen von Freiheit. Das gilt insbesondere für die postsowjetische Geschichte der Ukraine. Im Folgenden möchte ich zeigen, wie sich die Zweite Republik in einem dramatischen Spannungsfeld von Prozessen entwickelt hat, die von den genannten Freiheitstypen inspiriert waren und sich in verschiedenen Bereichen bemerkbar machten: in der Transformation der öffentlichen und

der privaten Sphäre, im Aufbau demokratischer Institutionen sowie im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Regierung und Unternehmertum etc. Die Entwicklung nahm ihren Ausgang von einer relativ offenen revolutionären Situation, führte zur Herausbildung einer Oligarchie und gipfelte schließlich in dem Versuch, eine Autokratie zu errichten. Dies mobilisierte das Volk zweimal zu massivem Widerstand und schuf neuerlich revolutionäre Momente, für die symbolisch der Maidan, der Platz der Unabhängigkeit in Kiew, steht.

Im Folgenden werde ich dieser Entwicklung nachgehen und erstens das Potential der Revolution von 1991, zweitens den spezifischen Verlauf der ukrainischen postsowjetischen Übergangsperiode und drittens die zyklische Wiederkehr der revolutionären Situation 2004 und 2013/14 untersuchen, um schließlich die gegenwärtigen Chancen einer Neugründung der ukrainischen Republik zu betrachten.

Revolution als Neuanfang

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 hatte viele Ursachen, darunter Kämpfe zwischen Gruppen und Personen innerhalb der Parteiführung, das Scheitern von Gorbatschows wirtschaftlichen und politischen Reformversuchen, wachsende Spannungen zwischen ethnischen Gruppen und schwindender Rückhalt in der Bevölkerung.

Das Belowescher Abkommen aus demselben Jahr besiegelte die Auflösung der Sowjetunion und machte für die ukrainische Elite den Weg frei, ihre in der Souveränitätserklärung von 1990 und der Unabhängigkeitserklärung von 1991 artikulierten Hoffnungen zu verwirklichen. Anders als in Russland begann die Unabhängigkeit in der Ukraine nicht mit Massenprotesten und niemand musste sein Leben für die Republik opfern. Die ukrainische Revolution nahm ihren Anfang – noch zur Zeit der Perestroika – in der Privatwirtschaft, erst dann folgte die Errichtung einer neuen politischen Ordnung. Im Rückblick muss man allerdings feststellen, dass es nicht gelungen ist, die in der Privatsphäre entstandenen revolutionären Neuerungen in eine nachhaltige Reform der politischen Institutionen zu übersetzen. Insbesondere die Bildung demokratischer Institutionen konnte nicht abgeschlossen werden. Vielmehr verkamen diese in dem politischen System, das sich in der Ukraine herausbilden sollte, zu einer Fassade, hinter der sich private Interessen verbargen.

Am Anfang aber, d.h. im Herbst 1991, waren die Gründungsväter der unabhängigen Ukraine, die »Nationalkommunisten« und die »Nationaldemokraten«, übereingekommen, eine neue politische Ordnung zu errichten. Die politische Imagination beider Gruppen war bestimmt von der damals dominierenden historizistischen Vorstellung von Revolution und den Wahlmöglichkeiten, die diese bietet. Generell kann man sagen, dass die postsowjetische Nationsbildung in den Händen von Politikern lag, die weitgehend von den internationalen intellektuellen Netzwerken abgeschnitten waren und kaum Einblick in das globale Geschehen hatten. So knüpften sie an die Tradition des frühen 20. Jahrhunderts an. (Kasyanov 2008, S. 40ff.)

Entsprechend beruhten die ideologischen Alternativen in der Ukraine jener Zeit auf einem marxistischen Ansatz historischer »Formationen« einerseits und nationalistischen Vorstellungen andererseits, vom »integralen Nationalismus« Dmytro Donzows zum revolutionären Nationalismus Stepan Banderas. Der politische Liberalismus hingegen fristete nur eine marginale Existenz, und die westlichen Entwicklungen der Revolutionstheorien im 20. Jahrhundert blieben in der sowjetischen und postsowjetischen Ukraine unbekannt. Es waren nach wie vor Karl Marx und Friedrich List, die die Vorstellungen von dem prägten, was eine Revolution ist und wie sie ins Werk zu setzen sei.

Roman Szporluk hat in seinem Buch *Communism and Nationalism: Karl Marx Versus Friedrich List* gezeigt, wie die Ideen dieser beiden Denker in unserem Teil der Welt zu einer spezifischen Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis verschmolzen. (Szporluk 1988, S. 152ff.) Diese Verbindung wurde bereits in der revolutionären Periode von 1917 bis 1922 im Gebiet des ehemaligen Russischen Imperiums virulent und spielte 1989–1991 erneut eine Rolle in den postsowjetischen Ländern.

Obwohl verschiedener Auffassung, was das »Subjekt der Geschichte« betrifft, teilten beide Positionen, die Marxisten und die Nationalisten, die historizistische Vorstellung, dass die Revolution einen raschen Wandel darstellt, der eine große Gruppe betrifft, der alle Sphären menschlichen Handelns einschließlich Wirtschaft, Politik und Kultur erfasst und sich mit der Vision einer erstrebenswerten Zukunft verbindet, die mittels Kenntnis und Nutzung der Gesetze der Geschichte verwirklicht werden kann. Wie Karl Popper jedoch zeigte, hat der Glaube an historische

Gesetze direkte Implikationen für die politische Praxis: Er zerstört den Raum für individuelle Entscheidungen und setzt auf *social engineering*. (Popper 2002, S. 4)

Betrachten wir für einen Moment, welchen dramatischen Wandel die Theorie der Revolution Mitte des 20. Jahrhunderts angesichts der Erfahrungen mit totalitären Projekten durchmachte. Der entscheidende Punkt war die Einsicht in die Verbindung zwischen Freiheit und Zukunft: In einer Gesellschaft mit vorbestimmter Zukunft kann es keine Freiheit geben, während eine offene Zukunft den Individuen und der Gesellschaft Raum für Kreativität bietet, auch was Politik betrifft.

Unter den zahlreichen Denkern, die sich kritisch mit den Revolutionstheorien des 19. Jahrhunderts beschäftigt haben, hat sich Hannah Arendt besonders ausgezeichnet. Sie bietet Einsichten, die uns helfen können, die Übergangsprozesse besser zu verstehen, die die unabhängige Ukraine seit 1991 durchgemacht hat. Arendt bricht mit der historistischen Auffassung der Revolution, indem sie Freiheit und Neubeginn zu ihren zentralen Elementen macht: Nur wo das »Pathos des Neubeginns vorherrscht und mit Freiheitsvorstellungen verknüpft ist, haben wir das Recht, von Revolution zu reden«. (Hannah Arendt 1974, S. 41) Damit wird Politik zur Arena für Kreativität und Innovation.

Eine für den Revolutionsbegriff wesentliche Unterscheidung, die Arendt in Auseinandersetzung mit dem Historizismus macht, ist die zwischen Befreiung und Freiheit: »Dass Befreiung und Freiheit nicht dasselbe sind, dass Freiheit zwar ohne Befreitsein nicht möglich, aber niemals das selbstverständliche Resultat der Befreiung ist, dass der Freiheitsbegriff, der der Befreiung eigen ist, notwendigerweise nur negativ ist, und dass also die Sehnsucht nach Befreiung keineswegs identisch ist mit dem Willen zur Freiheit – all das sind natürlich Binsenwahrheiten.« (Ebd., S. 34f.) Damit eine Revolte zur Revolution wird, muss die Befreiung mit dem Willen zur Freiheit einhergehen. So gesehen ist das Inbild des Revolutionärs nicht Moses, sondern Prometheus, dessen heroische Tat den Menschen die neue Dimension der Freiheit eröffnete.

Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Befreiung und Freiheit geht Arendt von zwei Typen revolutionärer Strategien aus: die historische und die kreative. Die Erstere interpretiert die Revolution als »unwiderstehlich und unwiderruflich« (ebd., S. 58), als historische Notwendigkeit. Das Urbild ist die Französische Revolution, und alle folgenden, bis hin

zur Oktoberrevolution und darüber hinaus, scheinen dazu verurteilt, sie wiederaufzuführen. »Der magische Bann, in den die Vorstellung von einer historischen Notwendigkeit die Menschen seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts geschlagen hat, ist seit der Oktoberrevolution zu einer wahren Besessenheit geworden, und der Russischen Revolution kommt natürlich in unserem Jahrhundert die gleiche Bedeutung zu, welche die Französische in den Augen der Zeitgenossen hatte. Auch sie hat erst eine unvergleichliche Hoffnung in die Welt gebracht, um die gleiche Welt in eine umso tiefere Verzweiflung zu stürzen.« (Ebd., S. 70.) Auf diese Weise verliert die Revolution ihre Kraft, etwas Neues zu schaffen. Nur die Revolutionäre der ersten Generation können für sich beanspruchen, Neues geschaffen zu haben, während ihre Nachfolger dazu verurteilt sind, den Akt der Befreiung zu wiederholen, ohne selbst die Freiheit politischen Handelns zu genießen.

Das Gegenteil dieser Strategie ist die Revolution als Schöpfung einer Sphäre der Freiheit. Dieser kreative Akt verleiht den Menschen die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Projekte zu verwirklichen. Das historische Beispiel dafür ist die Amerikanische Revolution. »Aber wir brauchen uns nur den Gang der Amerikanischen Revolution vor Augen halten, in deren Verlauf sich das genaue Gegenteil ereignete und wo alle Mitwirkenden daher auch zutiefst davon überzeugt waren, dass der Mensch Herr seiner Geschicke zum mindesten im politischen Bereich ist, um zu verstehen, wie sehr gerade die in der Französischen Revolution sich offenbarende menschliche Ohnmacht das Selbstbewusstsein der Zeit erschüttert haben muss.« (Ebd., S. 62f.)

Für meine Interpretation des ukrainischen Revolutionsweges ist die Unterscheidung zwischen Befreiungs- und Freiheitsstrategie entscheidend. Der ukrainische Fall bietet Beispiele, die zeigen, dass historische Momente irreversiblen Wandels den Einzelnen vor die Wahl stellen, einem der beiden Wege zu folgen. Beide haben sich in der Geschichte des Landes seit 1991 deutlich manifestiert. Die Befreiungsstrategie wurde von den Nationaldemokraten in ihren Anstrengungen zur Staatsbildung verfolgt. Zugleich blühte in der Privatsphäre die Freiheitsstrategie mit ihrer Leidenschaft für Innovation und politische Kreativität auf, um später von dort in Gestalt von Oligarchie und Korruption in die öffentliche Sphäre zu wandern. Der Zusammenstoß dieser beiden Strategien und der Prozesse, die sie in Gang gesetzt haben, führte zu zwei revolutionären Mo-

menten, für die beide Male der Maidan steht und die beide ein echtes Kreativitätspotential bargen und bis heute bergen.

Irrungen und Wirrungen des Übergangs

Geprägt von konkurrierenden revolutionären Strategien war die Zweite Republik das Produkt einerseits der Befreiung vom Ancien Régime und der Reform der öffentlichen Sphäre unter der Ägide der Nationaldemokraten sowie andererseits der Kanalisierung der kreativen Energie in die Privatsphäre. Die Zählung der republikanischen Tradition setzt mit der Ersten Republik von 1917 bis 1922 ein und blendet die sowjetische Ukraine als Fremdherrschaft aus, so dass die postsowjetische Ukraine von 1991 als Zweite Republik gerechnet wird. Das mag seine Richtigkeit haben, dennoch sehe ich keinen Grund, warum man die unabhängige Ukraine nur mit dem gescheiterten Projekt der Ersten Republik verknüpfen und die Augen vor der Kontinuität bestimmter sowjetischer Praktiken verschließen soll, die sich bis in die Zweite Republik fortgesetzt haben. Die Konkurrenz zwischen den beiden revolutionären Strategien ist hervorgegangen aus der Koinzidenz des Befreiungsmodells, wie es die Nationalkommunisten und Nationaldemokraten teilten, mit der Chance auf Freiheit, die sich mit dem unumkehrbaren Umbruch von 1991 eröffnete.

Der postsowjetische Übergang vom kommunistischen Regime zur Demokratie wurde in erster Linie durch Reformen auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft bewerkstelligt. Diese Reformen waren mit zwei sich wechselseitig stützenden Strategien verbunden: Entsovjetisierung und Aufbau von demokratischen und Marktinstitutionen. Gleichzeitig wurde die kapitalistische Gesellschaft neu erfunden – von sowjetisch geprägten Menschen, die nun in neu gebildeten Nationalstaaten lebten.

Die postsowjetischen Eliten standen überall vor derselben Entscheidung: Schocktherapie oder schrittweise Reformen. Wie Anders Aslund schrieb, war die »postkommunistische Transformation ein heftiger Kampf. Auf der einen Seite der Barrikade standen die radikalen Reformer, die eine normale Gesellschaft aufbauen wollten. Ihre Hauptgegner waren *rent seekers*, nicht die alten Kommunisten.« (Aslund 2007, S. 2) Die Antwort auf dieses Dilemma sollte von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der neuen Demokratien sein.

Die Ukraine wurde keiner Schocktherapie unterzogen. Politischer Pluralismus, Demokratie, Privateigentum und Elemente einer freien Marktwirtschaft hielten Einzug, allerdings sehr langsam. Es kostete Jahre, überhaupt damit anzufangen, die Versprechen der Revolution einzulösen – in der Zwischenzeit waren sie von der Elite und den Bürgern schon fast vergessen. Wie anfangs bereits erwähnt, beriefen sich die Verantwortlichen gerne auf die Figur des Moses, der vierzig Jahre brauchte, um sein Volk ins Gelobte Land zu führen.

Diese Verzögerung hängt mit der Stärke der *rent seekers* zusammen, von denen Aslund spricht. Dabei handelt es sich um Individuen oder Gruppen, die versuchen, zugunsten ihrer privaten Interessen auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Im ukrainischen Fall bremsen darüber hinaus auch die orthodoxen Kommunisten die Reformen. Ein Blick in die Souveränitätserklärung von 1990, in die Unabhängigkeitserklärung von 1991 und in die 1996 verabschiedete Verfassung zeigt, dass der frühe postsowjetische Konsens über-inklusiv war. Diese Dokumente vereinen widersprüchliche sozialistische, nationalistische und liberale Ideen und vermeiden es, die Ziele der Staatsbildung zu artikulieren, ebenso wie die Grundzüge eines neuen Gesellschaftsvertrags. Diese Schwächen resultieren aus dem Versuch, die Revolution in einer Gesellschaft umzusetzen, die in den Augen der Nationaldemokraten noch nicht reif dafür war. In jener Zeit gab es allerdings einen unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, der zwischen wagemutigen und ungebildeten Champions des privaten Unternehmertums und Politikern geschlossen wurde, die auf *social engineering* setzten.

In der öffentlichen Sphäre, wo damals kollektivistische Erwartungen dominierten, gab es nur wenige Ansätze zu politischer Kreativität. Die Geschichte der unabhängigen Ukraine kann als Wettkampf zwischen zwei großen politischen Institutionen beschrieben werden: dem Parlament (Werchowna Rada) und dem Präsidenten. Das ukrainische Parlament hatte seine Wurzeln in der Sowjetunion und sorgte so für das Überleben von Werten und Praktiken der 1970-80er Jahre in der postsowjetischen Zeit. Zugleich bot es Raum für die Entwicklung einer hybriden öffentlichen Sphäre, in der halbdemokratische und halbkorrupte Praktiken gediehen. Dieses Relikt aus der Sowjetzeit war unter stetem Beschuss durch die postsowjetische Institution des Präsidenten. Allerdings trug diese Institution ebenfalls Züge des Ancien Régime, insofern die Präsidialadministration

ähnliche Machtbefugnisse besaß wie das Politbüro der Kommunistischen Partei. Insofern stellte die Institution des Präsidenten eine permanente autoritäre Versuchung dar und bedrohte ebenfalls die demokratische Entwicklung. Keine der beiden Institutionen, Parlament und Präsident, war eine Stütze der Demokratie, und beide wurden erfolgreich von den *rent seekers* instrumentalisiert.

Die politische Kreativität in der öffentlichen Sphäre wurde darüber hinaus von Beginn an durch einen weiteren Faktor begrenzt: den spezifisch ukrainischen Ansatz der Nationsbildung. Die ukrainische Identität durchlief nach 1991 einen radikalen Wandel: Die Ukrainer wurden von einer ethnischen Gruppe unter vielen zu einer dominierenden Gruppe mit eigener Staatlichkeit. Entsprechend wurde eine »Demokratie der Identifikation« geschaffen, mit einer legitimierenden Ideologie, die Herrscher und Beherrschte vereint. (Vgl. Rosanvallon 2011, S. 4) Die ukrainische Identität entwickelte sich so zwischen den Polen eines zivilen und eines ethnischen Nationalismus über zwanzig Jahre zu einer Alternative sowohl zur mitteleuropäischen »Rückkehr nach Europa« als auch zur eurasischen »Ostalgie«. Ihr revolutionäres Potential wurde durch die Idee der nationalen Befreiung beschnitten, die bis ins 19. Jahrhundert (oder sogar viel weiter) zurückreicht, sich in der kurzen Episode von 1917 bis 1922 artikuliert, in den 1930er bis 1950er Jahren von organisierten Nationalisten militant verfochten und schließlich 1991 formal verwirklicht wurde. Nach 1991 war diese Idee auf die Vergangenheit ausgerichtet; ihr Potential für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft war minimal.

Während die öffentliche Sphäre von der Befreiungsideologie dominiert war, herrschte in der Privatsphäre die Freiheitsideologie und vibrierte vor neuen Formen der Kreativität. Die sowjetische Moderne beruhte auf einem prinzipiellen Ungleichgewicht zwischen Privatem und Öffentlichem, private Institutionen wurden an den Rand gedrängt. Das private, religiöse und kommunale Leben, die Kultur und die Unternehmen waren unter dem permanenten Druck von öffentlichen Institutionen, die von dem totalitären Sowjetsystem kontrolliert wurden. Mit der Perestroika hielten Revolutionen im Sexualleben, im Unternehmertum, in der Konsumwelt und sogar im kriminellen Milieu Einzug. Die sexuelle Revolution hat das Familienleben verändert. Geschlechtsspezifische Ausbeutung geht mit sexueller Befreiung einher. Derselbe radikale Wandel ist im Bereich des Konsums zu beobachten; die Ukrainer mussten sich erst einmal daran

gewöhnen, dass Versorgungsengpässe der Vergangenheit angehörten. Den größten Zuwachs an Kreativität verzeichneten aber das Unternehmertum und das kriminelle Milieu.

Der menschliche Hang, Geschäfte zu machen, wurde unter der Sowjet-herrschaft als Todsünde angesehen. Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Sowjetunion ist bis heute nicht bezifferbar, aber sie existierte und hatte einen beträchtlichen Einfluss auf das postsowjetische Unternehmertum.¹ An den Rand der Sowjetgesellschaft gedrängt, waren die Unternehmer oft Teil krimineller Netzwerke und teilten deren Werte und Praktiken. Das änderte sich mit Gorbatschows Reformen ein wenig, doch war die nach 1991 neu entstandene Unternehmerklasse dem Lebensstil ihrer Vorgänger noch immer stark verhaftet. Nach dem Ende des Sowjetimperiums waren Geschäftsleute entweder Teil krimineller Netzwerke oder wurden von ihnen kontrolliert. (Kutpaladze 2012, S. 7ff.)

Zugleich nutzten kriminelle Gruppen den Zusammenbruch des Rechtssystems dazu, an der Privatisierung des Staatseigentums zu partizipieren und Teil der herrschenden Elite zu werden. Wiktor Janukowytsch und seine nächste Umgebung sind das erfolgreichste Beispiel für diese Strategie.

Die Liberalisierung der Wirtschaft brauchte Unternehmer, die in der Lage waren, Risiken einzugehen, private Initiative zu ergreifen und mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn es um die Neuordnung der Privatwirtschaft ging. »Es musste ein völlig neues System auf die Beine gestellt werden, und das hierfür erforderliche Wissen war beschränkt«, schrieb Aslund. (Aslund 2007, S. 4) In dieser Situation mangelnder Informationen und Kompetenzen war es für kriminelle Gruppen ein Leichtes, das Rennen um die Privatisierung der Filetstücke aus der Konkursmasse der Sowjetindustrie zu gewinnen. Bis 1995 fusionierten sie mit nicht kriminellen Unternehmern wie den »Roten Direktoren« und den noch raren Jungunternehmern zu regionalen politischen und wirtschaftlichen Gruppen.² Vertreter der größten kriminellen Gruppen wurden in politische Führungspositionen auf lokaler und staatlicher Ebene gehievt, insbesondere im Bereich der Judikative und der Exekutive. (Kutpaladze 2012, S. 12ff.) Zugleich gaben sich diese Gruppen eine neue Gestalt und teilten sich in eine legale und eine Schattenorganisation. Mit Beginn des neuen Jahrtausends verfügten die legalen Strukturen über eingetragene Unternehmen mit internationalem Eigentum sowie über im Parlament vertretene politische Parteien.

So ist es den *rent seekers* gelungen, sich den Zugang zu den nationalen Ressourcen zu sichern. Die postsowjetische Privatsphäre erwies sich als Ort, an dem neue Unternehmens- und Gemeinschaftsformen sowie öffentlich-private Partnerschaften geschaffen wurden. Die kreative Energie des Privatsektors erwies sich allerdings als zutiefst ambivalent. Sie war eine innovative Kraft, aber sie hat nicht nur die Industrie restrukturiert, sondern auch die politischen Institutionen des Landes deformiert. Die prometheische Revolution führte zu monströsen Formen einer Symbiose zwischen Privatem und Öffentlichem. Der Begriff »systemische Korruption« beschreibt eine zentrale Eigenschaft der neu entstandenen Ordnung, die sich als Oligarchen-Regime etablierte und zu einem neuen Ungleichgewicht zwischen Öffentlichem und Privatem führte.

Die Werchowyna Rada und das Ministerkabinett waren die ersten Opfer der ukrainischen Oligarchen. Deren auf regionaler Ebene organisierte Gruppen zogen als Fraktionen ins Parlament ein. Ab 1993 hielten ihre Vertreter Schlüsselpositionen im Kabinett und in den Parlamentsausschüssen. Das zentrale Interesse dieser Gruppen war es, Kontrolle über die Machtzentren zu bekommen und auf diese Weise Zugang zum Staatsbudget. In einem späteren Stadium wurde das Amt des Präsidenten zum Hauptziel.³

Mit dem Aufstieg der Oligarchen schwand der Einfluss der Nationaldemokraten auf den Prozess der Staatsbildung. Einzig ihre Identitätspolitik war erfolgreich: Sie veränderte das Selbstbild der breiteren Bevölkerung und prägte insbesondere die jüngere Generation. Die 1990er Jahre waren gekennzeichnet von Verarmung, Bevölkerungsschwund und Desorganisation, was zur Herausbildung von Einstellungen führte, die mit dem neotraditionalistischen Modell ukrainischer Identität korrespondierten, wie es die Nationaldemokraten propagierten. Sie bildeten Parteien, deren Programme sich auf die ukrainische Kultur und Sprache konzentrierten und genügend Wählerunterstützung fanden, um ins Parlament einzuziehen und eine Opposition zu bilden. Im Schatten dieser Parteien gediehen allerdings radikalere und weniger demokratische nationalistische Kräfte, die sich in den letzten Jahren zur Swoboda-Partei formierten. Beide nationalistische Gruppen versuchten nach Kräften, mit den Parteien der Oligarchen und deren Verbündeten zu konkurrieren. Die Spannungen und Konflikte zwischen der Befreiungs- und der Freiheitsstrategie, sprich Nationaldemokraten und *rent seekers*, wuchsen mit jedem Jahr und entluden sich schließlich 2004 in der Orangen Revolution.

Die Herrschaft der Oligarchen hatte aus der ukrainischen Demokratie eine Fassade gemacht: Alle Elemente waren da – Gewaltenteilung, Verfassung, Wahlen etc. –, doch die demokratischen Institutionen waren mit den eigenen Leuten besetzt, und de facto war die politische Partizipation der Bürger auf den Gang zu den Wahlurnen beschränkt, wobei die Wahlen zu einem manipulierbaren Legitimationsinstrument der Herrschenden wurden. Man muss also sagen, dass die prometheische Revolution der ukrainischen Demokratie keinen guten Dienst erwiesen hat.

Die Wiederkehr des revolutionären Augenblicks

Die Zweite Ukrainische Republik stand zweimal vor der Chance ihrer Neugründung: 2004 und 2013/14. 2004 hatte das Oligarchen-Regime die Minimalstandards demokratischer Wahlen offen missachtet, was die Bürger zu friedlichen Massendemonstrationen mobilisierte. Der Sieg der Orangen Revolution auf dem Maidan hatte zwei Hauptgründe: auf der einen Seite die Überzeugung der Bürger, dass politischer Protest ihr unverfügbares Recht ist, auf der anderen Seite der sowjetische Instinkt der politischen Führung, auf diesen Protest einzugehen. Die Bereitschaft, die politische Kommunikation auch unter Konfliktbedingungen aufrechtzuerhalten, ermöglichte es, Blutvergießen zu vermeiden und die Nation nach dem ersten Maidan zu versöhnen. Damit wurde der Maidan als demokratische Praxis institutionalisiert und ein wichtiger Teil des Repertoires der ukrainischen politischen Kultur.

Zugleich ist damit ein Narrativ entstanden, das die Orange Revolution als Fortsetzung der »Granitrevolution« von 1990 darstellt. Damals gab es Studentenproteste, die den Weg zur Unabhängigkeit ebneten – jedenfalls werden sie im patriotischen Diskurs so interpretiert. Es waren keine Massenproteste, aber lebendige Versuche, neue Formen politischer Praxis für die Ukraine zu entwickeln. Die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung ging einher mit friedlichen Formen des Protestes wie Streiks und permanente Präsenz auf dem Kiewer Maidan, damals noch Platz der Oktoberrevolution, und in den Straßen einiger Universitätsstädte. Der Kampf der Studenten war erfolgreich und hat, wenn man so will, den Maidan als politisches Paradigma gestiftet – als eine Praxis, wie die Ukrainer in einer Situation der Bedrohung ihrer Republik handeln können.

Gleichwohl kann ein Protest, auch wenn er über Wochen oder gar Mo-

nate anhält, demokratische Institutionen nicht ersetzen. Dass die Orange Koalition im September 2005 zerbrach und Politiker aus der Kutschma-Ära in die Regierung zurückkehrten, lehrte die Bürger, den Politikern zu misstrauen und ihr Handeln permanent zu überwachen. Zugleich führte diese Erfahrung aber auch zu schwindender Wahlbeteiligung, Demokratieverdrossenheit und dem Wunsch nach einer starken Hand. Davon profitierten 2010 bei den Präsidentschaftswahlen zwei politische Figuren: Julija Tymoschenko und Wiktor Janukowytsch verkörperten beide den autoritären Trend, jeder auf seine Weise – in Gestalt eines patriotischen Populismus und einer bevormundenden Sowjetnostalgie.

Schon 2010 sahen einige Intellektuelle im Sieg von Janukowytsch ein Vorzeichen für das Ende der Zweiten Republik.⁴ Für sie war er der Inbegriff von Modernisierungsverweigerung und Regression in ein autoritäres System eurasischen Typs, das die Wiederkehr jeglicher revolutionären Chance zunichtezumachen schien.

Doch war es Janukowytsch selbst, der das post-orange Trauma bald heilen sollte. In gewisser Weise kann man ihm gleich eine doppelte Vaterschaft für die beiden ukrainischen Revolutionen, die Orange Revolution und den Euromaidan, zuschreiben. Mit seinen Donezker Partnern teilte er einige Verhaltensmuster, die Massenproteste provozierten. Die Wurzeln liegen in spezifischen politischen Erfahrungen und Haltungen, die Janukowytsch und seine Umgebung aus der Revolution im Privatsektor mitbrachten. Die Leichtigkeit, mit der man Geschäft und öffentliches Amt verbinden konnte, ein Wille zur Macht, der sich in Geld bemaß, Bereitschaft zum Gebrauch von Gewalt und eine tiefe Geringschätzung politischer Kommunikation zeichnen alle Führer der Interessengruppen aus, die die »Gesellschafter« der herrschenden Partei der Regionen bilden. All das gipfelte schließlich in einem Regime, in dem persönliche Freiheit und private Interessen weder durch einen Rechtsstaat noch durch demokratische Institutionen begrenzt wurden.

Heute wissen wir, dass Janukowytsch bereits im Herbst 2004 bereit war, dieselben Mittel wie 2013 einzusetzen. Doch seine Kampflust wurde von dem damaligen Präsidenten Leonid Kutschma gezügelt, einem Mitglied der alten Sowjetnomenklatur. 2013/14 aber gab es keine politische Figur oder Institution mehr, die den schlechten Gewohnheiten, die Janukowytsch und seine Leute in die Politik mitgebracht hatten, Einhalt hätten gebieten können.

In den vier Jahren seiner Herrschaft verspielte Wiktor Janukowytsch nicht nur seine Legitimität als Präsident, sondern auch die der Zweiten Republik. Er änderte die Verfassung und verschaffte seinem Amt fast grenzenlose Macht. Er schuf eine »Machtvertikale« nach dem Modell von Putin und kontrollierte Legislative, Judikative und Exekutive. Er zerstörte das kleine Unternehmertum und den Mittelstand und zog gleichzeitig eine Klientel heran, die vom Staatsbudget alimentiert wurde, bis sie es sprengte. Er übte Druck auf die meisten anderen Oligarchen aus, während seine eigene »Familie« ihren Reichtum jedes Jahr verdoppeln konnte.

Unter diesen Vorzeichen war der Euromaidan, der ganz ähnlich begann wie die Orange Revolution, dazu verurteilt, einen anderen Verlauf zu nehmen. Seine friedliche Periode fand ein schnelles Ende. Der brutale nächtliche Polizeieinsatz gegen die auf dem Platz ausharrenden Studenten, der in allen Medien, gleich ob für oder gegen Janukowytsch, gezeigt wurde, provozierte eine Massenreaktion. Nach den Zehntausenden Demonstranten für eine europäische Integration kamen nun Hunderttausende auf den Maidan. Die weiteren repressiven Maßnahmen des Präsidenten, die am 16. Januar 2014 in einem drakonischen Erlass zur Einschränkung der Bürgerrechte gipfelten, lieferten ebenso viele Motive, den Widerstand gegen das Regime weiter zu verstärken. Während sich Putin bei der Einführung autoritärer Strukturen Zeit nimmt und dabei die volle Unterstützung der Duma und der Bevölkerung genießt, versuchte sein unpopulärer und nur noch von einer knappen Mehrheit im Parlament unterstützter ukrainischer Amtskollege dasselbe inmitten einer politischen Krise. Das war der Schritt, mit dem er die politische Kommunikation mit der Gesellschaft ganz aufkündigte und der den Maidan von einem friedlichen Protest in einen gewaltsamen Konflikt umkippen ließ, wie ihn die unabhängige Ukraine bis dahin noch nicht erlebt hatte.

In einem weiteren Punkt unterscheidet sich der Maidan von 2013/14 von dem von 2004. Er begann als ein Bürgerprotest, der sich – eingedenk der Lektionen, die das Scheitern der Orangen Koalition gelehrt hatte – von den Protesten fernhielt, die einige Parteien auf dem Nachbarplatz organisierten. Als die Lager später verschmolzen, unterstrichen die Euromaidan-Aktivisten weiterhin den Unterschied zwischen beiden Gruppen. Sie glaubten nicht daran, dass die Oppositionsparteien in der Lage sein würden, ihr Versprechen eines Neuanfangs für die Republik zu halten. Wenn die Energie der Massenproteste keinen politischen Kanal

findet, haben utopische Erwartungen Konjunktur. 2004 gab es eine politische Figur, die das Vertrauen der Protestierenden hatte und der sie zu trauten, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern. Die Autorität von Wiktor Juschtschenko vermochte es überdies, die radikalen Nationalisten vom Maidan fernzuhalten. 2013/14 jedoch sahen die Protestierenden weder eine politische Chance noch eine politische Figur, der sie vertrauen konnten. Die aufgestaute Protestenergie, ein ungleich bedrohlicherer Feind in Gestalt eines zum Diktator mutierenden Präsidenten und die Präsenz radikaler, organisierter Gruppen führten schließlich zum Brudermord.

*

Das Maß an Gewalt, das das Land im Januar und Februar 2014 erlebt hat, zeigt, dass es für die Ukrainer an der Zeit ist, ihre Republik neu zu gründen. Die Hauptziele schließen jene von 1991 ein: eine Demokratie, die diesen Namen verdient, freie Marktwirtschaft und europäische Integration. Doch heute bedeutet dies, dass die Dritte Republik auf die Lehren gegründet sein muss, die wir aus dem Scheitern der postsowjetischen Befreiung – Spaltung des Landes durch die Identitätspolitik der Nationaldemokraten – einerseits und den tragischen Folgen einer von privaten Interessen fehlgeleiteten Freiheit – Oligarchie und Korruption – andererseits ziehen. Beide stellen Gefahren dar, die keineswegs gebannt sind. Der fundamentale Widerspruch zwischen den beiden Strategien, für die Moses und Prometheus hier symbolisch stehen, muss überwunden werden. Wenn es uns gelingt, die auf Freiheit gegründete politische Kreativität in die öffentliche Sphäre zurückzubringen, kann uns der promethische Akt der Gründung der Dritten Republik gelingen.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Literatur

Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974.

Anders Aslund, *How Capitalism Was Built*, Cambridge UP 2007.

Ferdinand Feldbrugge, »Government and Shadow Economy in the Soviet Union«, in: *Soviet Studies*, vol. XXXVI, nr. 4 (1984), S. 528-543.

Georgij Kasyanov, *Ukraina 1991-2007: Ocherki Noveishei Istorii*, Kiew 2008.

Ivan Krastev, »Der Transparenzwahn«, in: *Transit*, Nr. 44 (2013), S. 7-22.

Alexander Kupatadze, *Organized Crime, Political Transition and State Formation in Post-Soviet Eurasia*, New York 2012.

Karl Popper, *The Poverty of Historicism*, London 2002.

Pierre Rosanvallon, *Democratic Legitimacy: Impartiality, Reflexivity, Proximity*, Princeton UP 2011.

Mykola Riabchuk, »Kinets' Druhoyi Respubliky«, in: *Krytyka*, vol. 11/12, nr. 157/158 (2010), S. 4-9.

Roman Szporluk, *Communism and Nationalism: Karl Marx and Friedrich List*, Oxford UP 1988.

Anmerkungen

- 1 Zur sowjetischen Schattenwirtschaft vgl. Feldbrugge 1984, S. 528ff.
- 2 Am präsentesten waren und sind die Dnipropetrowsker und Donezker Gruppe, die in die Batkiwschina-Partei bzw. die Partei der Regionen integriert sind. Sie setzen die sowjetische Tradition regionaler Gruppenbildungen innerhalb der Kommunistischen Partei fort (z.B. die Stawropol-Gruppe um Andropow und Gorbatschow oder Breschnews Dnipropetrowsker Gruppe) – ein Nebenprodukt der Bekämpfung von Fraktionsbildungen sowie des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit.
- 3 Vgl. den Beitrag von Leshchenko in diesem Heft. (Anm. d. Red.)
- 4 Besonders interessant hierzu: Riabchuk 2010.

Mykola Riabchuk

HAT DER MAIDAN DAS LAND GESPALTEN?

Die Massenproteste gegen die Regierung, die Ende November in Kiew aufloderten und schließlich alle Regionen der Ukraine erfassten, haben einmal mehr die alten Stereotype von den unüberbrückbaren regionalen Unterschieden, der gespaltenen Identität und dem möglichen Auseinanderbrechen des Landes in den Vordergrund gerückt. Manche dieser Vorstellungen können als Sensationsjournalismus abgetan werden, andere als verdeckte Erpressung der regionalen Eliten, die sich vor möglichen revolutionären Veränderungen in Kiew fürchten, wieder andere als unglückselige Versuche des Kreml, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu verbreiten.

Wie dem auch sei, der Gedanke, ein Land mit 46 Millionen Einwohnern (zwölfmal so viele wie Bosnien) an der Ostgrenze der EU könnte in einen Bürgerkrieg stürzen, lässt viele Europäer schaudern. Selbst die nüchternsten Experten erwägen ein Worst-Case-Szenario – welches Michael Emerson so treffend als »Transnistrialisierung« der Ukraine bezeichnet –, wobei in der Ost- und in der Südukraine, einschließlich der Halbinsel Krim, eine separatistische Bewegung auf eine Loslösung von der Regierung in Kiew hinarbeiten würde.

Dieses Szenario mag Ex-Präsident Krawtschuk vor Augen geschwebt sein, als er von einem Auseinanderbrechen des Staates sprach. Zu diesem Zeitpunkt ist es schwierig, die Ereignisse einigermaßen genau vorherzusehen, wobei das Spektrum von sporadischen, kleineren Gewaltausschreitungen bis zu einem echten Bürgerkrieg reicht – mit oder ohne Errichtung von Grenzkontrollen etc. Im Anfangsstadium würde es vielleicht zu einer schleichenden Desintegration des Staates kommen mit Gehorsamsverweigerung der regionalen politischen Führung, so wie schon im Westen des Landes oppositionelle Bewegungen zahlreiche regionale Verwaltungsinfrastrukturen besetzt haben. Als entscheidend wird sich dann die Antwort Russlands erweisen.¹

Die letzte Bemerkung ist von besonderer Bedeutung und bedarf heute einer gründlichen Prüfung angesichts des provokanten Vorgehens der Russen auf der Krim. Die übrigen Faktoren besitzen weniger Gewicht, da

keiner von ihnen – ohne russische Hilfe – zu einer Teilung oder einer Abspaltung führen kann, geschweige denn zu einem echten Bruderkrieg. Der Grund ist einfach: Es gibt keine einflussreichen Akteure auf der ukrainischen politischen Bühne – weder unter den Eliten noch unter der Bevölkerung –, die die Idee einer Abspaltung oder Teilung angesichts des höchst ungewissen Gewinns unterstützen und die Kosten dafür tragen würden.

Wie Meinungsumfragen alljährlich belegen, stellen sich 90 % der ukrainischen Bevölkerung eindeutig gegen die Abspaltung irgendeiner Region. So befürworteten beispielsweise im August 2012 landesweit nur 5 % der Befragten (und nur 1 % im Westen) eine hypothetische Abspaltung Galiziens, bloß 2 % eine Abspaltung der Donbas-Region (im Donbas-Gebiet selbst 8 %) und 3 % eine Abtrennung der Krim (darunter 10 % im Süden).² Aus dieser Umfrage geht auch hervor, dass sich 82 % der Befragten landesweit als ukrainische Patrioten definieren (10 % nicht), und dass die regionalen Unterschiede in dieser Hinsicht nicht sehr groß sind: 89 % »Patrioten« gegenüber 4 % »Nichtpatrioten« im angeblich »nationalistischen« Westen und 79 % gegenüber 13 % im angeblich »pro-russischen« Osten.³

Im letzten Jahr, 2013, bestätigten 46 % der Befragten ihre Bereitschaft, die territoriale Integrität des Landes mit Waffen verteidigen zu wollen (gegenüber 44 %, die dies ablehnten) – eigentlich keine geringe Anzahl, wenn man bedenkt, dass dabei Männer und Frauen befragt wurden. Und auch hier wiederum scheint der Unterschied zwischen dem Westteil (53 % gegenüber 35 %) und dem Osten (36 % gegenüber 51 %) signifikant, jedoch keineswegs unüberbrückbar. Dasselbe lässt sich auch bei der Frage nach der nationalen Unabhängigkeit feststellen: Der überwiegenden Mehrheit im Westen (89 % zu 5 %) steht eine schwache Mehrheit im Osten (44 % zu 40 %) gegenüber.⁴ Ebenso zeigten 17 % im Westen und 56 % im Osten eine nostalgische Sehnsucht nach der Sowjetunion. Allerdings trauerten ihr 30 % im Osten nicht nach – ganz im Gegensatz zu dem entschiedenen Anti-Sowjetismus des Westens (70 %) –, was immerhin einen Faktor darstellt, mit dem man rechnen kann.⁵

Die Ukraine ist tatsächlich (zwei)geteilt, aber nicht wirklich gespalten. Die unübersehbaren Differenzen zwischen dem sprichwörtlichen Westen und dem Osten werden zum einen durch die weiten dazwischenliegenden Regionen der Zentralukraine und zum anderen durch die Heterogenität

aller soziologisch bedeutenden Gruppen gemildert, die die Differenzen und Ähnlichkeiten innerhalb von Gruppen fast ebenso wichtig erscheinen lassen wie Differenzen und Ähnlichkeiten zwischen ihnen. Die Umfragen etwa bestätigen, wenig überraschend, dass ethnische Russen der Sowjetunion mehr nachtrauern als ethnische Ukrainer. Dies zeigt allerdings lediglich eine statistisch signifikante Korrelation, bedeutet aber keineswegs einen Determinismus. Während 47 % der Ukrainer der Sowjetunion keine Träne nachweinen, bedauern 38 % ihren Untergang bis zu einem gewissen Grad. 55 % der Russen in der Ukraine trauern um die Sowjetunion, 31 % jedoch nicht. Beide Gruppen weisen sowohl in sich als auch in Bezug aufeinander große Differenzen auf. Die gleichen internen Unterschiede lassen sich in der Haltung gegenüber politischen Optionen erkennen. Ethnisch russische und/oder russischsprachige Bürger sprechen sich eher für eine »starke Hand« aus als für Demokratie, für Zensur statt Redefreiheit oder für Planwirtschaft statt für den freien Markt.⁶ Doch wieder handelt es sich hier nur um eine Wahrscheinlichkeit, nicht um einen Determinismus. Für die Russen und Russophonen war es wesentlich leichter, sich mit der Sowjetideologie als »der ihrigen« zu identifizieren, als für Ukrainophone, die bemüht waren, ihre kulturelle Identität unter dem Druck der Russifizierung zu bewahren und daher mehr Gründe hatten, sich von allem Sowjetischen zu distanzieren.

Sogar in Donezk, das als Hochburg der Partei der Regionen und Inbegriff der angeblich pro-russischen, pro-sowjetischen und panslawischen Orientierungen gilt, favorisieren nur 50 % der Befragten eine Integration der Ukraine in einen Verband ehemaliger Sowjetrepubliken, ansehnliche 22 % blicken dagegen in Richtung Westen. Wiederum sind Unterschiede zwischen ethnischen Ukrainern und Russen wahrnehmbar, aber diese sind nicht von wesentlicher Bedeutung. 27 % der russischen Befragten in Donezk befürworten einen Beitritt zur EU, 54 % sind dagegen. Die Ukrainer sind in dieser Angelegenheit ebenfalls gespalten, wenngleich weniger drastisch: 42 % befürworten einen Beitritt und 40 % lehnen ihn ab.⁷

Weitaus größere Bedeutung kommt einigen anderen Unterschieden zu, die über regionale, ethnische oder ethnokulturelle Bruchlinien hinausgehen. Einen wesentlichen Faktor stellt die höhere Bildung dar: In allen Gruppen und Regionen korrespondiert sie stark mit pro-westlicher und pro-demokratischer Ausrichtung sowie einem höheren Maß an Bürgersinn. Das Gleiche trifft auch für den Faktor Alter zu: Je jünger die Be-

fragten sind, desto stärker befürworten sie die Integration der Ukraine in die Europäische Gemeinschaft mit all ihren Konsequenzen.⁸

Nicu Popescu, ein führender Experte am European Institute for Security Studies in Paris, erfasst die Komplexität der Risse, die das Land durchziehen, wenn er schreibt, dass

die Trennlinie nicht bloß zwischen Ost und West verläuft, sondern auch durch die Janukowytch unterstützenden Gruppen. Einige werden dies auch weiterhin tun, andere sind von den politischen Fehlern, die er in seiner Amtszeit als Präsident gemacht hat, enttäuscht.⁹

Und James Sherr meint, dass selbst

Ukrainer mit wenig Begeisterung für die europäische Integration wissen, dass es sich um ein System zur persönlichen Bereicherung handelt, das Unternehmergeist bestraft, Talent nicht anerkennt und das Eigentum von Leuten, die sich wehren und ohne Schutz sind, an sich reißt. Die Ukraine mag ein geteiltes Land sein, in diesem Punkt aber herrscht landesweit Einigkeit. Und wenn der Euromaidan in der Ost- und Südukraine auch wenig Widerhall findet, so ist es diese Einigkeit, die die Entstehung konterrevolutionärer Impulse wie im Jahr 2004 verhindert.¹⁰

Alle drei soziologischen Umfragen über den Maidan (Anfang Dezember, Ende Dezember und Anfang Februar) zeigen bemerkenswerterweise, dass die ethnische bzw. ethnolinguistische Zusammensetzung der Demonstranten sich nicht wesentlich von jener der Bevölkerung im Allgemeinen unterscheidet: 59 % nannten als Muttersprache Ukrainisch, 15 % Russisch und 24 % beide.¹¹ Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, über Hochschulbildung zu verfügen.

*

Es ist an der Zeit, sich von den propagandistischen Stereotypen zu verabschieden und die Bruchlinien in der Ukraine als eher ideologischer denn ethnischer oder regionaler Natur zu interpretieren. »In der Ukraine leben zwei politische Nationen mit verschiedenen Werten und Entwicklungsvektoren unter einem Dach zusammen«, so der bekannte jüdisch-ukrainische Publizist Vitaly Portnikov.¹² Diese beiden einander überschneidenden Nationen – die sowjetische und die antisowjetische, die eurasische und die europäische, die Nation paternalistischer Untertanen und die emanzipierter Bürger – tragen den gleichen Namen, sind jedoch zutiefst gespalten hinsichtlich der Vorstellung, was die Ukraine ist

und was sie sein sollte. Dies lässt eine Versöhnung der »beiden Ukrainen« höchst problematisch erscheinen. Zwei Jahrzehnte hindurch haben, wie Yevhen Zolotariov, ein anderer ukrainischer Autor, bemerkte, die beiden gesellschaftlichen Realitäten, die sowjetische und die nicht-sowjetische, in einem Staat nebeneinander gelebt, in Parallelwelten, wobei sie einander nur bei Wahlen begegneten. Jedes Mal ging die nicht-sowjetische Ukraine dabei als schwacher Sieger über ihren sowjetischen Rivalen hervor. Innerhalb weniger Jahre gelang es Präsident Janukowytsch, einen Großteil der sowjetischen Praktiken und Symbolik wiedereinzusetzen. Das Problem ist nur, dass eine sowjetische Ukraine weder eine Existenzberechtigung hat noch über die Ressourcen verfügt, jenseits der UdSSR oder irgendeines Substituts selbständig zu existieren.¹³

Der jüdisch-ukrainische Historiker und Aktivist Witalij Nachmanowysch bezweifelt, dass die Versöhnung zwischen den »beiden Ukrainen« in naher Zukunft überhaupt möglich ist, da Wertvorstellungen sich, wenn überhaupt, nur sehr langsam ändern. Er fordert stattdessen die ukrainischen Politiker auf, Entgegenkommen zu zeigen. Es sei denkbar, dass es eine Gruppe schafft, der anderen eine gewisse Autonomie zuzugestehen, mit gebührendem Respekt für ihre Wertvorstellungen. Es sei höchst unwahrscheinlich, dass eine autoritäre Ukraine den demokratisch eingestellten, europäisch orientierten Bürgern eine solche Autonomie anbieten kann. Vorstellbar erscheine jedoch, dass eine demokratische Ukraine einen Weg finden könnte, ihren paternalistischen, sowjetophilen und an Russland orientierten Mitbürgern entgegenzukommen.¹⁴

In einem solchen, auf Wertvorstellungen begründeten Kontext verliert das Argument, der Maidan repräsentiere nicht die gesamte ukrainische Gesellschaft, sondern vertiefe noch die ideologische Spaltung und die politische Polarisierung¹⁵, seinen Sinn. Über Prinzipien wie Menschenrechte, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit – alles, was wir unter dem Begriff »europäische Werte« subsumieren – kann nicht durch bloße Stimmmehrheit entschieden werden. Keine Mehrheit kann Sklaverei per Gesetz legitimieren, und die Gespaltenheit einer Gesellschaft kann nicht die Fortschreibung totalitärer Werte rechtfertigen.

Tatsächlich wird der Euromaidan von einer – wenn auch nicht absoluten – Mehrheit der Bevölkerung unterstützt (42 % zu 35 % laut Rating Group¹⁶ und 49 % zu 45 % laut R&B Group¹⁷). Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, wären seine Forderungen legitim, solange sie wertorientiert

sind und gewaltfrei gestellt werden. Der Maidan, so Anton Shekhovtsov, versteht sich als ein ganzer Katalog verschiedener Revolutionen – »eine demokratische Revolution gegen Autoritarismus und Nepotismus«, »eine Studentenrevolte gegen die Regierung, die ihnen ihre Träume und Hoffnungen stiehlt«, »eine Rebellion gegen die Polizei, die ukrainische Bürger schlägt, foltert, vergewaltigt und ermordet«, »eine Revolte der gebildeten Klasse gegen die arrogante Ignoranz der herrschenden Eliten«, »eine Revolution der unabhängigen Geschäftsleute gegen die gefräßige Omnipotenz von Präsident Janukowytschs ›Familie‹ und seinen Oligarchen«, »eine Revolution gegen den hartnäckigen Geist der Sowjetdoktrin«, »eine Revolution gegen die alte Ukraine, für eine neue Ukraine«. ¹⁸

Die Zahl der Befürworter dieser »beiden Ukrainen« mag zwar gleich hoch sein, doch im Grad ihrer Mobilisierung unterscheiden sie sich – eben aufgrund der unterschiedlichen Wertvorstellungen, die sie inspirieren. Dies ließ sich vor allem bei den Bemühungen der Behörden beobachten, Gegendemonstrationen, sogenannte Anti-Maidan, zu organisieren. Man zwang Staatsbeamte, daran teilzunehmen, manche von ihnen gegen eine kleine Entschädigung, doch ihr offensichtlich mangelnder Enthusiasmus machte dieses Unterfangen so grotesk, dass man bald davon abkam und lieber Schläger anheuerte, die Demonstranten angriffen und gezielt die Polizei provozierten.

Dieser Unterschied wird auch von einer Meinungsumfrage belegt. 5,7 % der Befragten beteiligten sich an den Anti-Regierungsprotesten, 17,5 % erklärten ihre Bereitschaft, daran teilzunehmen, und 21,6 % erklärten sich mit den Demonstranten solidarisch. Auf der anderen Seite beteiligten sich nur 0,5 % an den Pro-Regierungsdemonstrationen, 3,5 % waren bereit, daran teilzunehmen, und 12 % unterstützten sie passiv. ¹⁹ Der regimetreue Journalist Olesch Busyna machte eine sehr treffende und unfreiwillig erhellende Bemerkung über diesen Unterschied, als er den Präsidenten dafür lobte, dass er nunmehr den pro-westlichen Kurs verlassen und sich wieder der sowjetophilen Wählerschaft zugewandt habe: »Jetzt sollte der Präsident seine Pflicht erfüllen und sich daran erinnern, dass der Westen der Ukraine aus Engagement handelt, der Osten hingegen auf Befehle hin.« ²⁰

Die Brüche in der ukrainischen Gesellschaft neu zu definieren, nicht mehr über Regionen, Sprachen und Ethnien, sondern über Wertvorstellungen, könnte sich als guter Beginn für einen übergreifenden nationalen Dialog und eine schrittweise Versöhnung erweisen. Allerdings gibt es zwei Hindernisse – das eine subjektiver, das andere objektiver Natur –, die diesen Prozess bremsen oder gar scheitern lassen könnten. Erstens wäre jede Diskussion über Werte unweigerlich von Nachteil für die Behörden (aber auch für einen Teil der Opposition), da die Kluft zwischen den erklärten Normen und der Praxis des Alltags allzu augenfällig wäre. Vorteilhafter wäre es für sie, die politische Konkurrenz als einen Kampf zwischen »uns« und »ihnen« zu sehen, als sich über Gut und Böse auseinanderzusetzen. Die Manipulatoren lenken die Aufmerksamkeit weg von Wertvorstellungen nationaler Bedeutung auf fiktive Werte, die geringe oder gar keine Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben, aber eine gewisse Symbolik und emotionale Anziehungskraft besitzen. Zu diesem Zweck erklären sie z.B. die östlichen Regionen als angeblich 100% »pro-russisch« und »russischsprachig« gegenüber dem »nationalistischen« und »antirussischen« Rest. Sie stellen die östlichen Bewohner als überwiegend »hart arbeitend« dar gegenüber den »Faulpelzen« im Westen, als »fortschrittliche« Bürger gegenüber »rückständigen«, als »normale« gegenüber »dekadenten«. Auf diese Weise werden Identitäten gewaltsam homogenisiert, essentialisiert, von Wertvorstellungen losgelöst und als Etiketten an die Regionen geklebt.

Das zweite Hindernis, das einer Neuinterpretation der Brüche in der ukrainischen Gesellschaft im Wege steht, entspringt dem kolonialen Erbe des Landes und dem noch nicht abgeschlossenen Prozess der Dekolonialisierung. Die nationale Befreiungsagenda war ein bedeutender, allerdings weit unterschätzter Teil aller demokratischen, antikommunistischen Bewegungen in Osteuropa. Im Jahre 1989 kämpften die polnische *Solidarność*, die litauische *Sajudis* oder die Bewegung »Bürger gegen Gewalt« in der Tschechoslowakei nicht bloß gegen die erstarrten Regime im eigenen Land, sondern auch gegen ihre als neo- oder kryptokolonial wahrgenommenen Moskauer Herren. Die Ukrainer hatten es damals verabsäumt, ihre Revolution zu vollenden, doch blieb die Agenda der Demokratisierung und Dekolonialisierung aktuell und trieb sie zu den Revolutionen von 2004 und 2013.

Das Projekt der nationalen Befreiung muss nicht im Widerspruch stehen zu den europäischen Werten, für welche die ukrainischen Demo-

kraten kämpfen, doch sein bloßes Vorhandensein schafft in zweierlei Hinsicht eine gewisse Unklarheit. Zunächst öffnet es den Weg für fragwürdige Verbündete, die zwar die nationale Befreiung anstreben, nicht aber liberale, demokratische Werte anerkennen. Zum anderen bietet es eine günstige Gelegenheit, die Opposition mit Provokateuren zu infiltrieren und gleichzeitig die neuen Kräfte als Radikale und Kryptofaschisten darzustellen, im Lande und international. Das erste Problem schien, wie die Orange Revolution gezeigt hat, lösbar – aber nur so lange, bis das zweite ins Spiel kam und eine massive Propagandakampagne gegen den Euromaidan einsetzte.

Sie sollte der ukrainischen Revolution den Todesstoß versetzen. Die mit der Propaganda einhergehende Eskalation der Gewalt hatte zum Ziel, die Unterstützer einzuschüchtern und die Brutalität der Regierung zu rechtfertigen. Und was noch schlimmer war, sie verschaffte dem Kreml die Option zu einer Intervention, ob direkt oder verdeckt. Die russische Propagandamaschine scheute im Lande selbst und auf internationaler Ebene keine Mühe, die Kiewer Proteste darzustellen als »den Versuch eines coup d'état einer aufgebracht Menschenmenge, der von russophoben Faschisten, ausländischen Agenten und amoralischen Liberalen angezettelt wurde«²¹. Die Ukraine sei, so die Argumentation, ein gescheiterter Staat, der nach einer Intervention von außen verlange, und daher sei es die Pflicht Russlands, mit diesem Chaos an seiner Grenze aufzuräumen, eine angeblich drohende Invasion der NATO zu verhindern und die »Landsleute« zu beschützen – eine eigenartige, niemals klar definierte Gruppe, die jeden beliebigen Teil der Bevölkerung des Nachbarlandes umfassen kann. Sergei Glasjew, ein Berater Präsident Putins, informierte die amerikanische Leserschaft, dass »die Hälfte der [ukrainischen] Bevölkerung sich selbst als Russen betrachte und beinahe ausnahmslos Russisch spreche«.²² Natürlich erwähnte er nicht, dass die ukrainische Bevölkerung »nahezu ausnahmslos« auch Ukrainisch spricht, und dass die angebliche »Hälfte«, die sich bei der Volkszählung als ethnische Russen definiert, etwa 17 % ausmacht, und führte erst recht nicht an, dass es in einer landesweiten Umfrage lediglich 1,5 % waren, die sich vorwiegend mit Russland identifizieren.²³

Dass der Kreml blufft – sein Lieblingsspiel –, ist nichts Neues. Aber dass er an seine eigenen Hirngespinnste zu glauben beginnt, darin liegt die wirkliche Bedrohung für die Einheit des ukrainischen Staates. Andreas Umland verweist auf die Aktualität des georgischen Modells für die Ukra-

ine. Seiner Meinung nach wird sie »noch verstärkt durch die ambivalente Reaktion des Westens auf die Militärintervention Russlands im August 2008. (...) Die inkonsequente und zwiespältige Haltung des Westens begünstigte Russland bei seiner de facto Annexion von Südossetien und Abchasien. Sie zeigte dem Kreml deutlich, dass die EU, wie laut auch der Westen zur Unterstützung der Opfer der russischen Intervention aufruft, unfähig oder nicht gewillt ist, ihre potentielle Macht einzusetzen, wenn es zu einer militärischen Konfrontation kommt.«²⁴

Die Folge einer solchen Intervention könnte »ein Staatsstreich sein, bei dem pro-russische ukrainische Politiker die Macht an sich reißen«²⁵, wie jüngst mit der Krim geschehen. Dies könnte zu einem schwelenden Konflikt führen, kaum aber zu einer Spaltung oder einem Auseinanderbrechen der Ukraine. Bei jeder Scheidung muss es mindestens eine Partei geben, die diese möchte, und in der Ukraine gibt es niemanden. Die wahre Bedeutung des Euromaidan für die ukrainische Gesellschaft kann erst dann erfasst werden, wenn mehr soziologische Daten zur Verfügung stehen. Die anhaltenden Bestrebungen, politische Gegner auf regionale und ethnolinguistische Kategorien zu reduzieren, können die bestehenden Vorurteile und Stereotypen bestärken und die Brüche in der Nation vertiefen. Es scheint aber auch die Chance zu bestehen, dass die Erfahrung der Solidarität und der Bürgersinn des Maidan zur Integration der ukrainischen Gesellschaft beitragen können – über alle regionalen und ethnolinguistischen Bruchlinien hinweg.

März 2014

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

- 1 Michael Emerson, »Preparing for a post-Yanukovich Ukraine«, in: *European Neighbourhood Watch*, Nr. 101 (Januar 2014); www.ceps.eu/system/files/simplenews/2011/05/NWatch101.pdf.
- 2 Кілька рис українського патріотизму. Соціологічна група «Рейтинг», August 2012, S. 29-30; http://ratinggroup.com.ua/upload/files/RG_Patriotyzm_082012.pdf.
- 3 Ebd., S. 8.
- 4 »Динаміка патріотичних настроїв. Соціологічна група «Рейтинг», August 2013, S. 16 und S. 11.
- 5 Кілька тез про ціннісні орієнтири українців. Соціологічна група «Рейтинг», Mai 2013, S. 17; http://ratinggroup.com.ua/upload/files/RG_Orientyry_052013.pdf.
- 6 Vgl. ebd., S. 8, S. 11, S. 14, S. 17, S. 18.

- 7 Кирилл Черкашин, Мнение жителей Донецка по актуальным политическим проблемам, Donetsk: Center for Political Studies, Juni 2013, S. 13 und S. 18; <https://docs.google.com/file/d/0B-ycAERG7MIM1VvNFVZVEU4dWs/edit?usp=sharing&pli=1>.
- 8 Ebd., S. 7 und S. 10. Vgl. Кілька тез про ціннісні орієнтації українців. Соціологічна група «Рейтинг», Mai 2013, а.а.О., S. 8, S. 11, S. 14.
- 9 Zitiert nach Robert Coalson, »Yanukovych's Base Eroding in Ukraine's Russophone East«, in: *RFE/RL Newslines*, 3. Dezember 2013; www.rferl.org/content/yanukovych-east/25188519.html.
- 10 James Sherr, »The Poisoned Triangle: Ukraine, Russia, Europe«, in: *Dzherkalo tyzhnia*, 13. Dezember 2013; http://gazeta.dt.ua/internal/ukrayina-rosiya-yevropa-otruyeni-y-trikutnik_.html.
- 11 »Від Майдану-табору до Майдану-січі: що змінилося?«, Фонд »Демократичні ініціативи«, Februar 2014; <http://dif.org.ua/ua/events/vid-ma-zminilosj.htm>.
- 12 В Україні вживаються дві політичні нації з різними векторами розвитку й цінностями. Віталій Портніков, »Фірташ і Ахметов грають проти Януковича«, Газета по-українськи, 26. Juli 2013; http://gazeta.ua/articles/politics-newspaper/_firtash-i-ahmetov-grayut-proti-yanukovicha/508695.
- 13 Євген Золотарьов, Формула революції 2014 – від протесту до спротиву, 17. Januar 2014, www.pravda.com.ua/articles/2014/01/17/7009810/.
- 14 Віталій Нахманович, Відкрите звернення до лідерів Майдану, *Крутилка*, Januar 2014, <http://krytyka.com/ua/community/blogs/vidkryte-zvernennya-do-lideriv-maydanu>.
- 15 Siehe z.B. Ivan Katchanovski, »The EuroMaidan, the European Union and the future of Ukraine«, in: *Kyiv Post*, 15. Januar 2014, www.kyivpost.com/opinion/op-ed/ivan-katchanovski-the-euromaidan-the-european-union-and-the-future-of-ukraine-334981.html.
- 16 Суспільно-політична ситуація в Україні: Dezember 2013. Соціологічна група »Рейтинг«, 7.-17. Dezember 2013; <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14080/>.
- 17 Оценка социально-политической ситуации в Украине, Research & Branding Group, 23.-27. Dezember 2013, S. 2; <http://rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8877/>.
- 18 Anton Shekhovtsov, »The Ukrainian Revolution is European and National«, *Eurozine*, 13. Dezember 2013, www.eurozine.com/articles/2013-12-13-shekhovtsov-en.html.
- 19 Суспільно-політична ситуація в Україні: грудень 2013. Соціологічна група »Рейтинг«, 7.-17. Dezember 2013; <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14080/>.
- 20 Олесь Бузина, Момент истины, Сегодня, 1. Dezember 2013.
- 21 Andreas Umland, »How the EU can help Ukraine«, 2. Februar 2014; www.jpost.com/Opinion/Columnists/How-the-EU-can-help-Ukraine-340140.
- 22 Sergey Glazyev, »The Mania of Ukraine's Euromaidan«, in: *National Interest*, 30. Dezember 2013; <http://nationalinterest.org/commentary/the-mania-ukraine%E2%80%99s-euromaidan-9636>.
- 23 »Спільна ідентичність громадян України«, in: *Національна безпека і оборона*, Nr. 7, 2006, S. 4
- 24 Umland, а.а.О.
- 25 Timothy Snyder, »Don't Let Putin Grab Ukraine«, in: *New York Times*, 3. Februar 2014; www.nytimes.com/2014/02/04/opinion/dont-let-putin-grab-ukraine.html.

Emine Ziyatdinova

Es gibt kein anderes Zuhause



Ayriye Emirvalieva, 82, beim Gebet in ihrem Zimmer im Dorf Serebryanka, Krim, Dezember 2013.

Ich sitze mit einem befreundeten dänischen Journalisten in meiner Lieblingsbar in Kiew. Die von Rauch gedunkelten grünen und roten Wände, das warme Licht der Glühbirnen und das Publikum, meist Kreative, helfen mir, meiner Arbeit und den endlosen Monologen in meinem Kopf über Krieg und Politik zu entkommen. »Wenn jemand zu meinem Haus kommt und mein Leben bedroht, würde ich sofort packen, meine Mutter bei der Hand nehmen und gehen. Es lohnt sich nicht, für ein Stück Land zu kämpfen und zu sterben. Es gibt andere Orte auf der Welt, wo man leben kann«, sagt mein Freund. Ich habe keine Antwort. Welches Argument würde den Wert menschlichen Lebens aufwiegen? Mich überwältigt eine Mischung aus Zorn, Traurigkeit und dem Gefühl von Ohnmacht. »Die Krim ist nicht einfach ein Stück Land, sie ist meine Heimat. Sie war das Zuhause meiner Großmutter, die bis ans Ende ihres Lebens davon träumte, zurückkehren zu dürfen.« Heute gibt es dort eine neue Grenze, die ich überqueren muss, wenn ich nach Hause will, und wenn ich meine Eltern anrufe, muss ich eine Auslandsnummer wählen. Sie haben uns die Krim weggenommen, und ich kann nichts dagegen tun. 1944 wurde meine Großmutter nach Usbekistan deportiert, nur weil sie Krimtatarin war. 70 Jahre später bin ich aus demselben Grund auf der Krim nicht mehr willkommen.

E. Ziyatdinova



Ruslan auf dem Rückweg nach Nowoselowskoje, Krim, Juli 2013.



Junge Leute am Strand von Jewpatorija, Krim, Juni 2013.



Zeyneb schaut aus dem Fenster in Erwartung von Verwandten, die zu ihrer Hochzeit kommen. Nowoselowskoje, August 2013.



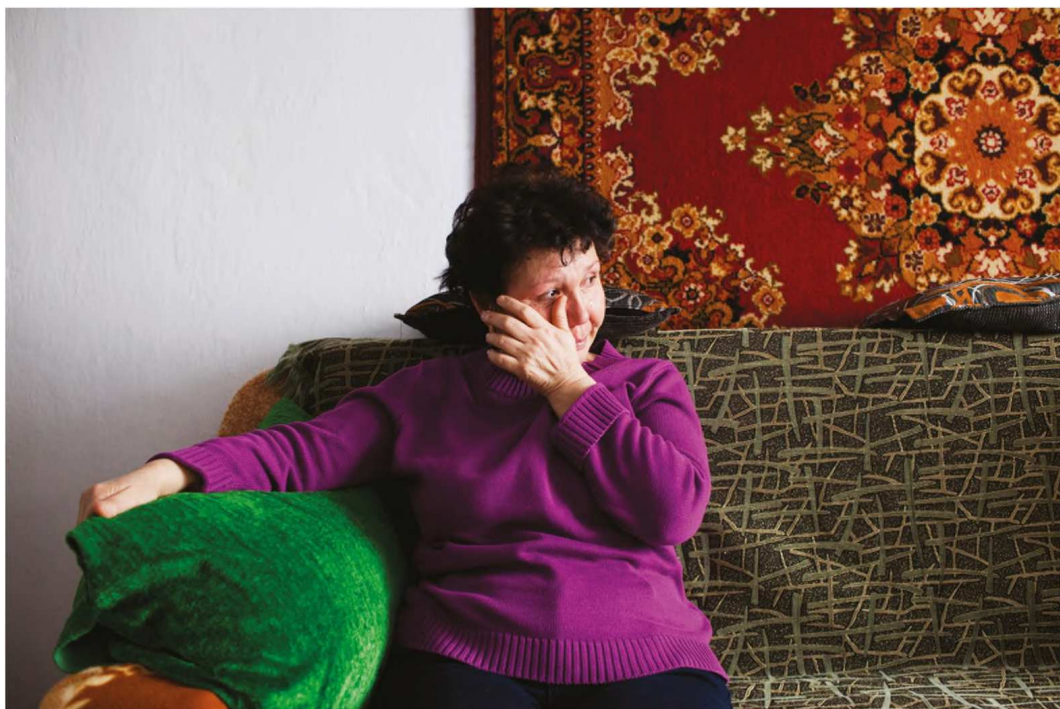
Iftar, das Abendessen, mit dem Muslime ihr Fasten bei Sonnenuntergang beenden, in Ziyatdinovs Haus, nach dem Du'a, einem Dankgebet für das Neugeborene. Serebryanka, Juli 2014.



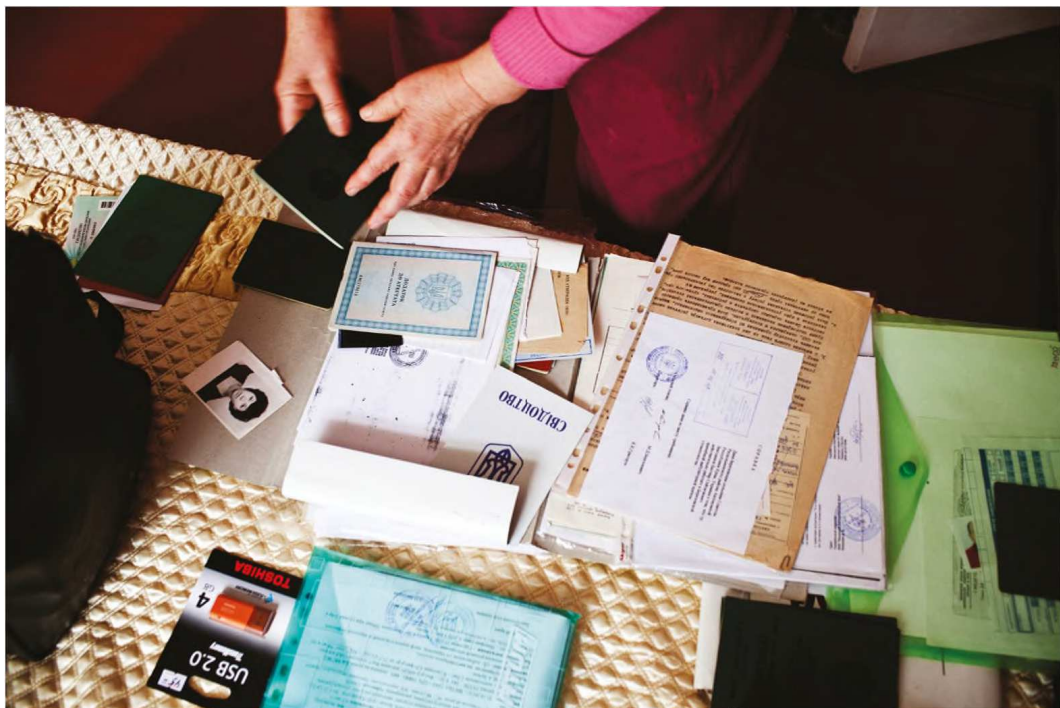
Pro-russische Aktivisten blockieren das Ukrainische Flottenhauptquartier in Sewastopol, Krim, Februar 2014.



Russische Soldaten vor dem blockierten Militärstützpunkt Bachtshyssaraj, Krim, Februar 2014.



Katibe weint, besorgt über das Schicksal der Krimtataren nach dem Referendum vom 16. März über den Anschluss an Russland.



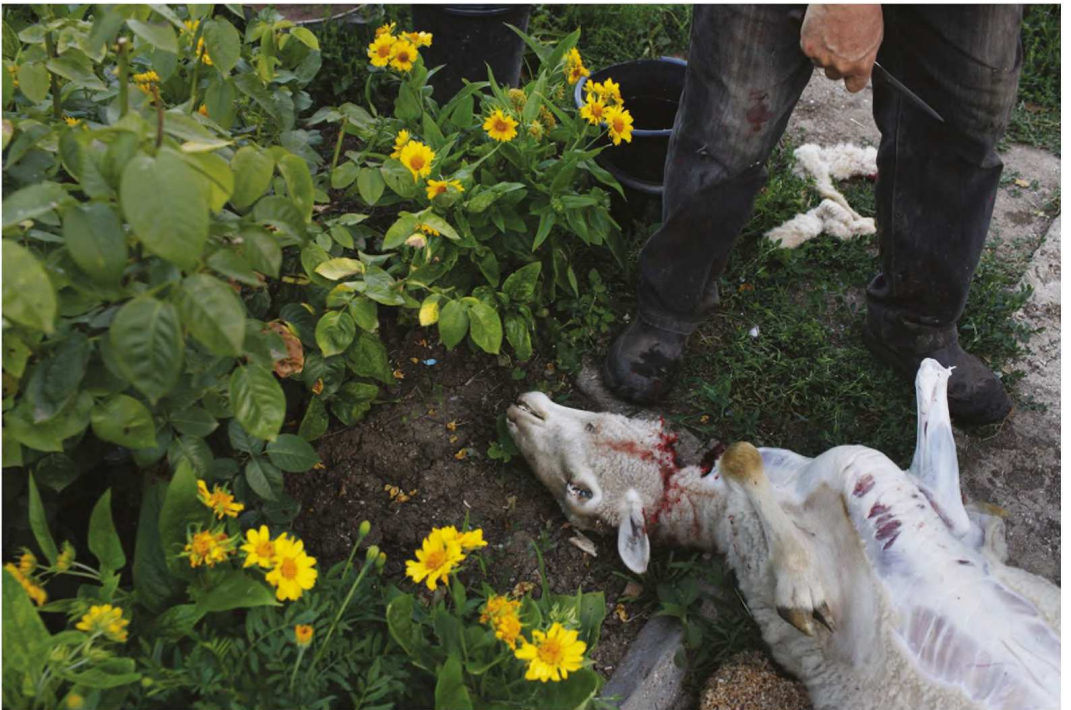
Katibe sammelt ihre Papiere für den Fall, dass ein Krieg ausbricht und die Familie das Haus in Serebryanka verlassen muss. Februar 2014.



Wand im Haus von Zore Kursuitova, 82; man sieht Porträts von ihr und ihren Eltern und den Koran. Nowoselowskoje, Juli 2013.



Ayriye Emirvalieva erhält ihren neuen russischen Pass nach der Annexion der Krim. Serebryanka, Juni 2014.



Schlachtung eines Schafes im Hof von Ziyatdinovs Haus, Serebryanka, Juni 2014.



Bittgebet für das Neugeborene in Ziyatdinovs Haus, Serebryanka, Juli 2014.



Katibe Ziyatdinova pflückt Kirschen in ihrem Garten in Serebryanka, Juni 2014.



Krimtataren warten auf die Rückkehr ihrer Schafferde von den Feldern bei Serebryanka, Juli 2014.

Tatiana Zhurzhenko
IM OSTEN NICHTS NEUES?

Angesichts des blutigen Konflikts zwischen den pro-russischen Separatisten im Donbas und der Regierung in Kiew erscheint die weit verbreitete Rede von den »zwei Ukrainen«, die von ihren Werten und ihrer Geschichte her nicht zusammenpassen, wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Die von so vielen Beobachtern im Land und in der Welt geteilte Skepsis gegenüber der Lebensfähigkeit der Ukraine als Nationalstaat scheint sich schlussendlich zu bestätigen. Zugleich wirft die Konzentration des Konflikts auf den Donbas und der Niedergang des Separatismus in anderen Regionen der Ost- und Südukraine die Frage auf, was aus der angeblichen Ost-West-Spaltung des Landes geworden ist. Ist der »Osten« auf den Donbas geschrumpft?

2002 erschien in dieser Zeitschrift ein Artikel von Mykola Riabchuk mit dem Titel »Die Ukraine: ein Staat, zwei Länder?«, gefolgt von einem Kommentar, der den Diskurs über die »zwei Ukrainen« kritisch untersuchte.¹ Ich argumentierte damals, dass die schematische Gegenüberstellung eines pro-europäischen, ukrainischsprachigen Westens und eines immer noch sowjetischen, russifizierten Ostens hochideologisch sei, dass einige Elemente des sowjetischen Erbes die Ukraine eher zusammenhielten als trennten und dass die russische Sprache und Kultur ein legitimer Teil der ukrainischen nationalen Identität sein könne. Hinzu komme, dass die »andere Ukraine«, also der »Osten«, keine eigene Stimme habe und ihr die symbolischen Ressourcen fehlten, um ihre Version einer modernen nationalen Identität zu konstruieren. Diese Überlegungen sollten mich in den darauffolgenden Jahren begleiten, als ich die Transformationen, Diskurse und Identitäten in der ukrainisch-russischen Grenzregion erforschte. Wie viele ukrainische Intellektuelle frage ich mich heute, wie das Land in eine solche Katastrophe geraten konnte: Was haben wir in unseren Forschungen übersehen, warum haben wir die offensichtliche Fragilität der jungen ukrainischen Nation unterschätzt? Schlimmer noch: Haben wir nicht selbst zum heutigen tragischen Konflikt beigetragen mit unseren Ideen und Modellen, die nun ihr destruktives Potential freisetzen? Andriy

Portnov, ein ukrainischer Historiker und öffentlicher Intellektueller, kritisierte kürzlich den verbreiteten Hang, den Donbas zu »orientalisieren«, ihn als negativen Archetyp zu benutzen, der es erlaubt, auf Fragen der Verantwortung und Schuld einfache Antworten zu geben.² Ohne Zweifel birgt der gegenwärtige Krieg die Gefahr, Feinde und Kollaborateure zu schaffen, doch zugleich hat er die intellektuelle Atmosphäre geklärt und die Debatte über die ukrainische Identität auf null gesetzt. Stimmen von Journalisten, Akademikern und Schriftstellern aus der Ostukraine, von denen viele russischsprachig sind, doch zugleich ukrainische Patrioten, haben eine erfrischende Wirkung auf die öffentliche Debatte im Lande. Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, dass es eine Entität wie »den Osten« oder »den Südosten« nicht gibt. Angesichts der separatistischen Bedrohung und der russischen Aggression haben Dnipropetrovsk, Odessa, Charkiw und andere größere und kleinere Städte ihren ukrainischen Charakter in verschiedener Weise wiederentdeckt und geben dem deutlich Ausdruck. Wir wissen nicht, ob Donezk und Luhansk Teil der Ukraine bleiben werden. Auf jeden Fall aber wird die Zukunft der Ukraine als Nation heute im Osten entschieden.

In der vorliegenden Ausgabe von *Transit* kehren beide Protagonisten der damaligen Auseinandersetzung zum Thema der »zwei Ukrainen« zurück. Mykola Riabchuk betrachtet die regionalen Differenzen des Landes durch das Prisma des Maidan, während ich einige meiner Argumente von damals im Lichte der dramatischen Ereignisse überprüfen möchte, die sich in der letzten Zeit in der ukrainisch-russischen Grenzregion abgespielt haben. Es geht mir nicht um eine Fortsetzung der Polemik, vielmehr wird sich zeigen, dass unsere Bewertungen der heutigen Situation einige Berührungspunkte aufweisen.

Meine Fragen sind: Warum blieb der Osten weitgehend indifferent gegenüber der Revolution in Kiew? Welche Rolle spielte das Erbe der sowjetischen Modernisierung in der Ostukraine? Wie hat die jüngste politische und militärische Krise die traditionelle Ambiguität der Grenzlandidentitäten beeinflusst? Warum ist die Idee des *Russkij Mir*, die in den 1990er Jahren eine Randexistenz fristete, in der Ostukraine heute, 2014, so anziehend? Kann der Donbas in die Ukraine re-integriert werden, wenn es gelingt, die pro-russischen Separatisten zu besiegen?

Die östlichen Grenzgebiete der Ukraine: das Ende der Ambivalenz

In den Cultural Studies ist der Begriff der Grenzgebiete (*borderlands*) heute besonders beliebt, weil er zu unserer komplexen, dynamischen und von Wechselbeziehungen geprägten Welt zu passen scheint und eine Alternative zur homogenisierenden Logik des Nationalismus und dem damit verbundenen Ideal der Monoethnizität liefert.

Seit ein, zwei Jahrzehnten stellt man sich Grenzgebiete gern als Kontaktzonen vor, als Kommunikationssysteme und soziale Netzwerke. Als geopolitisch amorphe »Zwischenzonen« bringen diese Gebiete hybride Identitäten hervor und schaffen politische, wirtschaftliche und kulturelle Praktiken, die verschiedene, oft in sich widersprüchliche Werte kombinieren. Darüber hinaus schreibt man Grenzregionen gerne einen multikulturellen, kosmopolitischen Charakter zu und bescheinigt ihnen kulturelle Authentizität. In einer Situation der Nationsbildung, wie wir sie seit 1991 in der Ukraine erleben, sind diese Merkmale und Tugenden jedoch nicht unbedingt willkommen. Gemischte Identitäten und multiple Loyalitäten stellen eine Herausforderung für die Schaffung eines Nationalstaats dar, ja können eine Bedrohung für ihn werden.

Diese beiden Vorstellungen prallten in der Ostukraine, die ehemals zum Herzland der Sowjetunion gehörte und 1991 zum Grenzland wurde, aufeinander. In den Augen nicht weniger Intellektueller aus Kiew und Lwiw (Lemberg) bestand die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine, die für die Kommunisten oder Oligarchen-Parteien stimmte und der nationalen Idee gegenüber indifferent, wenn nicht gar feindlich gesonnen war, aus postsowjetischen »Kreolen«, denen es an ukrainischer Identität mangelte. Mental immer noch dem Sowjetimperium nachhängend, schienen sie die Hauptursache für den schwierigen Übergang vom Kommunismus zu Demokratie und freier Marktwirtschaft. Der industrialisierte »so-wjetische« Donbas wurde gern als Antipode der »wahren« europäischen Ukraine gesehen, ebenso wie die kulturelle Ambiguität von Charkiw als gefährliche Offenheit gegenüber Russland wahrgenommen wurde. Aus dieser Perspektive verkörperten die östlichen Grenzgebiete die Schwäche der nationalen Identität und eine Bedrohung für das Projekt einer unabhängigen Ukraine.

Zugleich versuchten die lokalen politischen und intellektuellen Eliten der Ostukraine, vor allem in Charkiw, Donezk und Luhansk, ihre Region

als Grenzregion neu zu erfinden, in erster Linie, um Legitimität für die engen kulturellen Beziehungen zu und die grenzüberschreitende wirtschaftliche Kooperation mit Russland zu schaffen.

Indem es die kulturelle Vielfalt und Zweisprachigkeit als Stärke darstellte und Ethnizität entpolitisierte, half das Konzept der Grenzregion auch, die schwache nationale Identität zu rechtfertigen. Für die Region Charkiw knüpfte man an die einstige Sloboda-Ukraine des 17./18. Jahrhunderts an und stellte sich als Produkt einer vereinten ukrainisch-russischen Kolonisierung dar, die sich durch die Abwesenheit ethnischer Konflikte und die friedliche Koexistenz zweier Sprachen und Kulturen auszeichnet. Ähnlich wurde, im Rückgriff auf den sowjetischen Internationalismus und auf Klassen- statt ethnischer Zugehörigkeit, der Donbas als Sonderfall konstruiert, der sich nicht der Logik des »nationalisierenden«, also sich noch im Aufbau befindlichen Staates subsumieren lässt. Die Ablehnung ethnischer Kategorisierung und die Präferenz für eine lokale Identität war eine typische Reaktion auf das, was als »Nationalismus« Kiews und der Westukraine wahrgenommen wurde. Dieser Grenzland-Diskurs war defensiv, er entsprang dem Trauma des Zerfalls der Sowjetunion. Imaginiert wurde ein undifferenzierter gemeinsamer kultureller Raum, bewohnt von einer Bevölkerung mit verschwommenen bzw. hybriden ukrainisch-russischen, ostslawischen, orthodoxen oder residualen sowjetischen Identitäten.

Man kann diskutieren, ob es die schwach ausgebildete ukrainische Identität im Osten war, die den Weg für den pro-russischen Separatismus und den bewaffneten Konflikt ebnete, oder ob die nationale Idee nicht inklusiv genug war, um auch die östlichen Grenzregionen unter ihr Dach zu bringen. Faktum ist, dass die Zeit der postsowjetischen Ambivalenz, in der diffuse Identitäten und Doppelloyalitäten toleriert wurden, mit der Annexion der Krim und dem bewaffneten Konflikt im Osten ihr Ende gefunden hat. Einmal mehr wurden *borderlands* zu *bloodlands* (Timothy Snyder), und man kann nur raten, welche neue Konstellation aus dieser Krise hervorgehen wird.

Vor zwölf Jahren schrieb ich:

Die russischsprachigen Ukrainer und die Russen der Ostukraine sind gegenüber dem neuen ukrainischen Staat politisch loyal, doch viele von ihnen sind nicht bereit, sich eine ukrainische kulturelle Identität aufzwingen zu lassen, die auf einer Kombination ethnisch-sprachlicher Kriterien und anti-russischer Ressentiments

beruht, ebenso wenig wie die Alternative zwischen zwei Kulturen – einer ›europäischen Ukraine‹ und einem ›asiatischen Russland‹.³

Im Lichte der jüngsten Ereignisse muss jedes Element dieses Satzes neu geprüft werden. Die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung wurde bis zur Annexion der Krim im März 2014 und dem von Moskau inspirierten »Russischen Frühling« nie auf die Probe gestellt. Dieser Moment ist jetzt eingetreten, mit aller Brutalität – für jene, die zur Ukrainischen Armee eingezogen wurden, die sich freiwillig zur Nationalgarde melden, die verwundete Soldaten pflegen und Flüchtlingen helfen; aber auch für jene, die für die »Volksrepubliken« Donezk oder Luhansk stimmten und die Waffen gegen die Regierung in Kiew erhoben. Die Mehrheit hat sich für den Ukrainischen Staat entschieden, die einen aus pragmatischen Motiven und Angst vor Gewalt, die anderen aus einem neuen Patriotismus, dem Schmerz über die nationale Demütigung und dem Gefühl der Solidarität gegenüber denen, die ihr Leben für die territoriale Integrität einsetzen. Es gibt aber immer noch jene, die mit den Separatisten und mit Russland sympathisiert haben oder es noch tun – einige, weil sie den Versprechen auf höhere Gehälter und Pensionen Glauben schenken, andere, weil sie ihre russische Identität wiederentdeckten oder sich im neuen ukrainischen Staat nie zuhause gefühlt hatten. Wie diese beiden Gruppen nach dem Ende des Krieges in einem Staat – wenn es denn keine Sezession geben wird – wieder friedlich zusammenleben können, ist nur eine der schwierigen Fragen, mit denen wir in der nächsten Zukunft konfrontiert sein werden.

Zugleich vollbringt die russische Aggression, was die ukrainischen Präsidenten von Krawtschuk bis Janukowytsh nicht erreicht haben: Sie ist der Katalysator für die Bildung einer politischen Nation. Die ukrainische Identität, die so lange mit Ethnizität, Sprache und historischem Gedächtnis assoziiert wurde, ist plötzlich territorial und politisch geworden und schließt auf diese Weise russophone und russische ukrainische Bürger ein wie auch solche anderer ethnischer Herkunft. Ein gutes Beispiel sind die Krim-Tataren, die nach der Annexion Kiew gegenüber loyal blieben und heute als »echte« Ukrainer wahrgenommen und gefeiert werden.

Nicht zuletzt werden anti-russische Einstellungen heute paradoxerweise auch von vielen ethnisch russischen und russischsprachigen Ukrainern geteilt, die sich nach wie vor dem Nachbarland kulturell zugehörig füh-

len. Doch Russlands autoritäre Politik, seine immer schriller werdenden Ressentiments gegenüber dem Westen und seine wachsende Selbstisolation treiben die russischsprachige urbane Mittelklasse, die mittelständischen und Kleinunternehmer ebenso wie die intellektuellen Eliten im Osten dazu, sich eher mit einer (potentiell) europäisch gesinnten Ukraine zu identifizieren. Es gibt immer noch viele, für die Russland attraktiv geblieben ist – Leute, die anti-westlich eingestellt sind, Putins starke Hand schätzen und dem militärischen Ruhm Russlands nachtrauern. Diese Gruppe rekrutiert sich vornehmlich aus der Unterschicht und der älteren Generation. Doch ist sie wohl im Schwinden begriffen angesichts des Separatismus mit seinem hässlichen Gesicht und dem täglichen Terror und der Anomie, die er über den Donbas gebracht hat. Jedenfalls ist die russische Aggression, zusammen mit der kollektiven Demütigung, die der territoriale Verlust der Krim bedeutete, zu einem Faktor der nationalen Konsolidierung geworden. Umfragen vom März 2014 zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der ukrainischen Bürger (85 %) die Annexion ablehnte und sogar im Osten des Landes nur 24 % sie guthießen.⁴

Wichtiger als die Verschiebung in den Einstellungen ist wahrscheinlich die Herausbildung einer aktiv pro-ukrainischen Minderheit in den großen russischsprachigen Städten wie Odessa, Dnipropetrowsk und Charkiw. Die ehemaligen lokalen Euromaidan-Aktivisten bleiben der Motor für demokratischen Wandel. Einige von ihnen sind in die lokale Verwaltung gegangen, andere haben einflussreiche Netzwerke und Bürgerinitiativen geschaffen, die die Ukrainische Armee und Freiwillige unterstützen, Flüchtlingen helfen und in Militärkrankenhäusern die Verwundeten pflegen. Statt sich, wie nach der Orangen Revolution, obsessiv auf Fragen der Sprach- und Gedächtnispolitik zu konzentrieren, tragen diese Gruppen heute lieber zur Lösung praktischer Probleme wie Sicherheit im öffentlichen Raum, politische Kontrolle der lokalen Behörden und humanitäre Not bei. Die ukrainische Identität, die sie leben, ist eher politisch und zivilgesellschaftlich als ethnisch und kulturell. Es ist auch bezeichnend, dass ukrainische Symbole wie die Wyschywanka, also die traditionellen Stickmuster, ihre ethnische Partikularität verloren haben und politische Symbole des Widerstands und Nationalstolzes geworden sind.

Auf den Ruinen der sowjetischen Moderne

Der Maidan 2013/14 ist von vielen Beobachtern als Versuch interpretiert worden, die 1989er Revolutionen in Ostmitteleuropa nachzuholen und die Entsowjetisierung der Ukraine zu vollenden. Forderungen, die herrschende Elite einer Lustration zu unterziehen oder die Kommunistische Partei zu verbieten, spiegeln die verbreitete Auffassung wider, dass fast alle Probleme des Landes mit der immer noch lebendigen sowjetischen Vergangenheit zusammenhängen. Während überall, wo der Euromaidan das Land erfasste, Lenin-Denkmäler gestürzt wurden, blieben sie im Osten, insbesondere in Charkiw, Donezk und Luhansk und in vielen kleinen Städten des Donbas, nicht nur stehen, sondern erhielten ein zweites Leben als Orte pro-russischer Mobilisierung und des symbolischen Widerstands gegen die Regierung in Kiew. Doch geht es bei dem Zusammenprall von Werten und Ideologien in der Ukraine tatsächlich um den endgültigen Abschied von den Überbleibseln des Sowjetsystems?

Vor zwölf Jahren widersprach ich der These der Rückständigkeit und Inferiorität des Ostens mit dem Argument, dass die Ukraine ihre moderne industrielle, kommunikative und kulturelle Infrastruktur und den Rahmen ihrer kollektiven Identität aus der Sowjetära geerbt habe und dass dieses Erbe nicht unbedingt etwas Negatives sein müsse. Ich war auch davon überzeugt, dass die Ostukraine mit ihrem industriellen und wissenschaftlichen Kapital, ihren Humanressourcen und ihrer modernen urbanen Kultur ein vitales Moment des europäischen Projekts der Ukraine sein könne. Die ostukrainischen Städte beriefen sich stolz auf das Erbe der sowjetischen Urbanisierung und den ukrainischen Modernismus der 1920/30er Jahre. In Charkiw wurde 1928 Derschprom, das gewaltige konstruktivistische Haus der Staatsindustrie, fertiggestellt. Die Architektur gemahnt an Fritz Langs ein Jahr zuvor entstandenen Film *Metropolis*, Dsiga Wertow und Sergei Eisenstein verwendeten das Gebäude in ihren Filmen als Symbol der Moderne, und Charkiw, das sich gern als »Erste Hauptstadt der Ukraine« (1919-1934) präsentiert, hat es zu seinem Wahrzeichen gemacht. Ebenso waren die mit der Sowjetära assoziierte Industriekultur und das Ethos der Arbeiterklasse der ganze Stolz des Donbas und wesentliche Elemente der lokalen Identität.

Heute, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, bin ich nicht mehr so optimistisch. Es scheint, dass die sowjetische

Moderne keine Basis mehr für die längst fällige postsowjetische Modernisierung bildet. Das grandiose Scheitern von Dmitri Medwedews groß angekündigtem Modernisierungsprogramm für Russland ist nur ein weiteres Beispiel dafür.

De-Industrialisierung ist ein globaler Trend und nicht spezifisch für den postsowjetischen Raum. Auch und gerade in den hochentwickelten Ländern leiden die alten Industrieregionen unter Strukturproblemen, man denke nur an das Ruhrgebiet oder Detroit. Ihre Wiederbelebung erfordert Investitionsbereitschaft, Kreativität und politischen Willen. Die postsowjetische Privatisierung und die lokalen Varianten neoliberaler Wirtschaftsformen bieten keine Lösung für die komplexen Probleme der alten Industrieregionen im Osten der Ukraine, im Gegenteil, sie haben sie verschärft. Die aus der Sowjetzeit geerbten Industrieanlagen wurden und werden in der Regel nicht modernisiert, sondern bis an die Grenzen ausgebeutet. Der in der Ostukraine entstandene postsowjetische Kapitalismus ist aus einer Symbiose von »Roten Direktoren« und lokalen kriminellen Clans hervorgegangen, während Gewerkschaften bzw. eine institutionalisierte Arbeiterbewegung weitgehend fehlten.⁵ Wer das Glück hat, beschäftigt zu sein, hat zeitlich befristete Verträge und ist der Willkür des lokalen Managements ausgeliefert. Viele kleinere Städte mit industrieller Monokultur, vor allem im Donbas, sind heute entvölkert, weil ihre arbeitsfähigen Einwohner in Russland Geld verdienen, sich Schmugglerbanden angeschlossen haben oder versuchen, sich mit Subsistenzwirtschaft über die Runden zu bringen. Die städtische Infrastruktur ist allenthalben überaltert, und die Bürgermeister verbuchen es schon als Erfolg, wenn sie die Mittel auftreiben, wenigstens das Zentrum kosmetisch zu renovieren. Von der Fußball-Europameisterschaft 2012, die die Regierung Janukowytsch mit großen Versprechungen verband, blieben ein paar Stadien und Hotels in Donezk, Charkiw, Kiew und Lwiw; der erhoffte Impuls für die ukrainische Wirtschaft stellte sich nicht ein.

Die ukrainische Variante des postsowjetischen Kapitalismus korrespondiert mit einem spezifischen politischen System, das seine Wurzeln in der Ostukraine hat. Insbesondere dem Donbas fehlt es an politischem Pluralismus und Wettbewerb, und es war das hier etablierte Modell, das die regionalen Eliten auf das gesamte Land übertragen wollten. Das politische Monopol der Partei der Regionen, das die Interessen *eines* Oligarchenclans vertritt, hat die Entstehung politischer Alternativen verhindert. Als

unangefochtene wirtschaftlich-politische Beteiligungsgesellschaft konnte es sich die Partei der Regionen erlauben, ihre Wählerschaft zu ignorieren und auf Ideologie weitgehend verzichten. Dieses Modell hat, wie die Politologen Oleksandr Fisun und Oleksiy Krysenko argumentieren, eine Zeitbombe unter den ukrainischen Staat gelegt. Es konnte nicht gutgehen, dass Wahlen zu einer formalen Prozedur degenerierten, deren einziger Zweck es war, das bestehende, durch Ungerechtigkeit und Intransparenz charakterisierte Machtsystem mit Legitimation zu versehen.⁶ Es konnte nicht gutgehen, dass die erwerbstätige Bevölkerung in technisch obsoleten, aus der Sowjetzeit ererbten und staatlich subventionierten Industrieunternehmen arbeitete und Aufstiegschancen blockiert waren. Anders als in den übrigen Regionen gab es im Donbas so gut wie keine Gegeneliten. Daher waren dort die lokalen Ausbildungsformen des Euromaidan marginal, und die im Frühjahr 2014 organisierten Anti-Kiew-Proteste zogen vor allem die Verlierer der postsowjetischen Transformation an. Ähnliche Tendenzen waren in anderen ostukrainischen Städten zu beobachten, etwa in Charkiw, wo Gouverneur Dobkin und Bürgermeister Kernes die lokalen politischen Ressourcen monopolisierten und alle Geldflüsse, gleich ob privat oder öffentlich, unter ihre Kontrolle brachten.

Die Partei der Regionen beanspruchte, die Interessen der russischsprachigen Ostukraine zu vertreten, doch in Wahrheit reflektierte sie nur die anti-demokratische, anti-liberale politische Kultur ihrer Wählerschaft, die nicht an Repräsentation, sondern an Protektion interessiert war. Paternalismus – von Geschenken, etwa Buchweizen, der vor Wahlen gratis an Pensionäre verteilt wurde, bis zum Versprechen, den Osten vor der »fascistischen Bedrohung« aus dem Westen zu beschützen – war das Fundament für die apolitische Politik der Partei der Regionen. Deren lokale Führung versuchte, die Proteste auf dem Maidan in Kiew zu ignorieren und warb Demonstranten für Gegenproteste an, in der Regel Angestellte aus dem öffentlichen Dienst. Angeheuerte Schläger aus dem kriminellen Milieu, die »Tituschki«, wurden losgeschickt, um die Euromaidan-Aktivistinnen einzuschüchtern, und verprügelten Demonstranten auf offener Straße. Das Phänomen der Tituschki – oft ehemalige Sportler, die informell mit der Polizei zusammenarbeiteten und vor allem in der Geschäftswelt als Leibwächter und Schlägertruppen eingesetzt wurden – illustriert gut den Mafia-Hintergrund eines Teils der lokalen Elite.

Der Donbas war der Extremfall, aber zusammen mit den vielen ost-

und südukrainischen Städten und ihren enttäuschten Einwohnern, die immer noch unter den wirtschaftlichen Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion litten, mit einem Unternehmertum und einer politischen Landschaft, die von in die örtliche Polizei und Sicherheitskräfte integrierten Donezker Aufpassern kontrolliert wurden, waren die sozialen und politischen Voraussetzungen für eine ukrainische Vendée gegeben. Es ist nicht die sowjetische Moderne, sondern ein auf ihren Ruinen gewachsenes monströses Neoplasma, das die Europäisierung der Ukraine behindert. Von daher verfehlt die aggressive anti-sowjetische Rhetorik vieler Euromaidan-Aktivistinnen ihr Ziel. Für sie symbolisieren die Lenin-Denkmäler eine sowjetische Identität, die in den desolaten Industrieklaven des Ostens überlebt hat. Doch womit die Regierung in Kiew hier konfrontiert ist, hat wenig mit sowjetischer Ideologie und Werten zu tun, vielmehr steht sie wohl vor einem Phänomen, das der russische Soziologe Lev Gudkov als »negative Identität« beschrieben hat.⁷ Diese konstituiert sich über ein Feindbild: Aus der Perspektive der pro-russisch eingestellten Bürger sind es die »Banderisten« und »Nationalisten« aus Kiew und der Westukraine, die »unsere Denkmäler« stürzen und »unsere Vergangenheit« stehlen. Die Lenin-Denkmäler verkörpern nicht mehr die Sowjetunion, sondern sind ein Ort und Symbol pro-russischer Mobilisierung geworden – »leere Zeichen«, die keinen ideologischen Inhalt transportieren, sondern die lokale Identität als »anti-Kiew« markieren.

Kollektives Gedächtnis und politische Kultur

Die populäre Rede von den »zwei Ukrainen« geht davon aus, dass der Osten und der Westen des Landes unterschiedliche kulturelle Identitäten haben, die in verschiedenen historischen Erinnerungen und verschiedenen, oft konträren Werten wurzeln. Der Osten, so die gängige Vorstellung, könne nicht auf eine Tradition nationaler Massenbewegungen zurückblicken, seine Bevölkerung habe, anders als der westliche Teil, eine Sowjetidentität verinnerlicht und das kollektive Trauma des Holodomor verdrängt. Was die beiden Teile des Landes insbesondere trenne, sei das Gedächtnis des Zweiten Weltkriegs und die Narrative von Heldentum und Leiden, die unvereinbar seien. In der Tat: Während in der Westukraine die Kämpfer der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) geehrt werden, die gegen Hitler und Stalin für eine unabhängige Ukraine focht,

teilt man in der Ostukraine das Narrativ vom Großen Vaterländischen Krieg mit dem russischen Nachbarn.

Damals, 2002, erschienen mir, wie vielen anderen, diese Vorstellungen eine potentielle Bedrohung für die ukrainische Einheit, aber niemand ahnte, wie tief sie das Land dann tatsächlich spalten würden. Die Geschichte wurde politisch instrumentalisiert, insbesondere während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 und der Orangen Revolution. Beide Lager betrieben eine Identitätspolitik, die die Ost-West-Differenz essentialisierte und zu einer politischen Waffe machte: Alte Klischees über das »nationalistische« Galizien, das eine »faschistische Bedrohung« darstelle, wurden wieder aufgewärmt und gegen die von der anderen Seite propagierten Stereotypen vom »entwurzelten«, »kriminellen« Donbas ins Feld geführt. Auf diese Weise wurde die öffentliche Debatte über Jahre vergiftet. Die Partei der Regionen, die ihre Position in den Regionalwahlen 2006 festigen konnte, fuhr damit fort, ihre politischen Gegner als »Faschisten« zu denunzieren und profilierte sich selbst als »anti-faschistische« Kraft. Zugleich schöpfte die von der Partei der Regionen in ihren Hochburgen Donezk und Luhansk betriebene lokale Identitätspolitik aus einem gemischten Repertoire neo-sowjetischer Symbolik und Diskurse (wie dem Großen Vaterländischen Krieg), konservativer russisch-orthodoxer Werte und Stereotypen wie der hart arbeitenden Bevölkerung, die den Rest der Ukraine ernähren müsse; und nicht zuletzt beschwor sie das Bild einer Bedrohung für die russische Sprache und Kultur herauf, die angeblich vor den »ukrainischen Nationalisten« geschützt werden müsse.

Die Wahl von Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten 2010 änderte die Situation kaum. Weil er der West- und Zentralukraine wenig zu bieten hatte und über keine kohärente Identitätspolitik auf nationaler Ebene verfügte, konzentrierte er sich weiterhin auf seine Klientel im Donbas, und es blieb bei der qua Absetzung gegen die »fremden« kulturellen und politischen Werte der Westukraine definierten Identität des Donbas.

Der jahrelang schwelende Krieg der Identitäten sollte dann im Winter 2013/14 offen ausbrechen, als der Euromaidan den östlichen Phobien vor einem radikalen ukrainischen Nationalismus neue Nahrung gab. Allerdings war es nicht so sehr der ideologische, auf den Zweiten Weltkrieg zurückgreifende Ost-West-Gegensatz, als andere, individuelle wie kollektive Erinnerungen, die die im Osten vorherrschende negative Einstellung gegenüber dem Euromaidan erklären. Es sind Erinnerungen an die

Perestroika und den Zerfall der Sowjetunion, die dort weniger mit einem Neubeginn – der Geburt der unabhängigen Ukraine –, als mit dem Zusammenbruch der bestehenden Ordnung, dem wirtschaftlichen Kollaps und der schmerzhaften Trennung von Russland verbunden sind. In den ostukrainischen Städten, wo große Firmen und viele Kleinunternehmen in einem hohen Maße vom russischen Markt leben, dachte man an die Rezession von 1990. Ebenso ließ die Eskalation der Gewalt in Kiew Erinnerungen an die russische Verfassungskrise von 1993 wiederaufleben, als die Konfrontation zwischen Präsident Jelzin und dem Parlament mit blutigen Straßenkämpfen und dem Sturm auf das Parlamentsgebäude endete. Viele Menschen im Osten und Süden der Ukraine erlebten diese Krise noch als Teil ihrer eigenen Geschichte, und nicht als Geschichte eines Landes, das nicht mehr das ihre war. Nicht zuletzt spielte in der Wahrnehmung des Euromaidan auch der negative Eindruck eine Rolle, den die Orange Revolution auf viele Ostukrainer gemacht hatte: In ihren Augen steht sie für das Scheitern der Orangen Koalition, der es nicht gelang, die Korruption zu bekämpfen und die notwendigen Reformen durchzusetzen; was man im Osten mit dieser Zeit assoziiert, sind ebenso schrille wie fruchtlose politische Konflikte und endlose Intrigen. Von daher ist es verständlich, dass die schweigende Mehrheit die relative Stabilität begrüßte, die mit der Konsolidierung der Partei der Regionen einherging. Während es zahllose Untersuchungen zu den kontroversen Erinnerungen des Zweiten Weltkriegs gibt, wurde dem kollektiven Gedächtnis der jüngsten Vergangenheit und seinem Einfluss auf die lokale politische Kultur und kulturelle Identität bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Zur politischen Kultur der Ostukraine gehört auch ihre Anfälligkeit für Verschwörungstheorien, die sie mit dem postsowjetischen Russland teilt. Solche Theorien erlauben es, den Zusammenbruch der Sowjetunion geheimen Operationen des CIA, westlicher Regierungen oder gar des Weltjudentums zuzuschreiben. Auch glauben viele, dass die Orange Revolution vom Westen angezettelt wurde, um Russlands geopolitische Interessen zu untergraben. Neun Jahre später sollte der Euromaidan in dasselbe Wahrnehmungsmuster fallen. Es wurde von den russischen Medien in der Ukraine systematisch verbreitet und bestärkte die Vorurteile der Leser und Zuschauer im Osten über die Ereignisse in Kiew. Selbst wer nicht davon überzeugt war, dass der Euromaidan nur eine weitere Machination der USA war, konnte doch nicht recht glauben, dass die Proteste

von unten kamen – in den Augen vieler mussten sie von irgendwelchen geheimen und mächtigen Kräften inszeniert worden sein. Hinter dieser Einstellung steckt nicht nur Misstrauen gegenüber der Politik, sondern die Überzeugung, dass weder das Engagement von Individuen noch von Gruppen irgendetwas an den bestehenden Verhältnissen ändern kann. Diese Mischung aus Resignation und Zynismus war von den herrschenden Eliten kultiviert worden. Die letzten Massenproteste in Charkiw gab es im Sommer 2010, als Bürger gegen die Privatisierung des Gorki-Parks auf die Straße gingen; es war das letzte Zeichen des Widerstands gegen die Vormachtstellung der Partei der Regionen, die sich mit der Wahl von Hennadij Kernes zum Bürgermeister verfestigen sollte. Die Verbannung der Oppositionsführerin Julija Tymoschenko nach Charkiw, wo man sie unter Kontrolle glaubte, führte nur dazu, dass die Politik zunehmend als groteskes Spektakel wahrgenommen wurde: Vor dem Gericht sowie vor dem Krankenhaus, in dem Tymoschenko lag, versammelten sich täglich eine Gruppe flammender Anhänger und gelangweilte Journalisten, um für die Medien die neueste Episode der Soap Opera um Julija zu inszenieren. Nachdem der Gouverneur und der Bürgermeister von Charkiw Ende Februar 2014 nach Moskau geflohen waren, riefen Bürger dazu auf, zum Zoo zu eilen und Futter mitzubringen, weil Gerüchte aufgekommen waren, dass die Tiere wegen des leeren Stadtsäckels verhungerten. So wurde der Mangel an Vertrauen in die Politiker und an Solidarität zwischen den Bürgern durch das Mitgefühl für Tiere kompensiert.

Der Export der »Russischen Welt«

Der Diskurs von den »zwei Ukrainen« hat immer ein Echo im pro-russischen Teil des politischen Spektrums der Ukraine gefunden und wurde ebenso von einer ganzen Reihe von Politikern und Journalisten in Russland geteilt und verstärkt. In meinem Kommentar von 2002 zitierte ich einen ukrainischen Politiker, der verkündete, dass die Ukraine ihrem Ursprung nach der »slawisch-orthodoxen Zivilisation« angehöre und ihrem Wesen nach russische kulturelle Werte teile, während der ukrainische Nationalismus, vor allem seine in Galizien beheimatete radikale und traditionell anti-russische Ausprägung, als Mittel zur Zerstörung ebendieser Zivilisation diene. Damals war diese Sicht eine Ausnahme und schien kaum eine Bedrohung darzustellen. Außer der Ukrainischen Kommunis-

tischen Partei, die offen ihrer Nostalgie für die Sowjetunion nachhing, gab es keine politische Kraft, die für eine Wiedervereinigung mit Russland eingetreten wäre. Russlands Wirtschaft war ähnlich desolat wie die ukrainische, und der Tschetschenien-Krieg und wiederholte Terroranschläge in russischen Städten ließ die Ukrainer den Frieden und die relative Stabilität schätzen, die sie zuhause genossen. Die herrschenden russischen Eliten hatten in den 1990er Jahren andere Sorgen als die Unabhängigkeit der Ukraine. Nach ihrer demütigenden Niederlage im Kalten Krieg waren die Verfechter eines russischen Messianismus eher eine marginale Erscheinung, und die russischen Nationalisten hatten, auch wenn einige von ihnen in Abchasien, Transnistrien oder im ehemaligen Jugoslawien gekämpft hatten, kaum einen Einfluss auf die russische Politik.

Mit der Orangen Revolution und dem Scheitern des Kreml, den (manipulierten) Sieg des pro-russischen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukowytsch durchzusetzen, änderte sich die Perspektive Moskaus radikal. Es sah in der Orangen Revolution einen gegen Russlands legitime geopolitische Interessen gerichteten westlichen Coup. Die pro-westliche ukrainische Elite wurde als Verräter am gemeinsamen kulturellen Erbe betrachtet und Parallelen zu dem Kosaken-Hetman Iwan Masepa und dem Partisanenführer Stepan Bandera gezogen, die ihre Waffen gegen die Zaren- bzw. die Sowjetherrschaft gerichtet hatten. Die Orange Regierung in Kiew wurde in den russischen Medien als direkte Erbin der »Banderisten«, also der ukrainischen Nationalisten dargestellt, die im Zweiten Weltkrieg »den sowjetischen Soldaten in den Rücken gefallen« waren. Moskau zog also die alten Register der sowjetischen Propaganda über den ukrainischen Nationalismus und des bewährten Schwarz-weiß-Narrativs vom Großen Vaterländischen Krieg. Ziel dieser Politik war und ist, die ukrainischen pro-westlichen Eliten als archaische Nationalisten zu diskreditieren und auch noch den moderaten und demokratischen ukrainischen Nationalismus als »Faschismus« zu brandmarken, der eine Bedrohung für die in der Ukraine ansässigen russischen und russischsprachigen Bürger darstelle. Man sieht, die Rhetorik des Kreml ist hier praktisch kongruent mit der Identitätspolitik der Partei der Regionen.

Nach der Orangen Revolution verstärkte Moskau seine Unterstützung pro-russischer Gruppierungen und Organisationen in der Ukraine, insbesondere solcher, die die Rechte der Russophonen und Russen gegen eine »Zwangskrainisierung« verteidigten und sich aktiv dem pro-westlichen

Kurs Kiews widersetzten. Anti-Nato-Proteste, Demonstrationen gegen die Glorifizierung der UPA und Stepan Banderas und für die Verteidigung der russischen Sprache, die Schändung »nationalistischer« Mahnmale wurden organisiert. Hauptziel dieser Aktionen war, in die Medien zu gelangen und so eine starke Opposition zu der Politik des Gewinners der Orangen Revolution, Wiktor Juschtschenko, zu suggerieren. Vereint durch eine Anti-Orange-Agenda, fanden sich verschiedene Akteure – pro-russische Parteien (Kommunisten und Natalia Witrenkos populistische Fortschrittliche Sozialisten), Vereinigungen sowjetischer Veteranen, russische Kosaken und orthodoxe Bruderschaften – zu einem heterogenen, aber schlagkräftigen und aggressiven Milieu zusammen, das 2014 den Nährboden für den pro-russischen Separatismus liefern sollte.

Moskau verweigert der Ukraine die Anerkennung als eigenständige Nation und bietet stattdessen alternative Identitäten an. Sie sind weitgehend auf das Konzept des *Russkij Mir*, der »Russischen Welt«, gegründet. Dieses ist in den 2000er Jahren von einer intellektuellen Randexistenz zu einer neuen Staatsideologie aufgestiegen, die vom russischen Staat wie von der Russisch-Orthodoxen Kirche unterstützt wird.⁸ *Russkij Mir* ist ein vieldeutiger und offener Begriff, der ursprünglich Russland jenseits seiner Staatsgrenzen bezeichnete, dann aber ein Synonym für das Konstrukt einer russischen/orthodoxen/slawischen Zivilisation wurde. In diesem Sinne umschreibt der Begriff eine supranationale Gemeinschaft, die sich auszeichnet durch die russische Sprache und Kultur, durch ein spezifisches historisches Gedächtnis und die damit verbundenen Werte, durch die orthodoxe Religion und die Loyalität gegenüber der russischen Staatstradition (die das Russische Imperium und die UdSSR einschließt). Je nach Kontext nimmt *Russkij Mir* verschiedene Konnotationen an, von einem neutralen ethnisch-kulturellen Konzept über imperiale Vorstellungen bis zu einem offen revanchistischen Kampfbegriff. Nach der Interpretation der Russisch-Orthodoxen Kirche, die sich in den russischen Medien einer starken Präsenz erfreut, bilden die drei ostslawischen Nationen Russland, Ukraine und Belarus das Herz des *Russkij Mir*, gehen ihre gemeinsamen spirituellen und kulturellen Wurzeln doch auf die Taufe Kiews durch Fürst Wladimir im Jahre 988 zurück. Auf diese Weise wird die Ukraine (mit der Ausnahme des griechisch-katholischen Galizien) zum Teil einer tausendjährigen Zivilisation, deren Bindungen viel tiefer reichen als jede neuere, »künstliche« Konstruktion nationaler Identität.

Diese Ideologie wird nicht nur in Russland verbreitet, sondern auch exportiert, durch die Orthodoxe Kirche und durch staatlich geförderte Institutionen, etwa die Russkij Mir-Stiftung, die 2007 gemeinsam vom Außen- und Kulturministerium gegründet wurde. Die Stiftung hat Niederlassungen in der ganzen Welt, insbesondere auch in verschiedenen ukrainischen Städten, vor allem im Osten und Süden des Landes, und kooperiert mit russischsprachigen Schulen. Offiziell fördert sie die russische Sprache und Kultur, propagiert aber zugleich das Narrativ der russischen imperialen Geschichte und Russlands Interpretation des Zweiten Weltkriegs. Ähnlich haben zahlreiche Institutionen im Bereich der höheren Bildung (insbesondere auf der Krim) russische Werte und Ideen gefördert. Nicht zuletzt werden diese durch kulturelle Produkte aus Russland verbreitet, die den ukrainischen Markt dominieren und die Tradition des Russischen Imperiums und den russischen Patriotismus feiern, die russische bzw. sowjetische Armee und die Geheimdienste verherrlichen und anti-westliche Einstellungen verbreiten.

Vielen Beobachtern ist ein neuer Ton in der offiziellen Rhetorik Russlands nach der Annexion der Krim aufgefallen. Putin wendet sich an die ukrainischen Bürger russischer Herkunft und legitimiert sein politisches Handeln mit der Notwendigkeit, seine »Landsleute« zu beschützen, unter schlichter Ignorierung der ukrainischen Regierung. Die »Russische Welt« scheint so mittlerweile auf blanken russischen Nationalismus geschrumpft, der ethnisch argumentiert und die Russen und Russophonen der Ukraine in einen Topf wirft, bei gleichzeitiger Leugnung der Existenz ihres Landes, zumindest östlich des Dnepr. Um diese »andere Ukraine« mit einer neuen Identität zu versehen, benutzten die russischen Medien anfangs den geographischen Begriff *Jugo-Wostok* (Südosten), der seinen Bezugspunkt immer noch in Kiew hatte. Er wurde dann rasch durch das wesentlich wirkmächtigere geographisch-historische Konzept *Noworosija* ersetzt, das mehrere ukrainische Oblaste (Donezk, Luhansk, Odessa, Mykolajiw, Cherson, Dnipropetrowsk, Saporischschja, Charkiw) unter Berufung auf die Geschichte in einer Russland zugeschriebenen Region zusammenfasst.⁹ Hier geht es nicht um eine harmlose Umbenennung, sondern um die Schaffung einer neuen (geo-)politischen Wirklichkeit.¹⁰ Mittlerweile ist eine Art alternativer Nationsbildung im Gange, die einhergeht mit der Schaffung staatlicher Strukturen. Eine »Volksrepublik Donezk« wurde ausgerufen, ebenso wie eine »Volksrepublik Luhansk«,

andere solche Gebilde warten, z.B. in Odessa oder Charkiw, auf ihren historischen Moment. Mit Unterstützung russischer Medien schaffen diese Konstrukte sich ihre eigene kollektive Mythologie, ihre eigenen Helden und Märtyrer und ihre nationale Mission: Antifaschismus.

Revolution, Krieg und Frieden

Haben die Proteste auf dem Maidan 2013/14 den alten Riss zwischen dem Osten und dem Westen der Ukraine vertieft? Die Pro-Janukowytsh-Medien präsentierten den Euromaidan als radikale nationalistische Bewegung, die ihre Massenbasis in der Westukraine hat. Tatsächlich war der radikale ukrainische Nationalismus auf dem Maidan vertreten, doch die überwältigende Mehrheit demonstrierte unter bürgerrechtlichen Parolen – für eine pro-europäische Ukraine, gegen Janukowytshs korruptes Regime, gegen Polizeigewalt, verfassungswidrige Einschränkungen von Menschenrechten und für Meinungsfreiheit. Dieses Kräfteverhältnis spiegelte sich auch auf der symbolischen Ebene wider: Es waren kontroverse nationalistische Symbole wie Bilder von Stepan Bandera oder die rot-schwarze Fahne der OUN-UPA¹¹ auf dem Maidan zu sehen, doch die pro-europäische Symbolik (besonders am Anfang der Proteste) und die Tradition der Saporoger Kosaken (mit dem Maidan und seinen Barrikaden als Reinkarnation des Saporoger Sitsch) dominierten klar.¹² Nach einer von der ukrainischen Stiftung »Demokratische Initiativen« im Dezember 2013 durchgeführten Erhebung war die Westukraine zwar stärker auf dem Maidan vertreten (51,8% während der Massenproteste und 42,4% unter den permanent Protestierenden), doch waren die Zentralukraine (30,9% und 34,4%) sowie die Ost- und Südukraine (17,3% und 23,2%) ebenfalls präsent.¹³ Darüber hinaus hatte die letzte Phase der Massendemonstrationen gegen Janukowytsh und gegen den pro-russischen Separatismus ihre Schauplätze auch in den Städten des Ostens und Südens. Der Lwiwer Historiker Vasyl Rasevych meint, dass nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, die auf unversöhnliche historische Erinnerungen gegründete destruktive Identitätspolitik endlich durch ein einigendes Narrativ zu ersetzen:

Die Revolution der Würde und der Krieg um eine souveräne unabhängige Ukraine, sie stellen bereits eine übergreifende ukrainische Geschichte dar, die Geschichte einer politischen Nation im Entstehen, die Geschichte des Siegs der ukrainischen Bürgergesellschaft.¹⁴

Dieses neue, Einheit stiftende Narrativ einer siegreichen Revolution gegen ein korruptes, autoritäres Regime kam allerdings zu spät für die Krim. Hier belebte der Rechte Sektor, die Vogelscheuche des radikalen ukrainischen Nationalismus, alte Ängste vor ethnisch motivierter Gewalt und der Zwangskrainisierung der russischsprechenden Bevölkerung. Das Ende des alten Regimes und die ersten, nicht eben glücklichen Maßnahmen der neuen Regierung in Kiew (wie etwa die – schnell wieder aufgebene – Rücknahme des Gesetzes von 2012, das dem Russischen den Status einer Regionalsprache verleiht) schien diese Ängste zu bestätigen. Sie wurden von Moskau im Zuge einer wohlvorbereiteten Operation instrumentalisiert, die – ungeachtet der Proteste einer pro-ukrainischen Minderheit und der Krimtataren – in der Annexion der Krim gipfelte.

Im Osten und Süden verlief die Entwicklung nach dem Machtwechsel in Kiew anders. Während in Donezk und Luhansk die lokalen Führer der Partei der Regionen Massenproteste gegen Kiew unterstützten, um in den Verhandlungen mit der neuen Regierung ein Faustpfand zu haben, bemühten sich in Dnipropetrowsk, Saporischschja, Odessa and Charkiw die örtlichen Gegeneliten, die Opportunisten aus der Partei der Regionen und die von Kiew eingesetzten Spitzen der lokalen Administration, die Situation zu stabilisieren. Was hier half, die aggressive pro-russische Minderheit in Schach zu halten, war weniger die Unterstützung seitens des pro-ukrainischen Teils der Bevölkerung als vielmehr die gemeinsame Anstrengung, einen Kollaps der staatlichen Institutionen zu verhindern, sich der Loyalität von Polizei- und Sicherheitsapparat zu versichern und Entschlossenheit und Verantwortungsbewusstsein zu demonstrieren. Eine neue Allianz zwischen Geschäftsleuten, Bürgergesellschaft und früheren Gegeneliten ist entstanden, die sich elementare Ziele auf die Fahnen geschrieben hat, nämlich Frieden, Stabilität und Sicherheit zu garantieren – eine Agenda, die sich als de facto pro-ukrainisch erwiesen hat. Das Beispiel Dnipropetrowsk ist hier besonders aufschlussreich. Dort setzte der Oligarch Ihor Kolomojskyj seine finanziellen und organisatorischen Ressourcen erfolgreich ein, um einen bewaffneten separatistischen Coup nach dem Szenario in Donezk und Luhansk zu verhindern, und unterstützte die Agenda der pro-ukrainischen Kräfte. So ist aus einer ukrainischen Industriestadt sowjetischen Typs, die noch bis vor kurzem für die Partei der Regionen gestimmt hat, in den letzten Monaten die Bastion eines von der Bürgergesellschaft getragenen ukrainischen Patriotismus

geworden.¹⁵ In Charkiw, das nahe an der Front des Krieges gegen die Separatisten liegt, hat sich der lokale Euromaidan in ein Netzwerk von Bürgerinitiativen verwandelt, die die schlecht ausgestattete ukrainische Armee unterstützen und sich um verwundete Soldaten und um die wachsende Flut von Flüchtlingen aus dem Donbas kümmern. Odessa erholt sich nur langsam von den gewaltsamen Zusammenstößen des 2. Mai, die Dutzende von Toten gefordert haben, doch haben die neue Stadtverwaltung und engagierte Bürger eine öffentliche Untersuchung dieser Vorfälle initiiert und einen Versöhnungsprozess in Gang gesetzt, der helfen soll, das posttraumatische Syndrom zu heilen, unter dem die Stadt und ihre Bürger leiden.¹⁶

So darf man wohl behaupten, dass der »Osten« oder »Südosten« im alten Sinne nicht mehr existiert. Die dramatischen Ereignisse des Frühjahrs 2014 haben gezeigt, dass kollektive Identitäten kontextabhängig sind und sich rasch ändern können, besonders unter Bedingungen territorialer Sezession, externer Aggression und militärischen Konflikts.

Der anhaltende Krieg im Donbas wird tiefgreifende und nachhaltige Folgen für die Region haben. Er hat in einem Teil der dortigen Bevölkerung die bestehenden anti-ukrainischen Ressentiments sicherlich verschärft, er hat andere Teile aber auch gelehrt, Sicherheit, Stabilität und starke staatliche Institutionen zu schätzen. Falls es der Regierung in Kiew, vereint mit Armee und Polizei, gelingt, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, könnte dies ein erster Schritt auf dem langen Weg zur Wiedereingliederung des Donbas in die Ukraine sein.

Doch zugleich liefert der anhaltende bewaffnete Konflikt weitere Nahrung für die Entfremdung des Donbas im öffentlichen Diskurs.¹⁷ Die treibende Kraft hinter dem Konflikt ist Russland, doch unterstützen zumindest anfangs beträchtliche Teile der lokalen Bevölkerung die Donezker und Luhansker Republiken wenn nicht aktiv, so doch passiv. Während ukrainische Liberale diskutieren, wie diese abtrünnigen Bürger für ihr Land gewonnen und ihnen eine ukrainische Identität eingepflanzt werden könnte, kultivieren einige Nationalisten einen sozialen Rassismus und ziehen sogar »Säuberungen« in Betracht. Zehntausende Bürger fliehen vor dem Krieg in sichere Städte, und zugleich setzen Hunderte von Männern aus dem Donbas ihren Krieg gegen die ukrainische Armee fort. In diesem merkwürdigen Krieg gibt es keine klare Frontlinie. Zivilisten, die in den Konfliktzonen ausharren, können je nach Standpunkt

als Sympathisanten mit den Separatisten oder als deren Geiseln betrachtet werden. Viele Hundert verloren bereits ihr Leben, wurden verwundet oder verloren ihr Eigentum. Eine Weise, wie man versucht, mit diesen Schrecken fertig zu werden, besteht darin, den Opfern selbst die Schuld zuzuweisen – sie bezahlen nun den Preis für ihre pro-russischen Sympathien. Und viele Familien im Westen und in der Zentralukraine sehen nicht ein, warum ihre Väter und Söhne an die Front geschickt werden und ihr Leben einsetzen sollen für eine Region, die sich nicht als Teil der Ukraine begreift. Gleichzeitig aber hat sich inzwischen der Donbas mit den Kriegsnachrichten aus Slawiansk, Krasnyj Lutsch oder Tores, vorher unvertraute Toponyme, tief in die mentale Landkarte der Ukrainer eingepägt. Der Donbas ist zu einem Boden geworden, auf dem die ukrainische Unabhängigkeit, Demokratie und Zukunft verteidigt werden, und deshalb gehört er von nun an zur Ukraine.¹⁸

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

- 1 Siehe *Transit: Europäische Revue*, Nr. 23 (2002), S. 172-188 und 196-202. Wieder abgedruckt in *Eurozine*; www.eurozine.com/articles/2002-09-16-riabchuk-en.html und www.eurozine.com/articles/2002-09-17-zhurzhenko-de.html.
- 2 Andriy Portnov, »Die Ukraine und ihr ›Ferner Osten‹: Über den galizischen Reduktionismus und seine Genealogie« (ukrainisch), in: *Ukrainians in UA*, 1. August 2014; www.historians.in.ua/index.php/avtorska-kolonka/1231-andrii-portnov-ukraina-ta-ii-dalekyi-skhid-pro-halytskyi-reduksionizm-ta-ioho-henealohiiu.
- 3 A.a.O. (Anm. 1), S. 201.
- 4 Quelle: *Tyzhden*, 31. März 2014; <http://tyzhden.ua/News/106351>.
- 5 Vgl. Hierzu Kerstin Zimmer, *Machteliten im ukrainischen Donbass: Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion*, Münster 2006.
- 6 Oleksandr Fisun/Oleksiy Krysenko, »Ursachen der Destabilisierung in den südlichen und östlichen Regionen der Ukraine« (ukrainisch), 29. April 2014; www.kennan.kyiv.ua/Analytics/140429Fisun.html.
- 7 Vgl. Lev Gudkov, *Negative Identität* (russisch), Moskau 2004.
- 8 Mehr zum *Russkij Mir* und der Ukraine hier: Yablons'kyi u.a., »Die Ukraine und das Russkij Mir-Projekt. Analytischer Bericht« (ukrainisch), Kyiv, National Institute for Strategic Studies, 2014; Wilfried Jilge, »Die Ukraine aus Sicht der ›Russkij Mir‹«; www.bpb.de/internationales/europa/russland/186517/analyse-die-ukraine-aus-sicht-der-russkij-mir.
- 9 Die Grenzen des historischen Noworossija fallen allerdings nicht mit dessen Neuerfindung zusammen.
- 10 Maria Snegovaya, »Die Schaffung einer neuen politischen Realität« (russisch), in:

- Vedomosti*, 19. Mai 2014; www.vedomosti.ru/opinion/news/26635381/sozdanie-novoj-politicheskoy-realnosti.
- 11 OUN: Organisation Ukrainischer Nationalisten. Die von Stepan Bandera geführte Fraktion der OUN organisierte die ersten nationalistischen Partisaneneinheiten, die im Februar 1943 zur Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) vereinigt wurden.
 - 12 Wilfried Jilge, »Geschichtspolitik auf dem Majdan. Politische Emanzipation und nationale Selbstvergewisserung«, in: *Osteuropa*, Nr. 5-6 (2014): *Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*, hg. von Manfred Sapper / Volker Weichsel, S. 239-258.
 - 13 Vgl. <http://dif.org.ua/ua/polls/2013-year/vjweojgvowerjoujgo.htm>.
 - 14 Vasyl Rasevych, »Neue Helden – neue gemeinsame Geschichte« (ukrainisch), in: *Zaxid.net*; http://zaxid.net/news/showNews.do?novi_geroyi__nova_spilna_istoriya&objectId=1314850.
 - 15 Vgl. Andriy Portnov, »Dnipropetrowsk: Wo die Ukraine beginnt« (russisch), in: *Gefter.ru*, 27. Juni 2014; <http://gefter.ru/archive/12617>.
 - 16 Siehe Tanya Richardsons Beitrag im vorliegenden Heft. (Anm. d. Red.)
 - 17 Andriy Portnov, »Die Ukraine und ihr ›Ferner Osten‹«, a.a.O.
 - 18 Stanislav Kmet, »Die Ukrainisierung des Donbas« (ukrainisch), in: *Durdom in UA*, 08. September 2014; http://durdom.in.ua/ru/main/article/article_id/23093.phtml.

Serhii Leshchenko
HINTER DEN KULISSEN
Eine Typologie der ukrainischen Oligarchen

Seit beinahe zwanzig Jahren sind die Oligarchen-Clans wesentlich am Aufbau der ukrainischen Gesellschaft, wie sie sich heute darstellt, beteiligt. Sie sind ein Produkt der Umverteilung des ehemals sowjetischen Eigentums und haben die traditionell geprägten »Roten Direktoren« abgelöst. Die einander an der Macht abwechselnden Oligarchen-Clans tragen die Verantwortung für den Verfall der ukrainischen Politik, der im Winter 2013/14 schließlich zu Gewalt und Blutvergießen geführt hat. Allerdings wären die Erfolgchancen für die Proteste ohne jene Oligarchen, die sich auf die Seite der Opposition gegen Wiktor Janukowytsch geschlagen haben, wohl kaum so hoch gewesen.

Markenzeichen der ukrainischen Oligarchen ist eine Ansammlung von Attributen unterschiedlichen Kalibers, die ihren Status und ihren Einfluss bestimmen. Dazu gehören Anteile an Massenmedien, Fußballklubs, Beziehungen zur Kirche, Privatflugzeuge und Abgeordnetenmandate ebenso wie Kunstsammlungen. Außer mit ihren beträchtlichen finanziellen Ressourcen üben die Oligarchen auch mit dieser Art Kapital Einfluss auf die Politik des Landes aus, sprich sie verdienen mit Politik Geld und schaffen so einen geschlossenen Kreislauf der Bereicherung.

Prozesse führen die Oligarchen lieber in London, da sie der heimatischen Justiz, die sie seit vielen Jahren korrumpieren, nicht trauen. Ihre Kinder schicken sie zur Ausbildung in das Schweizer Privatinternat »Le Rosey« oder an die London School of Economics, weil sie vom einheimischen Bildungssystem nichts halten. Von der Außenwelt schotten sie sich durch Dutzende Leibwächter ab, weil sie an Sicherheit in einer Gesellschaft, die sie durch Korruption zugrunde richten, nicht glauben. Den Sommer verbringen sie auf ihrer Jacht im Mittelmeer, auf Sardinien oder an der Côte d'Azur, den Winter im französischen Courchevel. An ihrem Geburtstag lassen sie sowjetische Schlagerstars oder ehemalige Idole aus dem Westen auftreten. Am genauesten hat dieses Phänomen der ehema-

lige amerikanische Botschafter in Kiew John Herbst in einem Gespräch mit mir beschrieben: »Der schönste Ort, um den Reichtum, den man seinen Mitbürgern gestohlen hat, zu genießen, ist nicht die Ukraine, sondern Paris, London oder New York.«

Als ersten ukrainischen Oligarchen könnte man *Aleksander Wolkow* betrachten, der einer der Architekten des Sieges von Leonid Kutschma bei der Präsidentenwahl 1994 war. Kutschma war damals Oppositionskandidat und verfügte über keine ihm loyalen Medien. Wolkow, dem der Fernsehkanal »Gravis« – einer der ersten Privatfernsehkanaäle – gehörte, stellte Kutschma diesen als Plattform zur Verfügung und wurde in der Folge mit dem Amt des persönlichen Referenten des Staatspräsidenten belohnt. Zum Dienstantritt erschien er, wie er später prahlend berichtete, mit einem Mercedes 600 und einer Rolex am Handgelenk.

Wolkows Ruf war nicht ganz untadelig. Er war in sowjetischer Zeit vorbestraft und widmete sich nach dem Zerfall der Sowjetunion unterschiedlichen Geschäften. In Belgien wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Obwohl Wolkow seinen Posten beim Präsidenten später verlor, mischte er noch viele Jahre lang in der Politik mit. 2004 vermittelte er zwischen Boris Beresowski und Julija Tymoschenko und trug damit zur Finanzierung der Orangen Revolution bei. Und selbst heute, zwanzig Jahre nach der Wahl Kutschmas, ist er noch immer Abgeordneter im ukrainischen Parlament, wo er stellvertretender Vorsitzender des Budgetausschusses ist.

Der zweite Oligarch der anbrechenden Ära der primären Kapitalakkumulation war *Wadym Rabinowytsh*, der großen Einfluss auf den Fernsehkanal 1+1 ausübte. Da er es aber verabsäumte, sein Interesse durch den Erwerb eines entsprechenden Aktienpakets nachhaltig abzusichern, und sich auf die Vermarktung der Werbezeiten beschränkte, verlor er mit der Zeit diesen Einfluss. Instrukтив ist das Buch *Der Oligarch* des deutschen Journalisten Jürgen Roth, in dem es um Rabinowytshs Beziehungen zu kriminellen Kreisen, zu Waffenhandel und anderen Geschäften geht.

Eine Einteilung der Oligarchen in verschiedene Kategorien wird in gewisser Weise immer willkürlich sein, da ihr gesellschaftlicher Status informell ist und durch keinerlei Rechtsnormen definiert wird. Dennoch kann man in der heutigen Ukraine drei Typen von Oligarchen unterscheiden, je nach den Ausgangsbedingungen, die ihnen diesen Aufstieg ermöglicht haben: regionale Oligarchen, Gasoligarchen und Familienoligarchen (Verwandte der Präsidentenfamilie).

*Regionale Oligarchen: Rinat Achmetow, Ihor Kolomojskyj,
Kostiantyn Schewago*

Der reichste Ukrainer und seiner Herkunft nach Tatare *Rinat Achmetow* (mit 15,4 Milliarden Dollar nahm er Anfang 2014 auf der Forbes-Liste Platz 47 ein) ist einer der engsten Vertrauten des geflüchteten Ex-Präsidenten Janukowytsch.

Achmetow gilt zu Recht als der »König des Donbas« – hier zählt sein Wort mehr als alles andere, und in seinen Betrieben arbeiten Hunderttausende Menschen. Im Westen mag man sich über die Geschichte seines Aufstiegs zum Milliardär wundern. 1995 wurde sein Freund Alik Grek, eine kriminelle Autorität, in einem Fußballstadion von einer Bombe zerrissen. Die Leiche eines der mächtigsten Männer dieser Zeit konnte nur anhand der Armbanduhr identifiziert werden, die an einem seiner weggerissenen Arme geblieben war. Achmetow übernahm im Clan das Ruder und häufte in anderthalb Jahrzehnten ein Kapital an, das die Summe der Aktiva von Rupert Murdoch und Ronald Lauder übersteigt.

Im heutigen ukrainischen Parlament kontrolliert Achmetow etwa fünfzig Abgeordnete, zu denen auch sein ehemaliger Fahrer, der Chef seines Sicherheitsdienstes und der Anwalt der Familie gehören. Diese Gruppe unterstützte bis zuletzt alle diktatorischen Launen von Präsident Janukowytsch, die schließlich in Blutvergießen und den Tod von mehr als hundert Bürgern mündeten.

Während er das eigene Land dem eurasischen Projekt preisgab, bevorzugt er für den persönlichen Gebrauch die westlichen Länder. Er ist Eigentümer der teuersten Wohnung der Welt: Für seine dreistöckige Londoner Bleibe hat er mehr als 200 Millionen Dollar auf den Tisch gelegt. Hier in London leben auch seine Frau und seine beiden Söhne, von denen einer studiert und der andere die Londoner Firma Achmetows leitet. Büros unterhält er auch in Den Haag und Genf, und kürzlich hat er sich im französischen Skiort Courchevel, der Lieblingsdestination der russischen Neureichen, für 30 Millionen Dollar ein Chalet zugelegt. Obwohl er aufgrund seiner zweifelhaften Vergangenheit Einreiseverbot in die USA hat, konnte er im Bundesstaat West Virginia ein Kohleunternehmen erwerben, für das er eine Milliarde Dollar bezahlte.

Achmetow wurde noch unter Präsident Leonid Kutschma zum Oligarchen. 1996 kommt ein weiterer einflussreicher Geschäftsmann aus

dem Gebiet Donezk ums Leben, der Parlamentsabgeordnete Jewgeni Schtscherban. Die Karten auf dem Markt der Kohle- und Metallindustrie werden neu gemischt. Um die regionalen Eliten nicht zu beunruhigen, ernennt der damalige Ministerpräsident Pawlo Lasarenko den Achmetow nahestehenden Wiktor Janukowytsch zum ersten stellvertretenden Chef der Oblast-Administration. Ein Jahr später, 1997, übernimmt Janukowytsch dann das allerhöchste Amt im Oblast. Die nächsten fünf Jahre stehen unter dem Zeichen der von Janukowytsch begünstigten Steigerung der finanziellen und politischen Macht von Achmetows Clan.

2002 finden Parlamentswahlen statt, bei denen der Block der herrschenden Parteien nur auf den dritten Platz kommt – und auch das nur dank des hervorragenden Wahlergebnisses im Oblast Donezk. Achmetows Clan sieht die Stunde gekommen, dem Präsidenten vorzuschlagen, Wiktor Janukowytsch zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Trotz seiner kriminellen Vergangenheit – Janukowytsch wurde zweimal wegen Raubes und Körperverletzung verurteilt – bestätigt das ukrainische Parlament seine Kandidatur. Damit war der Grundstein für die Karriere des künftigen ukrainischen Diktators gelegt.

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Janukowytsch beginnt für Achmetow ein »Goldenes Zeitalter«. Mithilfe seines Schützlings sowie der Stimmen seiner Abgeordneten setzt Achmetow ein Gesetz durch, das die Privatisierung der Bergwerksindustrie in seinem Sinne regelt. Die gesamten Eisenerzvorkommen gelangen ohne öffentliche Ausschreibung in die Hände einiger weniger Menschen. Achmetow verfügt nun über gigantische Rohstoffe für seine Hüttenwerke. 2004, wenige Monate vor dem Ende der Amtszeit von Präsident Kutschma, kauft Achmetow, wiederum ohne öffentliche Ausschreibung, eines der größten Eisenhüttenkombinate, Kryworischstal (Krywyj Rih), wobei er sich den Schwiegersohn des Präsidenten, Wiktor Pintschuk, zum Partner nimmt. Wie lächerlich der Kaufpreis von 800 Millionen Dollar war, wird ein Jahr später klar, als nach der Orangen Revolution dasselbe Unternehmen nach einer korrekten Ausschreibung für 4,2 Milliarden Dollar an den indischen Unternehmer Lakshmi Mittal weiterverkauft wird.

Während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko in den Jahren 2005 bis 2010 verliert Achmetow zwar Kryworischstal, wird aber Miteigentümer von Venco Prykerchenska, einem Unternehmen, das im Schwarzen Meer Gas fördert. Nach dem Amtsantritt von Präsident Janukowytsch

beginnt allerdings eine besonders glückliche Periode: Achmetow übernimmt nach undurchsichtigen Ausschreibungen eine Reihe privatisierter regionaler Energieversorger, die beiden Wärmekraftwerksgiganten Dneproenergo und Sapadenergo, er wird zum Gesellschafter des Iljitsch-Eisenhüttenkombinats in Mariupol und kauft einem fiktiven österreichischen Eigentümer den Telekommunikationsriesen Ukrtelekom ab. Von den Mitgliedern der neuen Regierung unterhielt Achmetow Beziehungen zum späteren Interimspremier Arsenij Jazenjuk, der keinerlei Schritte unternahm, um seinen Geschäftsinteressen Schranken zu setzen.

Der zweite Oligarch, dessen Machtbasis regional verankert ist, ist *Ihor Kolomojskyj*, dessen Interessen sich auf den Oblast Dnipropetrowsk konzentrieren. Nach dem Zerfall der Sowjetunion handelte er mit Computern. Eines seiner ersten Unternehmen benannte er nach der Insel Sentosa in Singapur. Die von ihm Anfang der Neunzigerjahre gegründete Privatbank wurde zur Basis seines Imperiums, das er sich mit einem anderen Geschäftsmann aus Dnipropetrowsk, Hennadij Boholjubow, teilt. Heute ist sie die größte Bank der Ukraine, was Kolomojskyj gegen Repressionen von Seiten Janukowytchs unverwundbar gemacht hat: Fühlt er sich in die Enge gedrängt, kann er das Finanzsystem des Landes einfach zum Einsturz bringen.

Neben der Bank kontrolliert Kolomojskyj seit vielen Jahren Ukrnafta, das sich mit der Gewinnung, Verarbeitung und dem Verkauf von Erdölprodukten befasst. Obwohl der Staat ein Aktienkontrollpaket hält, war die Regierung noch immer mit der Ernennung von Managern, die die Interessen der Privatbank vertreten, einverstanden.

Kolomojskyj stellte sich gleich nach dem Beginn des Maidan offen auf die Seite der Opposition. Als Führungspersönlichkeit der jüdischen Gemeinde in der Ukraine zerstörte er den Mythos vom starken Einfluss der Nationalisten und Antisemiten in der neuen Regierung. Trotz äußerer Drucks war sein Fernsehkanal 1+1 auf Seiten der Demokratie, und auch seine Leute, wie Gennadi Korban und Boris Filatow, unterstützten den Maidan in Dnipropetrowsk.

Kolomojskyj besetzte die Oppositionsrolle, weil Janukowytch nach der Übernahme des Präsidentenamts die Interessen der regionalen Eliten in Dnipropetrowsk vernachlässigt hatte. Als Gouverneur setzte Janukowytch einen Manager aus Achmetows Donezker Konzern ein. Die Dnipropetrowsker, die davor viele Jahre lang die Ukraine regiert hatten,

empfanden dies als Ohrfeige und ließen die Möglichkeit, es Janukowytsch heimzuzahlen, nicht ungenutzt. Nach dessen Sturz rückte Kolomojskyj an die Spitze des Oblast auf. Gerechtfertigt wurde die Ernennung des Oligarchen zum Gouverneur mit der Notwendigkeit, die separatistischen Stimmungen in der Region zu ersticken.

Noch ein Oligarch, der gleichzeitig Parlamentsabgeordneter ist und dessen Firmensitz sich im Oblast Poltawa befindet, nämlich *Kostiantyn Schewago*, unterstützte, wenn auch nicht so offen, die Revolution. Er verbringt seit langem die Hälfte seiner Zeit in London, wo seine Kinder studieren. Um in der britischen Gesellschaft Fuß zu fassen, finanziert er Alphabetisierungskampagnen in den Armenvierteln von London. Schewago selbst schwieg während der Revolution, aber seine persönliche Rechtsberaterin Anselika Labunska ergriff für die Protestierenden das Wort, und sein ehemaliger Manager Oleh Babajew, nunmehriger Bürgermeister der Stadt Kremenschug, sprach im Stadtrat Janukowytsch sein Misstrauen aus.

Schewago gehört das Bergbau- und Aufbereitungskombinat Poltawa, dessen Aktien an der Londoner Börse gehandelt werden. Öffentlicher Handel mit Aktien ist im Übrigen unter den größten ukrainischen Oligarchen eine Ausnahme. Außerdem ist Schewago Eigentümer des Fußballklubs Worskla. Im Medienbereich verfügt er über keine großen Ressourcen, hat aber die Gründung der Zeitung *Gazeta po-ukrainski* und der Zeitschrift *Krajina* unterstützt.

Im Unterschied zu vielen Oligarchen, die auf direkte politische Betätigung verzichtet haben, ist Schewago Abgeordneter, doch ist seine Anwesenheit im Parlament rar. Nur an 5 % der Sitzungen hat er teilgenommen, keinen einzigen Gesetzesvorschlag eingebracht, und kein einziges Mal hat er am Rednerpult gestanden. Das Mandat ist für ihn nur ein Schutz – Parlamentsabgeordnete dürfen in der Ukraine ohne Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten selbst dann nicht verhaftet werden, wenn sie auf frischer Tat ertappt werden.

Gasoligarchen: Igor Bakai, Julija Tymoschenko, Dmitro Firtasch

Die Gaslieferungen an die Ukraine waren und sind der Boden, auf dem oligarchische Clans bestens gedeihen. Das in dieser Branche zirkulierende Geld floss unweigerlich auch in die Politik.

Mitte der Neunzigerjahre bildeten sich gleichzeitig mehrere große Konzerne, die sich auf den Export russischen und zentralasiatischen Gases spezialisierten. Einer der ersten Gasoligarchen war *Igor Bakai*, Absolvent einer forstwirtschaftlichen Fachschule. Er gründete die Unternehmen Respublika und Intergas, die den Brennstoff in Turkmenistan kauften. Aufgrund der Wirtschaftskrise nach dem Zerfall der UdSSR wurde das Gas nicht mit Geld, sondern mit Naturalien bezahlt. Geschickt verstand es Bakai, im Rahmen der Bartergeschäfte nach Zentralasien nicht nur dringend benötigte Konsumgüter zu liefern, sondern etwa auch Galoschen, die als verstaubte Ladenhüter in ukrainischen Lagern herumlagen. Und zwar in Mengen, die die Bevölkerungszahl Turkmenistans übertrafen. Die überhöhten Preise, zu denen sie gegen das Gas verrechnet wurden, ließen nicht nur den Oligarchen reich werden, sondern auch die Politiker, die dieses Prozedere abgesegnet hatten.

Mit seinem für damalige Verhältnisse gigantischen Vermögen wurde Bakai erster Chef des staatlichen ukrainischen Energiemonopolisten Naftogaz of Ukraine. Mit der Zeit übernahm er Medienanteile, wie die Zeitung *Segodnja* oder den Fernsehkanal ICTV. Im Jahr 2000 allerdings wurde Julija Tymoschenko, die in Konkurrenz zu Bakais Gasbusiness gestanden hatte, Vizepremier für Energiefragen. Sie erreichte seine Entlassung. Ein paar Jahre später wurde er unter Kutschma Leiter der Wirtschaftsabteilung der Präsidentenadministration und tat sich dabei durch illegale Veräußerung von Staatseigentum hervor. Nach der Orangen Revolution flüchtete er nach Russland, wo er von Putins Gnaden die russische Staatsbürgerschaft annahm.

Weit dramatischer verlief das Schicksal der Gasoligarchin *Julija Tymoschenko*. 1995 wurde Pawlo Lasarenko Erster Vizepremier der Ukraine, und Julija Tymoschenko gründete die United Energy Systems of Ukraine. Ein Jahr später wurde Lasarenko Ministerpräsident, was den Status des unter seinen Fittichen stehenden Unternehmens noch festigte. Unter Lasarenkos Schirmherrschaft übernahm es die Gasversorgung in den Regionen der Ukraine, wo sich zahlungskräftige Betriebe befanden, etwa im Oblast Dnipropetrowsk, Heimat sowohl Tymoschenkos als auch Lasarenkos. Im Gegenzug zu seiner Protektion zahlte Tymoschenko an Lasarenko die Hälfte ihrer Einkünfte. Wie das FBI feststellen sollte, überwies sie über eine zypriotische Offshore-Gesellschaft mindestens 100 Millionen Dollar auf seine Transferkonten. Nach dem Rücktritt Lasarenkos als Premier stürz-

ten er und Tymoschenko sich erst recht in die große Politik. Sie führten die Partei Hromada an, die sich zur Opposition gegen den damaligen Präsidenten Kutschma erklärte und auf die Parlamentswahlen vorbereitete. Traditionsgemäß legten die beiden Partner sich eigene Massenmedien zu. Lasarenko und Tymoschenko kontrollierten bzw. finanzierten zu jener Zeit den Fernsehkanal JUTAR sowie die Zeitungen *Pravda Ukrainy*, *Vseukrainskie vedomosti* und *Kievskie vedomosti*. Sie erwarben sogar ein Aktienpaket der unabhängigen Wochenzeitung *Zerkalo nedeli*, konnten der Redaktionspolitik ihren Stempel allerdings nicht aufdrücken.

Nach dem Einzug ins Parlament blieben sie weiter in der Opposition und setzten sich als nächstes Ziel die für Ende 1999 geplanten Präsidentschaftswahlen. Doch floh Lasarenko schon im Februar des Jahres in die USA, wo er auf die Gewährung politischen Asyls hoffte. Stattdessen klagte man ihn jedoch wegen Geldwäsche an. Ein Geschworenengericht befand ihn letztendlich schuldig und er wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Erst Ende 2012 kam er frei, woraufhin er die amerikanische Regierung bat, ihn nicht in die Ukraine abzuschieben, sondern ihm das Recht zu gewähren, mit seiner jungen Frau, die während seines Prozesses als Dolmetscherin gearbeitet und ihm während seines fünfjährigen Hausarrests drei Kinder geboren hatte, in Amerika zu leben. Im Augenblick der Abfassung dieser Zeilen ist die entsprechende Entscheidung der amerikanischen Behörden noch nicht bekannt, ebenso wie es noch keine gerichtliche Entscheidung über die von der amerikanischen Justiz eingefrorenen 250 Millionen Dollar gibt, die Lasarenko in diversen Offshore-Zonen angelegt hatte.

Während Lasarenko in amerikanischen Gefängnissen saß, machte Tymoschenko in der Ukraine rasant Karriere. Nach der Flucht ihres Chefs sagte sie sich von ihm los, wurde in der Regierung Juschtschenko Vizepremier, dann im Zusammenhang mit der Bestechung Lasarenkos verhaftet und wieder freigelassen, ging in Opposition zu Präsident Kutschma und unterstützte bei den Präsidentschaftswahlen 2004 Juschtschenko. Sie wurde zum Symbol der Orangen Revolution, was ihr 2005 den Posten der Ministerpräsidentin einbrachte. Sie geriet in Konflikt mit Juschtschenkos anderem nächsten Kampfgefährten Petro Poroschenko, verlor so ihr Amt, setzte aber vorzeitige Parlamentswahlen durch und kehrte auf den Posten der Ministerpräsidentin zurück. Die Präsidentschaftswahlen 2010 verlor sie und wurde wegen der angeblich für die Ukraine nachteiligen Gasver-

träge, die sie mit Russland abgeschlossen hatte, verurteilt. Sie verbrachte zweieinhalb Jahre in Haft, kam unmittelbar nach der Flucht Wiktor Janukowytschs frei und erklärte ihre Absicht, bei den für Mai 2014 angesetzten Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Sie verlor mit weitem Abstand gegen Petro Poroschenko.

Ein anderer einflussreicher Oligarch aus der Umgebung von Wiktor Janukowytsch ist der im März dieses Jahres auf Antrag des FBI verhaftete *Dmitro Firtasch*. An die absolute Spitze geschafft hatte es der in der Vergangenheit wegen Schmuggels festgenommene ehemalige Feuerwehrmann dank seiner Beziehungen zu dem israelischen Mafiaboss Semjon Mogilewitsch, dessen Name sich auf der Top-10-Liste der vom FBI meistgesuchten Verbrecher findet.

Groß ins Gasgeschäft kam Firtasch, als Jurij Bojko die Leitung von Naftogaz of Ukraine übernahm und Serhij Lewotschkin Erster Persönlicher Referent von Staatspräsident Kutschma wurde. Damit lief der Gasimport aus Zentralasien in die Ukraine über das von Firtasch gegründete zweifelhafte Unternehmen Eural Trans Gas, das Mogilewitsch für ihn in einem ungarischen Dorf hatte registrieren lassen.

Als in der Presse Alarm geschlagen wurde, weil der Profit aus dem Gashandel auf den Konten einer undurchsichtigen Firma landete, wurde das Geschäft von Eural Trans Gas auf RosUkrEnergo übertragen, das die Orange Revolution nicht nur heil überstand, sondern seine Position sogar ausbauen konnte. Man beließ dem Unternehmen nicht nur die zentralasiatischen Lieferungen, sondern positionierte es auch auf dem innerukrainischen Markt, wo es die Aufgaben der staatlichen Naftogaz of Ukraine übernahm.

Firtaschs Probleme begannen, als es ihm nicht gelang, mit Julija Tymoschenko, die ihn 2009 aus dem Markt warf, eine gemeinsame Sprache zu finden. Allerdings konnte er nach Janukowytschs Sieg, zu dessen Sponsoren er gehörte, die Verluste wiedergutmachen. Im vertrauten Kreis gestand Firtasch, dass Janukowytsch 50 % all dessen gehört, was Firtasch nach dessen Wahl zum Präsidenten erworben hat.

In den letzten Jahren bemühte sich Firtasch im Westen um Anerkennung trotz seiner zweifelhaften Vergangenheit. Er hat die Ukrainistik-Studien an der Universität Cambridge gestiftet und 2,5 Millionen Dollar für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Holodomor in der amerikanischen Hauptstadt Washington gespendet. Sogar den britischen

Konservativen ließ er über seine Manager Geld zukommen. Im ukrainischen Parlament kontrolliert Firtasch ein Dutzend Abgeordnete, zu denen auch der Chef seiner Leibwache gehört. Und bis zuletzt stellte sich keiner von seinen Leuten gegen den Willen von Janukowytsh. Der Firtasch gehörende größte Fernsehkanal des Landes Inter befand sich während des Maidan unter vollständiger Kontrolle der offiziellen Propaganda.

Im März 2014 wurde Firtasch in Wien auf Antrag des FBI unerwartet verhaftet. Mehr als eine Woche blieb er in Haft und kam erst gegen die in Österreich noch nie dagewesene Rekordkautionssumme von 125 Millionen Euro frei. Die amerikanische Regierung legt ihm fünf Punkte zur Last, darunter Geldwäsche und Nötigung. Firtasch wird beschuldigt, indische Beamte mit mehr als 10 Millionen Dollar bestochen zu haben, um eine Lizenz für den Abbau von Ilmenit, dem Ausgangsstoff für Titan, zu erhalten. In der Folge sollte dieses an die Boeing-Werke in den Vereinigten Staaten geliefert werden. Unter den Mitgliedern der kriminellen Gruppierung befindet sich auch der ehemalige Direktor der umstrittenen Gasfirma Eural Trans Gas, der Ungar András Knopp, der die Verhandlungen über die Titanlieferungen führte und die Bestechungen einfädelt. Die in Amerika erhobenen Anschuldigungen würden für Firtasch eine Haftstrafe von mindestens zwanzig Jahren, eine Geldstrafe in Höhe der Bestechungsgelder sowie die Beschlagnahmung sämtlicher Aktiva in der ganzen Welt bedeuten. Allein die Liste der betroffenen Firmen umfasst elf Seiten. Zum gegebenen Zeitpunkt ist die Entscheidung über eine etwaige Auslieferung Firtaschs noch nicht bekannt.

*Familienoligarchen: Wiktor Pintschuk, Petro Poroschenko,
Aleksander Janukowytsh*

Eine hervorragende Ausgangsbasis für den Aufstieg zum Oligarchen sind verwandtschaftliche Beziehungen.

Das erste Beispiel ist *Wiktor Pintschuk*, zunächst Partner, dann Ehemann der Tochter von Präsident Kutschma. Als er Jelena Frantschuk kennenlernte, die damals mit dem Sohn eines wichtigen Politikers, nämlich des Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim, verheiratet war, war Pintschuk allerdings bereits ein ziemlich einflussreicher Geschäftsmann.

Ohne diese Heirat jedoch wären ihm die Geschäftserfolge, wie sie sich ihm auftraten, nachdem er Teil der Präsidentenfamilie geworden war, ver-

wehrt geblieben. Ein Jahr vor dem Ende von Kutschmas Amtszeit kaufte Pintschuk ohne öffentliche Ausschreibung das Eisenlegierungswerk in Nikopol. Und da der Appetit erst beim Essen kommt, kaufte Pintschuk wenige Monate vor dem Abtritt seines Schwiegervaters, wiederum ohne öffentliche Ausschreibung, das gigantische Eisenhüttenwerk Kryworischstal, das dann nach der Orangen Revolution zu einem fünfmal höheren Preis weiterverkauft werden sollte.

Eine der wichtigsten Aufgaben von Oligarchen ist die Reinwaschung ihres Rufs. Nicht alle kümmerten sich darum, aber Pintschuk war der erste, der diese Sache in globalem Maßstab anging. Er hat sich ein Netzwerk auf allerhöchster Ebene geschaffen, indem er als Sponsor der Global Foundation von Bill Clinton auftritt, der er jährlich eine Million Dollar spendet. Außerdem erhält die Stiftung des britischen Ex-Premiers Tony Blair jährlich einen Betrag von 500 000 Dollar und das Programm des israelischen Präsidenten Shimon Peres eine vergleichbare Summe.

Mit der Elite der Welt bekannt zu sein, reicht allerdings nicht aus, um seine Geschäftsinteressen zu schützen. Potentielle Angreifer müssen um diese Beziehungen wissen und von ihren aggressiven Plänen abgeschreckt werden. Diesem Zweck dienen zwei von Pintschuk jährlich organisierte Veranstaltungen: die weltpolitischen Problemen gewidmete jährliche Konferenz *Yalta European Strategy* (YES) und der Ukrainische Lunch während des Weltwirtschaftsforums in Davos.

Pintschuk hat zwar keinen Fußballklub gekauft, investierte aber mit nicht weniger Ehrgeiz in das nach ihm benannte Zentrum für moderne Kunst in Kiew. Und zur Absicherung gegen Attacken aus der Politik hat er seine Medienholding, zu der die Fernsehkanäle STB, Novy, ICTV und QTV, Musikkanäle, die Zeitung *Fakty* sowie das Businessportal *Delo* zählen.

Der zweite Oligarch auf verwandtschaftlicher Basis ist *Petro Poroshenko*. Er war Gründungsmitglied der Partei der Regionen, unterstützte 2001 jedoch den damaligen Ministerpräsidenten und Reformier Wiktor Juschtschenko und blieb ihm auch während und nach der Orangen Revolution treu. Poroshenko gehört die Schiffswerft Leninska Kuznya sowie die Karl-Marx-Süßwarenfabrik (jetzt Roshen), beide, wie aufgrund der Namen leicht zu erraten, privatisierte ehemalige Staatsbetriebe.

Mit seiner Finanzkraft und seinem oppositionellen Fünften Kanal fasste Poroshenko im Umfeld von Juschtschenko rasch Fuß. Nach dem

Maidan 2004 war er einer der beiden aussichtsreichsten Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten. Juschtschenko setzte aber auf Julija Tymoschenko. Möglicherweise beging Juschtschenko schon an seinem ersten Tag im Präsidentenamt einen verhängnisvollen Fehler, indem er seine politische Konkurrentin mit Regierungsvollmachten ausstattete. Poroschenko blieb das Amt des Sekretärs des Sicherheits- und Verteidigungsrates. In den sieben Monaten, in denen er den Posten bekleidete, platzierte er Dutzende seiner Leute auf strategischen Posten und trat bei einer Reihe von Wirtschaftskonflikten in Erscheinung, bei denen es um die Umverteilung von Eigentum ging.

Im September 2005 wurde Poroschenko der Erpressung beschuldigt, woraufhin Juschtschenko sowohl ihn als auch Tymoschenko entließ. Einige Jahre später kehrte Poroschenko zweimal in die Politik zurück: Noch unter Juschtschenko wurde er Außenminister und unter Präsident Janukowytsch Wirtschaftsminister. 2013 unterstützte Poroschenko den Euromaidan und erklärte 2014 seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl, die er im Mai in der ersten Runde gewann.

Der anrühigste Oligarch, der seinen Status verwandtschaftlichen Beziehungen zu verdanken hat, ist der Sohn des vierten ukrainischen Präsidenten, *Aleksander Janukowytsch*.

Der älteste Sohn des Präsidenten verkörpert die sogenannte »Familie« in einer der »Familie« Jelzins vergleichbaren Weise. Nach Angaben von Forbes betrug das Kapital des ausgebildeten Zahnarztes im November 2013 eine halbe Milliarde Dollar. Nach inoffiziellen Schätzungen lag der tatsächliche Wert seines Vermögens jedoch sechs- bis achtmal höher.

Aleksander Janukowytschs Einfluss ging weit über seine Rolle als Geldbeschaffer der »Familie« hinaus. So sollen die staatlichen Gewaltorgane und sogar die Scharfschützen, die den Maidan auseinandergetrieben haben, unter seiner Kontrolle gestanden haben.

Die »Familie« Janukowytschs hatte nach dem Vorbild des frühen Roman Abramowitsch auch ihren eigenen Kassier, nämlich Serhij Kurtschenko, auch wenn dessen Aufstieg nicht so weit führte wie jener des Vorbilds. Kurtschenkos Methode beruhte auf dem Schmuggel von Erdölprodukten. Seine auf fremde Namen eingetragenen Unternehmen führten Benzin ein, das aufgrund fiktiver Dokumente zum Reexport bestimmt war, wodurch keine Steuern zu zahlen waren, während es in Wirklichkeit über ein Netz von Tankstellen in der Ukraine verkauft wurde. Außerdem war Kurt-

schenko in Geschäfte mit Flüssiggas verwickelt. Im Haus des ehemaligen Generalstaatsanwalts Wiktor Pschonka wurden unter anderem Papiere gefunden, die darauf hinweisen, dass er der Pate dieser Branche war. In internen Papieren war von untergebenen Beamten auch vermerkt worden, dass Kurtschenko Schulden nicht zurückzahlte und sich dabei auf die Protektion durch den Generalstaatsanwalt berief.

Der »Familie« ist es gelungen, auch im Westen Wurzeln zu schlagen. Janukowytschs Sohn eröffnete Firmen in Genf, die mit Kohle – auch solcher aus illegalen Bergwerken – handelten, während Kurtschenko in Deutschland ein Tankstellennetz kaufte. Nach der Flucht des Präsidenten im Februar 2014 wurden all diese Geschäfte genau ins Visier genommen. Zudem hatte sich die »Familie« mehrere Medienholdings zugelegt, indem sie unter anderem Partner des amerikanischen Verlags Forbes wurde. Gleich nachdem die »Familie« Janukowytschs dort in ihre Rechte eingesetzt wurde, begannen Zensurmaßnahmen, die einem Dutzend Journalisten den Job kosteten.

Nach der Flucht Janukowytschs hat die EU gegen seinen Sohn und auch gegen Kurtschenko Sanktionen erlassen, ihre Konten und Aktiva beschlagnahmt. Kurtschenko selbst verschwand zuerst, wurde zur Fahndung ausgeschrieben und tauchte dann in Russland auf, voller Pläne, seine Aktivitäten unter den neuen Schirmherren fortzusetzen. Kurtschenkos Büro in Kiew wurde geschlossen, aber die Journalisten fanden in den Papierkörben die geschredderte Finanzdokumentation seines Korruptionsimperiums.

*

Dem oligarchischen Regime in der Ukraine liegt ein geschlossener Zirkel zugrunde. Das Großkapital beginnt die Politik zu finanzieren, wodurch es die Möglichkeit bekommt, die Regierung zu beeinflussen. Konkret geschieht dies durch die Einsetzung von Protegés in wichtige Ämter, die sodann für eine Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zum Vorteil des jeweiligen Clans sorgen.

Umverteilt werden Eigentums- und Verfügungsrechte an ursprünglichem Staatseigentum mittels intransparenter oder konkurrenzfreier Ausschreibungen. So geschehen im Falle der Privatisierung von Kryworischstal im Interesse der Holding von Wiktor Pintschuk und Rinat

Achmetow oder der Privatisierung der Ukrtelekom zum Nutzen der »Familie« Janukowytschs. Dasselbe gilt auch für Verfügungsrechte ohne formelle Privatisierung, wie bei der Übergabe von Titanlagerstätten an Dmitro Firtasch.

Auch um die Verteilung finanzieller Ressourcen des Staates geht es. So etwa, wenn der Staat seine Ankäufe zum Vorteil bestimmter oligarchischer Clans tätigt. Ein typisches Beispiel sind die staatlichen Kohlekraftwerke, die ihren Brennstoff in den Betrieben Achmetows und der »Familie« Janukowytschs einkaufen.

Darüber hinaus werden auch immaterielle Werte, aus denen die Clans Geld machen, verteilt, etwa Frequenzen oder Lizenzen. So wurden Abbaulizenzen für Bodenschätze und Gas an den Familienclan von Janukowytsch vergeben oder Fernsehfrequenzen an Medienunternehmen, die unter seiner Kontrolle stehen.

Ihren politischen Einfluss üben die Oligarchen über mehrere Kanäle aus.

Am ergiebigsten ist es in einer Präsidentialrepublik, wenn man jemanden von den eigenen Leuten auf den Sessel des Staatspräsidenten hievt. Auf diese Weise entstanden die Imperien von Wiktor Pintschuk und Aleksander Janukowytsch. Auch Rinat Achmetows Unternehmensgruppe machte einen Riesensprung, als seine Kreatur Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten gewählt wurde. Sein eigenes Abgeordnetenmandat wurde daraufhin zweitrangig. Tatsächlich legte Achmetow 2012 sein Mandat nieder, wobei er in den fünf Jahren als Parlamentarier insgesamt nur bei einer (!) Sitzung der Verchovna Rada anwesend gewesen war, und zwar bei der allerersten, als er den Text seines Amtseides unterschreiben musste. Aleksander Janukowytsch war überhaupt nie Abgeordneter.

Eine zweite Art des politischen Einflusses ist die Delegation von Vertretern ins Parlament. Diese verteidigen die Interessen der entsprechenden Gruppierung sowohl in der Gesetzgebung, indem sie eine Lobby für die benötigten Gesetze bilden, als auch in der Regierung, sofern die Verfassung zum gegebenen Zeitpunkt eine Mischform von Präsidentialrepublik und parlamentarischer Republik vorsieht. Neben passenden Ministern ist es für die Oligarchen wichtig, ergebene Leute auch an den Schaltstellen der staatlichen Regulierungsbehörden zu haben, egal, ob es um den Energiemarkt oder die Telekommunikation geht.

Ebenso ist es für die oligarchischen Clans von Bedeutung, dass sie in den staatlichen Gewaltorganen ihre Vertreter haben. Rinat Achmetow

hatte seinen ersten stellvertretenden Generalstaatsanwalt Renat Kusmin, Petro Poroschenko hatte Wiktor Schokin, und Pawlo Lasarenko hatte Grigori Worsinow.

Sich einen eigenen Fußballklub zu kaufen, dient nicht nur der Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes, sondern auch als Möglichkeit, das Volk zu erreichen. Fußball ist eine Kommunikationsplattform, eine solide Grundlage für Beliebtheit in der jeweiligen Region. Wenn man hinzunimmt, dass ein Oligarch in seinen Betrieben möglicherweise Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Wähler beschäftigt, so steht dadurch seiner Wahl zum Parlamentsabgeordneten – oder der seiner Manager – nichts mehr im Wege.

Zudem kann man als Eigentümer eines Fußballklubs die öffentliche Meinung hervorragend manipulieren, indem man im Bewusstsein der Menschen die Interessen des Oligarchen mit jenen des Klubs, und somit mit jenen der ganzen Region, gleichsetzt und auf diese Weise auf Regionalpatriotismus setzt. Ein Musterbeispiel für diese Methode bietet der Klub Schachtjor Donezk, den sein Eigentümer Rinat Achmetow dazu benutzt, sich die Sympathie der Bevölkerung in der Region zu sichern.

Ein dritter Faktor, neben dem Einfluss auf Politik und Bevölkerung, ist der Einfluss, der auf die Medien ausgeübt wird. Diese können instrumentalisiert werden, um ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen. So spielte der Fernsehkanal Inter 2009 eine entscheidende Rolle im Wahlkampf von Wiktor Janukowytsh. Medien können aber auch in den Dienst konkreter Geschäftsinteressen gestellt werden, wie 2005, als Wiktor Pintschuk mithilfe des Fernsehkanals ICTV die Attacken der Regierung Tymoschenko abwehren konnte, die das Eisenlegierungskombinat in Nikopol wieder verstaatlichen wollte.

Durch die parallele Beeinflussung von Regierung, Bevölkerung und Massenmedien stehen den Oligarchen mächtige Mittel zur Verfügung, die eigenen Interessen zu fördern.

Wirksame Mittel zur Beseitigung des oligarchischen Einflusses könnten ein Antimonopolkomitee sein sowie eine zu schaffende nationale Untersuchungsbehörde, die sich dem Kampf gegen die Korruption auf höchster und mittlerer Ebene verschreibt.

Hilfreich bei der Bekämpfung der Oligarchie wäre auch eine Infrastruktur zum Schutz der Medien vor Missbrauch durch die oligarchischen Clans. Dies könnte vor allem durch die Gründung eines sowohl

von der Regierung als auch von den großen wirtschaftlichen Interessen unabhängigen öffentlichen Fernsehkanals erreicht werden. Durch objektive Berichterstattung könnte ein solcher Fernsehkanal ein Korrektiv für die gesamte Branche sein. Sobald es nämlich einen unabhängigen Sender gäbe, müssten auch die Medien, die in der Hand der Oligarchen sind, ihre allzu einseitige Berichterstattung aufgeben, sofern sie nicht an Reichweite verlieren wollen.

Eine weitere Maßnahme zur Zurückdrängung der Oligarchen wäre ein Transparenzgesetz für die Medien, sodass das Publikum wüsste, wem letztendlich dieses oder jenes Medium gehört. Im letzten Jahr von Janukowytschs Herrschaft sind mehrere Zeitungen und Fernsehkanäle mit undurchsichtigen Eigentumsverhältnissen auf den Markt gekommen. Erst nach dem Zusammenbruch des Regimes wurde klar, dass hinter der Zeitung *Kapital* der erste Vizepremier und Kassier von Janukowytschs »Familie« Serhij Arbusow, und hinter dem Fernsehkanal 112 der ehemalige Innenminister Witalij Sachartschenko steht.

Die Lösung des Problems der Oligarchie erfordert eine umfassende und langfristige Strategie. Möglicherweise werden mehrere Generationen daran arbeiten müssen, doch gibt es keine Alternative dazu, wenn die Ukraine eine gerechte Gesellschaft aufbauen möchte, in der die europäischen Werte und nicht die Interessen von einigen wenigen »Familien« im Vordergrund stehen sollen.

Aus dem Russischen von Harald Fleischmann

Anton Shekhovtsov

SWOBODA: AUFSTIEG UND FALL EINER PARTEI

Die rechtsradikale Partei Swoboda trat bei den ukrainischen Wahlen von 2012 als Alternative zum politischen Establishment ins Rampenlicht. Swobodas Rolle beim Euromaidan könnte sich allerdings als ihr Schwannengesang erweisen.

Das relativ starke Abschneiden der rechtsradikalen Partei Swoboda bei den Parlamentswahlen von 2012 hat viele Politikwissenschaftler überrascht, selbst jene, deren Forschungsschwerpunkt die zeitgenössische ukrainische Politik ist. Tatsächlich erzielte Swoboda mit 10,4 % der Wählerstimmen das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei seit dem Untergang der Sowjetunion 1991. Selbst wenn einzelne rechtsradikale Politiker vor 2012 den Sprung ins Parlament geschafft hatten, war ihre Zahl doch zu gering gewesen, um eine rechtsextreme Parlamentsfraktion zu bilden. Swoboda war die erste Partei, der das gelang.

Swoboda wurde 1991 in Lwiv (Lemberg) als Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) unter der Führung von Jaroslaw Andruschkiw gegründet. Die SNPU ließ sich 1995 als politische Partei registrieren und nahm danach erfolglos an mehreren Parlamentswahlen teil. Nennenswerte politische Erfolge konnte die SNPU nur 1998 und 2002 verbuchen, als einer ihrer Führer, Oleh Tjahnybok, in die Werchowyna Rada, das ukrainische Parlament, gewählt wurde, wo er Tjahnybok Mehrheitswahlkreise des Bezirks Lwiv vertrat. Es war jedoch Wiktor Juschtschenkos rechter Wahlblock Nascha Ukrajina (Unsere Ukraine) und nicht die SNPU, die 2002 Tjahnybok für die Parlamentswahlen nominierte, ein Zeichen für den beginnenden organisatorischen Niedergang der SNPU; 2004 wurde er wegen einer Hetzrede aus dem Block ausgeschlossen. Er versuchte, der SNPU neues Leben einzuhauchen und übernahm, beginnend mit dem Parteitag der SNPU 2004, den Posten des Parteichefs. Die Partei gab sich den neuen Namen Vseukrayinske obyednannia »Swoboda« (Allukrainische Vereinigung »Swoboda«¹) und nahm noch einige weitere Änderungen vor, die darauf zielten, die Organisation »wieder-

zubeleben« und ihr bei den Wählern zu größerem Ansehen zu verhelfen. Trotz dieser Neuerungen lieferten die Wahlergebnisse der Partei bei den Parlamentswahlen von 2006 und 2007 von 0,36 bzw. 0,76 % keinen Hinweis auf eine wachsende Popularität.²

Swobodas Erfolg bei den Parlamentswahlen 2012

Swobodas Erfolg im Jahr 2012 folgte auf starke Ergebnisse bei den Regionalwahlen 2009 und 2010. Trotz des offensichtlichen ethno-nationalistischen Einschlags der Parteiideologie war dies schwerlich als Hinweis auf eine wachsende Xenophobie oder eine Zunahme des Rassismus in der ukrainischen Gesellschaft zu werten. Es war eine komplexe Mischung mehrerer Faktoren, die zu dem Wahlergebnis von 2012 führte.

Allem voran galt Swoboda als eine der wenigen ukrainischen Parteien, die überhaupt irgendeine Art von Ideologie für sich in Anspruch nehmen konnten. Das problematische Wesen dieser Ideologie, namentlich ihre rechtsradikale Ausrichtung, war für viele Swoboda-Wähler von eher geringer Bedeutung. In einem Klima, das in der allgemeinen Wahrnehmung von einem weitverbreiteten Zynismus aller etablierten politischen Parteien beherrscht war, wo seit langem bloße Meinungsmache an die Stelle echter politischer Ideen getreten war, befand sich Swoboda klar im Vorteil: Die Partei blieb bei ihren Mitte der 1990er Jahre gefassten Leitprinzipien, und ihre Führer wichen selten von der Parteilinie ab.

Zweitens wurde Swoboda als neue und radikale politische Kraft angesehen, als echte Alternative zur bestehenden Opposition gegen die herrschende Partei der Regionen und Präsident Wiktor Janukowytsh. Diese Opposition bestand zu jener Zeit aus der Partei Batkiwschina (Allukrainische Vereinigung »Vaterland«), formell geführt von Olexandr Turtschynow und Arsenij Jazenjuk anstelle der damals inhaftierten Julija Tymoschenko, sowie der Partei Nascha Ukrajina unter Führung von Wiktor Juschtschenko. Was diese Parteien betraf, herrschte unter den Wählern ein gewisser Überdruß: Politiker beider Parteien waren bereits an der Macht gewesen, ihre Leistung wurde aber als enttäuschend angesehen. Die Forderung nach einer neuen Politik war einer der ausschlaggebenden Faktoren für den Wahlerfolg von Vitali Klitschkos UDAR (Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen), die 2012 zum ersten Mal ins Parlament einzog und 14 % der Stimmen auf sich vereinte.

Drittens profitierte Swoboda erheblich vom Niedergang der etablierten nationalistischen Partei Nascha Ukrajina und vom Popularitätsschwund Juschtschenkos. Der Niedergang Juschtschenkos und seiner Partei schuf im rechten Teil des politischen Spektrums ein Vakuum, das Swoboda erfolgreich besetzte. Außerdem musste sich Swoboda nicht mit anderen nationalistischen Parteien, die ihre Glaubwürdigkeit verloren hatten oder sich in Auflösung befanden, um diese Nische streiten.

Viertens genoss Swoboda seit 2010 eine wachsende Medienpräsenz. Ihre Vertreter tauchten nun oft in populären Fernsehsendungen von TV-Kanälen auf, die direkt oder indirekt von Präsident Janukowytsch und der von Ministerpräsident Mykola Asarow geführten Regierung kontrolliert wurden. Man darf wohl mit einigem Recht annehmen, dass Janukowytsch mit der Förderung von Swoboda die Absicht verfolgte, den etablierten Oppositionsparteien zu schaden. Tatsächlich ging Swobodas Vormarsch, wie die vorgezogenen Regionalwahlen im Bezirk Ternopil zeigten, auf Kosten der Unterstützung für die etablierten Oppositionsparteien. Janukowytschs Regierungsapparat wollte sich dies zunutze machen und instruierte vermutlich die Leitung bestimmter Fernsehsender (in erster Linie Inter und Pershy Natsionalny), regelmäßig Vertreter von Swoboda in TV-Sendungen einzuladen.³

Fünftens stärkte die Zusammenarbeit Swobodas mit etablierten politischen Parteien im Rahmen des Komitees gegen Diktatur, das als Reaktion auf die politische Verfolgung Tymoschenkos ins Leben gerufen worden war, sowie mit anderen gegen Janukowytsch gerichteten Organisationen ihre politische und gesellschaftliche Legitimität und folglich ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Außerdem erklärte Swoboda im Vorfeld der Wahlen, dass sie mit »Vaterland« und UDAR im Parlament zusammenarbeiten würde. Daher konnten Wähler, die gegen die Partei der Regionen und die Kommunistische Partei der Ukraine waren, zwischen Gemäßigten (»Vaterland«, UDAR) und Radikalen (Swoboda) wählen, ohne befürchten zu müssen, dadurch die Stimmen der Opposition zu spalten.

Sechstens führte Swoboda, im Kielwasser einer Welle von Protesten zwischen 2010 und 2012, einen dynamischen Wahlkampf. Vor allem legte die Partei dabei das Schwergewicht nicht so sehr auf die Mobilisierung in ihrer Hochburg in der Westukraine, sondern in der Zentralukraine und steigerte nach und nach die Zahl der Proteste in der Ost- und Südukraine, wo der ukrainische Ethno-Nationalismus auf breite Verurteilung stieß.

2011 wurde ein Drittel der Proteste von Swoboda in den »fremden« östlichen Regionen veranstaltet, 2012 fanden 14 % der Proteste in der nicht minder »fremden« Südukraine statt.⁴

Schließlich kam Swoboda die Politik von Janukowytsch und der Partei der Regionen zugute, die als unpatriotisch und anti-ukrainisch angesehen wurde. Zuvörderst das Kharkiv-Abkommen, das den Pachtvertrag für den russischen Marinestützpunkt auf der Krim bis 2042 verlängert (der alte sollte 2017 enden), hatte nationalbewusste Wähler erzürnt und ihre Wahlentscheidung radikalisiert, ebenso wie die Verabschiedung eines Gesetzes, das die russische Sprache in Regionen, in denen sie mehrheitlich gesprochen wurde, in den Rang einer Amtssprache erhob.⁵

Der letzte Punkt offenbart die Doppelnatur der Ideologie Swobodas, die einerseits aus dem die Partei definierenden Rechtsradikalismus und andererseits aus einem evidenten Ethos des nationalen Befreiungskampfes gegen eine äußere Bedrohung (Russland) und eine »innere Kolonisierung« besteht.⁶

Laut Cas Mudde ist der rechtsradikale Populismus »eine Kombination aus drei ideologischen Kernmerkmalen: Nativismus, Autoritarismus und Populismus«⁷. Nativismus lässt sich in Muddes Worten verstehen als »eine Ideologie, der zufolge Staaten nur von Mitgliedern der eingeborenen Gruppe (der ›Nation‹) bevölkert werden sollten und nicht-einheimische Elemente (Menschen und Ideen) für den homogenen Nationalstaat eine fundamentale Bedrohung darstellen«⁸. Swobodas Ideologie weist alle drei Merkmale auf, aber ihr Nativismus überschneidet sich mit dem Streben nach nationaler Befreiung. In diesem Sinn lässt sich Swoboda – bis zu einem gewissen Grad – mit der rechtsextremen Vlaams Belang (Flämisches Interesse) in Belgien vergleichen. Auch die Ideologie dieser Partei hat einen Doppelcharakter: Sie weist die drei rechtsradikalen Merkmale auf, ihr Nativismus überlappt sich aber mit einer separatistischen Vision für Flandern.

»In den letzten 20 Jahren«, so drückt es Andreas Umland aus, »haben führende russische Politiker und Intellektuelle wiederholt explizit oder implizit zu verstehen gegeben, dass sie die bestehende Staatsgrenze [der Ukraine] nicht als dauerhaft betrachten.« Dies stelle, so Umland, »eine reale äußere Gefahr für die Ukraine dar«, und für viele ukrainische Wähler hat Swobodas nachdrückliche Thematisierung dieser Bedrohung ihren Rechtsradikalismus in den Hintergrund gedrängt.⁹

*Swobodas europäische Verbindungen:
von Rechtsradikalen zu Neonazis*

Swobodas nationales Befreiungsethos war immer ein Produkt für den heimischen Konsum, und es gibt keinen Beleg dafür, dass die Partei je mit irgendeiner anti-imperialistischen Bewegung oder Partei außerhalb der Ukraine zusammengearbeitet hätte. Gleichzeitig suchte Swoboda die Kooperation mit rechtsextremen europäischen Parteien und hat ihre europäischen Verbindungen für Öffentlichkeitsarbeit, Imagepflege und Propagandazwecke genutzt.

Im Jahr 2000 nahmen SNPU-Führer Kontakt zu Euronat auf, ein Zusammenschluss rechtsextremer europäischer Parteien, deren erklärtes Ziel es war, »alle nationalen und patriotischen politischen Parteien und Bewegungen in Europa zu verbinden«¹⁰. Im selben Jahr nahm Jean-Marie Le Pen, damals Chef des französischen Front National, am Parteitag von Swoboda teil.¹¹

Euronat war zwar nur ein kurzlebiger Zusammenschluss, Swoboda hielt jedoch die Kontakte zum Front National aufrecht. Es waren die Image-Berater des Front National, die Ratschläge anboten, wie sich die SNPU in eine respektablere Partei verwandeln ließe. Entsprechend gab die SNPU-Führung der Partei 2004 einen neuen »Markennamen«.

Die Kontakte zwischen Swoboda und ihren Gegenstücken in der EU intensivierten sich nach dem Erdrutschsieg der Partei im Jahr 2009 noch weiter, als sie bei der vorgezogenen Bezirksratswahl von Ternopil 34,7 % der Wählerstimmen errang. Der zweitstärkste Wettbewerber, das Einige Zentrum, erhielt nur 14,2 %.¹² Nach der Wahl reiste Tjahnybok nach Straßburg, wo ihn Le Pen und Bruno Gollnisch, der Generaldelegierte des Front National, zu Swobodas Sieg beglückwünschten. In Straßburg traf sich Tjahnybok auch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus rechtsradikalen europäischen Parteien wie der österreichischen FPÖ, der bulgarischen Ataka, der Vlaams Belang sowie den italienischen Parteien Forza Nuova und Fiamma Tricolore.¹³

In der zweiten Hälfte des Jahres 2009 reiste Tjahnybok nach Nanterre, wo er mit Le Pen eine Kooperationsvereinbarung zwischen Swoboda und dem Front National unterzeichnete. Darin schrieben sich die beiden Parteien das Ziel auf die Fahnen, für die »Bewahrung der nationalen Identität und Kultur [der Ukraine und Frankreichs], die Eindämmung des Immi-

granzustroms und die Bewahrung nationaler christlicher Werte der europäischen Nationen« zu sorgen.¹⁴

Ende 2009 fuhr Tjahnybok nach Rom, um am Parteitag von Fiamma Tricolore teilzunehmen. Ein paar Monate vor seiner Romvisite hatte Fiamma Tricolore gemeinsam mit dem Front National, der ungarischen Jobbik-Partei, den schwedischen Nationaldemokraten und dem belgischen Front National die Europäische Allianz der nationalen Bewegungen (AENM) gegründet, ein weiterer Zusammenschluss rechtsradikaler Parteien in der Europäischen Union. Vertreter der AENM fanden sich ebenfalls auf dem Parteitag von Fiamma Tricolore ein, und Tjahnyboks Gespräche mit ihnen führten 2010 zu der Entscheidung der AENM, Swoboda einen Beobachterstatus einzuräumen.¹⁵

Im Januar 2010 pflegte Swoboda weiter eifrig ihre internationalen Beziehungen. Thibaut de La Tocnaye vom französischen Front National besuchte Kiew und nahm an einer gemeinsamen Tagung mit der Führung von Swoboda teil; ein paar Tage später reiste Tjahnybok nach Straßburg, um der ersten Pressekonferenz der AENM beizuwohnen. Mittlerweile war die AENM auf acht Parteien angewachsen: Neben den Gründungsmitgliedern gehörten ihr nun auch die British National Party (BNP), der spanische Movimiento Social Republicano und Portugals Partido Nacional Renovador an.

Die gemeinsame Erklärung der AENM rief auf zur »Schaffung eines Europas freier, unabhängiger und gleicher Nationen im Rahmen einer Konföderation souveräner Nationalstaaten, die keine Entscheidungen über Angelegenheiten fällt, die angemessener von den Staaten selbst getroffen werden«¹⁶. Im weiteren Verlauf des Jahres 2010 fuhren Vertreter von Swoboda nach Graz, um sich mit Armin Sippl von der FPÖ und Gerald Grosz vom Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) zu treffen.¹⁷ Von da an bis zum Beginn des Jahres 2013 waren Swobodas Beziehungen zur extremen europäischen Rechten relativ stabil.

Im Januar 2013 jedoch sagte Mateusz Piskorski, ein ehemaliges Mitglied der nationalpopulistischen polnischen Partei Samoobrona (Selbstverteidigung), einem ukrainischen Nachrichtenkanal, Swoboda sei aus der AENM ausgeschlossen worden, weil sie »eine Art Pathologie hitlerischer Prägung« aufweise; die Partei habe »keine Freunde in Europa mit Ausnahme vielleicht der deutschen Neofaschisten«.¹⁸ Piskorskis Beschreibung von Tjahnyboks Partei war offensichtlich übertrieben, da Swoboda nicht

nur mit mehreren rechtsradikalen europäischen Parteien kooperierte (und, wie oben erwähnt, sogar bereits während der Zeit der SNPU eine Zusammenarbeit mit dem Front National pflegte), sondern auch nicht als Neonazi-Partei betrachtet werden konnte.

Swoboda bestritt Piskorskis Vorwürfe umgehend und verwies auf den Generaldelegierten des Front National, der Swobodas fortdauernde Beteiligung an der AENM bestätigt habe.¹⁹ Doch der Hinweis auf Gollnisch war fragwürdig, da Swoboda an einigen wichtigen Treffen der AENM 2012 nicht teilgenommen hatte,²⁰ während Gollnisch selbst weder Piskorskis noch Swobodas Darstellung je öffentlich kommentierte.

Im März 2013 zog Béla Kovács, Schatzmeister der AENM und Jobbik-Abgeordneter im Europäischen Parlament, einen Schlusstrich unter die Konfusion über Swobodas Beziehung zur Allianz. Kovács richtete ein offizielles Schreiben an Tjahnybok, in dem er sich aufs Schärfste darüber entrüstete, dass Mitglieder von Swoboda mutmaßlich Demonstrationen gegen ethnische Ungarn in der (einst teilweise zu Ungarn gehörigen) Karpatenukraine organisiert hatten.²¹ Kovács teilte Tjahnybok am Ende seines Briefes mit, dass die AENM Swobodas Beobachterstatus beendet habe und keinerlei Interesse mehr an einer wie immer geartete Zusammenarbeit mit der Partei hege.

Nachdem Swoboda ihren Beobachterstatus bei der AENM eingebüßt hatte, begann sie sich nach neuen Verbindungen in die EU umzusehen. Ein paar Tage nach Kovács' Brief nahm Taras Osaulenko, Swobodas Leiter für internationale Beziehungen, an der Konferenz *Vision Europa* teil, die von der Svenskarnas Parti (Partei der Schweden) in Stockholm veranstaltet wurde. Diese Partei, geführt von Stefan Jacobsson, wird gewöhnlich als faschistische oder Neonazi-Organisation beschrieben.²² Sie war 2008 von Mitgliedern der heute aufgelösten Nationalsocialistisk Front gegründet worden. Hauptredner auf der Konferenz war offenbar Udo Pastörs, damals stellvertretender Bundesvorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der bedeutendsten nach 1945 entstandenen Neonazi-Partei.

Ein weiterer Sprecher auf der Konferenz war Roberto Fiore, Führer der faschistischen italienischen Partei Forza Nuova. Unter den anwesenden europäischen Gästen waren ferner: Jonathan Le Clercq von der französischen Vereinigung Terre et Peuple (Land und Volk), Daniel Carlsen, Führer der Danskernes Parti (Partei der Dänen) und Gonzalo Martín

García, zuständig für auswärtige Beziehungen bei der spanischen Democracia Nacional.

Die Verbindung zwischen Swoboda und Fiore festigte sich im Mai und Juni 2013 weiter. Am 23. und 24. Mai besuchten Osaulenko und der Swoboda-Abgeordnete Andrij Illenko auf Einladung von Fiore Rom, um mit der Führung von Forza Nuova eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien zu besprechen. Swobodas Vertreter besuchten auch das Jugendlager der Forza Nuova, und Illenko hielt eine Rede über Geschichte und Ideologie seiner Partei und über seine Vorstellungen, wie die beiden Parteien ihre Kräfte bündeln könnten in ihrem »Kampf gegen die liberalen Kräfte des Multikulturalismus und die Zerstörung der nationalen Traditionen der europäischen Zivilisation«²³.

Vom 19. bis 21. Juni besuchte eine Delegation der Forza Nuova, darunter ihr Führer Roberto Fiore, die Ukraine. Die italienischen und ukrainischen Ultrationalisten diskutierten die Schaffung einer neuen Gruppe nationalistischer europäischer Bewegungen, um »eine neue Dynamik und strategische Kooperation zu entwickeln mit dem Ziel, in Europa eine neue politische Klasse zu schaffen«²⁴. Vermutlich sollte dieser neue Zusammenschluss die Organisationen vereinigen, die an der Konferenz *Vision Europa* in Stockholm teilgenommen hatten.

Unterdessen besuchte ein anderes Parlamentsmitglied von Swoboda, Mychajlo Holowko, den Sächsischen Landtag, um mit der NPD zu konferieren. Holowko überbrachte Grüße von Tjahnybok und dem Swoboda angehörenden Bürgermeister der ukrainischen Stadt Ternopil, Serhij Nadal. Bei diesem Besuch kamen die Ukrainer mit der NPD überein, die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Parteien und Parlamentariergruppen zu stärken.

Es bleibt abzuwarten, ob Swobodas Besuche bei ihren Schwesterparteien in Europa zur Schaffung einer neuen paneuropäischen Bewegung von Ultrationalisten beitragen werden. Keine der Parteien, die bei der Konferenz *Vision Europa* vertreten war, ist Mitglied in der AENM, und Fiores Forza Nuova dürfte kaum mit dem AENM-Mitglied Fiamma Tricolore zusammenarbeiten, von der sie sich 1997 abgespalten hat. Fiores vorangegangenes Projekt einer faschistischen »Ökumene«, die Europäische Nationale Front, die Vertreter von Forza Nuova, der NPD, der rumänischen Noua Dreapta (Neue Rechte), der griechischen Partei Goldene Morgenröte und der spanischen La Falange vereinte, ist gescheitert. So

erscheint es naheliegend, dass Swobodas europäische Schwesterparteien außerhalb der AENM eine neue Dachorganisation brauchen.

Swoboda und der Euromaidan

Swobodas aktive Beteiligung an den pro-europäischen, pro-demokratischen Protesten, die sich seit Ende November 2013 in Reaktion auf Janukowytschs Kehrtwende bei der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU entwickelt haben, mag doppelt paradox erscheinen.²⁵ Allem voran waren die ehemaligen und gegenwärtigen Schwesterparteien von Swoboda in der Europäischen Union – seien sie nun mit der AENM oder mit dem sich herausbildenden rechtsextremen Bündnis um Roberto Fiore liiert – immer gegen die EU und ihre liberalen demokratischen Werte von Freiheit und Gleichheit. Zweitens hat Swoboda selbst Kritik an der Europäischen Union geübt und die europäische Integration der Ukraine abgelehnt. Die Annäherung der Ukraine an die EU impliziere, so argumentierte der Swoboda-Abgeordnete Andrij Illenko 2010, die »Akzeptanz einer kosmopolitischen Ideologie, die Auflösung in ein modernes liberales Imperium und die Unterwerfung unter den schleichenden Verlust der nationalen Identität«²⁶.

Warum also hat Swoboda die in ihrer Gesamtheit nun als Euromaidan bekannten pro-demokratischen und pro-europäischen Proteste überhaupt unterstützt? Was hat die Führung der Partei dazu getrieben, sich hinter jene Ukrainer zu stellen, die angeblich danach trachteten, die Ukraine im »Ozean transnationaler Kapital- und Migrationsflüsse aufzulösen«?²⁷ Die folgenden drei Erklärungen scheinen am erwägenswertesten: 1. Swoboda sieht die europäische Integration als definitive Abkehr von allen russisch geführten eurasischen Integrationsprojekten; 2. die Partei hat die pro-europäische Einstellung ihrer Wähler erkannt; 3. Swoboda sieht den Euromaidan, der sich rasch zu einer Revolution entwickelte,²⁸ als Plattform für Eigenwerbung und Propaganda. Betrachten wir diese Hypothesen im Detail.

Die Aussicht auf Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union wurde weithin, nicht nur von der Führung Swobodas, als nahezu unwiderrufflicher Rückzug aus der russischen Einflussosphäre gesehen, wie sie durch die Zollunion von Weißrussland, Kasachstan und Russland und der für 2015 geplanten Eurasischen Union repräsentiert wird. Von Anfang an wurde der Ukraine

die Wahl zwischen der EU und der Zollunion als ein »Nullsummenspiel« präsentiert. Im Februar 2013 sagte der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, dass »ein Land [nicht] gleichzeitig Mitglied einer Zollunion und einer Freihandelszone wie der Europäischen Union sein [kann]«²⁹. Im Oktober erklärte auch Wolf Dietrich Heim, der österreichische Botschafter in der Ukraine, dass sich die Ukraine nicht »auf zwei Gebieten gleichzeitig tummeln kann: als Teil des Abkommens zur Schaffung einer Freihandelszone und als Teil der Zollunion«³⁰. Dasselbe Argument führte auch der russische Präsident Wladimir Putin ins Feld.³¹

Da die wahrgenommene Bedrohung durch Russland immer die mächtigste mobilisierende Triebkraft ihrer Ideologie war, hatte Swoboda keine andere Wahl, als aktiv die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU zu unterstützen. So entspann sich das »Nullsummenspiel«, das »moderne liberale Imperium« wurde als kleineres Übel betrachtet als die Zollunion, »eine Seifenblase zur Wiederbelebung des russischen Imperiums in der neuen alten Sowjetunion«.³²

Es ist daher kaum überraschend, dass, im Vergleich mit allen ukrainischen Parteien, die 2012 ins Parlament gewählt wurden, Swoboda die stärkste pro-europäische Unterstützung unter ihren Wählern genoss. Einer Meinungsumfrage der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation zufolge sprachen sich 71,4 % der Swoboda-Wähler für eine Integration der Ukraine in Europa aus.³³ Bei UDAR und »Vaterland« waren es 69,5 % bzw. 63,8 % der Wähler. Die Frage, ob sie sich als Europäer verstünden, bejahten 51,2 % von Swobodas Wählern; bei den Wählern von UDAR und »Vaterland« waren es 44,5 % bzw. 40,6 %.

Unter den Befragten, die drei von acht Antworten auswählen konnten, was erforderlich sei, um sich als Europäer zu fühlen, erwiderten 46,2 % der Wähler von Swoboda, »demokratische Werte und Menschenrechte zu respektieren«, 31,7 % entschieden sich dafür, »faire demokratische Wahlen zu haben«. Wähler von »Vaterland« und UDAR entschieden sich zu 39,5 % bzw. 38,4 % für die erste Option und zu 21,9 % bzw. 19,2 % für die letztere. Es mag überraschend oder sogar verwirrend erscheinen, dass Unterstützer der rechtsextremen Partei bei den Parlamentswahlen 2012 pro-europäischer und pro-demokratischer eingestellt waren als die Wähler der beiden demokratischen Parteien. Dies gibt jedoch nur auf den ersten Blick Rätsel auf: Bei vielen ukrainischen Wählern ging die Ablehnung russisch geführter Integrationsprojekte mit der Ablehnung anderer

üblicherweise als typisch für die zeitgenössische Kreml-Politik geltender Tendenzen einher, nämlich des Autoritarismus und der Untergrabung einer rechtsstaatlichen Ordnung. So wurde Swobodas radikal negative Haltung gegenüber Putins Russland von vielen pro-demokratischen ukrainischen Wählern als radikale Opposition zu Autoritarismus und Rückständigkeit umgedeutet. Swobodas Führung konnte nicht die deutlich pro-europäische Haltung der Mehrheit ihrer Wähler ignorieren und gab die antieuropäische Rhetorik auf, die die meisten ihrer Wähler hätte entfremden können.

Für Swoboda schienen die Euromaidan-Proteste eine gute Gelegenheit, die populäre Unterstützung zurückzugewinnen, die sie binnen eines Jahres nach dem Wahlerfolg von 2012 eingebüßt hatte. Im Oktober 2012 hatte Swoboda 10,4 % der Wählerstimmen errungen, im November 2013 dagegen hätten ihr nur 5,1 % der Wähler ihre Stimme gegeben.³⁴ Noch dramatischer fiel die Bewertung Tjahnyboks als Präsidentschaftskandidat: von 10,4 % im März³⁵ auf 5,8 % im Mai³⁶ und 3,6 % im November 2013.³⁷

Anfangs stürzte sich Swoboda entschlossen in die Revolution. Der Mut und die Tapferkeit, die ihre Mitglieder (aber nicht nur sie) bei der Verteidigung des Unabhängigkeitsplatzes – dem Herz der Revolution – gegen die Spezialpolizeieinheit Berkut am 9. Dezember 2013 bewiesen, stützte die Moral der Protestierenden. Swobodas Kampfeinheiten sträubten sich jedoch, an den meisten bedeutenden Zusammenstößen mit den Polizeikräften zwischen dem 19. und 22. Januar und dem 18. und 19. Februar 2014 teilzunehmen, obwohl sich einzelne Mitglieder der Partei auch daran beteiligten.

Welche Wirkung hatte Swoboda auf die Revolution? Die Partei und besonders ihr C14 genannter paramilitärischer Flügel unter der Führung des notorischen Neonazis Jewhen Karas unternahm eine Reihe von Aktionen, die Zwist säten: Sie hissten in der besetzten Kiewer Stadtverwaltung rassistische Banner, griffen Journalisten, freiwillige Sanitäter und andere Aktivisten des Euromaidan an, stürzten das Lenin-Denkmal und veranstalteten einen Fackelmarsch zum Gedenken an den umstrittenen ukrainischen Ultranationalisten Stepan Bandera. All diese Aktionen beschädigten die Einheit und das Ansehen des Euromaidan.³⁸ Außerdem rekrutierten die Sicherheitsdienste laut Unterlagen, die Hennadij Moskal, Abgeordneter der »Vaterland«-Partei und ehemaliger stellvertretender Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine, ans Licht brachte, Agenten und

Informanten unter vielen Parteien und Bewegungen, insbesondere Swoboda.³⁹ Von 19 Agenten und Informanten, die mutmaßlich vom Sicherheitsdienst angeworben wurden, waren neun Mitglieder von Swoboda.

Darüber hinaus stellte die Euromaidan-Bewegung Swoboda vor ein unerwartetes Problem: Von Anbeginn an waren die Proteste eine Initiative der Basis. Die Mehrheit der Protestierenden beäugte die Beteiligung der drei größten Oppositionsparteien (»Vaterland«, UDAR und Swoboda) am Euromaidan mit großem Argwohn. Kaum mehr als 5 % der Teilnehmer am Euromaidan in Kiew im Dezember 2013 waren von den Aufrufen der Oppositionsführer mobilisiert worden, und im Januar 2014 war ihr Anteil auf unter 2 % geschrumpft. Außerdem waren im Dezember 2013 und im Januar 2014 unter den Protestierenden in Kiew nur 3,9 % respektive 7,7 % Mitglied irgendeiner politischen Partei.⁴⁰ Die Sorge der Protestierenden, dass die etablierte Opposition die Proteste verraten und den Euromaidan schlicht zur Verbesserung ihrer eigenen Verhandlungsposition benutzen könnte, richtete sich gegen alle Oppositionsparteien, aber besonders gegen Swoboda. Selbst in Lwiv, lange Zeit eine Hochburg von Swoboda, wurde der Parlamentsabgeordnete Jurij Mychaltschyschyn von Studenten, die Ende November 2013 einen lokalen Euromaidan-Protest organisierten, ausgebuht.⁴¹

Tjahnyboks Partei, die die meisten ihrer Aktionen mit den beiden anderen im Parlament vertretenen Oppositionsparteien abstimmte, gleichzeitig jedoch mit verschiedenen Teilen der Bürgerbewegung aneinandergeriet, wurde zunehmend als lärmender Störenfried betrachtet, dessen radikale Rhetorik nicht mit ihren Aktionen zusammenpasste.⁴² »Binnen weniger Wochen«, so drückte es der Journalist Ostap Drosdow in einem Artikel über die »parasitäre Rolle« von Swoboda aus, »hat das Land ein wahres Fiasko jener Partei erlebt, die unverfroren versprochen hatte, die Führung der Revolution zu übernehmen, sich aber stattdessen nicht nur als ihr Hindernis, sondern als ihr dubiosestes Element erwies«⁴³. Zwei Monate nach Beginn des Euromaidan waren weniger als 3 % der Ukrainer der Meinung, dass Tjahnybok einer der Anführer der Proteste werden sollte⁴⁴ – eine Zahl, die nahelegt, dass Swoboda beim Euromaidan praktisch gescheitert war. Selbst wenn es kein komplettes Fiasko war, scheint es Swoboda nicht gelungen zu sein, ihre schwindende Unterstützung durch die Beteiligung an den Protesten gutzumachen. Ende Januar, Anfang Februar 2014 waren nur noch 3,8 % der Wähler bereit, bei Präsi-

denstchaftswahlen Tjahnybok ihre Stimme zu geben und nur noch 5,6 % hätten bei Parlamentswahlen Swoboda gewählt.⁴⁵

Swobodas politische Zukunft

Swoboda wurde seit 2010 durch die von Präsident Janukowytsch kontrollierten Medien gefördert, um die demokratische Opposition gegen sein korruptes und autoritäres Regime zu schwächen. Gleichzeitig schaffte Swoboda 2012 den Einzug ins Parlament in erster Linie, weil sie unter den politischen Kräften, die gegen Janukowytsch und die Regierung Asarows kämpften, den Nimbus der radikalsten, zugleich aber einer legitimen Oppositionspartei genoss. Als Parlamentspartei standen die Aussichten gut, dass sich Swoboda von einer Rechtsaußen- zu einer Mitte-Rechts-Partei wandeln und vollständig die Nische besetzen würde, die von der gemäßigt rechten Partei »Unsere Ukraine« aufgegeben worden war. Aber Swoboda zog es offensichtlich vor, einen Fuß in beiden Lagern zu behalten. Einerseits schien sie mit der allgemeinen Agenda der nationaldemokratischen Opposition übereinzustimmen; andererseits ließ Swoboda, wie sich an den wachsenden Verbindungen mit den rechtsextremsten Organisationen Europas und der Aufnahme der Neonazi-Bewegung C14 offenbarte, nicht den Wunsch erkennen, den äußeren rechten Rand des politischen Spektrums zu verlassen.

Swobodas ambivalente Positionierung hat sich für die Partei als zerstörerisch erwiesen, besonders während der Abfolge von Ereignissen, die bislang die dramatischsten in der zeitgenössischen ukrainischen Geschichte sind: dem Euromaidan. Als Partei, die der demokratischen Opposition nahesteht, hat sie die Einheit und das Bild der Revolution beschädigt. Als vermeintlich radikale Kraft erwies sie sich in der Konfrontation mit Janukowytschs Regime als zu moderat: Als sich parteilose Demonstranten in Reaktion auf die Brutalität des Regimes radikalisierten und nach mutigen, direkten Aktionen riefen, war Swoboda der Herausforderung nicht gewachsen. Zum Teil aus diesem Grund schwenkten die Sympathien der Protestierenden zum Pravy Sektor (Rechter Sektor), einer politischen Koalition parteiloser rechtsgerichteter Gruppierungen unter Führung von Dmytro Jarosch, die einen Teil der im Allgemeinen nicht-ideologischen Selbstverteidigungsbewegung des Maidan bildete.

Es ist zwar noch zu früh für endgültige Schlussfolgerungen, doch könnte

die ukrainische Revolution mit Swobodas Schwanengesang zusammenfallen. Mit dem Abgang des Janukowytsch-Regimes hat Swoboda seine wichtigste Quelle negativer Wählermobilisierung verloren. Darüber hinaus offenbart die entstehende neue Nation – ungeachtet der Tatsache, dass die Revolution eine ethnisch-ukrainische Färbung hatte – die Züge einer inklusiven bürgerlich-republikanischen statt einer exklusiven ethnischen Nation, nachdem sie – sowohl metaphorisch wie buchstäblich – durchs Feuer gegangen ist. Nach dem tragischen Tod von armenischen, weißrussischen, russischen, jüdischen und georgischen Demonstranten sowie in Anbetracht der Tatsache, dass Vertreter so vieler ethnischer Minderheiten, darunter Krimtataren, gegen das Janukowytsch-Regime kämpften, ist eine nennenswerte öffentliche Akzeptanz für Swobodas ausgrenzende ethnische Rhetorik nur schwer vorstellbar.

Swobodas politische Zukunft hängt jedoch von den nachrevolutionären Entwicklungen in der Ukraine ab. Wenn es dem Land mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft gelingt, die russische Invasion abzuwehren, werden sich der ukrainische Patriotismus und das nationale Befreiungsethos verstärken und Swoboda könnte diese Gelegenheit nutzen, um ihre Unterstützung zurückzugewinnen.

Postskriptum (18. August 2014)

Die nachrevolutionären Entwicklungen in der Ukraine liefern weitere interessante Hinweise auf die Zukunft Swobodas.

Man könnte die vier Kabinettsposten in der Interimsregierung, die Swoboda nach dem Sturz Janukowytschs zugesprochen wurden, als politischen Erfolg interpretieren. Doch war dies fast eine technische Entscheidung: Eine Hälfte des Interimskabinetts musste von den drei ehemaligen Oppositionsparteien gebildet werden, doch Klitschkos Partei UDAR weigerte sich, in die Interimsregierung einzutreten, weil klar war, dass diese unpopuläre Maßnahmen ergreifen würde, und die UDAR befürchtete, an Popularität zu verlieren. Hätte Swoboda keine Ministerposten erhalten, wäre nur eine einzige Partei in der Regierung vertreten gewesen – eine politisch inakzeptable Situation.

Es scheint offensichtlich, dass die ukrainischen Rechtsextremen im Allgemeinen und Swoboda im Besonderen letztlich die Verlierer der Revolution sind. Die populäre Unterstützung für Swoboda war ja bereits,

wie oben gezeigt, vor dem Maidan geschwunden, und der Partei gelang es schlicht nicht, die Revolution zu ihrem Vorteil zu nutzen und die Unterstützung zurückzugewinnen, die sie 2012 hatte. Die wenigen Stimmen, die Swobodas Tjahnybok und Jarosch, der Kandidat des Rechten Sektors, bei der Präsidentschaftswahl 2014 bekamen (1,16% bzw. 0,7%), scheinen nur ein weiterer Beleg für die Verlierer-These. (Es liegt übrigens eine gewisse Ironie darin, dass ein anderer Präsidentschaftskandidat, Wadym Rabinowytsh, der Präsident des Allukrainischen Jüdischen Kongresses, 2,25% der Stimmen auf sich vereinte – mehr als Tjahnybok und Jarosch zusammen.)

Doch müssen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen unter der Prämisse bewertet werden, dass das Wählerverhalten hier weitgehend taktisch war. Insbesondere vor dem Hintergrund der fortdauernden russischen Aggression wuchs in der Gesellschaft der Wunsch, bereits im ersten Wahlgang einen neuen Präsidenten zu bestimmen. Viele Ukrainer hatten das Gefühl, dass es gut für das Land wäre, die Präsidentschaftswahl so rasch wie möglich über die Bühne zu bringen, um sich auf den Kampf gegen die pro-russischen Separatisten zu konzentrieren, und stimmten daher für den populärsten Kandidaten, Petro Poroschenko. So hielten es auch Anhänger der extremen Rechten. In Kiew zum Beispiel, wo die Präsidentschaftswahl gleichzeitig mit den Kiewer Stadtratswahlen abgehalten wurde, zogen es nicht wenige Anhänger von Swoboda vor, Poroschenko als Präsident zu unterstützen, stellten sich bei der Wahl zum Kiewer Stadtrat jedoch weiter hinter Swoboda. Gleichzeitig hat die Partei viele ihrer Unterstützer in Kiew eingebüßt: 2012 erhielt sie bei den Parlamentswahlen in der ukrainischen Hauptstadt 17,33% der Stimmen, doch nur noch 6,5% der Kiewer entschieden sich 2014 für Swoboda.

Es könnte nützlich sein, das Schicksal von Swoboda unter zwei verschiedenen Perspektiven zu erörtern. In der kurzfristigen – und womöglich auch mittelfristigen – Perspektive kann man die Rechtsextremen als Verlierer der Revolution betrachten, weil die Partei mit der Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft angesichts der russischen Bedrohung ihr Monopol auf Patriotismus verloren hat. Es gibt keinen Grund mehr, für Swoboda als vermeintlich einzige patriotische Kraft zu stimmen. Die langfristige Perspektive hängt vom Ausgang der russischen Aggression ab: Wenn sie fort dauert und es der demokratischen Regierung der Ukraine nicht gelingt, das Land zu verteidigen, könnte sich der populäre

Patriotismus radikalisieren und zu einem Ultrationalismus degenerieren. In diesem Falle wären Swoboda oder der Rechte Sektor jedoch nicht notwendigerweise die Nutznießer: Neue rechte Formationen und Bündnisse könnten entstehen, zum Beispiel um den dubiosen Populisten Oleh Ljaschko, der bei der Präsidentschaftswahl im Mai 8,32% der Stimmen gewann. Es könnte dann sein, dass Swoboda sich nicht mehr von ihrem schlechten Abschneiden erholt und sich vielleicht sogar spaltet, während der Rechte Sektor, der sich angeblich von einigen extremistischen Elementen distanziert hat – namentlich von der Sozial-Nationalen Versammlung, die nun lieber mit Ljaschko zusammenarbeitet –, sich mäßigen und stärker dem rechten Zentrum annähern könnte. So oder so liegt der Schlüssel für die künftige Entwicklung der Ukraine im weiteren Verlauf der russischen Aggression. Wenn der Kreml aufhört, die Ukraine anzugreifen und die separatistischen Aktivitäten im Donbas mit Waffen, Geld und Kämpfern zu unterstützen, wird sich die ukrainische Gesellschaft endlich darauf konzentrieren können, einen liberalen, demokratischen Staat aufzubauen, und eine Chance haben, die Rechtsextremen an den Rand zu drängen. Wenn Russland aber seine gegenwärtige Politik fortsetzt, könnte es sich erweisen, dass der Schaden, den die extreme Rechte der ukrainischen Demokratie zufügen kann, nicht ihr größtes Problem sein wird.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Das Wort »Swoboda« bedeutet Freiheit.
- 2 Mehr zur Bedeutungslosigkeit der extremen Rechten in der Ukraine bei Wahlen vgl. Andreas Umland / Anton Shekhovtsov, »Ultraright party politics in post-Soviet Ukraine and the puzzle of the electoral marginalism of Ukrainian ultranationalists in 1994-2009«, in: *Russian Politics and Law* 51, Nr. 5 (2013), S. 33-58.
- 3 Zur erhöhten Medienpräsenz von Swoboda in der Zeit seit 2010 vgl. Anton Shekhovtsov, »Vseukrainskoe ob'edinenie ›Swoboda‹: problema legitimnosti bor'by za vlast'«, in: *Forum novejshey vostochnoevropeyskoy istorii i kul'tury* 10, Nr. 1 (2013), S. 22-63.
- 4 Vgl. Konstantin Fedorenko, »Protestnaya aktivnost' kraynikh pravykh v Ukraine v 2010-2012 gg.: Vseukrainskoe ob'edinenie ›Swoboda‹ v sravnitel'noy perspective«, in: *Forum novejshey vostochnoevropeyskoy istorii i kul'tury* 10, Nr. 1 (2013), S. 99.
- 5 Für eine detailliertere Analyse der Faktoren für Swobodas relativen Erfolg bei den

- Parlamentswahlen von 2012 vgl. Andreas Umland, »A typical variety of European rightwing radicalism?«, in: *Russian Politics and Law* 51, Nr. 5 (2013), S. 86-95; Viacheslav Likhachev, »Social-nationalists in the Ukrainian parliament. How they got there and what we can expect of them«, in: *Russian Politics and Law* 51, Nr. 5 (2013), S. 75-85; Anton Shekhovtsov, »The All-Ukrainian Union ›Freedom‹ (Svoboda) at the 2012 parliamentary elections and a longing for a nationalizing state«, im Druck.
- 6 Zur »inneren Kolonisierung« der Ukraine vgl. Mykola Riabchuk, »Ukraina: ne Afryka. Alescho?«, in: *Zbruc*; <http://zbruc.eu/node/10508> (zuletzt aufgerufen am 8. März 2014).
- 7 Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 22.
- 8 Ebd.
- 9 Umland, »A typical variety of European rightwing radicalism?«, a.a.O., S. 88.
- 10 Miroslav Mares, »Transnational Networks of Extreme Right Parties in East Central Europe. Stimuli and Limits of Cross-Border Cooperation«, Vortrag auf dem 20. IPSA World Congress (Section MT03.377) Fukuoka, 9.-13. Juli 2006; <http://ispo.fss.muni.cz/uploads/2download/fukuoka/Mares.pdf> (zuletzt aufgerufen am 8. März 2014).
- 11 »Istoriya VO ›Svoboda«; www.Svoboda.org.ua/pro_partiyu/istoriya/ (zuletzt aufgerufen am 16. Februar 2014).
- 12 Vgl. die Analyse von Swobodas Sieg bei den vorgezogenen Wahlen zum Bezirksrat Ternopil bei Anton Shekhovtsov, »From para-militarism to radical rightwing populism. The rise of the Ukrainian far-right party Svoboda«, in: Ruth Wodak / Brigitte Mral / Majid KhosraviNik (Hg.), *Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London 2013, S. 256ff.
- 13 *Vseukrains'ke Ob'ednannya ›Svoboda«*, April 2009, S. 2.
- 14 Vgl. »Oleh Tyahnybok: ›Zberezhennya natsional'noi identychnosti yevropeys'kykh na-tsiy – spil'ne zavdannya yevropeys'kykh pravyykh«, in: *Vseukrains'ke Ob'ednannya ›Svoboda«*, Januar 2010, S. 5.
- 15 Da die Ukraine kein EU-Mitglied ist, konnte Swoboda auch keine Vollmitgliedschaft in der AENM erhalten.
- 16 »Alliance of European national movements expands to 9 parties«, in: British National Party; www.bnp.org.uk/news/alliance-european-national-movements-expands-9-parties (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 17 »Zustrichi natsionalistiv v avstriys'komu Gratsi«, in: *Vseukrains'ke Ob'ednannya ›Svoboda«*, März 2010, S. 2.
- 18 Vgl. Oksana Shkoda, »Svoboda« skryvaet svoy proval v Yevrope«, 2000, Januar 2013; <http://2000.net.ua/2000/derzhava/ekspertiza/87027> (zuletzt besucht am 10. März 2014).
- 19 »Svoboda« bula i zalyshayet'sya uchasnykom Al'yansu yevropeys'kykh natsionalistykhrukhiv«, in: *Svoboda*, 11. Januar 2013; www.Svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/035488/ (zuletzt aufgerufen am 16. Februar 2014).
- 20 »Bruno Gollnisch re-elected as president of the Alliance of European National Movements«, in: *Jobbik*, 21. Oktober 2012; www.jobbik.com/bruno_gollnisch_re-elected_president_alliance_european_national_movements (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).

- 21 »Kovács Béla nyílt levele az ukrán magyarygulölokhöz«, in: *Kuruc.info*, 22. März 2013; <http://kuruc.info/r/6/109676/> (zuletzt aufgerufen am 8. März 2014). Diese Information wurde mir in einer E-Mail von Attila Bécsi von Jobbik bestätigt, in der er mir mitteilte: »Swoboda ist aufgrund ihrer anti-ungarischen Äußerungen kein Mitglied der AENM mehr.«
- 22 Vgl. Bo Nylander, *Where Did All the Fascists Go? A Study on the Extreme Right in Lund, Sweden*, Lund University, Frühjahr 2010, S. 11; <http://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordOId=1652931&fileOId=1652933> (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 23 »Delehatsiya ›Svobody‹ vidvidala Rym na zaproshennya italiys'koi partii ›For-tsa nova«, in: *Svoboda*, 25. April 2013; www.Svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/038650/ (zuletzt aufgerufen am 16. Februar 2014).
- 24 »Europa delegazione di FN incontra rappresentanti di Swoboda a Kiev«, in: *Forza Nuova*; www.forzanuova.org/comunicati/europa-delegazione-di-fn-incontra-rappresentanti-di-Svoboda-kiev (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 25 Swoboda war nicht die einzige rechtsextreme Organisation auf dem Euromaidan. Zur Beteiligung anderer rechtsradikaler Gruppierungen vgl. Anton Shekhovtsov / Andreas Umland, »Ukraine's Radical Right«, in: *Journal of Democracy*, Bd. 25, Nr. 3, Juni 2014.
- 26 Andrij Illenko, »Natsiya chy koloniya?«, in: *Svoboda*, 24. Juli 2010; www.Svoboda.org.ua/dopysy/dopysy/015905/ (zuletzt aufgerufen am 16. Februar 2014).
- 27 Ebd.
- 28 Vgl. Anton Shekhovtsov, »The Ukrainian revolution is European and national«, in: *Eurozine*, 13. Dezember 2013; www.eurozine.com/articles/2013-12-13-shekhovtsov-en.html (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 29 Barbara Lewis, Adrian Croft, »EU leaders give Kiev until May to prove it wants to look West«, Reuters, 25. Februar 2013; www.reuters.com/article/2013/02/25/us-eu-ukraine-idUSBRE91O0U420130225 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 30 »Association Agreement with EU to develop Ukraine in general – Austrian ambassador«, Ukrinform, 8. Oktober 2013; www.ukrinform.ua/eng/news/association_agreement_with_eu_to_develop_ukraine_in_general__austrian_ambassador_310813 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 31 »Ukraina ne mozhet byt' odnovremenno i v ES, i v Tamozhennom soyuze, pod-verdil Putin«, ITAR-TASS, 25. Oktober 2013; <http://itar-tass.com/old-ekonomika/711133> (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 32 »Oleh Tyahnybok: ›Mytnyy soyuz zamist ›rayu dlya Ukrainy‹ poklykanny vidro-dyty rosiys'ku imperiyu v novomu-staromu sovyets'komu soyuzi«, in: *Svoboda*, 18. Dezember 2012; www.Svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/035026/ (zuletzt aufgerufen am 16. Februar 2014).
- 33 Vgl. »Stavlennya hromads'kosti do yevropeys'koi intehratsii Ukrainy«, Democratic Initiatives Foundation; www.dif.org.ua/ua/polls/2013-year/mlfgblfblgmkl.htm (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 34 Vgl. »Elektoral'ni namiry vybortsiv Ukrainy shchodo vyboriv do Verkhovnoi Rady«, Kyiv International Institute of Sociology, 27. November 2013; www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=208&page=1&y=2013&m=11 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).

- 35 Vgl. »Elektoral'ni nastroi naseleennya Ukrainy, berezen' 2013«, Kyiv International Institute of Sociology, 15. März 2013; www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=148&page=1&y=2013&m=3 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 36 A.a.O., 17. Juni 2013; www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=173&page=1&y=2013&m=6 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 37 A.a.O., 8. November 2013; www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=210&page=1&y=2013&m=11 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 38 Vgl. Andreas Umland, »How spread of Banderite slogans and symbols undermines Ukrainian nation-building«, in: *KyivPost*, 28. Dezember 2013; www.kyivpost.com/opinion/op-ed/how-spread-of-banderite-slogans-and-symbols-undermines-ukrainian-nation-building-334389.html (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 39 »Plan agenturno-operatyvnykh zakhodiv SBU iz neytralizatsii Maydanu«, Facebook; https://www.facebook.com/hennadii.moskal/media_set?set=a.413175912160791.1073741841.100004051582107 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 40 »Vid Maydanu-taboru do Maydanu-sichi: shcho zminylosya?«, Kyiv International Institute of Sociology, 6 (Februar 2014); www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=226&page=1&y=2014&m=2 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 41 »Lviv students prevent Swoboda leader from addressing 20,000-strong rally«, ZIK, 24. November 2013; http://zik.ua/en/news/2013/11/24/lviv_students_prevent_Swoboda_leader_from_addressing_20000strong_rally_441901 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 42 Vgl. Tatyana Bezruk, »Po odnu storonu barrikad: vklyuchennyye nablyudeniya o radikal'nykh pravykh i levykh na kievskom Evromaidane«, in: *Forum noveyshey vostochnoevropeyskoy istorii i kul'tury*, Nr. 20 (2014), im Druck.
- 43 Ostap Drosdow, »Ruka zdryhnulas«, in: *Dzerkalo tyzhnya*, 14. Februar 2014; <http://gazeta.dt.ua/internal/ruka-zdrignulas-.html> (zuletzt aufgerufen am 10. März).
- 44 »Nastroi Ukrainy« – rezul'taty spil'noho doslidzhennya KMIS ta SOTSIS«, Kyiv International Institute of Sociology, 7. Februar 2014; www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=227&page=1 (zuletzt aufgerufen am 10. März 2014).
- 45 Ebd.

Nikolay Mitrokhin

DIE UKRAINISCH-ORTHODOXE KIRCHE DES MOSKAUER PATRIARCHATS

Zwischen Maidan und pro-russischem Separatismus

Die Ukraine ist ein in ihrer ethnischen Zusammensetzung sehr vielfältiges Land. Noch vielfältiger jedoch ist sie in religiöser Hinsicht. Zudem spielt die Religion, gemessen an den Verhältnissen in anderen aus den Ruinen des Sowjetimperiums hervorgegangenen Ländern, eine außerordentlich starke Rolle. Mehr als 35 000 »religiöse Organisationen« (das sind Kirchengemeinden, Klöster, Seminare, Diözesanverwaltungen) waren zum 1. Januar 2013 registriert. Dabei dominiert, sowohl der Anzahl der Gemeinden als auch der Gläubigen nach, die Orthodoxie. Auf sie entfällt etwas mehr als die Hälfte aller religiösen Organisationen. Allerdings ist sie in drei größere und mehrere kleinere selbständige Kirchen aufgesplittet. An zweiter Stelle folgt der Protestantismus in seinen verschiedenen Spielarten. Die stärkste Präsenz haben Baptisten, die Pfingstbewegung, Adventisten sowie die Charismatische Bewegung (mit 2720, 1635, 1044 bzw. 682 Gemeinden), wobei das bei weitem nicht die einzigen protestantischen Konfessionen sind. Protestanten gibt es im ganzen Land, die größte Konzentration weisen sie jedoch im Osten und Westen des Landes auf. Am drittstärksten ist die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (mit 3917 Gemeinden), die vor allem in Ostgalizien und Transkarpatien beheimatet ist. Außerdem gibt es in den westlichen und zentralen Oblasts der Ukraine (vor allem in Podolien) 1104 römisch-katholische Kirchengemeinden. Neben den christlichen Konfessionen sind die Zeugen Jehovas (643 Gemeinden), der Islam (627) und das Judentum (309) am bedeutendsten.

In vorliegenden Artikel versuche ich zu analysieren, welche Rolle die größte ukrainische Konfession, nämlich diejenige der ukrainisch-orthodoxen Kirchen, die dem Moskauer Patriarchat untersteht, in der ukrainischen Revolution (»Maidan«) und der darauf folgenden »Konterrevolution« gespielt hat. Darunter verstehe ich die separatistischen Unruhen im Osten (in den Regionen Donezk und Luhansk) und Süden (Odessa)

des Landes. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (ich nenne sie im Weiteren »UOK-MP«) umfasste zum 1. Januar 2013 12 906 Gemeinden, Klöster und Bildungseinrichtungen, was mehr als ein Drittel aller in der Ukraine registrierten religiösen Organisationen ausmacht. Der Anzahl der Kirchengemeinden nach liegt sie überall in der Ukraine, mit Ausnahme des Oblast Donezk (wo die Protestanten einen leichten Vorsprung haben) und von Ostgalizien, an erster Stelle. In letzterer Region gab es 1989 bis 1992, bedingt durch den Zerfall der Sowjetunion, einen religiösen Umsturz. Fast alle Gemeinden der UOK-MP kehrten damals zu der heute dominierenden (aber in der Sowjetzeit verboten und daher nur im Untergrund agierenden) Griechisch-Katholischen Kirche zurück oder schlossen sich den konkurrierenden orthodoxen Kirchen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK-KP) oder der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK) an. Deren 4685 bzw. 1247 Gemeinden sind vor allem in Galizien und den anderen Regionen der Westukraine vertreten, im Osten jedoch (und zwar je östlicher, desto mehr) geraten sie der UOK-MP gegenüber ins Hintertreffen.

Dabei haben wir es in der Ukraine nicht überall mit derselben Intensität von Religiosität zu tun. In den Regionen, die von der UdSSR erst zwischen 1939 und 1945 besetzt wurden (also in Transkarpatien, Ostgalizien, der Bukowina und in Wolhynien), liegt sie im postsowjetischen Maßstab außerordentlich hoch, und der Anteil praktizierender Gläubiger entspricht etwa jenem in Polen, Bayern oder Norditalien. Ziemlich ausgeprägt ist sie auch in den Agrarregionen der Nord- und Zentralukraine. Die weiter südlich und östlich liegenden, vorwiegend industriell geprägten Regionen, wo eine säkulare Gesellschaft entstanden ist, sind dagegen deutlich weniger religiös.

Die UOK-MP während der Ereignisse um den Maidan

Einen Monat vor Beginn des Euromaidan erzählte mir der angesehene ukrainische Religionswissenschaftler Wiktor Jelenskij folgende Geschichte. Als für Fragen des Verhältnisses zu den religiösen und anderen gesellschaftlichen Organisationen zuständiger Sprecher der Partei Batkiwschina (Vaterland) musste er im Sommer 2013 auf der Versammlung eines großen Zusammenschlusses von Baptistengemeinden in Donezk eine Rede halten. Dort, wo Wiktor Janukowytsch seine Hausmacht hatte, trat er vor

mehreren Tausend Versammlungsteilnehmern auf die Tribüne und fragte, ob sie die Meinung des Anführers der »Donezker« teilten und so wie er für die Gleichberechtigung der beiden Landessprachen – Russisch und Ukrainisch – eintreten würden. Nachdem er die Zustimmung des Saals registrieren konnte, hielt er seine Rede auf Ukrainisch – was das Publikum mit Applaus quittierte.

Praktisch alle Konfessionen nahmen im Laufe der schließlich siegreichen Revolution des Winters 2013/14 politisch klar Stellung. Sie bekannten sich zur Existenz eines starken und unabhängigen ukrainischen Staats und zu seiner pro-europäischen Ausrichtung. In dieser Hinsicht spiegeln sie, beginnend mit der Orangen Revolution von 2004, nur konsequent den Standpunkt der meisten Gläubigen wider. Wie schon erwähnt, lebt die überwältigende Mehrheit der praktizierenden Gläubigen im Zentrum, im Norden und selbstverständlich auch im Westen des Landes, also in den Gebieten, in denen der Euromaidan schon im November und Dezember 2013 von der Mehrheit der Elite und von den Massen unterstützt wurde.

Im Übrigen ist auch im Osten und Süden des Landes ein großer Teil der Gläubigen, etwa unter den dort stark vertretenen Protestanten, »pro-ukrainisch« und pro-europäisch eingestellt. Auch die zweitgrößte orthodoxe Kirche, die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats, steht vorbehaltlos zur ukrainischen Unabhängigkeit. Nicht zufällig lehnte ihr Oberhaupt Filaret (Dennysenko), der enge Beziehungen zur Dnipropetrowsker politischen Elite (Julija Tymoschenko und andere) unterhält, Ende Januar 2014 eine Auszeichnung durch Janukowytsch ab. Im Wissen um die Einstellung der allermeisten Konfessionen und ihrer Führungspersönlichkeiten zu seiner Person, hatte dieser versucht, sich die einflussreichsten unter ihnen gefügig zu machen. Diese waren zwar bislang nicht gerade durch offene Opposition aufgefallen, aber dass sich Liebe nicht kaufen lässt, zeigten sie im Ernstfall klar und deutlich.

Die Präsenz einer großen Anzahl von Priestern, auch orthodoxen, unter den Teilnehmern des Euromaidan war daher nicht überraschend. Wie schon 2004 versuchten viele Priester an der Basis sowie engagierte Laien und Angehörige der religiösen Intelligenzija, bei voller Unterstützung und Sympathie von Seiten der Kirchenleitungen, dem Land auf seinem Weg nach Europa mit Wort und Tat zu helfen.

Anders ist die Situation bei der größten Konfession des Landes, der UOK-MP. Sie scheint im Augenblick eine Krise durchzumachen.

Ihre wichtigsten Sponsoren – alle aus dem Umfeld von Janukowytsch – und aktivsten Laien befinden sich im Osten und Süden des Landes. Es sind Menschen, für die die Existenz einer unabhängigen Ukraine bis heute eine fragliche Angelegenheit ist. Nicht, dass sie alle gern in Russland leben wollten, aber die Variante einer von Russland halb abhängigen Diktatur à la Transnistrien, nur eben am linken Dnjepr-Ufer gelegen, würde vielen von ihnen wohl eher ins Konzept passen. Genau einen solchen Staat versuchen die pro-russischen Separatisten zu errichten. Sicher ist nur, dass diese Leute nicht nach europäischen Spielregeln leben und als Staatssprache Russisch haben möchten. Andererseits befinden sich sehr viele Kirchengemeinden (und entsprechend auch Gemeindeglieder) der UOK-MP in den zentralen und nördlichen, also im Ganzen europafreundlichen und dabei agrarischen und ukrainischsprachigen Regionen. Auch in der Hauptstadt Kiew teilen das kirchliche Personal und die kirchliche Intelligenzija im Wesentlichen die Ideen des Euromaidan. Gleichzeitig wurden ein Teil der höchsten kirchlichen Würdenträger und bestimmte »orthodoxe Journalisten« von der herrschenden Clique finanziert. Entsprechend mussten die Betroffenen Reden halten und Artikel schreiben, die bei der Mehrheit ihrer Mitbrüder und -schwestern auf Ablehnung stießen.

Noch heikler wurde die Situation durch die Tatsache, dass Janukowytsch, im Unterschied zu Putin, gläubig ist und an den Angelegenheiten der Kirche reales Interesse hat. Der gläubige Teil der »Donezker« Gruppierung, zu der Janukowytsch in den Neunziger- und vor allem in den Nullerjahren selbst gehörte, hatte viel in die Wiedergeburt der Orthodxie nach Moskauer Muster sowohl in der Region Donezk, als auch in der Ukraine insgesamt investiert. Dabei gab sich Janukowytsch keinen Illusionen hin, was die Loyalität der Kirchenführung der UOK-MP ihm gegenüber betraf. Um einen möglichen »Verrat« der Kirche zu verhindern, wurde diese deshalb nicht nur von den staatlichen Behörden und vom Geheimdienst, sondern auch von einem von den »Donezkern« eigens eingesetzten »Aufpasser« – im Russischen »Smotrjastschij« – im Auge behalten. In dieser Funktion fungierte der orthodoxe Oligarch Vadim Nowinskij, der sich später mit Janukowytsch nach Russland absetzen sollte. Der Begriff stammt aus dem kriminellen Milieu und bezeichnet eine wichtige Figur, die die Interessen einer kriminellen Vereinigung in diesem oder jenem Bereich wahrnimmt. »Smotrjastschije« (im Plural)

wurden von Janukowytsch und seiner Gruppierung in den unterschiedlichsten Bereichen platziert, und da konnte, ganz im Sinne ihrer Logik, auch die UOK-MP keine Ausnahme bilden.

Und wie reagierte nun die Führung der UOK-MP auf diese schwierige Situation der Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen des Klerus und der Gläubigen? Auf die einzig richtige Weise, wie ich meine. Bekanntlich ist das Beste, was ein verletzter Reiter in einer kritischen Lage tun kann, die Zügel los- und die Führung dem Pferd zu überlassen, das dann die richtige Entscheidung selbst trifft und den Reiter rettet. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist das Leben des Oberhauptes der UOK-MP dabei zu erlöschen. Während des Maidan saßen die ihm Nächsten entweder an seinem Krankenbett oder verließen es notgedrungen, um Janukowytsch und seinem Team die obligatorischen Zeichen der Aufmerksamkeit zu erweisen.

Die reale Position der UOK-MP-Führung angesichts der politischen Entwicklungen wird allerdings durch die Tatsache verdeutlicht, dass die ukrainische kirchliche Intelligenzija und die Geistlichen in Kiew praktisch einmütig ihre Ablehnung Janukowytschs demonstrierten. Sie verfassten über den Maidan gemäßigt positive Artikel und leisteten persönlich aktiv Unterstützung. Und niemand beeilte sich, ihnen das zu verbieten. Während in der Vergangenheit ähnliche Aktivitäten von Seiten der pro-russischen Aktivisten (und der Kirchenadministration) der UOK-MP heftig kritisiert wurden, so gab es während des Maidan praktisch keinerlei innerkirchliche Kritik an den Liberalen. Sogar die aktiven Unterstützer Janukowytschs im Range von Metropolit, also von Oberhäuptern der Diözesen Donezk und Odessa, die auch Mitglieder des Synods sind, zogen es vor zu schweigen und die Repräsentanten des herrschenden Regimes (zumindest öffentlich) zu meiden.

Diese schon vor zehn Jahren, beim Sieg der Orangen Revolution eingübte natürliche Überlebenstaktik der kirchlichen Obrigkeit bietet die Garantie, dass die UOK-MP auch weiterhin mit den Verhältnissen zurechtkommen wird. Man wird Leute finden, die auch mit der neuen Macht können (da werden die Intellektuellen in den eigenen Reihen in ihrem Element sein), ohne die Sponsoren im Südosten zu vergraulen (allein, dass keiner der Kirchenoberen gegen sie Stellung genommen hat, ist schon gut) und ohne es sich mit dem Moskauer Patriarchat zu verderben (über welches überhaupt niemand auch nur ein Wort verloren hat). Ja,

Pluralismus ist eine gute Sache! Deshalb bleibt die UOK-MP nach wie vor die größte Konfession der Ukraine, die die so unterschiedlich denkenden (und wählenden) Bevölkerungsteile im Westen und Osten, im Norden und Süden anzusprechen vermag.

Generationswechsel an der Kirchengspitze

Am 24. Februar 2014 fasste der Synod der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats den Beschluss, Metropolit Onufrij (Beresowskij) zum Verweser des Bischofsstuhls von Kiew zu ernennen. Vermutlich bedeutet dies, dass das ehemalige Oberhaupt der Diözesen Czernowitz und Bukowina im Laufe des Jahres 2014 die Leitung der größten ukrainischen Kirche übernehmen wird. Ob er diesen Bischofsstuhl tatsächlich auf Lebenszeit übernehmen kann, wird das landeskirchliche Konzil bestimmen, das nach dem Tod des jetzigen Vorstehers der UOK-MP, Metropolit Wladimir (Sabodan), zusammentreten wird.

Die Entscheidung über die Ernennung Onufrijs bedeutete das Ende der Führungskrise, die die UOK-MP in den letzten Jahren gelähmt hatte. Der Kampf zwischen den verschiedenen politischen Richtungen und Generationen im Synod sowie die physische Handlungsunfähigkeit des Kirchenoberhauptes hatten dazu geführt, dass die UOK-MP auf dem Höhepunkt der politischen Krise im Land Gefahr lief, beträchtliches materielles und symbolisches Kapital zu verlieren. In der Nacht auf den 23. Februar etwa lief über die News-Ticker die aufgeregte Meldung, das Kiewer Höhlenkloster, in dem sich das spirituelle und administrative Zentrum der UOK-MP befindet, sei von Formationen der Kiewer »Selbstverteidigung« umstellt, die eine Übergabe des Klosters verlangten. Auch wenn sich rasch herausstellte, dass die bewaffnete Formation nur gekommen war, um das Objekt (wie auch viele wichtige Verwaltungsgebäude) zu bewachen, konnte man die Aufregung der Kirche verstehen.

Nicht von ungefähr hatte der erfahrenste Kirchenmann der modernen Ukraine, das Oberhaupt der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats Filaret, beschlossen, sich die Lage zunutze zu machen. Die UOK-KP unterstützte daher ganz offen das revoltierende Volk. Das ihr gehörende St. Michaelskloster wurde für die Dauer des Maidan zum Lazarett und Rückzugsort für die Demonstranten. So war es nur natürlich, wenn Filaret nach dem errungenen Sieg das angehäuften symbolische auch

in materielles Kapital verwandeln wollte und einen neuerlichen Vorstoß unternahm, eine vereinte Ukrainisch-Orthodoxe Kirche zu bilden.

Die Idee, anstelle der heute existierenden drei ukrainisch-orthodoxen Kirchen eine einzige (und von Moskau unabhängige) Kirche zu schaffen, ist praktisch so alt wie die Unabhängigkeit der Ukraine selbst. Sie wurde und wird von der gesamten ukrainischen politischen Klasse, mit Ausnahme von Janukowytsch und seinen »Donezkern«, unterstützt. Dennoch ist es bisher nicht zu dieser Vereinigung gekommen. Die UOK-MP hat weder die Absicht, sich von Moskau zu lösen, noch sich freischwebend selbständig zu machen. In absehbarer Zeit ist weder mit dem einen noch mit dem anderen zu rechnen. Und zwar aus folgenden Gründen:

Der erste Grund hat mit der Persönlichkeit der Protagonisten der wichtigsten konkurrierenden Kirchen – jener des Moskauer und jener des Kiewer Patriarchats – zu tun. Sie sind langjährige und unversöhnliche Rivalen im Kampf um die Macht über die orthodoxe Gemeinde der Ukraine. Selbst wenn man mit Metropolit Wladimir nicht mehr rechnen kann, so ist Filaret, soweit bekannt, bei bester Gesundheit – und stößt bei den Bischöfen und einem beträchtlichen Teil der Geistlichen der Kirche des Moskauer Patriarchats auf breite Ablehnung. Solange die Möglichkeit besteht, dass er an die Spitze einer vereinten Kirche gelangen und diese genauso strikt kontrollieren könnte wie die UOK-KP, ist eine Vereinigung unwahrscheinlich.

Die einfachen Priester, Laien und sogar ein Teil des Episkopats des Kiewer Patriarchats werden in der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats weit milder gesehen. Der Wechsel von einer Kirche zur anderen ist nichts Ungewöhnliches. Darin liegt der zweite Grund für die Existenz mehrerer orthodoxer Kirchen. Wenn eine Kirchengemeinde oder ein Priester von der diözesanen Obrigkeit (durch Abgaben, sinnlose Personalrotationen oder ganz gewöhnliche Grobheiten) allzu sehr drangsaliert wird, hat sie oder er die Wahl zu bleiben oder zu gehen. Das Bewusstsein dieser Wahlmöglichkeit ist ein wirksames Mittel, um die Macht des Episkopats zu beschränken – was wiederum im Leben der orthodoxen Kirchen zum gravierendsten Problem wurde.

Der dritte Grund hängt mit der Frage nach der kanonischen Autokephalie zusammen. Wenn man diesen Begriff aus dem Kirchenjargon übersetzt, dann ist dies die Frage, ob für die heutige UOK-MP die volle Freiheit von Moskau vorstellbar ist, wenn sie im Gegenzug die Führung

einer vereinten ukrainisch-orthodoxen Kirche (ohne Filaret) übernehmen kann. Wären aber die Bewohner der russischsprachigen Regionen (vor allem von Odessa, der Krim und der Oblasts von Donezk und Luhansk) mit einer derartigen Autonomie überhaupt einverstanden? Oder würden sie sich dann lieber gleich der Russisch-Orthodoxen Kirche anschließen wollen, nach dem Vorbild ausländischer Kirchengemeinden, autonomer Kirchen und Diözesen, wie es sie im Baltikum und in anderen Ländern der Europäischen Union gibt?

Ein Versuch, das erste Problem zu lösen, war die Ernennung von Metropolit Onufrij zum Verweser des Kiewer Bischofsstuhls. Der breiten Öffentlichkeit noch wenig bekannt, kennt man ihn in der UOK-MP als den Mann, der Ende der Achtzigerjahre das Heilige Himmelfahrtskloster von Potschajiw (das Zentrum der Moskauer Orthodoxie in der Westukraine) vor der Übernahme durch Anhänger der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (der heute drittgrößten und relativ unbedeutenden Kraft bei den Vereinigungsbemühungen) gerettet hat. Wie mir Onufrij 1997 selbst erzählte, ließ er sich damals die Bewachung des Klosters einiges kosten, was zu jener Zeit der Unternehmensplünderer zweifellos eine Innovation war. Entschieden trat er gegen die Linie Filarets auf, der 1992 die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche aus der Russischen Kirche herauslösen und autokephal machen wollte. Zwanzig Jahre lang hielt Onufrij eine der größten ukrainischen Diözesen mit heute 400 Gemeinden fest unter Kontrolle und verhinderte ihren »Abfall« von Moskau, wie er in den angrenzenden Gebieten der Westukraine eingetreten war. Das hinderte ihn nicht daran, in einzelnen strittigen Fragen mit den Konkurrenten der UOK-KP praktikable Lösungen zu finden. Besonders Ansehen genießt er unter den rumänischsprachigen Orthodoxen, die einen beträchtlichen Teil seiner Herde ausmachen. Auf diese Weise hat er seine Fähigkeit, in der multiethnischen Gesellschaft der Ukraine erfolgreich zu agieren, unter Beweis gestellt. Im Unterschied zu vielen anderen Mitgliedern des Synods der UOK-MP haftet ihm auch nicht das Skandalon der Homosexualität an, und in der Phase des Konflikts enthielt er sich jeglicher politischer Erklärung.

Onufrij ist damit der ideale Kandidat, um die UOK-MP vor einer Zwangsvereinigung mit den anderen orthodoxen Kirchen der Ukraine zu bewahren. Erste Schritte in diesem Sinn hat er auf dem Synod, der ihn ernannt hat, eingeleitet. Die UOK-MP verurteilte Janukowytsch und setzte

eine weitere Kommission für Verhandlungen mit der Kirche des Kiewer Patriarchats ein. Der Umstand, dass deren Mitglieder aus der zweiten Reihe kommen, zeigt allerdings, dass ihre Bestellung vor allem den Zweck verfolgt, Zeit zu gewinnen, worin Onufrij ein großer Meister ist.

Was die Lösung der langfristigen strategischen Aufgaben betrifft, so ist Metropolit Onufrij, sofern er zum Oberhaupt der UOK-MP auf Lebenszeit gewählt wird (wofür es noch keine Garantie gibt), allerdings nicht der Mann, der überzogene Erwartungen liberaler Kirchenkreise auf eine Europäisierung der ukrainischen Orthodoxie erfüllen könnte. Er ist kein junger Mönch mehr und wurde im Dreifaltigkeitskloster der Stadt Sergiew Possad ausgebildet. Besitz zu sammeln und zu bewahren ist seine Sache, weniger aber, die Jugend für die Kirche zu begeistern, neue kirchliche Arbeitsmethoden zu erproben oder genau definierte Ziele zu erreichen – und schon gar nicht, die UOK-MP zu einem Bruch mit Moskau zu steuern. Die gemäßigt pro-ukrainische Haltung, die er heute vertritt, bedeutet bloß, dass er – im Unterschied zum Metropoliten von Odessa, Agafangel (Savvin), der noch kürzlich auf dem Synod den Vorsitz führte (und ebenfalls am Kiewer Bischofsstuhl interessiert ist) – keine pro-imperialen Erklärungen abgeben und die ukrainische Regierung und Öffentlichkeit nicht gegen sich aufbringen wird.

Andererseits ist das vielleicht gar nicht von Nachteil. Onufrij als Kirchenoberhaupt würde die moskaufreundlichen Priester beruhigen und damit separatistische Strömungen eher schwächen. Gleichzeitig unterhält er gute Beziehungen zu einer Gruppe junger und gebildeter Kirchenmänner, die sich im letzten Jahrzehnt in der Umgebung von Metropolit Wladimir bilden konnte. Für religiöse Intellektuelle (und die Regierenden) verkörpern diese Leute die Hoffnung auf eine Vereinigung der Orthodoxen in der Ukraine. Sie waren es auch, die am 25. Februar mit dem Segen Onufrijs dort, wo die »Himmliche Hundertschaft« erschossen worden war, einen Gedenkgottesdienst abhielten. Sollte dieser Teil des Episkopats unter den Fittichen Onufrijs in kirchenpraktischer und psychologischer Hinsicht stärker werden, wäre das möglicherweise nicht die schlechteste Variante für die ukrainische Orthodoxie in den nächsten Jahren. Nur sollte sich dieser Prozess nicht wieder über Jahrzehnte hinziehen.

*Die Reaktion des Patriarchats in Moskau auf die Ereignisse
in der Ukraine und die Besetzung der Krim*

Die Besetzung der Krim durch Russland geschah, ohne dass die Leitungen der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats dazu auch nur ein Wort gesagt hätten. Am 18. März 2014 unterzeichneten im Kreml in Anwesenheit der Mitglieder der Bundesversammlung in feierlicher Atmosphäre Wladimir Putin und die illegalen politischen Vertreter der Krim und Sewastopols den Akt über den Beitritt dieser Regionen zu Russland. Die Zeremonie und die Rede Putins wurden von den russischen Fernsehkanälen übertragen. Am bemerkenswertesten an diesem Auftritt Putins war die Abwesenheit eines Mannes: jenes Mannes, der diesen (nach Meinung vieler Russen) feierlichsten Akt in der neueren Geschichte Russlands hätte heiligen sollen, nämlich Patriarch Kirill (Gundjajew).

Immer wieder zeigten die Kameras aus unterschiedlichen Blickwinkeln die islamischen Würdenträger und das nominelle Oberhaupt der russischen Juden, Rabbiner Ben Lasar. Sie saßen in der dritten oder vierten Reihe. Etwas weiter hinten, in der sechsten oder siebten Reihe, stach der hohe weiße Klobuk des Metropoliten von Krutizkij und Kolomenskoje, Juvenalij (Pojarkov), der als Vertreter der Orthodoxie gekommen war, aus der Menge hervor. Es besteht aber kein Zweifel, dass dieses ständige Mitglied des Heiligen Synods kein gleichwertiger Ersatz für das Oberhaupt der, nach den Worten Putins, »geistigen Klammer« »der sich von den Knien erhebenden« Nation war. Dieser Umstand wurde aber weder in den russischen Medien noch in den Publikationen des Patriarchats selbst kommentiert oder erläutert. Was könnten die Gründe dafür sein?

Hatte dem Patriarchen die Gesundheit einen Strich durch die Rechnung gemacht? Ganz und gar nicht, denn schon am übernächsten Tag hielt er die Liturgie und predigte. War es die Große Fastenzeit, die den großen Beter für das russische Land in Anspruch genommen hatte? Aber für Juvenalij galt die Fastenzeit ebenso, ohne dass sie ihn am Kommen gehindert hätte. Wollte er vielleicht seinen Protest gegen die Annexion zum Ausdruck bringen? Kaum. In Sachen russischer Nationalismus, und zwar in seiner besonders obskuranten Interpretation, steht Kirill Putin und vielen seiner Mitstreiter in nichts nach. Nur wenige Tage vor der Zeremonie

sprach er mit Befriedigung vom Feldzug Iwans des Schrecklichen gegen Polazk, in dessen Verlauf die jüdische Bevölkerung grauenhaft geplündert und niedergemetzelt wurde.

Allerdings wird bei vernünftig denkenden Menschen (zu denen Kirill zweifellos zählt) die Ideologie zweitrangig, wenn sich am Horizont ernsthafte Probleme auftun. Und das Patriarchat in Moskau steht eben vor der größten Unannehmlichkeit seit einem halben Jahrhundert, nämlich der Aussicht des vollständigen Verlusts seines ukrainischen Teils.

Seit 1992 hat die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats im Rahmen der Russisch-Orthodoxen Kirche einen Autonomiestatus. Das heißt, dass die ukrainischen Bischöfe an den Veranstaltungen der Gesamtkirche teilnehmen, ihren Vertreter in das höchste Gremium der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Heiligen Synod, entsenden und ihre allgemeinen theologischen Grundsätze unterstützen. Alle administrativen und personalpolitischen Entscheidungen aber werden von der UOK-MP in Kiew intern auf ihrem eigenen Synod gefällt.

Nach der Orangen Revolution von 2004, bei der die UOK-MP auf Seiten der pro-russischen Kräfte agierte, kam es innerhalb der Kirche zu rapiden ideologischen Veränderungsprozessen. Der Kiewer Metropolit Wolodymyr holte junge pro-ukrainische Bischöfe in die Kirchenleitung. Trotz des Widerstands eines Teils der alteingesessenen Bischöfe, vor allem aus den südöstlichen Regionen, entstand in Kiew eine veritable »ukrainische Partei«. Sie bestand aus Geistlichen, die schon in der unabhängigen Ukraine aufgewachsen waren, und daher, im Unterschied zu vielen noch in der Sowjetunion geweihten Bischöfen, nicht mehr von einer Wiederrichtung der UdSSR oder des Russländischen Imperiums träumten. Mehr noch, sie dachten über Formen einer zivilisierten Trennung von der Russisch-Orthodoxen Kirche nach, d.h. über die Erlangung ihrer vollständigen Unabhängigkeit oder, um es kirchlich korrekt auszudrücken, der »kanonischen Autokephalie«. Diese Sichtweise wird von der Masse des Episkopats und der Gläubigen geteilt, was ja auch nur die Realität der mehr als zwei Jahrzehnte bestehenden Existenz eines unabhängigen ukrainischen Staates, in dessen Geist sowohl Laien als auch Priester erzogen wurden, widerspiegelt.

Die Autokephalie würde zudem die Verhandlungsposition der UOK-MP im Dialog mit der UOK-KP und den anderen, kleineren orthodoxen Kirchen über eine Wiedervereinigung der ukrainischen Orthodoxen stär-

ken. Diese würde dem Wunsch sowohl der Politiker als auch eines großen Teils der orthodoxen Bewohner der Ukraine entsprechen.

Das Patriarchat von Moskau versucht unter Patriarch Kirill, derartige Stimmungen aktiv zu bekämpfen. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Patriarch Alexius II. (Rüdiger) besuchte Kirill jährlich die Ukraine, wagte sich auch in die westlichen Diözesen, wo sich sein Vorgänger lieber nicht gezeigt hatte, und war häufiger Gast in den östlichen. Kirill hat es sich zur Gewohnheit gemacht, jährlich eine Sitzung des obersten Organs der Russisch-Orthodoxen Kirche, des Heiligen Synods, in Kiew abzuhalten, und hisst vor seiner Residenz neben der russischen auch die ukrainische und die belorussische Fahne. Von der Zentrale herausgegebene kirchliche Dokumente wurden teilweise ins Ukrainische übersetzt. Die ukrainische Seite sah in all diesen Gesten allerdings nichts als Propaganda.

Mit der politischen Krise in der Ukraine während des Winters 2013/14 spitzte sich diese Situation zu. Die im »goldenen Käfig« Wiktor Janukowytschs sitzende UOK-MP war die einzige große Konfession des Landes, die ihn gezwungenermaßen teilweise unterstützte. Aktiv wurden da vor allem die Mitglieder der Pro-Moskau-Partei in der Kirchenleitung. Gleichzeitig jedoch sympathisierte kein geringer Teil der Führung und des Apparats der UOK-MP versteckt oder offen mit den Protesten.

Mit Beginn der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine appellierte Metropolit Onufrij mehrfach an Patriarch Kirill und Präsident Putin, den Krieg zu stoppen. Ähnliche Erklärungen gaben im eigenen Namen auch einige andere Persönlichkeiten der UOK-MP ab, insbesondere der Bischof von Lemberg.

Die Motive der ukrainischen Kirchenoberen scheinen auf der Hand zu liegen. Neben ihren Gefühlen als Staatsbürger, die sie, wie das gesamte ukrainische Establishment und die ukrainischen Intellektuellen, seit der russischen Intervention an den Tag legten, gibt es noch einen praktischen Grund. In einem kriegführenden Land mit dem Image eines Helfershelfers der Besatzer zu leben, ist problematisch – was natürlich umso mehr gilt, wenn man mit den Handlungen Russlands tatsächlich nicht einverstanden ist.

Die Hoffnungen der Führung der UOK-MP auf eine Vermittlung des Moskauer Patriarchen im ukrainisch-russischen Konflikt scheinen nicht unbegründet. Schließlich wird Kirill sowohl in Russland als auch im Ausland schon lange als zweiter Mann im Staat gesehen, zumindest was die Sphäre der Ideologie betrifft.

In der Tat hat Kirill allen Grund zur Sorge. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats ist heute mit 43 % der Kirchengemeinden – das sind fast so viele Gemeinden wie in Russland – ein wesentlicher Bestandteil der Russisch-Orthodoxen Kirche. Sie trägt zwar nichts zum Budget bei, doch ohne sie wäre die Russische Kirche nicht die größte orthodoxe Kirche der Welt, was für die von Kirill so gern betriebenen Spiele mit orthodoxer Geopolitik wichtig ist. Unterstützt wird er darin von Putin im Rahmen von dessen Konzept einer »Russischen Welt«. Schon in naher Zukunft, 2016, soll die weltweit größte orthodoxe Veranstaltung, das Allorthodoxe Konzil, stattfinden, das schon seit Jahrzehnten in Planung ist. Die Russisch-Orthodoxe Kirche will dabei einige für sie essentielle Fragen durchsetzen, und dafür sind das zahlenmäßige Gewicht und die innere Einheit nicht zu vernachlässigen. Nun aber werden diese Pläne von der ukrainischen Krise durchkreuzt.

Denken wir allein an das Problem mit der neuerworbenen Diözese der Krim. Soll man sie aus der Jurisdiktion der UOK-MP herauslösen und direkt dem Moskauer Patriarchen unterstellen? Wie sollte das geschehen? Und wann? Und was geschieht, wenn die UOK-MP nicht einverstanden ist?

Wenn man den wenigen Informationen, die von der Russisch-Orthodoxen Kirche nach außen dringen, glauben darf, dann hat Kirill tatsächlich versucht, Putin zu beeinflussen. Allerdings scheint er sich in diesem Punkt deutlich überschätzt zu haben. Wieder einmal bekam das Patriarchat die Konsequenzen einer Existenz im »goldenen Käfig« zu spüren. Fromme Worte im Fernsehen und zu den Feiertagen sind das eine, wenn aber die Interessen des Staates, wie sie von Putin und seinen Leuten verstanden werden, mit denen der Kirche kollidieren, dann kann die Kirche lange auf ein Einlenken warten ...

Kein Wunder also, wenn Kirill und das ganze kirchliche Zentrum das Spielfeld verlassen haben. Die heiße Phase der Krimbesetzung fiel zudem glücklicherweise im Wesentlichen mit der Großen Fastenzeit zusammen, so dass man einen guten Anlass hatte, sich jeglichen Kommentars zu heiklen Themen zu enthalten. Nicht einmal die Worte »Krim« und »Ukraine« kamen vor der präsidialen Anschlusszeremonie auf der Webseite des Patriarchats vor. Und das Fehlen des Patriarchen im Saal der Bundesversammlung war ein deutliches Anzeichen, dass die Politik des Auf-Abstand-Gehens fortgesetzt werden soll.

Für die Gläubigen der UOK-MP war dies nicht die schlechteste Variante. Im Laufe des Februar und März 2014 kam es dann zu einer mentalen Loslösung von Moskau. Kirchliche Intellektuelle von ukrainischer Seite diskutierten in ihren Publikationen praktische Aspekte der Trennung. Der erste, der die neutrale Haltung der Russisch-Orthodoxen und der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats offen kritisierte, war der Priester und Intellektuelle Vitalij Eismont aus der Diözese Schytomyr, der eine Reihe von Erklärungen abgab und mit Priestern der Kirche des Kiewer Patriarchats gemeinsame Gottesdienste feierte. Die Kirchenleitungen in Moskau und der UOK-MP setzten ihr Schweigen aber auch fort, als sich zwischen März und Mai der dritte Akt der ukrainischen Revolution zu entwickeln begann – der von russischen Agenten in Donezk und Luhansk provozierte separatistische Aufstand und die Unruhen in Charkiw und Odessa.

In diese Ereignisse waren Teile der UOK-MP direkt verstrickt. Im Gebiet Donezk haben sich Priester von den ersten Tagen an auf die Seite der pro-russischen Kämpfer gestellt. Auch in Odessa haben einzelne hochgestellte Kirchenvertreter die pro-russischen Separatisten unterstützt. Der Anführer der radikalen »Pro-Russen« in der Kirche, Vitalij Kaurow, wurde »Volksgouverneur« der Separatisten für das Gebiet Odessa. Ohne die inoffizielle Billigung durch die amtierenden Bischöfe dieser Diözesen, die seit langem als konsequente Anhänger einer Wiedergeburt des Imperiums bekannt sind, wäre das wohl kaum möglich gewesen. Im Gebiet Donezk spielte der dem Patriarchat in Moskau nahestehende mächtige Geschäftsmann Konstantin Malofejew bei der Lenkung der bewaffneten pro-russischen Gruppierungen eine wichtige Rolle. Und der Chef seiner Leibgarde, Igor Girkin (mit Pseudonym Strelkow), der im Januar 2014 den Transport orthodoxer Heiligtümer in die Ukraine begleitet hatte, wurde zum Anführer dieser Kampftruppen. Bei jenen Teilen der Bevölkerung, die die Separatisten unterstützen, handelt es sich zweifellos in beträchtlichem Maß um Gläubige und Priester der UOK-MP. Mehr noch, dem verstorbenen Archimandriten der Diözese Donezk, Sosima (Sokura), ist es zu verdanken, dass sich im Donbas (Gebiete Donezk und Luhansk) in den letzten fünfzehn Jahren ein kirchlich-separatistisches Konzept etabliert hat, das dieser in der Region angesehene Priester entwickelt hat. Es besagt, dass die Kirchengemeinden der Region selbst in dem Fall, dass die UOK-MP die kanonische Autokephalie erhält, sich also ganz legal vom

Patriarchat in Moskau trennt, unter den Fittichen Moskaus bleiben müssen. Und sollte sich Moskau weigern, diese Gemeinden seiner direkten Jurisdiktion zu unterstellen, so müssten sie vorläufig im Rahmen ihrer Diözesen autonom bleiben und auf den Tag warten, an dem Moskau seine Entscheidung revidiert.

Im Grunde verfolgen die pro-russischen Separatisten genau dasselbe Konzept.

Die Lage wird verkompliziert durch die Unklarheit hinsichtlich der Kirchenführung. Solange kein Nachfolger für Wladimir gewählt ist, bleibt offen, wann und in welcher Form ein Beschluss mit der Bitte, die Autokephalie zu gewähren, gefasst werden wird und wie man in Moskau darauf reagieren wird. Das Patriarchat in Moskau wird wohl alles unternehmen, um diesen Prozess hinauszuzögern. Danach wird es – vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit der UOK-KP über eine tatsächliche Vereinigung – um die Aufteilung der Gemeinden und Klöster gehen, denn nicht alle werden dann in der ukrainischen Kirche bleiben wollen.

Was in diesem Fall zu geschehen hat, wurde im Übrigen in der UOK bereits Ende der Neunzigerjahre hinter vorgehaltener Hand diskutiert. Verfechter einer »Donezker« oder »Odessiter« Variante der russischen Orthodoxie wollten schon zu jener Zeit in die UOK-MP gar nicht erst eintreten und taten dies nur aus Mangel an Alternativen. Bereits damals konnte man hören, dass diese Gemeinden die Möglichkeit haben sollten, Strukturen zu bilden, die dem Patriarchat in Moskau direkt unterstellt wären, wie dies bei den russisch-orthodoxen Gemeinden in den Ländern der Europäischen Union der Fall ist. Nun wird man solche Ideen tatsächlich umsetzen wollen, wodurch Moskau voraussichtlich die Oberhand über 10-12 % der heutigen Kirchengemeinden der UOK-MP (einschließlich der Krim) behalten wird. Dieser Prozentsatz wiederum setzt sich zusammen aus etwa einem Drittel ethnisch überwiegend russischer Gemeinden in den Städten und Arbeitersiedlungen im Süden und Osten der Ukraine, weiterhin aus 15-18 % vereinzelter Gemeinden in der übrigen Ukraine; die restlichen etwa 50 % machen jene Gemeinden aus, die durch Eingliederung der Krim-Diözese gewonnen wurden.

All das wäre aber nicht mehr als ein schwacher Trost. Und daher dürfte das Patriarchat in Moskau derzeit von Sorgen geplagt sein. Das kirchlich-geopolitische Projekt der »Russischen Welt« ist an den realen Gegebenheiten eines unabhängigen ukrainischen Staates gescheitert. Zu einem

»Patriarchen der Hoffnungen« hat es Kirill nicht gebracht. Während sein Vorgänger Galizien verloren hat, wird er selbst wohl die gesamte Ukraine verlieren. Das ist die Macht der Verhältnisse und nicht seine Schuld. Wer aber wird das begreifen und angemessen beurteilen?

Aus dem Russischen von Harald Fleischmann

Cyril Hovorun
DIE KIRCHE AUF DEM MAIDAN

Die aktuelle politische und gesellschaftliche Krise in der Ukraine ist die natürliche Folge eines politischen Systems, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den meisten ehemaligen Sowjetrepubliken errichtet wurde. Die Krise belegt, unter welchen Mängeln das postsowjetische politische Modell leidet.

Dieses Modell ist in gewisser Weise eklektisch: Einerseits enthält es Elemente der alten kommunistischen Ideologie und der politischen Traditionen der Sowjetunion, andererseits hat es viel vom Kapitalismus und den politischen Systemen des Westens übernommen. Der Eklektizismus des postsowjetischen politischen Modells bedeutet allerdings nicht, dass es sich bei ihm um ein flüchtiges Übergangsphänomen handelt. Es hat sich bereits verfestigt und genügt sich selbst. Wahrscheinlich ist es gar nicht mehr postsowjetisch, sondern neosowjetisch. Es ist ein System, das flexibler erscheint als das alte sowjetische: Es hat gelernt, andere Systeme zu imitieren und vorzutäuschen, etwas anderes zu sein, als es ist.

Anders als das Sowjetsystem, das von Ideologie dominiert war, ist das neosowjetische System postmodern. Es simuliert Demokratie mithilfe von Manipulationen und der Verwendung einer doppelzüngigen Sprache. Es spielt mit der Auslegung allgemein akzeptierter politischer Begriffe und schneidert sich ihre Bedeutung zurecht, wie es ihm gerade passt. So benutzt das neosowjetische System zwar Wörter wie Demokratie, Gerechtigkeit und Rechte, meint mit ihnen aber etwas anderes.

In letzter Zeit nimmt dieses System auch zunehmend religiöse Züge an. Die neosowjetische Ideologie fungiert als eine Zivilreligion, wie sie von Robert Bellah und seinen Anhängern beschrieben wurde. Diese neosowjetische Zivilreligion enthält u.a. Elemente der alten imperialen Ideologie, des Kommunismus einschließlich des Stalinismus, des orthodoxen Christentums. Staat und Kirche arbeiten in den postsowjetischen Ländern zusammen, um das Credo der neuen Zivilreligion im Dienste der Legitimation des neosowjetischen politischen Modells und seiner Durchsetzung im gesamten postsowjetischen Raum zu propagieren.

Um die Probleme dieses Modells ins Blickfeld zu rücken, muss man zwischen ihrer Ätiologie und ihren Symptomen unterscheiden. Die wahren Gründe für sein Scheitern, wie wir es jüngst in der Ukraine beobachtet haben, sind die Gier und die Arroganz der Regierenden und die stillschweigende Hinnahme paternalistischer Gängelung seitens der Bürger. Das Übrige sind Symptome, darunter der Mangel an Common Sense und das Fehlen einer Meritokratie, die Ungerechtigkeit und Korruption, die Mimikry und der manipulative Charakter der neosowjetischen Politik, die zu totalitären Tendenzen geführt haben. Anders als der sowjetische Totalitarismus, der von Ideologie beherrscht war, ist der neosowjetische postmodern. Das macht ihn allerdings nicht besser. Er kann noch härter und oppressiver sein als der alte, weil er raffinierter und heuchlerischer geworden ist.

Besonders gut ließ sich dies während der jüngsten Entwicklungen in der Ukraine beobachten, als die friedlichen Proteste ukrainischer Bürger auf dem Maidan in Kiew von der Regierung mit brutalen, in der Geschichte der unabhängigen Ukraine bis dahin ungekannten, Mitteln beantwortet wurde, mit Dutzenden von Toten und zahlreichen Gräueltaten.

Die Proteste der Ukrainer in den letzten Wochen des Jahres 2013 wurden durch die Weigerung Präsident Janukowytschs ausgelöst, auf dem Dritten Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius vom 28. und 29. November 2013 das geplante Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Diese Weigerung war jedoch eher der Anlass der Proteste, ihr Hauptgrund war die dramatische Verschärfung der oben erwähnten sozialen Missstände und gesellschaftlichen Übel. Das bedeutet nicht, dass die Ukraine nicht schon vor der Wahl Janukowytschs zum Präsidenten unter diesen Missständen gelitten hätte: Sie waren ein Erbe der Sowjetunion, zu dessen Beseitigung das Land nicht genug unternommen hatte. Die Regierung, die 2010 an die Macht kam, entwickelte sich allerdings bald zu einem zugleich autoritären und kriminellen Regime. Rasch mutierte es von einer typischen postsowjetischen Kleptokratie zu einem Gangsterstaat und kulminierte in einem Terrorregime, das seine eigenen Bürger zu Geiseln nahm, folterte und ermordete.

Ursprünglich hatten die Proteste eine ausgeprägt pro-europäische Agenda, daher das Etikett Euromaidan. Doch es ging dabei um mehr als den Wunsch einer Hinwendung der Ukraine zu Europa. Die Motive der Proteste wurzelten viel tiefer im Streben nach der Durchsetzung elemen-

tarer Werte. Die Hauptagenda des Maidan war letztlich das Eintreten für Menschenwürde. Im Maidan bündelte sich außerdem der Protest gegen die Rückkehr der Ukraine in die sowjetische Vergangenheit. Er war daher auch antisowjetisch, oder besser, anti-neosowjetisch. Im Herzen des gesellschaftlichen Konflikts, der sich im Maidan zeigte, lag nicht so sehr die Spannung zwischen einer pro-westlichen und pro-russischen Ausrichtung des Landes, wie in westlichen Medien häufig fälschlich verbreitet, sondern zwischen den Gegnern und den Befürwortern des neosowjetischen Entwicklungsmodells der ukrainischen Nation. Tatsächlich war es der Konflikt zwischen zweierlei Verständnis von der Rolle des Bürgers in der neuen Gesellschaft: eine, die zum Paternalismus sowjetischen Stils neigt, und eine andere, die auf persönliche Verantwortung und die Würde des Einzelnen Wert legt. Beide Typen lassen sich im Westen und Osten des Landes finden, allerdings ist der Paternalismus sowjetischen Stils im Osten und Süden der Ukraine wohl weiter verbreitet.

Der pro-europäische Charakter des Maidan trat nach und nach in den Hintergrund, als sich die Protestierenden mit der Tatsache abfanden, dass vom Westen jenseits bloßer Erklärungen keine Unterstützung ihrer Sache zu erwarten war. In der Folge eskalierte die Gewalt auf den Straßen Kiews und änderte sich der ursprünglich friedfertige Charakter des Maidan.

Anfänglich hatten die ukrainischen Proteste auf Gewalt verzichtet. Der Maidan war gewissermaßen ein kollektiver Mahatma Gandhi. Die Protestierenden enthielten sich nicht nur selbst gewalttätiger Aktionen, sie versuchten auch, jegliche Provokation durch vom Regime angeheuerte Banden zu unterbinden. Wäre der Maidan nach dem 30. November 2013, als die Studenten zusammengeknüppelt wurden, zu Gewalt übergegangen, hätte er das Regime vielleicht bereits Anfang Dezember stürzen können. Trotzdem entschieden sich die Protestierenden nicht für diesen leichten Weg, dem Prinzip der Friedfertigkeit folgend.

Nachdem die Partei der Regionen und die Kommunisten am 16. Februar 2014 im Parlament diktatorische Gesetze zur Beschränkung der Bürgerrechte verabschiedet hatten, waren die Protestierenden zur Selbstverteidigung gezwungen. Die Unfähigkeit der Führung der ukrainischen Opposition sowie der EU und der USA, einen vernünftigen Plan anzubieten und Sanktionen gegen die übelsten Vertreter des Regimes zu verhängen, bewirkte einen Wandel im Verhalten des Maidan. Im letzten Stadium der Proteste setzten junge Aktivisten der äußersten Rechten und Linken

exzessive Gewalt ein. Manche von ihnen waren vom Regime beauftragte Provokateure, andere jugendliche Draufgänger auf der Suche nach Abenteuer; wieder andere waren von Rachedgedanken verzehrt. Sie drückten jedoch nicht die vorherrschende Stimmung unter den Protestierenden aus.

Die Eskalation der Gewalt des Regimes und die Unentschlossenheit des Westens hätten den Protesten den Garaus machen können. Stattdessen zwangen sie die Gemeinschaft auf dem Maidan, sich auf sich selbst zu besinnen und sich vom Paternalismus zu emanzipieren. Der Maidan verwandelte sich in eine Gemeinschaft freier und verantwortlicher Bürger, die für ihre Würde einstehen und gegen die Gier und Willkür ihrer Herrscher aufbegehren. Wie die mörderischen Ereignisse am Ende zeigten, waren diese Bürger bereit, ihr Blut für ihre Prinzipien zu vergießen. Damit wurden die Vorbedingungen zur Heilung der Krankheiten der ukrainischen Gesellschaft und zu ihrem Wandel in eine Zivilgesellschaft geschaffen. Sollte es dem Maidan gelingen, die Hauptkrankheiten des Landes zu kurieren, werden sich auch die Symptome überwinden lassen.

*

Die ukrainischen Kirchen spielten bei den Protesten keine marginale, sondern eine zentrale Rolle, die eher für die prämoderne Epoche als für das Zeitalter der Säkularisierung charakteristisch war. Darin spiegelte sich der immer noch sehr religiöse Charakter der ukrainischen Gesellschaft, die sich von den Kirchen viel erwartet und auf ihre Stimme hört.

Wenn ich von den ukrainischen Kirchen spreche, so meine ich damit die drei orthodoxen Hauptkirchen. Die größte von ihnen ist die mit dem Moskauer Patriarchat unierte Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (UOK-MP). Sie ist die einzige ukrainische Kirche, die von den Orthodoxen weltweit als kanonisch anerkannt wird. Die zweitgrößte Kirche ist die 1992 gegründete Ukrainisch-Orthodoxe Kirche – Kiewer Patriarchat (UOK-KP), die dritte und kleinste im Bunde ist die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche, die ihren Ursprung in der 1918 initiierten autokephalen Bewegung hat. Daneben gibt es noch die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche, eine dem östlichen Ritus folgende katholische Kirche eigenen Rechts.

In den letzten Jahren vor dem Maidan entfernte sich keine der ukrainischen Kirchen allzu weit vom üblichen neosowjetischen Paradigma

einer besonderen Beziehung zwischen Kirche und Staat, was zwangsläufig auf Kosten ihrer Beziehung zur Gesellschaft ging. Einige von ihnen standen dem Staat näher, wie die UOK-MP, andere weniger, wie die UOK-KP, die sich gleichwohl eine engere Beziehung erhoffte. Aber auch die Griechisch-Katholische Kirche, in ihrer Soziallehre und ihrem gesellschaftlichen Wirken fortschrittlicher als die anderen, verschonte den Staat mit Moralpredigten. Die Lage änderte sich jedoch mit den Protesten auf dem Maidan. Alle Kirchen mussten nun ihre Position im Dreieck von Kirche, Staat und Gesellschaft überdenken, und sie alle gaben der Beziehung zur entstehenden Zivilgesellschaft Priorität, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Am aktivsten bei der Unterstützung des gesellschaftlichen Erwachens zeigte sich die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche. Die UOK-KP zögerte länger, sich hinter die Protestierenden zu stellen, schlug sich dann jedoch energisch auf ihre Seite. Die UOK-MP war um Neutralität bemüht. Manche ihrer kirchlichen Würdenträger und Priester unterstützten offen das Janukowytsch-Regime, andere stellten sich dagegen auf die Seite des Maidan.

Am Anfang der Proteste wurden die ukrainischen Kirchen den Erwartungen der erwachenden Zivilgesellschaft nicht gerecht. Der Maidan forderte und verwirklichte einen Moralkodex, den eigentlich die ukrainischen Kirchen hätten hochhalten müssen, doch das taten sie nicht, als sich das politische Regime von Janukowytsch formierte. Sie alle arbeiteten mehr oder weniger mit den Machthabern zusammen und waren selbst von den gesellschaftlichen Übeln neosowjetischer Gesellschaften befallen. Praktisch alle Krankheitssymptome dieser Gesellschaften lassen sich auch in den Kirchen der ehemaligen Sowjetunion finden, manchmal in noch akuterer Form. So ist beispielsweise innerhalb dieser Kirchen und in ihrem öffentlichen Erscheinungsbild ein Mangel an Common Sense, meritokratischer Gesinnung und Gerechtigkeitssinn zu erkennen. Viele Kirchenführer und -sprecher vertrauen noch immer auf politische Manipulationstechniken und machen ausgiebig Gebrauch davon. Zudem stützen sie sich bei ihren Missionsbemühungen und bei der Erreichung anderer religiöser Ziele stark auf die Macht des Staates, ja sie halten Zwang sogar für das einzig legitime Mittel kirchlichen Wirkens in der Gesellschaft. Die Kirchen versäumen es weitgehend, Gier und Stolz der neosowjetischen Herrscher zu tadeln. Mehr noch, durch ihre Unterstützung neoimperialer Projekte leisten sie diesem Stolz Vorschub. Durch ihre ausdrückliche oder

stillschweigende Billigung der Laster neosowjetischer Gesellschaften legitimieren die Kirchen diese noch. Laster werden gesegnet, verwandelt sich in gesellschaftliche Tugenden und versteinern zu nationalen Traditionen. Das macht es sehr schwierig, sie auszumerzen.

Das politische Verhaltensmodell der Kirchen in den postsowjetischen Gesellschaften ähnelt typologisch dem Fall der orthodoxen Kirche in Griechenland zur Zeit der Militärjunta (1967-1974). Die Junta trat offiziell für das Christentum ein und verfolgte eine rechtsgerichtete religiöse Agenda. Die griechische Kirche schloss sich ganz der Linie der Obristen an und verschloss die Augen vor zahlreichen Gesetzesbrüchen und Verletzungen der Menschenrechte. Mit dem Zusammenbruch des Militärregimes 1974 hatte die griechische Kirche folglich einen Großteil ihrer Glaubwürdigkeit in der griechischen Gesellschaft eingebüßt und wird nach vierzig Jahren noch immer der Kollaboration mit der Diktatur beschuldigt.

Es gibt Ähnlichkeiten zwischen dem Regime Janukowytsch in der Ukraine und der Militärjunta in Griechenland, besonders im Hinblick auf die Beziehung von Staat und Kirche. Die Motive beider Regimes waren verschieden, ihre Methoden bei der Errichtung einer Diktatur ähnlich. Beide usurpierten die Macht, änderten die Verfassung, machten sich die Gerichte gefügig, stützten sich auf die Strafverfolgungsbehörden, um Dissidenten zu unterdrücken, und errichteten eine autoritäre Herrschaft. Eine besonders auffällige Ähnlichkeit ist, dass die Junta nach dem Studentenaufstand an der Polytechnischen Universität von Athen im November 1973 zu Fall kam. Der Maidan trat in seine aktive Phase, als genau vierzig Jahre später die Studenten von Kiew in der Nacht vom 30. November 2013 zusammengeprügelt wurden.

Sowohl die griechische Junta als auch die Regierung Janukowytsch hoben ihre Nähe zur Kirche hervor, deren Interessen sie zu schützen versprochen. Beide verletzten jedoch grundlegende Regeln der Kirche. So erzwang die Junta die Abdankung des alten und kranken Erzbischofs von Athen, Chrysostomos II. (Hadjistavrou), und sorgte stattdessen für die Ernennung des jungen Archimandriten Hieronymos Kotsonis zum Oberhaupt der Kirche. Sie setzte an die Stelle der kanonischen Synode der Kirche eine nicht-kanonische mit weniger Mitgliedern, die von der Regierung bestätigt werden mussten. Die Junta ersetzte außerdem unliebsame Bischöfe durch solche, die ihr genehm waren. Etwas Ähnliches hatte das ukrainische Regime mit den ukrainischen Kirchen vor. Bereits in seinem

ersten Präsidentschaftswahlkampf 2004, den er wegen der Orangen Revolution verlor, verließ sich Janukowytsch auf die Unterstützung der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat. Damals beteiligte sie sich aktiv an seinem Wahlkampf. Als er die Präsidentschaftswahl von 2009 für sich entschied, erklärte er nach außen hin seine Unterstützung für die UOK-MP. 2012 jedoch, am inoffiziellen Beginn des Wahlkampfs für seine Wiederwahl 2015, begann er, sich in die Angelegenheiten der Kirche einzumischen, offenbar mit dem Ziel, sich ihren Rückhalt für 2015 zu sichern. Sein Druck war kaum sichtbar, dafür aber umso heftiger. Im April 2012 beschloss Janukowytsch, das Oberhaupt der UOK-MP, den Metropolitan Wolodymyr Sabodan, durch seinen eigenen Kandidaten zu ersetzen, den er für loyaler hielt. Glücklicherweise gab Metropolitan Wolodymyr dem Druck des Präsidenten nicht nach und blieb trotz seiner angeschlagenen Gesundheit im Amt.

Außerdem ernannte Janukowytsch einen ihm ergebenen Oligarchen, um im Auftrag des Regimes als »Aufpasser« (Smotrjastschij) über die UOK-MP zu wachen. Solche inoffiziellen Beobachter setzte das Regime auch in anderen Bereichen der ukrainischen Gesellschaft und Wirtschaft ein. Sie waren ihm persönlich ergeben und hatten größere Macht als die offiziellen Vertreter. Dieses Mafia-Modell wandte Janukowytsch auf die UOK-MP an. Sein Smotrjastschij mischte sich häufig in die Kirchenangelegenheiten ein und regelte sie nach Lust und Laune, womit er die internen Regeln der Kirche und ihre Freiheit missachtete.

Auch andere ukrainische Kirchen, insbesondere die griechisch-katholische, versuchte Janukowytsch unter seine Kontrolle zu bringen. Schon im Mai 2010 begann seine Regierung, Druck auf die Ukrainische Katholische Universität in Lwiv (Lemberg) auszuüben. Dieser Druck erreichte seinen Höhepunkt im Januar 2014, als das Kultusministerium dem Oberhaupt der Kirche, Erzbischof Svjatoslaw Schewtschuk, einen Brief schrieb, in dem es diesen warnte, seiner Glaubensgemeinschaft könne die staatliche Zulassung entzogen werden. Auf diese Weise wurden alle ukrainischen Kirchen zu Opfern der Regierung Janukowytsch. Alle hatten Grund, sein Regime zu verurteilen – doch nicht alle taten es auch.

Der Maidan aber wurde für die Kirchen der Ukraine zu einer unerwarteten Herausforderung. Sie standen vor der Wahl, sich entweder hinter den Versuch der Regierung zu stellen, die entstehende Zivilgesellschaft im Keim zu ersticken, oder zur ihren Geburtshelfern zu werden. Glücklicher-

weise entschlossen sie sich zu Letzterem. Damit hebt sich die Ukraine von den vielen europäischen Ländern ab, wo aufkeimende Zivilgesellschaften erst mit der Kirche ringen mussten, um sich zu behaupten. So bietet das Land ein außergewöhnliches Beispiel für die konstruktive Rolle der Religion beim Wandel einer posttotalitären Gesellschaft hin zur Demokratie.

Im Lauf der drei Monate währenden Proteste fanden die ukrainischen Kirchen im Hinblick auf die gesellschaftlichen und moralischen Probleme, für deren Lösung sich der Maidan einsetzte, zu einer reiferen Haltung und würdigten und bestärkten den gewaltlosen Charakter der Proteste. Sie unterstützten die moralische Agenda der Protestierenden und verliehen ihr theologische Legitimität. Nun sind die Kirchen aufgerufen, zum Aufbau einer neuen Ukraine beizutragen.

*

Am 3. Januar 2014 veröffentlichte die britische Zeitung *The Guardian* einen von weltweit bekannten Intellektuellen unterzeichneten Brief mit dem Titel »Unterstützt die Ukrainer, damit sie uns beim Aufbau eines gerechteren Europas helfen können«. Darin heißt es, dass »der ukrainische Maidan Europa heute am besten repräsentiert – das, was viele Denker in Vergangenheit und Gegenwart als fundamentale europäische Werte ansehen«. Die Unterzeichner erklärten, die Ukraine benötige »einen europäischen Plan, ähnlich dem Marshallplan, der ihren Wandel zu einer vollgültigen Demokratie und einer Gesellschaft mit garantierten Bürgerrechten gewährleisten würde«.¹

Der ursprüngliche Marshallplan für Nachkriegseuropa setzte die Verurteilung der Ideologien voraus, die zu Faschismus und Nationalsozialismus geführt hatten. Etwas Ähnliches braucht die Ukraine. Nach Erlangung seiner Unabhängigkeit entledigte sich das Land seiner kommunistischen Vergangenheit nicht so radikal wie zum Beispiel die baltischen und mitteleuropäischen Länder. Diese Vergangenheit verfolgt die Ukraine bis heute. Doch das Regime der Partei der Regionen, in Koalition mit ihrem Verbündeten, der Kommunistischen Partei, hat das sowjetische Erbe der Ukraine ad absurdum geführt und eröffnete der Gesellschaft so die Chance, es vollständig zu überwinden.

Das ist jedoch keine leichte Aufgabe. Die ukrainische Gesellschaft ist tief gespalten. Diese Spaltung besteht nicht zwischen dem Osten und dem

Westen des Landes, vielmehr zwischen der pro- und anti-sowjetischen Orientierung seiner Menschen. Mit seiner Aggression unmittelbar nach dem Sieg des Maidan versuchte Russland, sich diese Spaltung zunutze zu machen und das neosowjetische Modell zu stärken.

Die Haltung der ukrainischen Kirchen hinsichtlich der russischen Aggression war einhellige Verurteilung, und dieses Mal brachten sie ihre Sorgen lauter und kohärenter zu Gehör als während der Bürgerproteste auf dem Maidan. In einer Serie von Verlautbarungen verurteilten sie den Separatismus und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine, Stellungnahmen, die umgehend vom Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen, der auch ukrainische Juden und Muslime repräsentiert, verbreitet wurden.

Dabei wurde die mit dem Moskauer Patriarchat unierte Ukrainisch-Orthodoxe Kirche überraschend zum Protagonisten des Kampfes um die territoriale Integrität der Ukraine, nutzte sie doch ihre besonderen Verbindungen zur kirchlichen und politischen Führung Russlands, um auf eine Deeskalation der Situation zu drängen. Der Statthalter (*locum tenens*) der Kirche, Metropolit Onufrij (Beresowskij), schickte an Kirill, den Patriarchen von Moskau, sowie an Präsident Wladimir Putin einen Brief, in dem er dazu aufrief, einen militärischen Konflikt mit der Ukraine zu vermeiden und die territoriale Unversehrtheit des Landes zu wahren.

Indem sie das Wachstum der Zivilgesellschaft fördern, könnten die Kirchen eine entscheidende Rolle nicht nur bei der Vermeidung eines Kriegs in der Ukraine spielen, sondern auch bei der Anbahnung einer Aussöhnung des gespaltenen Volkes. Dabei könnte die Aufgabe der Kirchen eine zweifache sein. Einerseits müssen sie die Transformation der paternalistischen Gesellschaft sowjetischen Stils in eine Zivilgesellschaft unterstützen. Dies können sie tun, indem sie theologisch den Wert von Menschenwürde, Verantwortung und Freiheit betonen. Andererseits müssen sie einen Beitrag zur Heilung der Wunden leisten, die das Janukowytsch-Regime und die seinem Sturz folgenden Konflikte geschlagen haben.

Es gibt viele Vorläufer, auf die sich die ukrainischen Kirchen stützen können. Einer ist das Deutschland der Nachkriegszeit, wo die Gesellschaft vom Nationalsozialismus tief traumatisiert war. In ihrem Buch *Aufbrüche zu neuen Ufern* hat Heike Springhart beschrieben, wie die deutsche Nachkriegsgesellschaft mithilfe der christlichen Kirchen umerzogen wurde.² Dieses Beispiel ist für die Situation in der Ukraine relevant. Obwohl die

deutschen Kirchen überwiegend mit der NSDAP kollaboriert hatten und selbst von der Nazi-Ideologie angesteckt waren, besaßen sie als einzige gesellschaftliche Institutionen das Potential, die vom Nazismus geschlagenen Wunden zu heilen. Sie bildeten jene relativ unversehrt gebliebenen Teile der verwundeten deutschen Seele, die auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt werden konnten. Angeregt hatte diesen Ansatz der amerikanische Psychiater Richard Brickner. Seiner Auffassung nach können die relativ gesunden Persönlichkeitsanteile eines psychiatrisch Erkrankten auf die gesamte Persönlichkeit ausgeweitet werden. Die Kirche kann aufgrund ihrer transzendenten Dimension ihre eigenen historischen Unzulänglichkeiten überwinden und der Gesellschaft so bei der Genesung helfen. Die Fähigkeit der Kirchen, ihre historischen Beschränkungen zu überwinden, wurde durch die Werke solcher Nachkriegstheologen wie des Katholiken Johann Baptist Metz oder des Protestanten Jürgen Moltmann neu entdeckt. Sie entwickelten eine auf der eschatologischen Dimension der Kirche gründende politische Theologie, die der deutschen Gesellschaft einen Ausweg aus dem Nationalsozialismus eröffnete.

In der Ukraine können die Kirchen heute etwas Ähnliches leisten. Obwohl die ukrainischen Kirchen vom sowjetischen Totalitarismus und vom postsowjetischen Neototalitarismus, der sich besonders im Regime Janukowytsch verkörperte, angekränkelt sind, können sie als Ausgangspunkte zur Heilung der ukrainischen Seele dienen. Dazu müssen sie in Übereinstimmung mit ihrem Wesen und ihrer Mission ihr gesellschaftliches und politisches Verhalten auf dieses Ziel ausrichten.

Ein weiteres historisches Vorbild, auf dem die ukrainischen Kirchen aufbauen können, ist Südafrika mit seiner Erfahrung der Überwindung der Apartheid. Das System der Rassentrennung in Südafrika wurde unter Mithilfe der Kirchen etabliert, besonders der Niederduitse Gereformeerde Kerk (NGK). Die Kirchen trugen aber auch zum Ende der Apartheid bei. Dies geschah weitgehend unter dem Schirm des South African Council of Churches (SACC) unter maßgeblicher Beteiligung von Erzbischof Desmond Tutu. Dabei spielte der SACC eine zweifache Rolle: einerseits verhinderte er ein Auseinanderbrechen der gespaltenen Gesellschaft, andererseits ermutigte er zum Kampf gegen die Apartheid. Die Kirchen taten dies auf Grundlage des traditionellen afrikanischen Konzepts *ubuntu*, das sich die christliche Theologie in kreativer Weise aneignete. Es ist ein weit gefasstes Konzept der Menschlichkeit, das gleichzeitig als Aufforderung

zur Versöhnung und zur Achtung der Menschenwürde verstanden werden kann.

Genau diese Merkmale von Ubuntu werden heute in der Ukraine benötigt. Scheitern und Siege der südafrikanischen Kirchen in ihrem Kampf gegen die Apartheid ähneln den Misserfolgen und Erfolgen der postsowjetischen Kirchen bei der Überwindung der kommunistischen Vergangenheit. Die Theologie von Ubuntu kann auf diese Weise dazu beitragen, postsowjetische Syndrome besonders in der Ukraine zu beseitigen.

Die gemeinsamen Anstrengungen der ukrainischen Kirchen zur Erhaltung der gesellschaftlichen und territorialen Integrität des Landes und zur Heilung seiner postsowjetischen Syndrome könnten auch ein anderes Problem beheben, das die Kirchen in der Ukraine seit der Unabhängigkeit des Landes plagt: die Kirchenspaltung. Die Spaltung der orthodoxen Kirchen in der Ukraine hat keine kirchlichen oder theologischen Ursachen, sondern gesellschaftliche und politische Gründe. Der wahre Grund der Schismen sind die gesellschaftlichen Brüche in der ukrainischen Gesellschaft. Indem sie helfen, diese Brüche zu kitten, können die Kirchen sich selbst helfen: Sie können den Weg für Versöhnung und für die Überwindung der Spaltung ebnen. Nichts ist der Versöhnung so förderlich wie der Kampf für eine gemeinsame Sache. Wenn die ukrainischen Kirchen mit einer Stimme gegen Aggression Stellung beziehen und zusammenarbeiten, um beim Wandel der Ukraine zu einer Zivilgesellschaft zu helfen, werden sie tatsächlich auch den Weg zur Überwindung ihrer eigenen Differenzen bahnen und sich zu einer einzigen ukrainisch-orthodoxen Kirche vereinen. Damit würden sie zugleich ein festes Fundament legen für die Annäherung an andere religiöse Traditionen und die friedliche Koexistenz verschiedener Glaubensgemeinschaften.

12. März 2014

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 »Support Ukrainians and they can help us build a fairer Europe«, *The Guardian*, 3. Februar 2014; www.theguardian.com/world/2014/jan/03/support-ukrainians-build-fairer-europe.
- 2 Heike Springhart, *Aufbrüche zu neuen Ufern: Der Beitrag von Religion und Kirche für Demokratisierung und Reeducation im Westen Deutschlands nach 1945*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2008.

Tanya Richardson

ZWEI GROSSE UNTERSCHIEDE
UND EIN PAAR KLEINE

Das Leben in Odessa nach dem Maidan und dem 2. Mai

Mein Essen in Odessa ist dieses Jahr ausgefallen. Zu den meisten meiner Reisen, die ich im letzten Jahrzehnt in die Stadt unternommen habe, gehörte ein gemeinsames Mahl mit Boris und Jurij im Heim meiner Freunde Alexandra und Witalij, und fast immer kam dabei Alexandras köstlicher Auberginenkaviar auf den Tisch. Die Männer – Odessiter Juden – machten Witze, gaben allerlei Geschichten und Erinnerungen zum Besten und sinnierten über das Verschwinden der Stadt ihrer Jugend. Ab und zu hielten sie inne, um mir die Feinheiten einer Odessiter Redewendung zu erläutern. Jurij erzählte von dem jüngsten Projekt seines kleinen Verlags, ein Buch über die Architektur Odessas. Boris, ein pensionierter Ingenieur und Photograph, zeigte neue Bilder. Das Photographieren von Straßenansichten hatte er aufgegeben, weil die überhandnehmende Werbung und die vor den Fassaden parkenden Geländelimousinen es ihm verleidet hatten. Aber die Gesichter der Odessiter sprachen ihn weiterhin an. Mit Witalij und Jurij verband ihn eine besondere Zuneigung, und genüsslich beschrieb er mir ihre Physiognomien. Gelegentlich kam das Gespräch auf die ukrainische Politik. Alexandra – eine Rechtsanwältin und Odessitin in der fünften Generation, polnischer, deutscher, russischer und ukrainischer Abstammung – erstickte solche Diskussionen im Keim, wohl wissend, dass es unmöglich war, Boris' kommunistische Anschauungen mit der Unterstützung der anderen für einen europäischen Weg der Ukraine zu versöhnen.

Dieses Jahr sind wir nicht zusammengekommen, weil Boris seine Verbindung zu Alexandra und Witalij abgebrochen hatte, als er erfuhr, dass sie am 2. März 2014 an einer Demonstration von mehreren Tausend Bewohnern Odessas gegen die russische Intervention auf der Krim teilgenommen hatten. Er sei durchaus ein ukrainischer Patriot, schrieb Boris an Witalij, aber die Regierung des Landes sei seiner Ansicht nach von Fa-

schisten übernommen worden, Nachkommen jener Leute, die während des Holocaust seine Verwandten in der Westukraine ermordet hatten. Aus diesem Grund sollten sich die östlichen und südlichen Verwaltungsbezirke so schnell wie möglich von der Ukraine abspalten. Für Alexandra, Witalij und Jurij war es dagegen Putins Russland, das eine faschistische Bedrohung darstellte. Empört über die Bestrebungen, im Süden und Osten der Ukraine Separatismus zu schüren, und beunruhigt über die Lügenmärchen und die aufwieglerische Sprache der russischen Medien, hatten Alexandra und Witalij in der ganzen Stadt Plakate gegen Putin geklebt. Unterdessen nahm die Furcht, Odessa könnte ein Teil Russlands werden, den sonst so jovialen und lockeren Jurij derart mit, dass er rapide an Gewicht verlor und die Ukraine mit solch wilder Inbrunst verteidigte, dass sich sein langjähriger Freund Witalij die Augen rieb. »Sie«, so erklärte Jurij, womit er seine nicht näher bezeichneten Gegner meinte, »halten mich für einen Faschisten. Ich glaube, die Faschisten sind *sie*. Es ist zum Verrücktwerden.« Alexandra und Witalij waren ernsthaft besorgt, dass ihr Freund wirklich den Verstand verlieren könnte.

Nach dem Eindruck meiner Freunde waren vor dem Sturz von Präsident Wiktor Janukowytsch am 22. Februar 2014 die meisten ihrer Mitbürger in Odessa im Hinblick auf die Ereignisse auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, dem Maidan, weitgehend unbeteiligt geblieben, auch wenn sie vielleicht besorgt waren. Gewiss, am 22. November des Vorjahres, einen Tag nach der ersten Versammlung der Kiewer Aktivisten, hatten sich Odessiter Euromaidan-Demonstranten am Puschkin-Denkmal vor dem Rathaus zusammengefunden.¹ Von dort aus waren sie zum Denkmal des Herzogs von Richelieu gezogen, das über der berühmten Potemkinschen Treppe thront.² Am 25. November, wenige Tage vor den ersten Angriffen auf Teilnehmer des Kiewer Euromaidan, wurde drei Odessiter Aktivisten die zweifelhafte Ehre einer Verhaftung durch die Miliz zuteil, wobei einer von ihnen geschlagen wurde.³ Eine von bekannten Kabarettisten der Stadt produzierte Odessiter Euromaidan-Hymne (in der auch das Richelieu-Denkmal vorkommt) fand in den sozialen Netzwerken weite Verbreitung.⁴ Ebenso viel Aufmerksamkeit erregte eine Demonstration unter dem Motto »Marsch der Westler«, auf der Poster historischer Westeuropäer getragen wurden, die sich um den Aufbau Odessas verdient gemacht hatten.⁵ Das dabei verwendete Wort für Westler, *zapadentsy* – ein abwertender sowjetrussischer Ausdruck für Westukrainer, der ihnen radikalen

Nationalismus unterstellt –, erhielt dadurch einen neuen, positiven Wert. Die Aneignung des Wortes durch die Bewohner Odessas hatte eine doppelte Bedeutung, betonte sie doch ebenso die historischen Verbindungen der Stadt zu Westeuropa wie die mit den Westukrainern geteilte Hoffnung vieler ihrer Bürger auf eine gemeinsame europäische Zukunft. Ende Januar 2014 begannen die pro-russischen Gruppen Molodjoschnoje jedinstwo (Jugendliche Einheit) und Narodnoje alternatiwa (Volksalternative), eine Anti-Maidan-Bewegung und Selbstverteidigungseinheiten (Druschiny) zu organisieren – mit dem ausdrücklichen Ziel, Faschisten zu bekämpfen.⁶

Der Odessiter Kulturwissenschaftler Mark Naidorf hält drei Gründe für ausschlaggebend, warum aus der Kiewer Krise eine wahrhaft nationale wurde: die Flucht Janukowytschs, die Ernennung einer Übergangsregierung und die russische Intervention auf der Krim Ende Februar 2014.⁷ Wie andere ukrainische Bürger im ganzen Süden und Osten des Landes waren die Bewohner Odessas plötzlich gezwungen, sich mit existentiellen und politischen Fragen auseinanderzusetzen, wie »Wer bin ich?« und »In welchem Staat werde ich sicher sein?«. Ängste, ausgelöst durch die Vorstellung, unter der einen oder der anderen Regierung leben zu müssen, trieben Tausende von sonst unpolitischen Bürgern auf Demonstrationen und sorgten dafür, dass sich nationale Identitäten herauskristallisierten. Kommentatoren rangen um Begriffe zur Charakterisierung der beiden Lager: »pro-ukrainisch« versus »pro-russisch«, »Euromaidan« (oder einfach »Maidan«) versus »Anti-Maidan« und, weniger verbreitet, »Unitaristen« (Befürworter der bestehenden zentralistischen Ordnung) versus »Föderalisten«. Solche Etiketten bildeten die sich rasch ändernden Motive und Ziele der jeweiligen Unterstützer nur zum Teil ab. Die Bewegungen bestanden aus sich ständig wandelnden Ansammlungen von Selbstverteidigungsbrigaden, Parteiaktivisten, Politikern, Seitenauftritten in sozialen Netzwerken, Aufrufen in Internet-, Druck- und TV-Medien und mehr oder weniger formalen Bürgergruppierungen, jede mit ihrem eigenen Slogan: »Odessa gehört zur Ukraine«, »Kein Krieg in der Ukraine«, »Hände weg von der Ukraine« auf der einen Seite; »Putin rette uns!«, »Russland hilf!«, »Odessa ist eine russische (*russkij*) Stadt« auf der anderen. Die Aktivisten des Euromaidan errichteten Kontrollpunkte, um Separatistenaufmärsche zu verhindern und um die Schwäche des in Auflösung begriffenen Staatsapparats zu kompensieren. Der Anti-Maidan baute eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Platz vor dem Gewerkschaftsgebäude. Die

politischen Forderungen der beiden Lager wandelten sich zusammen mit der politischen Situation. Während der März und der April ins Land gingen, verdichtete sich der Eindruck, dass die Radikalen in beiden Bewegungen die Oberhand gewonnen hatten.

Am 2. Mai 2014 schlugen die Spannungen in blutige Gewalt um. 48 Menschen, die meisten von ihnen Unterstützer des Anti-Maidan, kamen ums Leben und Hunderte weitere wurden verletzt. Die Gewalt brach aus, als Aktivisten des Kulikowo-Platzes ins Stadtzentrum zogen, um einen Marsch zu blockieren, den Charkiwer und Odessiter Fußballfans zur Unterstützung der ukrainischen Einheit organisiert hatten. Die Anti-Maidan-Aktivisten glaubten, dass die Fußballfans ihr Zeltlager einreißen wollten, nachdem der Gouverneur seine Absicht zur Räumung des Platzes bekannt gegeben hatte (obwohl er weder spezifiziert hatte, wann die Aktion durchgeführt werden sollte, noch von wem). Das Aufeinandertreffen der beiden Gruppen schlug rasch in Gewalt um. In der ersten Stunde bewarfen sich beide Seiten mit Rauchgranaten und Pflastersteinen. Dann eröffneten frisch eingetroffene Aktivisten vom Kulikowo-Platz, abgeschirmt von der Polizei, das Feuer auf die Euromaidan-Unterstützer. Dabei kam es zu einem ersten Todesopfer. Als sich die Zusammenstöße fortsetzten und weitere Tote und Schwerverletzte zu beklagen waren, riefen die Fußballfans und einige Euromaidan-Aktivisten zur Räumung des Kulikowo-Platzes auf. Vor deren Eintreffen forderten Anti-Maidan-Aktivisten ihre Leute auf, im Gewerkschaftsgebäude Zuflucht zu suchen – ein Aufruf, dem ein paar hundert Menschen folgten. Als die Euromaidan-Aktivisten den Kulikowo-Platz erreicht hatten, zündeten sie die Zelte an. Weitere Schüsse fielen. Molotow-Cocktails wurden aus dem Gebäude geworfen und flogen in umgekehrter Richtung. Es geriet in Brand. Die Feuerwehr traf erst mit großer Verspätung mit Löschfahrzeugen ein. Die meisten Opfer dieses Tages kamen in den Flammen um. Der Schock, den die Bewohner Odessas davontrugen, lässt sich kaum ermessen.⁸

Ende Mai kehrte ich erstmals seit dem Sturz Janukowytschs nach Odessa zurück. Als ich die tiefe Spaltung in der Stadt aus nächster Nähe erlebte, fiel mir Isaak Babel ein, jener schwer einzuordnende sowjetisch-jüdische Schriftsteller, der einer der großen Mythenschöpfer Odessas war. Es waren nicht Babels gerissene und witzige jüdische Kriminelle, an die ich denken musste, sondern ich erinnerte mich an die berühmte Bemerkung in seinem Text »Odessa«, dass die Einwohner dieses Schwarzmeerhafens

gerne von »zwei großen Unterschieden« sprachen.⁹ Auf »Odessisch« sagt man etwa: »Kiew und Odessa sind zwei große Unterschiede«, statt wie üblich: »Es besteht ein großer Unterschied zwischen Kiew und Odessa.« Für die Literaturwissenschaftlerin Rebecca Stanton schlägt sich in dieser Wendung die grundlegende Wahrheit nieder, dass »es zwei braucht, um sich zu unterscheiden«.¹⁰ Darüber hinaus bringe der Ausdruck die von modernen Odessiter Autoren wie Babel (und vermutlich anderen Bewohnern der Stadt) bewiesene Fähigkeit auf den Punkt, unversöhnliche Unterschiede zu verkörpern und die Dinge gleichzeitig aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Das ist eines der Merkmale des sich ständig erneuernden Odessa-Mythos, demzufolge sich die Einzigartigkeit Odessas (unter anderem) der Geschichte der Stadt als Teil des Russischen Reiches, ihrer gemischten, multiethnischen Bevölkerung, ihrem Handelsethos und Geschäftssinn sowie ihrer ironischen Haltung gegenüber jeglicher herrschenden Macht verdankt.¹¹

In der Wirklichkeit kann es eine vertrackte Angelegenheit sein, unter unversöhnlichen Perspektiven zu leben. Es ist wohl nicht überraschend, dass Odessa-Enthusiasten von einer Rückkehr zum Freihafenstatus träumen. So könnte Odessa als halbsouveräner Stadtstaat fortbestehen, der weder Kiew noch Moskau unterworfen wäre – von denen keines, wie einem die Odessiter sagen werden, jemals wirklich Wohlgefallen an dieser unbotmäßigen, unternehmerischen Stadt fand. Auf diese Weise könnten die Bewohner Odessas das Problem umgehen, wählen zu müssen, zu welchem Staat oder welcher Nation sie gehören wollen. Doch die politische Polarisierung, die zur Gewalt des 2. Mai führte, hat die Bürger mit den Grenzen des Odessa-Mythos konfrontiert. Die Philosophin Oksana Dovgoplova drückt es noch drastischer aus: »Was geschehen ist, hat unseren Mythos zerstört. Wir müssen ein neues Odessa bauen.«¹² Wie sich herausgestellt hat, sind Odessiter, anders als sie dachten, nicht immer tolerant, ironisch oder humorvoll. So sehr sie es versuchen mögen, aus der nationalen und internationalen Politik können sie sich nicht heraushalten.

Von der Gewalt des 2. Mai geschockt, schoben einige Bewohner Odessas die Schuld an den Unruhen in der Stadt schnell Auswärtigen in die Schuhe. In ersten Medienberichten über den 2. Mai wurde behauptet, Kämpfer aus Transnistrien und Russland seien für die Eskalation verantwortlich gewesen und im Gewerkschaftsgebäude umgekommen. Andere sprechen den Maidan-Unterstützern ab, echte Odessiter zu sein; entwe-

der handle es sich bei ihnen um Polit-Touristen oder um frisch Zugewanderte, die den Lebensstil Odessas nicht verstünden. Jede Seite hat ihre eigene Version, welche äußeren Akteure die Tragödie angezettelt haben. Boris Khersonskiy, ein bekannter Odessiter Psychiater und Dichter, brachte dies am 7. Mai 2014 in einem Post auf Facebook auf den Punkt: »Diagnose: gesplattene Vergangenheit«. Erläuternd fügte er hinzu:

Ganz gleich, welche Schlussfolgerungen internationale Experten über die Ereignisse vom 2. Mai ziehen mögen, gibt es zwei Versionen, die im Bewusstsein der Menschen bleiben werden:

- a) Bandera-Anhänger [d.h. radikale ukrainische Nationalisten] haben in Odessa ein neues Chatyn angerichtet [ein Gebiet in Weißrussland, wo nach einem Massaker der Deutschen an Dorfbewohnern ein sowjetisches Kriegsdenkmal errichtet wurde].
- b) Der Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation und der russische Militärgeheimdienst haben eine gewaltige Provokation im Interesse des russischen Imperialismus angezettelt.

Andere Beobachter lehnen es jedoch ab, Außenstehenden die Schuld zu geben. Ein Freund von mir, der in einem Museum arbeitet, erinnerte angesichts dieser Neigung an die zahlreichen Judenpogrome, von denen das erste nur ein Vierteljahrhundert nach Gründung der Stadt 1794 stattfand, und an die 25.000 Juden, die 1941 während der rumänischen Besetzung in einem Lagerhaus am Rand der Stadt verbrannt wurden. Seine Sympathien lagen zwar eher bei der pro-ukrainischen Bewegung, die auf beiden Seiten herrschende Schwarz-Weiß-Malerei von Tätern und Opfern lehnte er jedoch ab. »Odessa«, sagte er in Bezug auf die Maidan-Aktivisten, »das sind Leute, die vor dem Feuer flüchtende Menschen gerettet haben. Und Odessa sind Leute, die auf die Menschen einprügelten, die aus dem brennenden Gebäude gesprungen sind.« Er befürchtete, dass die Schuldigen genau wie in der Vergangenheit ungestraft davonkommen würden. Die Verfolgung der Täter *beider Seiten*, die Gewalttaten verübten und planten, ist für ihn der wichtigste Schritt, mit dem die Behörden den Frieden sichern könnten. Einige Verantwortliche in höheren Positionen sind zwar ersetzt worden, aber die breite Masse der Beamten des korrupten Staatsapparats ist in ihren Positionen geblieben.

Odessas »zwei große Unterschiede« ziehen sich durch fast alle meine Begegnungen. Doch sobald man sich von der Front entfernt und sich Zeit für Gespräche nimmt, zerfallen die zwei großen Unterschiede in viele weitere kleine. Zahlreiche Anführer der Anti-Maidan-Bewegung in

Odessa gaben offen zu, sich eine russische Intervention herbeizusehnen und hinter Putins Projekt eines »Neurusslands« (Noworossija) zu stehen. Sie wollten ein Referendum über eine Abspaltung wie in Luhansk und Donezk abhalten. Allerdings teilten nicht alle Anti-Maidan-Sympathisanten diese Position. Der jüdische Schwiegersohn eines Freundes zum Beispiel, ein Mann in den Dreißigern, nahm an Versammlungen auf dem Kulikowo-Platz teil in der Hoffnung, dass daraus eine neue linke Bewegung hervorgehen würde, die sich auf Probleme der sozialen Gleichheit konzentriert und ethnische Fragen in den Hintergrund drängt. Doch die immer lautere nationalistische russische Rhetorik und der wachsende Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche ließen seine Unterstützung schwinden. Bei einem ukrainischen Ingenieur in den Fünfzigern, mit dem ich in der Küche eines Freundes ins Gespräch kam, standen andere Probleme im Vordergrund. Er bezweifelte die Legitimität der Regierung und lehnte eine Revolution als Mittel der Machtübernahme ab. Janukowytsch habe recht daran getan, das Abkommen mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen, weil es negative Auswirkungen auf wichtige Sektoren der ukrainischen Wirtschaft gehabt hätte. Gleichzeitig räumte er ein, sich der Ukraine als Land nicht sonderlich verbunden zu fühlen: »Mein Land ist die Sowjetunion.« Sein Sohn hingegen identifizierte sich stark mit der Ukraine, wollte in die Armee eintreten und im Donbas kämpfen. Ähnlich unterschiedlich sind die Ansichten im Maidan-Lager, wo liberale Meinungen auf die rechts-extreme Ideologie der Swoboda-Partei und des Rechten Sektors treffen. Fasst man es auf Odessiter Art zusammen, so kann es, je nach Standpunkt, zwei große Unterschiede geben – oder viele.

Humor ist in gewöhnlichen Zeiten der bevorzugte Umgang der Bewohner Odessas mit gesellschaftlichen Spannungen. Die Odessiter haben zwar nicht aufgehört, Witze zu erzählen (auch wenn sie Boris Khersonskiy zufolge viel düsterer geworden sind)¹³, allerdings bestehen in einer Zeit des politischen Konflikts die vorherrschenden Strategien des Umgangs miteinander darin, zu schweigen und einander aus dem Weg zu gehen. Boris brach die Beziehung zu Alexandra und Witalij per E-Mail ab. Fast jeder weiß von einer »Entfreundung« in einem sozialen Netzwerk zu berichten, andere erzählen von fürchterlichen verbalen Auseinandersetzungen. Doch da die politischen Gegner oft Arbeitskollegen oder Familienmitglieder sind, die unter einem Dach wohnen, versuchen viele, po-

litische Gespräche zu vermeiden, um weiter zusammenleben zu können oder die laufenden Geschäfte nicht zu gefährden. An der Tür einer Firma steht: »Dieses Büro befindet sich außerhalb der Politik.« Die moralischen Dilemmas und die Qual, schweigen zu müssen, können jedoch auch zermürben. Ein mit der Anti-Maidan-Bewegung sympathisierender Universitätslehrer erzählte von dem heftigen Unbehagen, das ihn befiel, wenn er Studenten erkannte, die am Gewerkschaftsgebäude, wo der Sohn eines Freundes umgekommen war, Molotow-Cocktails geworfen hatten. Auch lässt sich das Schweigen nicht immer durchhalten. Jurij und sein Mitarbeiter gingen Gesprächen über Politik normalerweise aus dem Weg, aber als ich zu einem Interview mit seiner Freundin in seine Wohnung kam, brach ein heftiger Streit zwischen den beiden Männern aus. Betroffen sah ich zu, wie sie sich Beleidigungen und Anschuldigungen an den Kopf warfen, ihre Körper und Gesichter wutverkrampft.

Einige Bewohner Odessas haben angefangen, Alternativen zu Beschimpfungen und zum Schweigen zu erkunden. Die Politikwissenschaftlerin Inna Tereshchenko, eine professionelle Mediatorin und Gründerin der Mediationsgruppe des Verwaltungsbezirks Odessa, hat mehrere Dialoginitiativen ins Leben gerufen, die darauf zielen, eine Umgebung zu schaffen, in der die gegnerischen Seiten ins Gespräch kommen können. »Wir alle müssen doch in derselben Stadt leben«, sagte sie, ein Refrain, den ich auch von anderen Bewohnern gehört habe. »Der Mythos von Odessa, dass wir alle immer friedlich zusammengelebt haben und uns lieber einigen als streiten, kann bei diesem Prozess helfen.« Die erste Veranstaltung von Innas Initiative, die Vorführung eines Dokumentarfilms über den Kosovo in Anwesenheit des norwegischen Registrars, löste bei einigen Aktivisten ein Umdenken und die Bereitschaft aus, eine andere Form des Engagements zu versuchen. Innas Organisation hat mit gemischten Gruppen von Aktivisten Kurse durchgeführt, in denen sie Mediation lernen konnten. Sie förderte auch wöchentliche Gesprächskreise zwischen Mitgliedern gegnerischer Seiten, wobei die Kontrahenten angehalten wurden, die (immer noch) weitverbreitete Verwendung menschenverachtender Ausdrücke zu vermeiden, wie »ukrop«¹⁴ oder »maidanuty« (Maidan-Wichser) zur Verunglimpfung von Maidan-Aktivisten oder »colorado« (Kartoffelkäfer)¹⁵ und »watniki« (wattierte Jacken) als Schmähungen für Anti-Maidan-Unterstützer. Die Aktivisten einigten sich auf Bezeichnungen zur Benennung von

Personen und Ereignissen, die ihre Widersacher nicht sofort beleidigten, und kamen überein, Ortsnamen für die Lager zu benutzen: »Herzog-Leute« für den Maidan, »Kulikowo-Platz-Leute« für den Anti-Maidan. Einige lernten dabei, mit Gegnern ins Gespräch zu kommen, ohne zu versuchen, ihre Ansichten zu ändern. Maidan-Aktivisten erklärten sich bereit, bestimmte Handlungen zu unterlassen, die von ihren Gegnern als Provokation wahrgenommen würden, auch wenn sie später einige dieser Übereinkünfte widerriefen. Eine Expertengruppe aus Dozenten unterschiedlicher politischer Überzeugungen aus verschiedenen Einrichtungen traf sich wöchentlich, um die Lageeinschätzungen von Kollegen zu diskutieren. Einerseits trat Inna für das Fortbestehen der »zwei großen Unterschiede« in einer politischen Atmosphäre ein, in der Opposition zunehmend mit Verrat gleichgesetzt wurde. Andererseits schuf sie eine die Vervielfältigung von Unterschieden fördernde Umgebung, die dazu beitragen konnte, die Polarisierung zu mildern. Sie gab freilich zu, dass ihr heikler Balanceakt mit der Eskalation des Konflikts in Donezk und Luhansk zunehmend schwieriger wurde.

Anna, eine Drehbuchautorin und ehemalige Journalistin, mit der ich am 5. Juni durch Odessa schlenderte, dachte angesichts der akuten Bedrohung für die Sicherheit über die Grenzen des politischen Pluralismus nach. Ich hatte sie einige Monate nach der Orangen Revolution kennengelernt, als ich zu ergründen versuchte, wie es in jener Zeit um das »tolerante Odessa« bestellt war.¹⁶ Damals waren die Beziehungen aufs äußerste gespannt, aber Gewalt konnte vermieden werden. Angesichts der aktuellen Lage hatte Anna das Gefühl, dass Odessa zum Frieden zurückkehren könnte und die Spannungen abklingen würden, sofern gezielte Destabilisierungsversuche unterblieben. Um die Stimmung in der Stadt zu sondieren, bediente sie sich ihrer üblichen journalistischen Methode, die Gespräche in ihrem Friseursalon, in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Odessas Starokonnij-Markt zu belauschen, einem großen Flohmarkt im Bezirk Moldowanka, wo Anna aufgewachsen ist und wo sie auch heute noch lebt. Nach zwei Wochen seien die Diskussionen auf dem Markt über die Ereignisse vom 2. Mai verstummt. Die Leute sprachen nun über die Präsidentschaftswahlen und den bewaffneten Konflikt im Donbas. Viel länger, erzählte sie, wurde hingegen über den Fall eines betrunkenen Fahrers geredet, der im Herbst zuvor einen Marktverkäufer totgefahren hatte und ohne Anklage davongekommen war.

Anna war sich allerdings nicht allzu sicher, dass es keine Versuche geben würde, die Stimmung wieder anzuheizen. Sie hegte keine romantischen Vorstellungen über die berühmte »Toleranz Odessas« und betrachtete die mythologisierte Sicht der Bewohner auf ihre Stadt vielmehr als Ausdruck ihrer Fähigkeit, zu vergessen und das Vergangene hinter sich zu lassen. Sie musste daran denken, dass ihre Urgroßmutter von einem Nachbarn bei der rumänischen Polizei denunziert und mit einer Axt erschlagen worden war. Mit Blick auf die aktuelle Situation fügte sie hinzu: »Als Jüdin ist mir klar, dass es das Wichtigste ist, keine Besatzung zuzulassen.« Sie hatte der Armee Geld gespendet und sagte, sie würde sich freiwillig melden, wenn sie nicht die einzige Ernährerin der Familie wäre und sich nicht um ihre betagten Eltern kümmern müsste. Schließlich hätten ihre Großväter im Ersten Weltkrieg und im Bürgerkrieg gekämpft und ihr Vater und ihr Onkel im Zweiten Weltkrieg. Aus deren Erzählungen war ihr in Erinnerung geblieben, wie wirksam im Odesa der Nachkriegszeit, das mit grassierendem Banditentum zu kämpfen hatte, der Einsatz von Gewalt bei der Wiederherstellung der Ordnung gewesen war, und sie überlegte, welches Maß an Gewalt wohl klug und nötig wäre, um in der gegenwärtigen Lage mit den Separatisten fertigzuwerden. Im Tonfall einer ärztlichen Diagnose sagte sie voraus, dass es in der ukrainischen Gesellschaft zu einer wachsenden Militarisierung und zu einer Steigerung der patriotischen Rhetorik kommen würde. Mit Sorge sah sie, wie wenig die Regierung offenbar tat, um die Bürger darin zu schulen, Vorbereitungen zu Terrorattacken zu erkennen und sich im Fall eines Anschlags richtig zu verhalten.

*

Am 11. Juli erhielt ich die Nachricht, dass ein Freund aus Odessa gestorben war. Er hatte sich erschossen. Ich kannte ihn seit vierzehn Jahren. Er war Journalist und Jugendbetreuer gewesen und hatte mir bei meinen Forschungen über Odessa enorm geholfen. Als ich ihn Mitte Juni traf, hatte er gerade erfahren, dass bei ihm eine tödliche Krankheit diagnostiziert worden war. In seiner offenen Art sagte er mir, dass unser Treffen sehr wahrscheinlich das letzte sein würde. Er hätte weder die Kraft noch den Wunsch gehabt, schrieb mir ein gemeinsamer Freund, gegen die Krankheit anzukämpfen, und die militärischen Konflikte in der Ostukra-

ine und in Israel/Palästina hätten wohl ebenfalls eine Rolle gespielt. Er war Jude und pro-russisch.

Die Aggression, die er bei Unterstützern des Maidan wie des Anti-Maidan erlebte, hatte ihn zutiefst bestürzt. Doch seine Küche hatte bis zuletzt einen Ort geboten, an dem Freunde und Nachbarn mit radikal unterschiedlichen politischen Neigungen am selben Tisch aßen und tranken, ein Usus, den andere in der Stadt schon aufgegeben hatten (obwohl er bei Gelegenheit Diskussionen auch beendete, wenn das Gespräch respektlos zu werden begann). Vielleicht ist das nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass er einen Club für Jugendliche aus verschiedenen Subkulturen wie Neonazis, Tolkienisten, Hacker und anderen betrieb, dessen Ziel es war, marginalisierte junge Menschen zu »sozialisieren«, indem man ihnen einen locker strukturierten Raum für Gespräche bot. Mit einigem Stolz hat er mir erzählt, dass keiner der Neonazis, mit denen er gearbeitet hatte, noch rechtsextremen Ideologien anhing oder sich an der Gewalt in Odessa beteiligt hatte. Er hielt die Spaltung in der Stadt nicht für so eindeutig, wie einige sie hinstellten, hegte gleichzeitig aber keine Zuversicht, was die Erfolgsaussichten von Interventionen betraf, die er oder andere unternehmen mochten. Gemäßigte konnten sich wohl zu Wort melden, doch die Reaktion von Radikalen, sagte er, bestünde darin, zu den Waffen zu greifen. Einen Anhaltspunkt dafür erkannte er in den steigenden Schwarzmarktpreisen für diese Waren.

*

»Lass in deiner Zukunft Raum für deinen Gegner.« Das war eine der Empfehlungen zur Vermeidung weiteren Blutvergießens, die Mark Naidorf der oben erwähnten Expertengruppe ans Herz legte. Kollegen und Freunden aus dem Anti-Maidan-Lager zuzuhören, zügelte auch bei mir einige meiner pro-ukrainischen und Maidan-freundlichen Gefühle und zwang mich zu bedenken, wie Kontrahenten bestimmte Aussagen oder Handlungen wahrnehmen würden. Man sollte meinen, dass ich als Ethnologin nicht eigens daran erinnert werden müsse, doch so war es. Mein Besuch hat mich zum Nachdenken darüber angeregt, wie sich tiefe politische Meinungsverschiedenheiten in Odessa und in der Ukraine zum Ausdruck bringen und austragen lassen, statt sie beiseitezuschieben oder zu brandmarken. »Wenn man Menschen in die Ecke drängt«, so drückte

es mein Freund, der im Museum arbeitet, aus, »und ihnen keinen Ausweg lässt, werden sie weggehen oder zur Waffe greifen.«

Die Herausforderung besteht darin, dies während eines Konflikts zu beherrschen, der halb Bürgerkrieg und halb Krieg mit einem mächtigen, aggressiven Nachbarn ist. In dem Maße, wie die Zahl der zivilen und militärischen Opfer gestiegen ist, hat sich die Toleranz für politische Gegner verflüchtigt. Im Juli entfernten Odessiter Maidan-Aktivistinnen das vor dem Gewerkschaftsgebäude aufgestellte Denkmal für die Opfer des 2. Mai. Einige Male bedrängten patriotische Ansammlungen Menschen mit Sankt-Georgs-Bändern und verlangten von den Ordnungshütern, mit »Separatisten« und »Verrätern« aufzuräumen. Unterdessen benutzten auch Gruppen von Regierungsgegnern die Sprache der Gewalt: In einem Rekrutierungsbüro der Armee wurde eine Bombe gezündet, in zwei Filialen der PrivatBank, die dem pro-ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskij gehört, wurde Feuer gelegt. In einer Stellungnahme im Odessa Crisis Media Centre bestätigte Inna die Radikalisierung der regierungsfreundlichen und -feindlichen Gruppen. Als sie die Entfernung des Denkmals verurteilte, wurde sie beschuldigt, eine „Fünfte Kolonne“ in Schutz zu nehmen.

Vielleicht ist es naiv, etwas anderes zu erwarten. Aber nicht allen Bewohnern Odessas ist wohl dabei, die vielen Unterschiede auf zwei große zu reduzieren oder aus zwei großen einen einzigen Unterschied zu machen. Inna schafft offene Räume, in deren Schutz sich politische Widersacher miteinander auseinandersetzen können, obwohl sie sich damit selbst zum Gegenstand heftiger Kritik macht. Das tat auf seine Weise auch mein Freund, der sich das Leben genommen hat. Damit hielten beide das Potential wach, das in der Ausdrucksweise von den »zwei großen Unterschieden« steckt, und weigerten sich, auf die übliche russische (oder ukrainische) Version zurückzufallen. Ich frage mich, ob der Selbstmord meines Freundes nicht auch eine Art Verweigerung war, in simplen Gegensätzen zu denken. Jedenfalls hoffe ich, dass die »beiden großen Unterschiede« Odessas als Erinnerung daran dienen mögen, welche Vorteile es hat, innezuhalten (und sei es auch nur kurz), um die Welt aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Vielleicht entspringt dieser Erfahrung ja ein Witz oder ein Gelächter, ja vielleicht bahnt sie einer Einigung den Weg, an den Strand statt in den Krieg zu gehen.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Vgl. »Odessas Euromaidan: Romantiker versammelten sich auf dem Dumskaja-Platz«, 22. November 2013; <http://dumskaya.net/news/Photorep-s-evromajdana-030918/> (sämtliche Links zuletzt aufgerufen am 10. August 2014).
- 2 Vgl. »Odessas Euromaidan: Fliegende Stiefel, fröhliche Polizisten und herzliche Unterhaltung«, 23. November 2013; <http://dumskaya.net/news/odesskij-evromajdan-den-vtoroj-030937/>.
- 3 Die Polizei beschlagnahmte auch Zelte, während die Organisatoren ihre Sachen zusammenpackten, nachdem ein Gericht öffentliche Versammlungen bis zum 31. Dezember untersagt hatte. Vgl. »Organisatoren des Odessaer Euromaidan freigelassen«, 25. November 2013; ferner »Gericht untersagt Euromaidan in Odessa und katholische Weihnachten«, 25. November 2013; <http://dumskaya.net/news/organizatorov-odesskogo-evromajdana-osvobodili-030983/>.
- 4 Vgl. www.youtube.com/watch?v=De2mU1gJeyU.
- 5 Vgl. »Odessiter versicherten uns, dass die Stadt von Westlern gegründet wurde«, 10. Februar 2014; www.048.ua/article/471309.
- 6 Vgl. »Odessiter können sich telefonisch zu Selbstverteidigungsbrigaden melden«, 25. Januar 2014; http://timer.od.ua/news/odessiti_mogut_zapisat_sya_v_otryadi_samooboroni_po_telefonu_869.html
- 7 Vgl. Mark Naidorf, »The Sociocultural Dimension of the Postmaidan Crisis, Or, In Search of Mutual Understanding (2014)«; <https://sites.google.com/site/marknaidorf/texts/kulturologiceskij-analiz/postmaidan-crisis>.
- 8 Der vollständige Mangel an Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen der Behörden, eine gründliche Untersuchung durchzuführen, führte zur Bildung der »Gruppe des 2. Mai«. Sie besteht aus Journalisten aus dem Pro- und dem Anti-Maidan-Lager sowie einigen Experten.
Eine englische Zusammenfassung ihrer Arbeit findet sich hier: <http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1407453894>; ein ausführlicher Bericht auf Russisch ist auf dem Blog der Gruppe nachzulesen: http://2maygroup.blogspot.ca/2014/08/2_8.html. Weitere Darstellungen: »Gruppe des 2. Mai. Detaillierte Chronologie der Ereignisse im Stadtzentrum«, 26. Juni 2014, http://dumskaya.net/news/_7377-037031/; »Mythen des Kulikowo-Platzes, Teil 1«, 1. Juli 2014; <http://dumskaya.net/news/tajny-kulikova-polya-pod-ohranoj-drakona-pravosu-037164/>, sowie »Gruppe des 2. Mai. Mythen des Kulikowo-Platzes, Teil 2«, 9. Juli 2014, <http://dumskaya.net/article/mify-kulikova-polya-chast-vtoraya/>.
Eine Darstellung dessen, was einen Monat nach den Ereignissen bekannt war, bietet folgende, die Ziele des Kulikowo-Platzes unterstützende Nachrichtenseite: http://timer.od.ua/statji/mesyats_spustya_posle_tragedii_chno_mi_znaem_i_chego_ne_znaem_o_mayskoy_bojne_964.html.
- 9 Vgl. Isaak Babel, »Odessa«, in: ders., *Erste Hilfe. Sämtliche Erzählungen*, Nördlingen 1987, S. 46-54, hier S. 46.
- 10 Vgl. Rebecca Stanton, *Isaac Babel and the Self-Invention of Odessan Modernism*, Northwestern UP 2012.
- 11 Oleg Gubar / Patricia Herlihy, »The Persuasive Power of the Odessa Myth«, in: *Cities After the Fall of Communism. Reshaping Cultural Landscapes and Euro-*

pean Identity, hg. von John Czaplicka / Nida M. Gelazis / Blair A. Ruble, Johns Hopkins UP 2009; vgl. auch Jarrod Tanny, *City of Rogues and Schnorrers. Russia's Jews and the Myth of Old Odessa*, Indiana UP 2011.

- 12 Vgl. www.hromadske.tv/society/gromadske-rozpochalo-seriyu-efriv-z-regioniv/.
- 13 Vgl. http://vk.com/wall-62802951_6538.
- 14 »Ukrop« heißt wörtlich »Dill« und wird von der pro-russischen Seite im Sinne von »Unkraut« verwendet; der Begriff spielt zugleich auf »Ukraine« an. Inzwischen haben sich die so Diffamierten das Schimpfwort ironisch angeeignet und bezeichnen sich selbst als »Ukrop«. (Anm. d. Red.)
- 15 »Colorado« spielt auf das Sankt-Georgs-Band an, das schwarz-orange gestreifte Emblem der pro-russischen Aktivisten. (Anm. d. Red.)
- 16 Vgl. Tanya Richardson, »Living Cosmopolitanism? ›Tolerance‹, Religion, and Local Identity in Odessa«, in: Chris Hann (Hg.), *The Postsocialist Religious Question: Faith and Power in Central Asia and East-Central Europe*, Münster 2006.

Zu den Autorinnen und Autoren

Oksana Forostyna kommt aus Lwiw (Lemberg) und arbeitet als Journalistin in Kiew, wo sie die Redaktion der ukrainischen Zeitschrift *Krytyka* leitet. Sie schreibt auch Literatur: 2013 erschien ihr Debutroman *Duty Free*.

Cyril Hovorun ist Priester der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat und Gelehrter. Er lehrt Patristik an der Theologischen Akademie Kiew und ist Koordinator des theologischen Programms der Kiew-Mohyla Akademie. Er hat sich aktiv für den ökumenischen Dialog zwischen den Kirchen der Ukraine sowie mit der Evangelischen, Anglikanischen und Katholischen Kirche und den Ostkirchen engagiert. Derzeit ist er Research Fellow an der Yale University, wo er zur Kirche im öffentlichen Raum arbeitet. *Will, Action and Freedom: Christological Controversies in the Seventh Century* (Leiden 2008).

Serhii Leshchenko lebt und arbeitet als investigativer Journalist in Kiew und ist Stellvertretender Chefredakteur von *Ukrainska pravda*. 2013 erhielt er den gemeinsam von der norwegischen Fritt Ord Stiftung und der deutschen ZEIT Stiftung vergebenen Presse-Preis. 2013-14 war er Reagan-Fascell Democracy Fellow. *The American Saga of Pavlo Lazarenko* (Kiew 2013).

Mykhailo Minakov wuchs in der Nähe von Saporischschja auf; er unterrichtet Philosophie und Politikwissenschaft an der Kiew-Mohyla Akademie und forscht am Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald über politische Modernisierung in Osteuropa. Er ist Chefredakteur der Online-Zeitschrift *Ideology and Politics Journal*. Zu seinen Buchpublikationen zählen *Die Geschichte des Erfahrungsbegriffs* (ukrainisch, Kiew 2008) und das *Wörterbuch der Tippfehler* (russisch, Kiew 2010).

Kateryna Mishchenko wuchs in Poltawa auf und lebt als freie Autorin, Übersetzerin und Herausgeberin in Kiew. Bis vor kurzem hat sie das ukrainische Kulturmagazin *Prostory* herausgegeben. Mitbegründerin des ukrainischen Verlags Medusa. Sie übersetzte zahlreiche Autoren aus dem Deutschen, darunter Alfred Döblin, Herta Müller, Elfriede Jelinek, Walter Benjamin, Theodor W. Adorno, und Aglaja Veteranyi. Ihre Essays erschienen in ukrainischen Magazinen wie *Krytyka*, *Politytschna Krytyka*, *Prostory* und *Spilne*. Zuletzt trug sie zu dem Sammelband *Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht* (Frankfurt 2014) und zu dem polnischen Band *Wojny narkotykowe* (Warschau 2014) bei. 2013/14 war sie Paul Celan-Stipendiatin am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Wien.

Nikolay Mitrokhin wurde in Moskau geboren, wo er 2002 am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der RGGU promovierte. 1999-2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MEMORIAL, Moskau; 2006-2008 Forschungsprojekt über informelle Kommunikation im ZK der KPdSU (1953-1985). Seit 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen. Zahlreiche Artikel in russisch-, englisch- und deutschsprachigen Zeitschriften.

Mykola Riabchuk wurde in Lutsk geboren und wuchs in Lwiw auf. Politologe und Publizist, ist er Senior Research Fellow am Institute for Political and Nationalities Studies an der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. 2013/14 war er EURIAS Senior Visiting Fellow am IWM, Wien. Zuletzt erschien auf Englisch und Ukrainisch sein Buch *Gleichschaltung: Authoritarian Consolidation in Ukraine, 2010-2012* (Kiew 2013).

Tanya Richardson ist Sozialanthropologin und Associate Professor am Department of Global Studies an der Wilfrid Laurier University, Waterloo (Kanada). In ihrer gegenwärtigen Forschung beschäftigt sie sich mit der politischen Dimension der Naturerhaltung im ukrainischen Teil des Donaudeltas. *Kaleidoscopic Odessa: History and Place in Contemporary Ukraine* (Toronto 2008).

Anton Shekhovtsov wuchs in Sewastopol auf. Er ist Politologe und derzeit Junior Visiting Fellow am IWM, Wien, wo er an dem Projekt *The Two Faces of the Kremlin: Supporting the Far Right, Manipulating the Left* arbeitet. Herausgeber der Buchreihe *Explorations of the Far Right* (Stuttgart), in der 2011 auch sein Buch *New Radical Right-Wing Parties in European Democracies* (russisch) erschien.

Timothy Snyder ist Bird White Housum Professor of History an der Yale University und Permanent Fellow am IWM, Wien. Er wurde u.a. mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2012 und mit dem Hannah-Arendt-Preis 2013 ausgezeichnet. Im Mai 2014 initiierte er in Kiew zusammen mit Leon Wieselthier die Konferenz *Ukraine: Thinking together*. Zahlreiche Publikationen über Mittel- und Osteuropa, darunter zuletzt *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin* (München 2011) und *Stalin and Europe: Imitation and Domination, 1928-1953* (Hg. zusammen mit Ray Brandon, New York/Oxford 2014). 2015 erscheint sein neues Buch *Black Earth*.

Tatiana Zhurzhenko kommt aus Charkiw, wo sie bis 2002 an der Nationalen V. N. Karazin Universität lehrte. Sie ist Research Director des *Russia in Global Dialogue* Programms am IWM, Wien, und forscht über ukrainisch-russische und ukrainisch-polnische Grenzregionen, Gedenkpolitik im postsowjetischen Raum sowie über Gender und Feminismus in der Ukraine. *Borderlands into Bordered Lands: Geopolitics of Identity in Post-Soviet Ukraine* (Stuttgart 2010).

Emine Ziyatdinova lebt und arbeitet als Photographin in Kiew. Sie wurde in Usbekistan geboren, wohin ihre Familie 1944 von der Krim deportiert worden war, und wuchs in der postsowjetischen Ukraine in einer Gemeinschaft von Krimtataren auf. Konfrontiert mit der prekären Menschenrechtssituation dieser Minderheit und den Folgen der wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes, studierte sie Soziologie und Dokumentarphotographie (MA in Photojournalism, School of Visual Communication, Ohio University), auch um dazu beizutragen, den Betroffenen eine Stimme und ein Gesicht zu geben. Ihre photographischen Projekte wurden von verschiedenen Stiftungen unterstützt und u.a. in der *New York Times*, dem *National Geographic Ukraine*, dem *CNN photo blog*, der *Daily Mail* und in *Anthropology Now* publiziert. Derzeit arbeitet sie als Redakteurin für *Bird in Flight*, einer Website für Photographie, Kunst und visuelle Kultur.



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

Photographie auf der Rückseite:

Demonstration in Simferopol im Januar 2014 zur Unterstützung der Maidan-Bewegung,
organisiert vom Medschlis, dem Obersten Rat der Krimtataren.

